



Protokolle
der
öffentlichen
Sitzungen
des
Gemeinderates
2018

Inhaltsverzeichnis:

Sitzungstag:	Seite:	genehmigt am:	Bemerkungen:
			Sitzungsleitung
17.01.2018	3	07.02.2018	Andreas Zenglein, Bgm.
07.02.2018	16	21.03.2018	Andreas Zenglein, Bgm.
28.02.2018	25	21.03.2018	Andreas Zenglein, Bgm.
21.03.2018	38	11.04.2018	Horst Hock, 2. Bgm.
11.04.2018	50	16.05.2018	Andreas Zenglein, Bgm.
16.05.2018	59	06.06.2018	Andreas Zenglein, Bgm.
06.06.2018	71	18.07.2018	Andreas Zenglein, Bgm.
18.07.2018	81	19.09.2018	Andreas Zenglein, Bgm.
19.07.2018	90	19.09.2018	Andreas Zenglein, Bgm.
19.09.2018	97	07.11.2018	Andreas Zenglein, Bgm.
10.10.2018	110	07.11.2018	Andreas Zenglein, Bgm.
14.11.2018	121	12.12.2018	Andreas Zenglein Bgm./Horst Hock
12.12.2018	156	16.01.2019	Andreas Zenglein, Bgm.

SITZUNG des GEMEINDERATES

Sitzungstag: Mittwoch, 17. Januar 2018

Sitzungsdauer: 20:00 Uhr bis 22:30 Uhr

Haibach, Rathaus

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
--------------------	----------	--

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Horst Hock	3. Bürgermeister	
Peter Amrhein	Gemeinderat	
Andreas Först	Gemeinderat	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	ab 20:05 Uhr
Anja Goymann	Gemeinderätin	
Jürgen Großmann	Gemeinderat	
Andreas Hein	Gemeinderat	
Richard Hein	Gemeinderat	
Dietmar Kempf-Blatt	Gemeinderat	
Beate Konrad	Gemeinderätin	
Torsten Redeker	Gemeinderat	
Claus Rückert	Gemeinderat	
Eva Rückert	Gemeinderätin	
Tobias Rückert	Gemeinderat	
Hans Georg Seitz	Gemeinderat	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	
Andrea Stürmer	Gemeinderätin	

Abwesend:

Max Baumann	2. Bürgermeister	
-------------	------------------	--

Schriftführer

Silvia Reiling		
----------------	--	--

Verwaltung

Martin Volk		
Anja Züchner		

Tagesordnung

Gemeinderat

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	Vereidigung von Herrn Dietmar Kempf-Blatt als Nachrücker im Gemeinderat
3.	Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung
4.	App 2 Drive - Vorstellung des Konzepts mit Beratung und Beschlussfassung
5.	Bebauungsplan "Bessenbacher Weg" 4. Änderung - Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden nach §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB
6.	Flächennutzungsplan Änderung 21 im Bereich des "Bessenbacher Wegs" - Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB
7.	Bürgerversammlung vom 13.11.2017; Wünsche und Anträge
8.	ÖPNV - Einführung eines vergünstigten Tarifs innerhalb Haibachs, Beratung und Beschlussfassung
9.	Antrag über weitere Durchführung des Frühlingsballs - Beratung und Beschlussfassung
10.	Antrag auf Abschaffung des Formates "Haibach TV"
11.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:**1. Eröffnung und Begrüßung**

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 20 geladenen Gemeinderäten 18 erschienen sind, der Gemeinde-

rat beschlussfähig ist und zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

2. Vereidigung von Herrn Dietmar Kempf-Blatt als Nachrücker im Gemeinderat**Sachverhalt:**

Herr Dietmar Kempf-Blatt wird von Bürgermeister Zenglein mit folgendem Wortlaut gemäß Art. 31 Abs. 4 Gemeindeordnung vereidigt:

"Ich schwöre Treue dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Freistaates Bayern. Ich schwöre, den Gesetzen gehorsam zu sein und meine Amtspflichten gewissenhaft zu erfüllen. Ich schwöre, die Rechte der Selbstverwaltung zu wahren und ihren Pflichten nachzukommen, so wahr mir Gott helfe."

Bei der Kommunalwahl im Jahr 2014 erhielt Herr Dietmar Kempf-Blatt 1.027 Stimmen und hatte sich

durch dieses Wahlergebnis den Listenplatz 9 der Sozialdemokratischen Partei in Haibach gesichert. Mit Abnahme des Eides wird die Beschlussfähigkeit im Gremium festgestellt.

Herr Kempf-Blatt wird die Ausschüsse von Frau Zellner übernehmen und somit Mitglied in den folgenden Ausschüssen sein:

Kultur-, Sport- und Sozialausschuss und Haupt- und Finanzausschuss.

Bgm. Andreas Zenglein bedankt sich bei Herrn Kempf-Blatt für die Bereitschaft, sich ehrenamtlich im Gremium zu engagieren.

3. Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung**Sachverhalt:**

Es sind keine Beschlüsse aus der letzten nichtöffentlichen Sitzung bekannt zu geben.

4. App 2 Drive - Vorstellung des Konzepts mit Beratung und Beschlussfassung

Bgm. Andreas Zenglein begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Gasper von der Energieagentur Bayerischer Untermain. Er wird anhand einer Power-Point-Präsentation das Konzept vorstellen.

Sachverhalt:

Im Rahmen der WESPE wurde den Gemeinden das Konzept „App 2 Drive“ durch Herrn Gasper von der Energieagentur Bayerischer Untermain vorgestellt. App 2 Drive ist ein Carsharing Anbieter mit Sitz in Aschaffenburg, der die Kooperation mit Gemeinden sucht.

Herr Gasper ergänzt, dass in der Regel hauptsächlich Großstädte mit diesen Mietfahrzeugen ausgestattet sind. Dies möchte die Fa. App2Drive jedoch ändern und bietet diese Mobilität nun auch im ländlichen Bereich an.

Die Gemeinde stellt dem Anbieter zwei Parkplätze zur Verfügung, die mit dem entsprechenden Logo gekennzeichnet werden. App 2 Drive bietet verschiedene Fahrzeugtypen an, hierunter auch E-

Autos (in diesem Falle muss der Standort eine Ladestation besitzen).

Außer dem Stellplatz wird von den Kommunen die Einrichtung eines Hotspots, die Verlinkung mit der App 2 Drive Website und Unterstützung bei der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit gewünscht.

Für die Nutzung steht ein flexibles Preismodell zur Verfügung. Die Gebühr berechnet sich anhand der gewählten Fahrzeugklasse, der Mietdauer und der gefahrenen Kilometer.

Die Gemeinde Waldaschaff hat bereits eine Kooperation mit App 2 Drive beschlossen.

Falls ein Kooperationsvertrag mit App 2 Drive abgeschlossen werden soll, wäre noch zu klären, ob die Kooperation lediglich auf E- Fahrzeuge beschränkt sein soll. Der Anbieter stellt in der Regel immer auch Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor zur Verfügung, um weitere Strecken problemlos abdecken zu können.

Sollte ein Elektrofahrzeug zum Einsatz kommen, wäre der Standort entweder am Rathaus oder (nach Erstellen der neuen Ladesäule) an der Kultur- und Sporthalle möglich.

3. Bgm. Horst Hock führt aus, dass dieses Thema in der Fraktion diskutiert wurde. Es wird als guter Ansatz auch für die Unterstützung der Elektromobilität gesehen. Er möchte gerne wissen, wie ein Vertrag hierzu gestaltet wird, welche Verpflichtungen seitens der Gemeinde entstehen und wie die Dauer des Vertrages ist.

Herr Gasper informiert, dass die Gemeinde keine Kosten zu tragen hat. Es müssen lediglich 2 Stellplätze bereitgestellt werden. Es sollen auch Elektrofahrzeuge eingesetzt werden. Er gibt jedoch zu bedenken, dass für längere Fahrstrecken auch die Möglichkeit der Nutzung eines Autos mit Verbrennungsmotor nötig ist. Derzeit werden mit verschiedenen Herstellern hierzu Verhandlungen geführt.

3. Bgm. Horst Hock sieht es als schwierig an, in der Ortsmitte einen weiteren Stellplatz bereit zu stellen. Die E-Säule am Rathaus wird für das Auftanken des gemeindlichen Fahrzeuges und von Fremdfahrzeugen benötigt. Er ist der Meinung, dass ein Fahrzeug mit Verbrennungsmotor weniger in Frage kommt.

Herr Gasper antwortet, dass versucht wird, den neuen Standort entsprechend attraktiv zu machen. Anfangsschwierigkeiten wird es sicherlich geben.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass eine E-Säule am Rathaus steht und in Kürze eine weitere Säule an der Kultur- und Sporthalle installiert werden soll. Er ist der Meinung, dass dieses Angebot sicherlich lösbar ist. Am Rathaus und auch an der KUS sind jeweils „Hot-Spots“ vorhanden.

3. Bgm. Horst Hock möchte wissen, ob die Gemeinde einen Anteil an den Mietkosten erhält.

Hierzu schlägt **Bgm. Andreas Zenglein** vor, dass eventuell Werbung für Vereine möglich sein könnte, finanzielle Abführungen an die Gemeinde sind eher unwahrscheinlich.

GR Jürgen Goldhammer sieht die Problematik darin, dass am Rathaus kein Parkplatz bereitgestellt werden kann, lediglich an der Kultur- und Sporthalle.

GR Hans Georg Seitz erklärt seine Ansicht, dass nicht nur auf Elektromobilität gesetzt werden sollte. Falls jemand ein Fahrzeug benötigt, um nach Frankfurt zu fahren, ist ein Verbrennungsmotor sicherlich die flexiblere Variante. Dieses Angebot sollte geprüft werden. Er sieht auch kein Problem, eine Buchung für ein Fahrzeug per Handy durchzuführen.

Herr Gasper erklärt, dass dies auch mit einem „normalen“ Telefon möglich ist, falls ein Smartphone nicht vorhanden ist.

GR Anja Goymann möchte wissen, ob eine Anmietung mit Angabe der Mietdauer nötig ist.

Herr Gasper antwortet, dass auch eine Nachbuchung bzw. Verlängerung möglich ist. Wenn dies der Fall ist, wird mittels „Hotline“ ein Fahrzeug oder ein Taxi als Ersatzfahrzeug an die Station geschickt, an der das weitervermietete Fahrzeug fehlt.

Beschluss

Ein Kooperationsvertrag mit der Firma App 2 Drive soll abgeschlossen werden. Die Bereitstellung von Elektrofahrzeugen wird angestrebt.

Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 2

5.	Bebauungsplan "Bessenbacher Weg" 4. Änderung - Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden nach §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB
-----------	---

Sachverhalt:

Gemeinde Haibach

Bebauungsplan „Bessenbacher Weg“, Änderung 4 Bessenbacher Weg – Allgemeines Wohngebiet

Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB in der Zeit vom **13.10.2017 bis einschließlich 14.11.2017**.

Bei dieser Bauleitplanung handelt es nicht um ein vereinfachtes Verfahren, so dass eine zweistufige

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange, sowie der Öffentlichkeit stattfindet.
Der Satzungsbeschluss kann erst nach der zweiten Beteiligung erfolgen.

Beurteilung der Stellungnahmen

A. Folgende Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange wurden beteiligt:

1. Landratsamt – Bauaufsicht/Kreisbaumeisterin
2. Landratsamt – Untere Naturschutzbehörde
3. Landratsamt-Untere Immissionsschutzbehörde
4. Landratsamt – Untere Denkmalschutzbehörde
5. Landratsamt – Sachgebiet Wasser- und Bodenschutz
6. Landratsamt – Regionaler Planungsverband
7. Landratsamt – Kreisbrandinspektion
8. Landratsamt – Gesundheitsamt
9. Wasserwirtschaftsamt
10. Regierung von Ufr., Höhere Landesplanungsbehörde
11. Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung
12. Bayer. Landesamt für Denkmalpflege, Ref. B Q - Bauleitplanung, München
13. AVG Aschaffener Versorgungs-GmbH
14. Bayernwerk Netz GmbH, Marktheidenfeld
15. NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH, Sailauf

1. Landratsamt Bauaufsicht/Kreisbaumeisterin, Fachtechnische Stellungnahme

Zu der Bebauungsplanänderung werden folgende Anregungen und Bedenken vorgetragen:

- Für die größtenteils bebauten Flurstücke sind dem Charakter eines Wohngebietes entsprechende großzügige Baufenster gesetzt worden. Dabei fällt auf, dass in einigen Fällen (z.B. Flurstück Nr. 3638, 3602 und 3603) Gebäude außerhalb der Baufenster liegen. Der Begründung ist nicht zu entnehmen, warum hier unterschiedliche Maßstäbe an den Bestand angelegt worden sind.
- Das Baufenster mit den Flurstücks-Nummern 4272, 4268, 4265/2 und 4265 hat ausgesprochen großzügige Festsetzungen – verglichen mit den übrigen Festsetzungen im Geltungsbereich. In der Begründung – die ihrem Namen zurzeit nicht gerecht werden kann, da jegliche Begründung fehlt (!) – sind weder Aussagen zum städtebaulichen Konzept, zur Planungsidee, zu Hintergründen noch zur Grünordnung getätigt. Falls die Zielsetzung der Gemeinde Haibach jedoch gerade in der völligen Offenhaltung der städtebaulichen Konzeption, d.h. auch

dem Grundzug der Planung besteht, wären diesbezügliche Erläuterungen für die Bürger und Architekten hilfreich und aufschlussreich.

Beurteilung:

1. Bei den Gebäuden außerhalb der Baugrenzen handelt es sich um Nebengebäude, Garagen etc. In dem Bebauungsplan ist festgesetzt, dass nach § 14 Abs. 1 Satz 1 BauNVO untergeordnete Nebenanlagen und Einrichtungen (z.B. Gartenabstellhäuser, Fahrradschuppen) innerhalb der Baugebietsflächen zulässig sind, wenn diese dem Nutzungszweck der in dem Baugebiet gelegenen Grundstücke oder des Baugebietes selbst dienen und die seiner Eigenart nicht widersprechen. Ebenso können Garagen und Carports (überdachte Stellplätze) innerhalb der Baugebietsflächen (§ 12 Abs. 1 BauNVO) angeordnet werden. Bestehende Gebäude, Gebäudeteile und bauliche Anlagen, die außerhalb der Baugrenzen liegen, genießen Bestandsschutz. Eine darüber hinausgehende bauliche Entwicklung ist hier jedoch städtebaulich nicht gewünscht.
2. Für die Grundstücke Fl.Nr. 4265 und 4265/2 sind die Festsetzungen der Baugrenze unter Berücksichtigung des Baubestandes und eines Entwicklungs-spielraumes am Sponacker Weg erfolgt. Die nördlich angrenzenden Baugrundstücke Fl.Nr. 4268 und 4272 bieten aufgrund ihrer Größe die Möglichkeit, auch eine andere Wohnform anstelle des Einfamilienhauses zu realisieren. Das Gebiet ist attraktiv für junge Familien. Durch eine Bebauung mit Doppelhäusern oder kleineren Hausgruppen kann hier auch bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden. Die vorhandenen Flächenreserven in der bestehenden Siedlungseinheit können durch eine angemessene Verdichtung genutzt werden. Die für eine Bebauung vorgegebenen „Baufenster“ sind so großzügig dimensioniert, dass sie unterschiedliche Varianten zur Realisierung des festgesetzten Nutzungsmaßes zulassen.
2. Landratsamt, Untere Naturschutzbehörde, Fachtechnische Stellungnahme
Es besteht Einverständnis.
Das Artenschutzrecht (§§ 44, 45 BNatSchG) ist in der Festsetzung berücksichtigt worden.
3. Landratsamt, Untere Immissionsschutzbehörde, 03.11.17
Fachtechnische Stellungnahme
Es bestehen keine Bedenken.

4. Landratsamt, Untere Denkmal-schutzbehörde und Kreisheimat-pfleger,

Es bestehen keine Bedenken.

Um das bisher aus roter und anthrazitfarbiger Dacheindeckung bestehende Erscheinungsbild der Dachlandschaft auch weiterhin zu wahren, sollte im Bebauungsplan eine Festsetzung hinsichtlich der Dachfarbe mit aufgenommen werden. Darin sollten als Dachfarben die Farben rot, braun bis anthrazit festgelegt und extreme und grelle Farben wie z.B. blau ausgeschlossen werden.

Beurteilung:

Vorgeschlagen wird die Aufnahme der folgenden bauordnungsrechtlichen Festsetzung:

„Dacheindeckung in gedecktem Farbton. Glänzende und reflektierende Materialien sowie grelle Farben sind nicht zulässig“.

5. Landratsamt, Sachgebiet Wasser- und Bodenschutz, 09.11.17

Wasser- und bodenschutzrechtliche Belange sind von der Bebauungsplanänderung nicht betroffen.

6. Landratsamt, Regionaler Planungsverband Bayer. Untermain – Region 1

Es werden keine Einwände erhoben.

Hinweis: Gemäß dem Raumordnungskataster liegt die Erweiterungsfläche teilweise in einem FFH-Gebiet. Dies sollte im Umweltbericht berücksichtigt werden.

Beurteilung:

Nördlich des Bessenbacher Weges ragt eine kleine Dreiecksfläche des allgemeinen Wohngebietes in das FFH-Gebiet, die Baugrenze liegt jedoch außerhalb. Die betreffende Grundstücksfläche zeigt in diesem Bereich bereits Baubestand (Nebengebäude – Pferdestall) und Gartenfläche.

Im Umweltbericht wird die Überschneidung der erweiterten Wohnbaugebietsfläche mit dem FFH-Gebiet benannt.

7. Landratsamt, Kreisbrandinspektion,

In der Stellungnahme wird auf die Belange des abwehrenden Brandschutzes hingewiesen. Bei den bauleitplanerischen Überlegungen bestehen bezüglich des Brandschutzes keine Bedenken, wenn nachfolgende Punkte bei der geplanten Änderung des Bebauungsplanes für das bereits bebaute Gebiet beachtet werden:

- Nach Art. 1 Abs. 1 und 2 Bayer. Feuerwehrgesetz ist der abwehrende Brandschutz und die Bereitstellung der notwendigen Löschwasserversorgungsanlagen eine gemeindliche Pflichtaufgabe.

07.11.17 Die Freiwillige Feuerwehr Haibach kann den Brandschutz in der vorgeschriebenen Hilfsfrist von 10 Minuten für dieses Gebiet auch nach der geplanten Änderung gewährleisten. Die Ausrüstung und Organisation der Feuerwehr ist für die geplante Bebauung ausreichend.

- Löschwasserversorgung
Die Bereithaltung und Unterhaltung notwendiger Löschwasserversorgungsanlagen ist Aufgabe der Gemeinde und damit bei Neuausweisung und Änderung eines Bebauungsplangebietes ein Teil der Erschließung im Sinn von § 123 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB). Die Sicherstellung der notwendigen Löschwasserversorgung zählt damit zu den bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen für die Erteilung einer Baugenehmigung. Welche Löschwasserversorgungsanlagen im Einzelfall notwendig sind, ist anhand der Brandrisiken des konkreten Bauvorhabens zu beurteilen.

Der Gemeinde Haibach wird empfohlen, bei der Ermittlung der notwendigen Löschwassermenge die Technische Regel zur Bereitstellung von Löschwasser durch die öffentliche Trinkwasserversorgung – Arbeitsblatt W 405 der Deutschen Vereinigung des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW) anzuwenden. Dabei beschränkt sich die Verpflichtung der Gemeinden nicht auf die Bereitstellung des sog. Grundschutzes im Sinn dieser technischen Regel.

Sie hat Löschwasser in einem Umfang bereitzuhalten, wie es die jeweils vorhandene konkrete örtliche Situation, die unter anderem durch die (zulässige) Art und das (zulässige) Maß der baulichen Nutzung, die Siedlungsstruktur und die Bauweise bestimmt wird, verlangt. Ein Objekt, das in dem maßgebenden Gebiet ohne weitere Zulassung zulässig ist, stellt regelmäßig kein außergewöhnliches, extrem unwahrscheinliches Brandrisiko dar, auf das sich die Gemeinde nicht einzustellen bräuchte.

Im vorliegenden Fall ergibt sich bei einem allgemeinen Wohngebiet (WA), einer Geschossflächenzahl von 1,2 und einer kleineren oder mittleren Gefahr der Brandausbreitung ein Löschwasserbedarf von 96 m³/h, der über einen Zeitraum von 2 Stunden gewährleistet sein muss. Die Löschwasserversorgung ist zu prüfen, ob die notwendige Lös-

wassermenge tatsächlich zur Verfügung steht.

- Bauanträge, welche die einschlägigen Brandschutzanforderungen der BayBO nicht erfüllen oder bei denen von den Brandschutzanforderungen abgewichen werden soll und Gebäude oder Betriebe besonderer Art und Nutzung oder für besondere Personengruppen (Sonderbauten), sind im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens zu prüfen.

Beurteilung:

Kenntnisnahme und Beachtung der genannten Punkte.

Der Brandschutz ist durch die Freiwillige Feuerwehr Haibach in einer Hilfsfrist von 10 Minuten gewährleistet.

Es handelt sich um die Überarbeitung und Änderung eines bebauten Gebietes. Art und Maß der zulässigen baulichen Nutzung werden beibehalten. Die notwendige Löschwassermenge und ihre Sicherstellung sind künftig im Einzelnen anhand der konkreten Bauvorhaben zu prüfen.

Es wird um Prüfung der zur Verfügung stehenden Löschwassermenge gebeten.

8. Landratsamt, Gesundheitsamt,

Es bestehen keine Bedenken.

9. Wasserwirtschaftsamt,

Da von den geplanten Maßnahmen keine wasserwirtschaftlichen Belange berührt sind, sind keine Anmerkungen veranlasst.

10. Regierung von Ufr., Höhere Landesplanungsbehörde,

Im Hinblick auf die Anpassungspflicht nach § 1 Abs. 4 BauGB und Berücksichtigungspflicht von Grundsätzen und sonstigen Erfordernissen der Raumordnung nach Art. 3 Abs. 1 Satz 1 i.V.m. Art. 2 Nr. 3 und 4 BayLplG in Verbindung mit dem Landesentwicklungsprogramm Bayern 2013 (LEP) und dem Regionalplan der Region Bayerischer Untermain (RP 1) wird wie folgt Stellung genommen:

Es werden keine Einwände erhoben.

Hinweis: Gemäß dem Raumordnungskataster liegt die Erweiterungsfläche teilweise in einem FFH-Gebiet. Dies sollte im Umweltbericht berücksichtigt werden.

Beurteilung:

Nördlich des Bessenbacher Weges ragt eine kleine Dreiecksfläche des allgemeinen Wohngebietes in das FFH-Gebiet, die Baugrenze liegt jedoch außerhalb. Die

betreffende Grundstücksfläche zeigt in diesem Bereich bereits Baubestand (Nebengebäude – Pferdestall) und Gartenfläche.

Im Umweltbericht wird die Überschneidung der erweiterten Wohnbaugebietsfläche mit dem FFH-Gebiet benannt.

11. Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung, 25.10.17

1. Das basierende Kartenmaterial entspricht nicht dem aktuellen Stand des Liegenschaftskatasters vom 25.10.2017. Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes entspricht der Gebäudebestand nicht dem Stand des Liegenschaftskatasters.
2. Im Bereich von Flurstück Nr. 3639 entspricht die Bebauungsgrenze einer bisher nicht aus Naturmaßen festgelegten, abgemarkten sowie von den Eigentümern anerkannten Grundstücksgrenze. Im Bereich der Flurstücke Nr. 4272, 4268 und 4265/2 sind die angrenzenden Flurstücke Nr. 3666, 3667, 3668, 3669, 3670 und 3671/1 nur teilweise im Geltungsbereich des Bebauungsplanes und befinden sich in unterschiedlichen Eigentumsverhältnissen. Zur Realisierung der Erweiterungen und zur Durchführung einer geordneten Bebauung im Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Bessenbacher Weg“, Änderung 4 wäre deshalb eine frühzeitige Vermessung und Abmarkung des geänderten Geltungsbereiches vorteilhaft.

Beurteilung:

Kenntnisnahme der genannten Punkte.

08.11.17 Vermessung erfolgt im weiteren Verfahren.

Die Gemeinde wird um eine aktuelle Kartengrundlage gebeten.

12. Bayer. Landesamt für Denkmalpflege, Ref. BQ – Bauleitplanung, München,

Es liegt keine Stellungnahme vor.

13. AVG, Aschaffener Versorgungs-GmbH,

Es bestehen keine grundsätzlichen Einwände, wenn der Bestand, die Sicherheit und der Betrieb der Anlagen nicht beeinträchtigt werden.

Bei Fragen: 06021-391-366, H. Kuhn.

Beurteilung: Kenntnisnahme und Beachtung.

14. Bayernwerk Netz GmbH,

Die Bayernwerk Netz GmbH ist im weiteren Verfahren nicht mehr zu beteiligen, da keine Versorgungsleitungen des Unternehmens im Plangebiet vorhanden sind.

Beurteilung: Kenntnisnahme und Beachtung.

15. NRM, Netzdienste Rhein-Main GmbH, Sailauf

Es liegt keine Stellungnahme vor.

B. Öffentliche Auslegung

Es liegen keine Anregungen und Einwände seitens der Öffentlichkeit vor.

Beschluss

Von den vorgebrachten Anregungen und Stellungnahmen wird Kenntnis genommen, diese werden beachtet und in den Bebauungsplanentwurf eingearbeitet.

Der Entwurf des Bebauungsplans in der Fassung vom 09.01.2018 wird gebilligt.

Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB soll von der Verwaltung veranlasst werden.

Abstimmungsergebnis: ja: 19 nein: 1

6. Flächennutzungsplan Änderung 21 im Bereich des "Bessenbacher Wegs" - Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB

Sachverhalt:

Gemeinde Haibach

Flächennutzungsplan Änderung 21

Bessenbacher Weg – Allgemeines Wohngebiet

Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB in der Zeit vom **13.10.2017 bis einschließlich 14.11.2017**.

Beurteilung der Stellungnahmen

A. Folgende Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange wurden beteiligt:

1. Landratsamt – Bauaufsicht/Kreisbaumeisterin
2. Landratsamt – Untere Naturschutzbehörde
3. Landratsamt– Untere Immissionsschutzbehörde
4. Landratsamt – Untere Denkmalschutzbehörde
5. Landratsamt – Sachgebiet Wasser- und Bodenschutz
6. Landratsamt – Regionaler Planungsverband
7. Landratsamt – Kreisbrandinspektion
8. Landratsamt – Gesundheitsamt
9. Wasserwirtschaftsamt
10. Regierung von Ufr., Höhere Landesplanungsbehörde
11. Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung
12. Bayer. Landesamt für Denkmalpflege, Ref. B Q - Bauleitplanung, München
13. AVG Aschaffener Versorgungs-GmbH
14. Bayernwerk Netz GmbH, Marktheidenfeld
15. NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH, Sailauf

1. **Landratsamt Bauaufsicht/Kreisbaumeisterin,**
Fachtechnische Stellungnahme

Die 21. Änderung des Flächennutzungsplanes wird als Ortsabrundung des Wohngebietes zur Kenntnis genommen, Einwände und Anregungen werden nicht vorgetragen.

2. **Landratsamt, Untere Naturschutzbehörde,**
Fachtechnische Stellungnahme

Es besteht Einverständnis.

3. **Landratsamt, Untere Immissionsschutzbehörde,** 03.11.17
Fachtechnische Stellungnahme

Es bestehen keine Bedenken.

4. **Landratsamt, Untere Denkmalschutzbehörde und Kreisheimatpfleger,** 06.11.17

Es bestehen keine Bedenken.

5. **Landratsamt, Sachgebiet Wasser- und Bodenschutz,**

Es liegt keine Stellungnahme vor.

6. **Landratsamt, Regionaler Planungsverband Bayer. Untermain – Region 1**
09.11.17

Es werden keine Einwände erhoben.

Hinweis: Gemäß dem Raumordnungskataster liegt die Erweiterungsfläche teilweise ~~02.01.17~~ FFH-Gebiet. Dies sollte im Umweltbericht berücksichtigt werden.

Beurteilung:

Nördlich des Bessenbacher Weges ragt eine kleine Dreiecksfläche des allgemeinen Wohngebietes in das FFH-Gebiet, die Baugrenze liegt jedoch außerhalb. Die betreffende Grundstücksfläche zeigt in diesem Bereich bereits Baubestand (Nebengebäude – Pferdestall) und Gartenfläche.

Im Umweltbericht wird die Überschneidung der erweiterten Wohnbaugebietsfläche mit dem FFH-Gebiet benannt.

7. Landratsamt, Kreisbrandinspektion,

Es bestehen keine Bedenken hinsichtlich der Belange des abwehrenden Brandschutzes.

8. Landratsamt, Gesundheitsamt,

Es bestehen keine Einwände.

9. Wasserwirtschaftsamt,

Die Anmerkungen im Schreiben vom 26.10.2017 zur Änderung des Bebauungsplanes gelten hier sinngemäß:

Es sind keine Anmerkungen veranlasst, da von den geplanten Maßnahmen keine wasserwirtschaftlichen Belange berührt sind.

10. Regierung von Ufr., Höhere Landesplanungsbehörde,

Im Hinblick auf die Anpassungspflicht nach § 1 Abs. 4 BauGB und Berücksichtigungspflicht von Grundsätzen und sonstigen Erfordernissen der Raumordnung nach Art. 3 Abs. 1 Satz 1 i.V.m. Art. 2 Nr. 3 und 4 BayLplG in Verbindung mit dem Landesentwicklungsprogramm Bayern 2013 (LEP) und dem Regionalplan der Region Bayerischer Untermain (RP 1) wird wie folgt Stellung genommen:

Es werden keine Einwände erhoben.

Hinweis: Gemäß dem Raumordnungskataster liegt die Erweiterungsfläche teilweise in einem FFH-Gebiet. Dies sollte im Umweltbericht berücksichtigt werden.

Beurteilung:

Nördlich des Bessenbacher Weges ragt eine kleine Dreiecksfläche des allgemeinen Wohngebietes in das FFH-Gebiet, die Baugrenze liegt jedoch außerhalb. Die betreffende Grundstücksfläche zeigt in diesem Bereich bereits Baubestand (Nebengebäude – Pferdestall) und Gartenfläche.

Im Umweltbericht wird die Überschneidung der erweiterten Wohnbaugebietsfläche mit dem FFH-Gebiet benannt.

11. Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung, 25.10.17

Es liegen keine Bedenken vor.

12. Bayer. Landesamt für Denkmalpflege, Ref. BQ – Bauleitplanung, München, 17.10.17

Es liegt keine Stellungnahme vor.

13. AVG, Aschaffener Versorgungs-GmbH, 26.10.17

Es bestehen keine grundsätzlichen Einwände, wenn der Bestand, die Sicherheit und der Betrieb der Anlagen nicht beeinträchtigt werden.

Bei Fragen: 06021-391-366, H. Kuhn 26.10.17

Beurteilung: Kenntnisnahme und Beachtung

14. Bayernwerk Netz GmbH,

Es bestehen **keine** Versorgungsanlagen des Unternehmens im Geltungsbereich der Änderungsplanung, somit bestehen keine Bedenken.

08.11.17

Beurteilung: Kenntnisnahme

15. NRM, Netzdienste Rhein-Main GmbH, Sailauf

Es liegt keine Stellungnahme vor.

B. Öffentliche Auslegung

Es liegen keine Anregungen und Einwände seitens der Öffentlichkeit vor.

Beschluss

Der Entwurf der 21. Änderung des Flächennutzungsplans im Bereich „Bessenbacher Weg“ in der Fassung vom 09.01.2018 wird gebilligt.

Die Verwaltung wird beauftragt, die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durchzuführen. Gleichzeitig soll die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt werden.

Abstimmungsergebnis: ja: 19 nein: 1

7. Bürgerversammlung vom 13.11.2017; Wünsche und Anträge**Sachverhalt:**

Am 13.11.2017 fand in der Kultur- und Sporthalle Haibach die Bürgerversammlung 2017 statt. Nach der ausführlichen Präsentation, die einen Rückblick auf die Jahre 2016 und 2017 sowie einen Ausblick

auf geplante Maßnahmen im Jahr 2018 gewährte, wurden Fragen gestellt, insbesondere zu folgenden Themen:

- Berliner Allee

- Radweg Würzburger Straße
- Verkehrsbelastung Sponackerweg und Büchelbergstraße
- Ermäßigte Buspreise
- Baulandausweisung
- Friedhofsgestaltung

Bürgermeister Zenglein konnte die gestellten Fragen in der Bürgerversammlung beantworten. Bezüglich angepasster Bustarife wird auf den heutigen Tagesordnungspunkt 8 verwiesen.

Da Anträge aus Bürgerversammlungen gemäß Art. 18 Abs. 4 Gemeindeordnung (GO) innerhalb von drei Monaten vom Gemeinderat behandelt werden müssen, muss sich der Gemeinderat mit dem einzigen Antrag, der in dieser Bürgerversammlung von Frau Gerlinde Maier gestellt wurde, befassen.

Frau Gerlinde Maier stellte den Antrag, dass in das geplante Verkehrsgutachten auch Abgas- und Lärmwerte mit aufgenommen werden.

Die Verwaltung hat eine Angebotsanfrage bezüglich der Erstellung des Verkehrsgutachtens bereits gestellt. Ein Kostenvoranschlag liegt jedoch noch nicht vor. Zu welchen Mehrkosten Abgas- und

Lärmwerte des gesamten Gemeindegebietes zu Buche schlagen würden, ist momentan nicht absehbar.

Bgm. Andreas Zenglein bemerkt, dass die Abgas- und Lärmwerte nicht nur in der Büchelbergstraße zu Belastungen führen. Schon seit Jahren wird ein Verkehrsgutachten benötigt, dies sollte angegangen werden.

GR Hans Georg Seitz erklärt, dass dieses Verkehrsgutachten notwendig ist, die Messung der Immissionswerte sollten eventuell zurück gestellt werden.

GR Jürgen Goldhammer schließt sich dieser Aussage an.

GR Richard Hein ergänzt, dass ohnehin Abgas- und Lärmwerte von Bussen und LKW's jährlich überprüft werden.

Beschluss

Dem Antrag von Frau Maier wird stattgegeben.

**Abstimmungsergebnis: ja: 0 nein: 20
abgelehnt**

8. ÖPNV - Einführung eines vergünstigten Tarifs innerhalb Haibachs, Beratung und Beschlussfassung

Sachverhalt:

Im Rahmen der Bürgerversammlung wurde angeregt, sich um günstigere Buspreise auch für Senioren zu bemühen. Um allen Bürgern gerecht zu werden, wurden Gespräche mit der AVG geführt.

Bislang haben 38 Kommunen einen Sondertarif mit der VAB GmbH abgeschlossen.

Fahrten der Preisstufe 1, also innerhalb Haibachs und der Preisstufe 2 von Dörmorsbach nach Haibach (Direktverbindung – nicht die Route über Aschaffenburg) würden bei diesem Sondertarif zu 60% vom Bürger und zu 40% von der Gemeinde getragen werden.

Konkret wären dies folgende Preistarife:

- Einzelfahrkarte Erwachsene – Rabattierter Preis (60% von Preisstufe 1) 1,10 €
- Einzelfahrkarte Kind - Rabattierter Preis (60% von Preisstufe 1) 0,70 €
- Tageskarte Erwachsene - Rabattierter Preis (60% von Preisstufe 1) 2,00 €

- Tageskarte Kind - Rabattierter Preis (60% von Preisstufe 1) 1,20 €

Durch eine Mischkalkulation wäre der Preis von Dörmorsbach nach Haibach gleich zum Preis innerhalb Haibachs.

Es wurde von AVG gemeinsam mit der VAB geprüft, ob das Klinikum in die Haibacher Preiszone übernommen werden kann. Dann könnten ggfs. auch Fahrten zum Klinikum als Sondertarif mit angeboten werden. Ein Vorteil wäre nicht nur die Erreichbarkeit des Klinikums mit dem Sondertarif, sondern auch eine Vergünstigung für Zeitkarteninhaber für die Fahrtstrecke Klinikum Haibach (PS 1).

Berücksichtigt sind die Stückzahlen der Verkehrsgesellschaft Untermain und der Stadtwerke Aschaffenburg.

Von AVG und VAB wurde am Freitag, 12.01.2018, der Sondertarif behandelt.

Es wurde ein neuer Tarifpunkt 9116 Klinikum vorgeschlagen, der im Rahmen des Sondertarifes auf die Grenze nach AB gesetzt werden könnte.

Sollte sich die Gemeinde Haibach für den Sondertarif entscheiden, könnte das Klinikum mit angebunden werden.

Anbei ein Berechnungsbeispiel mit dem VAB-Sondertarifmodell V1. Eine Verdopplung der Verkaufszahlen ist bei Anwendung eines Sondertarifes nicht unrealistisch. Die AVG geht von ca. 5.000 bis 6.000 € Subventionsvolumen pro Jahr aus.

Es handelt sich hierbei um Schätzkosten.

3. Bgm. Horst Hock begrüßt das Ergebnis dieser Verhandlungen. Er sieht es als sehr gutes Ergebnis

für die Bürger, insbesondere, dass die Fahrten zum Klinikum beinhaltet sind.

Beschluss

Die Gemeinde Haibach schließt mit den Stadtwerken Aschaffenburg eine Vereinbarung zur Einführung eines Sondertarifs ab. Die Bürger erhalten einen Rabatt von 40% auf den jeweils gültigen Fahrpreis.

Dem Gemeinderat soll über die Kostenentwicklung Bericht erstattet werden.

Abstimmungsergebnis: ja: 20 nein: 0

9. Antrag über weitere Durchführung des Frühlingsballs - Beratung und Beschlussfassung

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 12. Oktober stellt Herr Jürgen Goldhammer folgenden Antrag:

„ Der Gemeinderat möge darüber beschließen, ob der über die Grenzen von Haibach bekannte „Frühlingsball“ weiterhin durch die Gemeinde Haibach durch- /fortgeführt wird.

Begründung:

Im Rahmen meiner Gemeinderatstätigkeit im Rechnungsprüfungsausschuss habe ich festgestellt, dass die Durchführung des Frühlingsballes seit 2007 äußerst defizitär ist.

Eine Weiterführung der über die Grenzen von Haibach bekannten Veranstaltung ist aus wirtschaftlicher Betrachtung nicht mehr zu verantworten. Siehe auch anhängende GuV-Rechnung.

Einer Weiterführung, eventuell auch mit neuem Konzept z.B. durch Dritte (Vereinsgemeinschaft, externe Veranstalter etc.) stehe ich offen gegenüber, dennoch sollte eine Grundsatzentscheidung „Ja“ oder „Nein“ zum Frühlingsball unter diesen Umständen durch den Gemeinderat getroffen werden.“

Seit Antragstellung wurde ein Arbeitskreis gegründet, der sich mit verschiedenen Organisationsthemen des Balles, wie z.B. Musik, Catering, Dekoration befasst.

GR Andrea Stürmer als Mitglied des Arbeitskreises informiert, dass man sich bereits mehrfach getroffen hat und erste Gespräche geführt wurden. Sie bittet zu beachten, dass man bei dieser Veranstaltung nicht nur auf die Ausgaben, die angefallen sind,

achten sollte, sondern auch daran, dass dieser Ball im letzten Jahr nicht ausverkauft war.

Nach jetzigem Stand wurden mit Herrn Schöttner bezüglich der musikalischen Gestaltung gesprochen, heute fand ein Treffen mit einer weiteren Dekorateurin statt.

Natürlich sind nicht alle Ideen für eine Veränderung in der Kürze der Zeit für dieses Jahr umsetzbar.

Sie sieht es als wichtig an, dass man frühzeitig mit der Werbung für den Ball beginnt. Als weiteres sollte mit den Tanzschulen Kontakt aufgenommen werden, um den Termin frühzeitig dort bekannt zu machen. Ebenfalls sollten vermehrt digitale Medien für die Werbung eingesetzt werden.

Sie weist ebenfalls darauf hin, dass Verrechnungen von anderen Kosten im Barbetrieb erfolgten. Dies hat zu einer wesentlichen Verringerung der Einnahmen geführt.

Es sollte auch an einen Wechsel im Catering nachgedacht werden. Ihr ist z.B. aufgefallen, dass die Getränkepreise in der Halle sehr hoch waren.

Als weiteres kann man über die Anmietung eines speziellen Kaffeezubereitens nachdenken.

GR Jürgen Goldhammer weist nochmals auf die Problematik hin.

GR Hans Georg Seitz ist der Meinung, dass der Arbeitskreis hierzu sicherlich in 2 Sitzungen keine großen Änderungen in diesem Jahr erreichen kann. Man sollte jedoch „dran“ bleiben und langsam das Konzept für die nächste Veranstaltung verändern.

Beschluss

Der Frühlingsball soll im Jahr 2018 durch die Gemeinde Haibach durchgeführt werden.

Das Konzept soll durch den gegründeten Arbeitskreis überarbeitet werden.

Abstimmungsergebnis: ja: 20 nein: 0

10. Antrag auf Abschaffung des Formates "Haibach TV"
Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 05.01.2018 beantragt GR Toni Stahl folgenden Antrag in die Tagesordnung mit aufzunehmen:

„Der Gemeinderat möge beschließen, dass der Vertrag mit Main-TV für die monatliche Sendung: „Neuigkeiten im....“ nicht mehr verlängert wird.

Begründung:

In der monatlichen 5 Minuten Sendung werden lediglich die Veranstaltungstermine „vorge-tragen“.

Da diese Veranstaltungstermine für jeden Bürger sowohl im Internet auf der Homepage der Gemeinde, als auch auf der Haibach App und im Amtsblatt zu finden sind, könnte man auf diese zusätzliche Info verzichten.

Dies waren:

Zusätzlich informiert auch der am Jahresanfang verteilte Veranstaltungskalender über die Termine.

Da auch die Resonanz in der Bevölkerung sehr gering erscheint, was die Sendung im MainTV betrifft, könnte sich die Gemeinde die jährlichen Kosten von etwa 2.000,-€ sparen und wie fast alle anderen Landkreisgemeinden auf den TV Auftritt verzichten.“

In der Kultur- und Sportausschusssitzung vom 09.06.2010 wurde beschlossen, dass die Gemeinde Haibach am „Gemeinde-TV“ teilnimmt. Die Teilnahmeerklärung galt vorerst für ein Jahr. Wurde jedoch seither jedes Jahr stillschweigend verlängert.

Gleichzeitig wurden alle weiteren Werbemaßnahmen – außer dem Jahreskalender – storniert.

583,10 €	BVB-Verlagsgesellschaft mbH	Anzeige Ortsbroschüre
592,03 €	Adler Werbegeschenke	Kugelschreiber
150,00 €	Main-Echo Kirsch GmbH & Co.	Anzeige "Urlaub daheim"
357,83 €	Main-Echo Kirsch GmbH & Co.	Eintrag Telefonbuch
260,61 €	Tel.-Verl.Hans Müller GmbH & Co.KG	Eintrag Telefonbuch 2009/2010
446,25 €	Tourist-Info Spessart-Mainland	Bildeintr.Urlaubskat. Spessart-M
1.123,58 €	Druckerei Bauer GmbH	Jahreskalender 2010
3.513,40 €	Summe	

Für die Teilnahme am Gemeinde – TV spricht die Außenwirkung, also dass eben nicht ausschließlich Haibacher Bürger über die Aktivitäten und Freizeitmöglichkeiten in Haibach informiert werden. Auch die Vereine wissen diese Form der Verbreitung ihrer Festivitäten zu schätzen.

Die Kosten für die Clips sind seit 2010 unverändert und belaufen sich auf 242,40€/Monat bzw. Clip.

GR Hans Georg Seitz ist der Meinung, dass die Gemeinde sich „breiter“ aufstellen sollte. Er sieht es als sehr wichtig an, dass die Homepage neu gestaltet wird, diese ist mittlerweile sehr veraltet.

Bgm. Andreas Zenglein führt aus, dass Haibach eine sehr gefragte Wohngemeinde ist. Der Bedarf an Wohnungen und Häusern ist kaum zu decken. Er ist sicher, dass dieses Format „Haibach TV“ gesehen wird. Wenn sich die Gemeinde den Betrag

von 3.000 EUR für die Öffentlichkeitsarbeit nicht mehr leisten kann, sieht er dies schon als problematisch an.

GR Jürgen Goldhammer bemerkt, dass dieses Format im Jahr 2010 sicherlich ein gute Sache war. Im Jahr 2017 sieht er bessere Möglichkeiten in der Nutzung der Homepage. Er wird nicht für den Erhalt von Haibach TV stimmen.

3. Bgm. Horst Hock erwidert, dass Haibach über die gemeindlichen Grenzen bekannt gemacht

werden soll. Nach seiner Meinung kann Werbung nicht in EUR gemessen werden.

Eine neue Homepage und Haibach TV können parallel zueinander laufen.

Beschluss

Dem Antrag von Toni Stahl wird stattgegeben und der Vertrag mit Main – TV zum nächst-möglichen Zeitpunkt gekündigt.

Abstimmungsergebnis: ja: 11 nein: 9

11. Allgemeines

15.1. Ausbau barrierefreie Bushaltestellen

GR Andreas Först fragt, bis wann alle Bushaltestellen im Ortsgebiet barrierefrei ausgebaut sein werden.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass dies bis 2022 „nach und nach“ vorgesehen ist.

15.2. Wasserschaden Dach Kultur- und Sporthalle

GR Claus Rückert möchte Informationen zum Wasserschaden am Dach der Kultur- und Sporthalle.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass dieser Schaden durch die Firma Otter beseitigt wurde.

15.3. Straßenausbaubeiträge

GR Claus Rückert fragt nach den weiteren Verfahren bezüglich der Straßenausbausetzung für die Sanierungen der Großmannstraße – Abschnitt 2 und Aschaffener Str.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass seitens der Regierung noch keine Informationen vorliegen. Es müssen erst entsprechende Kompensationen für die Gemeinden geklärt und eine mögliche Gesetzesänderung abgewartet werden. Hierzu liegen derzeit noch keine Ergebnisse vor.

15.4. Großmannstraße 2. Bauabschnitt

GR Beate Konrad möchte wissen, weshalb die Großmannstr. im „unteren“ Teilbereich gesperrt ist.

Hierzu antwortet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass der Ein-/Ausfahrtsbereich zur Zeit nur provisorisch ist, daher soll versucht werden, den Verkehr in dieser Straße etwas zurück zu nehmen.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **07.02.2018** genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Silvia Reiling
Verw.-ang.

SITZUNG des GEMEINDERATES

Sitzungstag: Mittwoch, 7. Februar 2018
Sitzungsdauer: 19:00 Uhr bis 21:50 Uhr

Haibach, Rathaus

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
--------------------	----------	--

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Horst Hock	3. Bürgermeister	
Peter Amrhein	Gemeinderat	
Andreas Först	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Anja Goymann	Gemeinderätin	
Jürgen Großmann	Gemeinderat	
Andreas Hein	Gemeinderat	anwesend ab 19:20 Uhr
Dietmar Kempf-Blatt	Gemeinderat	
Torsten Redeker	Gemeinderat	
Eva Rückert	Gemeinderätin	
Tobias Rückert	Gemeinderat	
Hans Georg Seitz	Gemeinderat	
Toni Stahl	Gemeinderat	
Andrea Stürmer	Gemeinderätin	

Abwesend:

Max Baumann	2. Bürgermeister	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Richard Hein	Gemeinderat	
Beate Konrad	Gemeinderätin	
Claus Rückert	Gemeinderat	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	

Schriftführer		
Silvia Reiling		

Verwaltung		
Martin Volk		
Anja Züchner		

Tagesordnung

Gemeinderat

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	Bürgerfragestunde
3.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschriften vom 06.12.2017 und 17.01.2018
4.	Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung
5.	Sachstandsbericht der Verwaltung
6.	Ausbau Aschaffenburgger Straße - Vorstellung Entwurfsplanung
7.	Waldfriedhof Haibach - Vorstellung des Konzepts
8.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:**1. Eröffnung und Begrüßung**

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 20 geladenen Gemeinderäten 13 erschienen sind, der Gemeinde-

rat beschlussfähig ist und zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

2. Bürgerfragestunde

Bgm. Andreas Zenglein begrüßt die zahlreichen Bürgerinnen und Bürger, die heute zur Bürgerfragestunde gekommen sind.

Informationen zur Straßenausbauschätzung

Vorab informiert **Bgm. Andreas Zenglein** über den aktuellen Stand der Planungen zur Sanierung der Aschaffenburg Straße

Hier wurde vom Gemeinderat beschlossen, dass alle Arbeiten bis zur Leistungsphase 5 – d.h. Fertigstellung der Maßnahmen bis zur Ausschreibung, durchgeführt werden. Danach werden die weiteren Arbeiten auch aus Kostengründen eingefroren.

Bezüglich der unklaren Kostensituation betrifft dies etwa 2.300 Gemeinden in Bayern. Hier muss zuerst über eine Neuverteilung seitens der Regierung eine Entscheidung gefällt werden.

Nach dem seitherigen Verfahren würden nach der Straßenausbauschätzung etwa 500.000 EUR von den Anliegern für die Kosten des Straßenausbaus gezahlt werden. Nun besteht das Risiko für die Gemeinde, dass diese Einnahme wegfällt und noch keine Kompensation gegeben ist. Hier fehlt noch die Entscheidung der Staatsregierung, wie dies künftig abgewickelt werden soll. Man kann dies auch in diversen Zeitungsberichten verfolgen, da dies ein großes Thema für die Kommunen ist.

Heute kam noch eine E-Mail von Innenminister Joachim Herrmann, dass laut Beschluss des Landtags vom 25.01.2018 keine Bescheide zum Straßenausbau mehr erlassen werden sollen. Nun finden mit den Kommunalen Spitzenverbänden entsprechende Gespräche mit Regierungsvertretern statt um eine Lösung zu erzielen.

Bgm. Andreas Zenglein bemerkt, dass er sowohl als Mitglied der Vorstandschaft im Bay GT, Kreisverband Aschaffenburg und als Mitglied der Kommunal Politischen Vereinigung bei diesen Gesprächen dabei sein wird.

Die Bundesregierung hat nun die Koalitionsverhandlungen, nun werden wohl die Angelegenheiten auch in Bayern neu geregelt.

Bonn Helmut – Frage zum Sachstand Ortsverbindungsstraße/Kreuzung Staatsstraße

Herr Bonn fragt nach dem jetzigen Stand und dem weiteren Zeitplan hierzu.

Dipl. Ing. Martin Volk führt aus, dass man derzeit mit den letzten 5 Eigentümern Grundstücksverhandlungen führt. Vier Grundstückseigentümer haben Zustimmung signalisiert, bei einem Eigentümer bedarf es noch einiger Verhandlungen. Sollten diese nicht positiv ausgehen, wird nochmals eine Umplanung erforderlich werden. Sobald alle Grundstücksgeschäfte abgeschlossen sind, wird der Förderantrag gestellt werden. Dies soll möglichst noch vor Ostern geschehen.

Vor der Fortführung der Sanierung der Ortsverbindungsstraße muss zuerst der Knotenpunkt an der Staatsstraße erstellt werden. Hier gibt es jedoch wegen Krankheit im Straßenbauamt derzeit keine Fortschritte.

Herr Bonn bemerkt, dass diese Verzögerung bereits schon 2 Jahre besteht.

Dipl. Ing. Martin Volk erwidert, dass zuerst alle Grundstücksgeschäfte erledigt sein müssen, bevor ein Förderantrag gestellt werden kann.

Herr Bonn schlägt vor, den 2. BA in weitere 2 Abschnitte einzuteilen und mit den Arbeiten zur Kanalanbindungen vorzubereiten.

Dipl. Ing. Martin Volk antwortet hierzu, dass zu bedenken ist, dass dann auch z.B. 2 x die Kosten für Baustelleneinrichtung etc. anfallen werden. Dies ist nicht unerheblich.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass alle Grundstücksgeschäfte, die noch erledigt werden müssen außerhalb der Bebauungsgrenze liegen. Er muss die Bestätigung abgeben, dass die Gemeinde im Besitz aller erforderlichen Grundstücke ist. Sollten mit Arbeiten vorher begonnen werden, so wirkt sich dies förderschädlich aus und dies wird er nicht verantworten.

Herr Bonn stellt fest, dass die Planung der Straße nun bereits seit 4 Jahren läuft. Warum müssen jetzt noch Grundstücksangelegenheiten geklärt werden.

Bgm. Andreas Zenglein erwidert, dass dies richtig ist. Aber aufgrund von Problemen, gerade mit

Grundstückseigentümern, mussten schon mehrfach Umplanungen vorgenommen werden. Wenn nun eine endgültige Planung vorliegt, dann können auch die Grundstückskäufe entsprechend getätigt werden.

Dies bestätigt auch **Herr Hufgard** vom Ing. Büro Jung.

Durch die Änderung des Knotenpunktes im Bereich Staatsstraße/ Findberg-straße/Großmannstr. muss zuerst an dieser Stelle begonnen werden, da dies der tiefste Punkt der Kanalisation ist. Die Fördergelder für die einzelnen Maßnahmen werden vom Freistaat zur Verfügung gestellt und nach Freigabe der Bauabschnitte können diese nach Baufortschritt abgerufen werden. Dies wurde schon des Öfteren hier erläutert.

Mittlerweile wurden die erforderlichen Rodungsarbeiten weitgehend abgeschlossen. Zum Thema Baustelleneinrichtung bestätigt er die Ausführungen bezüglich der Kostengründe von Dipl. Ing. Martin Volk

Wendelin Bleifus - Verschmutzte Verteiler-/Stromkästen im Bereich Ortsmitte

Herr Bleifus bemerkt, dass ihn sehr der verschmierte und unansehnliche Verteilerkasten der Telekom an der Kirche stört. Hier sollte seitens der Gemeinde etwas unternommen werden.

Bgm. Andreas Zenglein informiert, dass dieser Kasten in absehbarer Zeit entfernt wird. Der Gebietsschutz für die Telefonleitungen besteht nicht mehr. Es werden neue Leitungen gezogen, im Innenbereich des Ortes werden Glasfaserkabel verlegt. Die Firma, die diese Arbeiten durchführt war bereits vor Ort und hat mit dem Aufmaß begonnen. Die Arbeiten sollen noch in 2018 erfolgen.

Frau Martina Brust – Frage zum Ausbau der Aschaffener Straße

Frau Brust möchte wissen welcher Abrechnungskategorie die Aschaffener Straße entspricht.

Hierzu antwortet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass dies eine Haupterschließungsstraße ist. Der Anteil beträgt nach seiner Kenntnis 60 % Gemeinde und 40 % Anlieger.

Die genaue Aufteilung wird noch während der Sitzung bekannt gegeben.

Herr Michelchen – Thema Ausbaubeiträge

Herr Michelchen findet zum genannten Thema, dass es nach seiner Meinung fraglich ist, wie lange eine solche Maßnahme dann auf Eis gelegt werden

soll. Die Bürger haben ja nun den Vorteil, dass sie keine Beiträge mehr zahlen brauchen.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass z.B. für die Aschaffener Straße Gelder in Höhe von 1.1 Mio EUR eingestellt werden. Hier sind die Ausbaubeiträge, die von den Anliegern gezahlt werden sollten, mit einkalkuliert. Wenn sich nun eine Änderung ergibt, muss der Haushalt für dieses Jahr neu aufgestellt werden.

Die Gemeinde hat eine Prioritätenliste und ein Haushaltsvolumen von 15,6 Mio EUR. Nun muss geprüft werden, welche Ausgaben zurückgestellt werden können. Es werden auch Sparmaßnahmen gesucht.

Die Arbeiten für die Aschaffener Straße werden bis zur Ausschreibung abgeschlossen. Eventuell liegt bis dahin auch bereits eine Entscheidung der Regierung vor. Im Übrigen wird eine Infoveranstaltung erst dann stattfinden, sobald die entsprechenden gesetzlichen Entscheidungen getroffen wurden.

Frau Gerlinde Maier - Verkehrsbelastung Büchelbergstraße

Frau Maier möchte wissen, wie die weitere Vorgehensweise bezüglich einer Verkehrszählung bzw. einer Verkehrsleitplanung vorgesehen ist.

Hierzu antwortet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass ursprünglich der Gesprächstermin am Montag, 29.01. stattfinden sollte. Dieser wurde aus gesundheitlichen Gründen jedoch leider abgesagt. Es findet nun am 09.02. der nächste der Termin statt.

Sobald hierzu Informationen vorliegen, wird der Gemeinderat informiert.

Frau Maier fragt, ob neben dem Geld für ein Gutachten auch Geld für eine Abgasmessung bereitgestellt wird.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass diese zurück gestellt wird. Es wird zuerst die Leitplanung durchgeführt. Entsprechende Zählungen zum Verkehrsaufkommen wurden schon mehrfach durchgeführt.

Frau Maier ist der Ansicht, dass man bei der Büchelbergstraße auch auf die unterschiedlichen Bauweisen entlang der Straße achten muss.

Bgm. Andreas Zenglein erwidert, dass nach Aussage von Experten Schallemissionen hier nicht gegeben sind. Man sollte zuerst das Gespräch mit dem Verkehrsplaner abwarten.

Herr Gerd Hubert – Thema Aschaffener Straße

Herr Hubert fragt, warum man mit dem Ausbau der Aschaffener Straße nicht beginnt, wenn doch sicher ist, dass die Straßenausbaubeitragssatzung abgeschafft wird.

Hierzu antwortet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass jedoch für die Gemeinde wichtig ist, vorab zu wissen, welche Ersatzleistungen vom Staat anstelle der Ausbaubeiträge geleistet werden. Zurzeit finden die Haushaltsberatungen statt.

Herr Hubert nimmt Bezug auf die Aussage von GR Jürgen Goldhammer aus der letzten Sitzung, dass die Anwesen Hofmeister und ehemals Schuler auch zur Aschaffener Straße gehören. Dieser Eckbereich gehört ebenfalls in die Planung.

Herr Hubert möchte wissen, warum in Haibach diese Straßenausbaubeitragssatzung beschlossen wurde.

Hierzu führt **Bgm. Andreas Zenglein** aus, dass die Kommunalaufsicht jeden Haushalt der Kommunen prüft. Hier muss jede Gemeinde alle Quellen der Geldeinnahmen ausschöpfen. In den 90er-Jahren haben 97 % aller Kommunen in Unterfranken diese Satzungen beschlossen, da sonst eine Genehmigung des Haushalts versagt wurde.

Die Stadt Aschaffenburg, als kreisfreie Stadt, hat diese Satzung übrigens auch nicht beschlossen.

GR Jürgen Goldhammer macht den Hinweis, auf den bereits abgerechneten Abschnitt 1 der Großmannstraße.

Bgm. Andreas Zenglein bemerkt hierzu, dass bezüglich der Maßnahme 1 in der Großmannstraße – als schwebendes Verfahren – auch noch die Möglichkeit besteht, dass die Anlieger eine Rückzahlung der bereits gezahlten Ausbaubeiträge zurück erhalten. Dies sind dann ebenfalls 500.000 EUR, die zu Lasten des Haushalts der Gemeinde Haibach gehen.

Es muss zuerst eine gesetzliche Lösung geschaffen werden und die Sicherheit, dass das finanzielle Risiko für die Gemeinde abgedeckt ist. Politisch ist das nach seiner Ansicht gar nicht anders machbar.

Herr Günther Rückert – Ausbau Aschaffener Straße

Herr Rückert erklärt, dass hier nach seiner Ansicht zum Wohl der Gemeinde gehandelt wird. Er findet es richtig, die Maßnahme zurückzustellen. Die Gemeinde sollte nicht „ins Blaue“ wirtschaften.

Frau Gerlinde Maier – Verkehrszählung

Frau Maier fragt, ob die Daten zur durchgeführten Verkehrszählung öffentlich sind.

Hierzu antwortet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass sie diese Informationen im Bauamt erhält.

Ende der Bürgerfragestunde um 19:55 Uhr.

3. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschriften vom 06.12.2017 und 17.01.2018

Die Protokolle der Sitzungen vom 06.12.2017 und 17.01.2018 liegen zur Genehmigung vor.

GR Toni Stahl bemerkt zum Protokoll vom 06.12.2017, dass seine Aussage bzgl. der Behördenbeteiligung mit den Vertretern der Fraktionen im Protokoll fehlt.

Frau Reiling verliest diese Passage auf Seite 12 des Protokolls sowie die Antwort hierzu von Bgm. Andreas Zenglein.

Bgm. Andreas Zenglein stellt das Protokoll zur Genehmigung.

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung des Gemeinderates vom 06.12.2017 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: ja:14 nein: 1

GR Jürgen Großmann bemerkt zum Protokoll vom 17.01.2017, dass der Beschluss zu TOP 4 nicht korrekt ist. Hier muss der Zusatz „Der Standort soll am Rathaus sein“ entfernt werden.

Frau Reiling sagt Erledigung zu.

Bgm. Andreas Zenglein stellt das Protokoll zur Genehmigung.

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung des Gemeinderates vom 17.01.2017 wird mit Änderung zum Beschluss des TOP 4 genehmigt.

Abstimmungsergebnis: ja: 15 nein: 0

4. Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung**4.1. Neubau des Radweges Haibach-Dörmorsbach 1.BA**

Die Fa. Rosenberger, Haibach erhält den Auftrag für die Rodungsarbeiten zum Neubau des Radweges Haibach – Dörmorsbach 1.BA.

Der Auftrag zur Erneuerung der Beleuchtung des Knotenpunktes St 2312/Großmannstraße/ Findbergstraße wird an die AVG Aschaffenburg erteilt.

Zur Ausführung kommt Variante 2: Beleuchtung mit LED.

4.2. Neubau der GV-Straße Haibach – Dörmorsbach 1.BA

Dem Nachtragsangebot der Fa. Strassing zur Bodenverbesserung/- einbau im Böschungsbereich wird zugestimmt.

4.4. Jahresleistungen Tiefbau

Die Jahresleistungen Tiefbau 2018/2019 werden auf der Grundlage des Angebotes vom 07.06.2016 mit einem Nachlass von 2,5% auf die Einheitspreise an die Fa. Heinrich Kunkel, Aschaffenburg vergeben.

4.3. Umbau des Knotenpunktes St 2312/Großmannstraße/ Findbergstraße**5. Sachstandsbericht der Verwaltung**

Projekt	Zuständigkeit	Sachstand	Erledigung bis
Ortskerngestaltung	GL/GR	Termin für interfraktionelle Sitzung im April 2018	Offen
Ortsverbindungsstraße BA2	Bauamt	Grunderwerb weitestgehend abgeschlossen. Wasserrechtl. Erlaubnis: Stadt AB: genehmigt, LRA: noch offen. Naturschutzrechtliche Erlaubnis: Antragsunterlagen in Arbeit, Ökoausgleich mit LRA geklärt. Fortführung Zuwendungsantrag nach Klärung der offenen Grundstücksfragen. Zuwendungsantrag soll bis April 2018 gestellt sein.	Offen
Erdumschlagsplatz Wendelberg	Bauamt	Gutachten ergab keinen Sanierungsbedarf. Ergebnis liegt dem LRA vor. Abschließendes Behördengespräch wegen Renaturierung und Nutzung einer Teilfläche als Erdzwischenlager für gemeindliche Maßnahmen steht aus.	Offen
Seniorenwohnheim Wendelberg	GL/GR	Bauvoranfrage zur Prüfung im LRA	Offen
Außensportanlage	Bauamt	Derzeit keine Bearbeitung aufgrund Auslastung der Bauverwaltung möglich.	Offen
Kinderhort	Bauamt	Vorentwurf im GR am 11.10.2017 genehmigt und mit LRA abgestimmt. Abstimmung LRA, Förderstelle, Brandschutz abschließend erfolgt. Entwurfsplanung in Bearbeitung. Vorlage GR 21.03.2018.	
Energiekonzept „WESPE“	GL/BGM	Entwurf wurde von Energievision Franken vorgelegt - Energieeffizienznetzwerk –	Offen

		Erhebung Nahwärmenetz läuft derzeit	
B- + F-Planänderung Bessenbacher Weg	GL	Derzeit Beteiligung der Öffentlichkeit und Behördenbeteiligung bis 09.03.2018	Offen
Main-TV	Bgm	Kündigung ist erfolgt, letzter Dreh im März	erledigt
PV Anlage Feuerwehrhaus	Bauamt	Vorbereitung zur Einholung von Angeboten	Offen
Friedhofgestaltung	Bauhof/Sta	Präsentation in der heutigen Sitzung	Offen
Homepage	Hauptamt	Einholung von Angeboten	Offen
Brunnen Kirchenelsengrund	Bauamt	Beauftragungen der Ingenieurbüros sind erfolgt. PeTerra führt historische Erkundung durch.	Offen
Sondertarif Bus	Hauptamt	Einführung zum 01.02.2018	erledigt

6. Ausbau Aschaffenburg Straße - Vorstellung Entwurfsplanung

Wegen persönlicher Beteiligung von Bgm. Andreas Zenglein übernimmt

3. Bgm. Horst Hock die Sitzungsleitung zu diesem Tagesordnungspunkt.

Sachverhalt:

In der GR-Sitzung vom 06.12.2017 wurde der Vorentwurf zum Ausbau der Aschaffenburg Straße vom beauftragten Ingenieurbüro Jung vorgestellt.

Zur weiteren Planung wurde die Variante 1a – ohne seitliche Pflanzinseln beschlossen.

Vorgesehener Ausbau:

- Fahrbahn mit 5,75 m Breite,
- beidseitig Gehweg gepflastert mit mind. 1,25 m Breite,
- im Straßenverlauf mehrfach Querpflasterungen vergleichbar Ausbau Großmannstraße.

Der Ausbaubereich erstreckt sich zwischen der Kreuzung Alois-Wenzel-Str./Neue Heimat-Str. bis zur Einmündung Büchelbergstraße.

Die Entwurfsplanung wurde mit den beschlossenen Randbedingungen ausgearbeitet, die Kosten auch mit den Ergebnissen der Baugrunduntersuchung fortgeschrieben.

Nach Genehmigung der Entwurfsplanung wird aufgrund der noch unklaren Situation in Sachen Straßenausbaubeiträge vorgeschlagen, die Ausführungsplanung und die Ausschreibungsunterlagen auszuarbeiten und anschließend die weitere Bearbeitung vorerst zurückzustellen.

Herr Hufgard vom Ing. Büro Jung erläutert die Planung. Er informiert, dass mittlerweile das Bodengutachten vorliegt. Es wurden 5 Bohrkerne gezogen. Es handelt sich um schluffigen Boden mit zersetztem Gneis. Der Kanal muss, dem Gelände folgend, etwas erhöht werden.

Wenn bei den Bodenabtragungen mehr Gneis auftaucht, muss auch mit zusätzlichen Nebenkosten gerechnet werden.

Die Deckschicht ist zur Zeit etwa 6-10 cm stark. Dies ist nach den jetzigen Vorschriften, die eingehalten werden müssen, zu wenig. Der Frostschutzanteil muss 40 cm betragen.

Der jetzige Straßenaufbau ist teer und asphalthaltig und muss extra entsorgt werden. Hierfür entstehen ebenfalls Zusatzkosten.

Es wird empfohlen, einen Bodenaustausch in der Höhe von 30 cm durchzuführen. Ebenso ist zu beachten, dass bei dem schluffigen Boden unter dem Kanal dieser ebenfalls ausgetauscht werden muss.

Es ist vorgesehen, die Fahrbahn mit einer Breite von 5,75 m auszubauen, mit entsprechenden Gehwegen. Das Parken auf markierten Flächen auf den Gehsteigen wird nicht mehr nötig sein.

Die Kostenschätzungen belaufen sich auf etwa:

581.000 EUR für den Straßenbau, 448.000 EUR für die Herstellung des Kanals und 235.000 EUR für die Erstellung der Wasserleitung. Hinzu kommen noch die Mehrkosten im oberen Bereich, Ecke Eckenerstraße. Somit wird etwa mit einem Kostenaufwand in Höhe von 1.265.000 EUR / 1.500.000 EUR gerechnet.

3. Bgm. Horst Hock erläutert für die Anwesenden noch den oberen Bereich der Aschaffenburg-Straße, der die Grundstücke Hofmeister und Stenger betrifft.

Zur Abrechnung dieser Maßnahme erklärt er, dass nach derzeitigem Stand keine Ausbau-beiträge von den Anliegern zu zahlen sind. Die Arbeiten in der Aschaffenburg-Str. müssen jedoch wegen des schadhafte Kanals nach der Prioritätenliste erledigt werden. Die Hausanschlüsse werden bis zur Grundstücksgrenze verlegt. Die Anschlusskosten ab der Grundstücksgrenze obliegen den Hausbesitzern.

GR Andrea Stürmer fragt, wie die Gestaltung von Grünflächen an der Straße vorgesehen ist.

Hierzu antwortet **Herr Hufgard**, dass dies noch frei gestaltbar ist.

GR Dietmar Kempf-Blatt möchte wissen, ob sich bei der neuen Befahrung im Dezember eine Verschlechterung der Kanalsituation ergeben hat.

Herr Hufgard erklärt, dass hier nur eine Haltung gesucht wurde, eine Veränderung hat sich nicht ergeben.

Dipl. Ing. Martin Volk stellt fest, dass nun alles überprüft und dokumentiert ist. Die Schadensklasse entspricht dem Zustand 1 – und bedeutet höchste Priorität.

Beschluss

Der vorgestellten Entwurfsplanung zum Ausbau der Aschaffenburg-Straße wird zugestimmt.

Die Ausführungsplanung mit den Ausschreibungsunterlagen wird erstellt.

Der Beginn des Ausschreibungsverfahrens wird in Abhängigkeit von der Entscheidung zum Straßen-ausbaubeitrag mit dem Gemeinderat erneut abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: ja: 14 nein: 0

Abstimmungsbemerkung: Bgm. Andreas Zenglein ist gemäß Art. 49 GO persönlich beteiligt.

7. Waldfriedhof Haibach - Vorstellung des Konzepts

Sachverhalt:

Bgm. Andreas Zenglein führt aus, dass bereits im letzten Jahr über die Gestaltung und Veränderungen im Waldfriedhof im Gemeinderat gesprochen wurde. Herr Staab hat nunmehr ein Konzept erarbeitet und dieses wird heute anhand einer Power-Point-Präsentation vorgestellt.

Er erklärt zudem, dass im Jahr 2017 in Haibach 85 Bestattungen stattfanden, 85 % davon als Urnenbestattungen. Es wurden 27 neue Kammern erstellt, 22 davon im Dorffriedhof und 5 im Waldfriedhof.

Nach Meinung des Friedhofsamtes, ist auch die Erstellung von Urnenstelen möglich, aber zur Zeit sind noch 70 Urnenkammern etwa unbelegt.

GR Jürgen Großmann berichtet über einen Ortstermin mit Herr Staab und Herr Christ bezüglich des Standortes für die Grabstätte der Sternenkinder. In der Präsentation sind die beiden Standorte dargestellt. Nach seiner Meinung ist der Standort neben der Leichenhalle der Favorit dafür. Es gibt verschiedene Gestaltungsmöglichkeiten z. B. in Sternenform, mit Einlegen eines Sterns und weiterer Gestaltung durch die Eltern, Aufstellung einer Skulptur. Es sollen dort jedoch keine Spielzeuge abgelegt werden. Diese Gedenkstätte soll zum Nachdenken anregen dafür sollte auch in

der Friedhofsatzung eine klare Regelung getroffen werden.

Herr Staab hat sich bereit erklärt, nach seinem Urlaub auch hierzu einen Gestaltungsvorschlag zu unterbreiten, danach sollte sich der Gemeinderat entscheiden.

GR Hans Georg Seitz sieht im Bereich des Waldfriedhofs weitere Möglichkeiten von Bestattungsformen. Es sollte zuerst noch eine Ortsbesichtigung durchgeführt, dann die Planung erstellt werden.

3. Bgm. Horst Hock führt zu den Wegen im Waldfriedhof aus, dass diese saniert werden müssen. Er stellt jedoch auch die Frage, ob Haibach alles anbieten muss – wie z.B. Baumgräber. Es sind im Bereich des Waldfriedhofs sehr viele freie Flächen vorhanden. Man sollte den Bedarf mehr konzentrieren und Gräber in jetzigen Freiflächen unterbringen, anstelle von weiterem Ausbau von Wegen.

GR Toni Stahl bittet darum, dass der Begriff „Sternenkinder“ für die Zuhörer erläutert wird.

Hierzu erklärt **GR Anja Goymann**, dass Sternenkinder tot geborene Kinder sind, die weniger als 500 g bei der Geburt wiegen. Früher wurden

diese Kinder beigelegt und nun können die Eltern ihre Kinder beisetzen lassen.

Bgm. Andreas Zenglein berichtet, dass es laut Nachfrage im Standesamt in den letzten 25 Jahren diesbezüglich keine Anfrage gab. Die Beisetzung erfolgt wohl oft anonym oder per Beilegung.

GR Anja Goymann bemerkt, dass in Aschaffenburg 2 mal jährlich eine Gedenkfeier für Sternenkinder

stattfindet. Die Beisetzung erfolgt in Sammelbestattung.

GR Jürgen Großmann erklärt, dass Herr Christ sich bezüglich der Anpassung der Satzung in anderen Gemeinden erkundigen will.

Es wird vorgeschlagen, dass der nächste Ortstermin bei passenden Wetter- und Lichtverhältnissen stattfindet.

8. Allgemeines

8.1. Information zu Veranstaltungen:

Donnerstag, 8.02.2018

Altweiberfasching rund um's Rathaus

Samstag, 10.02.2018

Faschingsveranstaltungen

TV-Turnhalle + Bürgerhaus Dörmorsbach

Montag, 12.02.2018

Kinderfasching im Capitol

Gaudiwürmchen in Dörmorsbach

Dienstag, 13.02.2018

Faschingszug in Haibach -hierzu liegen 20 Anmeldungen vor –

Anschließend Kehraus in verschiedenen Lokalitäten

8.2. Schule Grünmorsbach – Antrag auf Errichtung eines Ballfangzauns

GR Tobias Rückert stellt fest, dass im Bau-, Grundstücks- u. Umweltausschusses der Ballfangzaun abgelehnt wurde.

Seither wurden alle Beratungen hierzu im Kultur-, Sport- und Sozialausschuss geführt. Dort sollte dann auch der Beschluss gefasst werden.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **21.03.2018** genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Silvia Reiling
Verwaltungsangestellte

SITZUNG des GEMEINDERATES

Sitzungstag: Mittwoch, 28. Februar 2018
Sitzungsdauer: 20:00 Uhr bis 21:55 Uhr

Haibach, Rathaus

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
--------------------	----------	--

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Peter Amrhein	Gemeinderat	
Andreas Först	Gemeinderat	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Anja Goymann	Gemeinderätin	
Jürgen Großmann	Gemeinderat	
Andreas Hein	Gemeinderat	
Richard Hein	Gemeinderat	
Dietmar Kempf-Blatt	Gemeinderat	
Beate Konrad	Gemeinderätin	
Torsten Redeker	Gemeinderat	
Claus Rückert	Gemeinderat	
Eva Rückert	Gemeinderätin	
Tobias Rückert	Gemeinderat	
Hans Georg Seitz	Gemeinderat	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	
Andrea Stürmer	Gemeinderätin	

Abwesend:

Max Baumann	2. Bürgermeister	
Horst Hock	3. Bürgermeister	

Schriftführer		
Anja Züchner		

Verwaltung		
Martin Volk		
Thomas Wenzel		
Anja Züchner		

Tagesordnung

Gemeinderat

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung
3.	Neubau Kinderhort - Fassadengestaltung
4.	Haushaltsplan 2018 - Beratung und Beschlussfassung
5.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:**1. Eröffnung und Begrüßung**

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 20 geladenen Gemeinderäten 18 erschienen sind, der Gemeinderat beschlussfähig ist und zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

Er begrüßt insbesondere die Herren Herzig und Prokesch, die für TOP 4 heute anwesend sind und fragt im Gremium nach Einverständnis, diesen Punkt vorzuziehen und als TOP 3 des heutigen Tages zu behandeln. Es ergehen keine Einwände, so dass der Haushalt als TOP 4 behandelt wird.

2. Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung**Sachverhalt:****Sanierung des Oberflächenwasserkanals „Zum Stadion“**

Die Firma DF-ING Kanaltechnik, Karlstein, erhält den Auftrag für die Inliner-Sanierung des Oberflächenwasserkanals „Zum Stadion“.

3. Neubau Kinderhort - Fassadengestaltung**Sachverhalt:**

In der Sitzung des Gemeinderates vom 11.10.2017 wurde die Planung des Vorentwurfes zum Neubau des Kinderhorts vom Architekturbüro Herzig vorgestellt und einstimmig genehmigt. Im weiteren Planungsablauf erfolgte zeitlich die Abstimmung mit dem Fördermittelgeber (Regierung v. Ufr.) und der Baugenehmigungsbehörde zur Klärung offener Fragen in Bezug auf das Raumprogramm, das Pädagogische Konzept und den Brandschutz.

Zum Abschluss der Entwurfsplanung muss noch die Fassadenoberfläche festgelegt werden. Grundsätzlich wurde mit dem Vorentwurf eine vorgehängte, hinterlüftete Fassade beschlossen.

Als Materialvarianten wurden

1. Holzfassade
2. Faserzementplattenfassade

in die nähere Auswahl genommen.

A) Technische Beschreibung:**1. Holzfassade:**

Vorgehängte, hinterlüftete Fassade aus Holzrhombschalung auf einer Holzunterkonstruktion mit einer „Vorvergrauungslasur“.

Die Holzprofile aus Weißtanne werden mit einer maschinellen Tauchlasur behandelt, die das Holz zum einen gegen Pilzbefall schützt und zum anderen durch die Vorverwitterung eine Alterung verhindert. Farbunterschiede innerhalb der Fassade werden damit vermieden.

2. Faserzementplattenfassade:

Faserzementplatten werden aus Wasser, Zement und Zellulose in Plattenabmessungen von bis zu 3,10 X 1,25 m hergestellt. Das Material ist durchgefärbt, sowie UV- und farbstabil. Insgesamt sind 26 Farben möglich. Optional ist die Oberfläche mit Graffitienschutz erhältlich. Die Unterkonstruktion besteht aus Alu-Profilen.

B) Bewertung:

Zur Entscheidung der Fassadenoberfläche wurde eine Matrix erstellt (s. Anlage).

Aus der Gegenüberstellung wird ersichtlich, dass beide Fassadenvarianten aus technischer und bauphysikalischer Sicht im Grunde gleichwertig anzusehen sind.

Beide Varianten haben die gleichen Herstellungskosten.

Von Anfang der Planungen zum Neubau des Kinderhorts wurde ein hochwertiges Gebäude mit möglichst ökologischen Baustoffen und einem hohen Energiestandard gewünscht.

Daher wurde auch der Holzvariante in Bezug auf die ökologische Baustoffauswahl ein Vorteil eingeräumt. Beide Fassadenvarianten besitzen einen geringen Unterhaltsaufwand.

Ein Anstrich der Holzfassade ist nicht erforderlich.

Die Aspekte der städtebaulichen und nutzungsspezifischen Anforderungen lassen sich nur begrenzt objektiv betrachten.

Städtebau:

Die Faserzementplattenfassade wird sich auch mit einer zurückhaltenden Farbgebung nur sehr eingeschränkt an das bestehende Schulgebäude mit den Waschbeton-oberflächen, den gestrichenen Betonober-flächen und den Metallverkleidungen, anpassen lassen.

Vor diesem Hintergrund erscheint es schlüssiger, einen bewussten optischen Kontrapunkt zu setzen. Um den Eindruck einer „Holzkiste“ zu vermeiden, wurden zurückspringende Fassaden-teile mit farbigen Fassaden-elementen ergänzt.

Nutzung:

Aus der Wertungs-Matrix geht klar hervor, dass den nutzungsspezifischen Anforderungen ein erhebliches Gewicht gegeben wird.

Die bewusste optische Abgrenzung des Hortgebäudes als „Wohlfühlbereich“ gegenüber der Schule wird im Hinblick auf das Pädagogische Konzept als ausgesprochen wichtig betrachtet.

Für die zukünftigen Nutzer, vorwiegend Kinder im Alter von 6-10 Jahren, soll mit „ihrem Haus“, ein Rückzugsort nach Schulschluss geschaffen werden.

Bgm. Zenglein erteilt Herrn Prokesch vom Ingenieurbüro Herzog das Wort.

Herr Prokesch teilt mit, dass die Entwurfs-planung in der März Sitzung des Gemeinde-rates vorgestellt werden soll. Er erläutert anhand einer Powerpointpräsentation, dass die beiden vorgeschlagenen Fassadengestalt-ungen in jeder Beziehung vergleichbar seien, sowohl von den Kosten, als auch von der technischen Seite her .

Die Variante 1 Faserzement würde sich städte-baulich in die vorhandene Bebauung einfügen und farbliche Akzente könnten gesetzt werden.

Die Variante 2 Holzschalung sei ebenso beständig wie die Variante 1. Das Holz werde mit einer Einmallasur behandelt, um Pilzbefall zu verhindern, mit dieser Behandlung sei das Holz dann ebenso langlebig wie die Faserzementvariante. Zu beachten ist jedoch, dass die Lasur nicht überstrichen werden dürfe.

Letztendlich habe der Gemeinderat nun die Abwägung zwischen diesen beiden Varianten zu treffen, wobei sich die Nutzer bereits für die Holzschalung ausgesprochen hätten. Er tendiere dazu, dem Nutzer zu folgen und tendiere deshalb für Variante 2.

Bgm. Zenglein bedankt sich bei Herrn Prokesch für die Vorstellung der Varianten und ist ebenfalls der Auffassung, dass der Wunsch der Nutzer bei der Entscheidungsfindung berücksichtigt werden sollte.

GR J. Großmann hat sich ein Beispiels-gebäude mit Holzfassade in Neu-Isenburg angesehen und kann bestätigen, dass das Gebäude auch nach 4 Jahren Nutzungsdauer gut dastehe. Er fragt nach, ob der Unterhalt für die Holzfassade (wie bei der Faser-zementfassade) gleich Null sei?

Herr Prokesch teilt mit, dass dies grundsätzlich so sei. Jedoch dürfe die Lasur nicht überstrichen werden. Er geht auch davon aus, dass die Nutzeridentifikation mit dem Gebäude auch für einen besseren Gebäudeunterhalt Sorge.

GRin B. Konrad ist der Auffassung, dass es den Kindern egal sei, welche Außenfassade das Gebäude habe. Sie habe auch Kinder im Nutzeralter gefragt, die ihr dies bestätigt haben.

GR T. Stahl verliest eine Empfehlung des Ingenieurbüros, nach der öffentliche Gebäude vandalismussicher gebaut werden sollten. Er ist der Auffassung, dass sich dies mit der ausgesprochenen Empfehlung für die Holzfassade widerspreche.

Herr Prokesch sieht das nicht so.

GRin A. Stürmer teilt mit, dass sie ehrenamtlich in der Mittagsbetreuung ge-arbeitet habe und dort erlebt habe, dass sich das Verhalten der Kinder je nach Örtlichkeit tatsächlich ändere. Sie ist der Auffassung, dass der Elternbeirat gefragt werden sollte.

Herr Prokesch erläutert, dass hier zwei vergleichbare, gute und praktikable Varianten vorgestellt würden. Faserzement sei jedoch sprayeranziehend und diese Erfahrung habe er bislang nicht mit Holz gemacht.

GR C. Rückert ist der Auffassung, dass das Holz nach sieben Jahren durchgefault sei. Er möchte wissen, welches Holz hier eingesetzt werde.

Herr Prokesch teilt mit, dass es sich hier um eine sibirische Weißtanne handele. Unab-hängig von der Holzart sei jedoch immer eine gute Hinterlüftung und eine hohe Sockelzone wichtig. Bei Holzbauten sei immer eine besondere Sorgfalt geboten, aber es gebe viele Beispiele in Skandinavien oder im Alpenraum, wo Holzbau schon immer gut funktioniere.

GR H. Seitz möchte wissen, was passiere, wenn auf Holz gesprayt werde.

Herr Prokesch erläutert, dass bei beiden Ausführungsvarianten der jeweilige Bereich ausgetauscht werden müsse. Auch die Faser-zementplatten könnten trotz Beschichtung nicht einfach abgewaschen werden.

GR H. Seitz habe mit einer Rektorin der Schule gesprochen, der die Holzvariante nicht gefallen habe.

Herr Prokesch ist der Auffassung, dass es immer verschiedene Geschmäcker gebe. Dies sei auch bei Farbgestaltungen der Fall. Es gebe für beide Varianten viele Pro und Kontra Argumente. Der Gemeinderat werde sich mit seiner Entscheidung nicht vertuen, jedoch sei er der Auffassung, dass der Nutzer mitgenommen werden sollte.

GR J. Goldhammer fragt nach, ob der erhöhte Sockel bei der Holzvariante in die Kostenkalkulation aufgenommen worden sei und möchte wissen, ob es die Faserzementvariante auch ohne Graffiti – Schutz gebe.

Herr Prokesch bejaht die Frage nach der Kostenkalkulation und teilt mit, dass er diese Variante erst beim Hersteller anfragen müsste.

GR J. Goldhammer möchte zudem wissen, ob eine Mischlösung denkbar wäre? Wäre es aus städtebaulichen Gründen machbar, die straßenzugewandte Seite mit Faserzement und die restlichen Seiten mit Holzfassade zu verkleiden?

Herr Prokesch gibt zu bedenken, dass es sich um kein großes Gebäude handle und er es deshalb aus planerischer Sicht nicht als harmonisch empfinden würde.

GR A. Hein möchte wissen, weshalb in den „kritischen Bereichen“ Faserzement verwendet

werden solle, wenn doch beide Varianten gleichwertig seien?

Herr Prokesch erläutert, dass es hier um die Farbigkeit und die Gestaltung gehe. Das Holz gebe es nicht farbig und deshalb sei es ohnehin eine Mischkonstruktion.

Bgm. Zenglein gibt zu bedenken, dass der Kinderhort in Waldnähe gebaut werde und dort immer Schmutz zu erwarten sei. Zudem fände er es aus städtebaulicher Sicht schön, wenn die Holzfassade einen neuen Aspekt im Schulareal geben würde.

GRin I. Spielmann ist es wichtig, dass sich der Neubau vom Bestand abhebe. Die Kollegen vom Hort seien mit ins Boot geholt worden, wenn die Meinung des Hortpersonals nicht zähle, hätte man nicht fragen sollen. Sie persönlich fände das Holz schön.

Beschluss

Für die weiteren Planungen zum Neubau des Kinderhorts ist eine vorgehängte, hinterlüftete Fassade aus Holzrhombschalung vorzusehen.

Abstimmungsergebnis:-ja: 13 nein: 6

4. Haushaltsplan 2018 - Beratung und Beschlussfassung

Sachverhalt:

Vorbericht

zur Haushaltssatzung 2018

der Gemeinde Haibach

1. Allgemeines

Der Ergebnishaushalt schließt mit dem Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von 16.318.300 Euro, dem Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von 15.542.300 Euro, einem Finanzergebnis von -33.000 Euro und dem Saldo (Jahresergebnis) von 743.000 Euro ab.

Im Finanzhaushalt belaufen sich die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 15.423.500 Euro und die Auszahlungen auf 12.893.600 Euro.

Daraus errechnet sich ein Saldo in Höhe von 2.529.900 Euro.

Die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit belaufen sich auf 1.759.300 Euro und die Auszahlungen auf

7.380.200 Euro. Der Saldo beträgt somit – 5.620.900 Euro.

Der Saldo aus der Finanzierungstätigkeit beläuft sich auf 621.600 Euro.

Darin enthalten sind eine Neuaufnahme von Krediten in Höhe von 800.000 Euro und Tilgungsleistungen von 178.400 Euro.

Die **Umlagekraft** (ist die Summe der Steuerkraftzahlen aus der Grund- und der Gewerbesteuer sowie den Beteiligungen an der Einkommen- und Umsatzsteuer zuzüglich 80% der Schlüsselzuweisung) der Gemeinde ist von 8.469.031 € (997,77 €/ Einwohner) im Jahre 2017 auf nunmehr 7.715.066 € (904,57 €/ Einwohner) gesunken.

Dies entspricht einer **Minderung** um 753.965 € (= **8,9 %**).

Ursache hierfür sind im Wesentlichen die niedrigeren Gewerbesteuereinnahmen des Jahres 2016.

Die IST-Einnahmen bei der Gewerbesteuer betrugen 2015 ca. 2.425.000 €.

Im Jahr 2016 waren jedoch ca. 1.457.000 € zu verzeichnen.

Die **Steuerkraftzahlen** (hier wird die Schlüsselzuweisung nicht mitgerechnet) zeigen ein wesentlich deutlicheres Bild über die Höhe der Steuereinnahmen.

Im Jahr 2017 belief sich die Steuerkraft auf 7.884.487 (848,73 €/Einw.) während im Jahr 2018 ein Betrag von 7.202.880 (844,52 €/Einw.) zu verzeichnen ist.

Daraus errechnet sich ein Minus von 681.607 € (8,64%).

2. Ergebnishaushalt

Die größte Einnahmequelle ist nach wie vor die **Einkommensteuerbeteiligung**.

Sie ist im vorliegenden Haushaltsentwurf mit 6.150.000 € veranschlagt. Dies sind ca. 300.000 € mehr als der Ansatz des Jahres 2017.

Als Ausgleich für die Änderungen des Einkommensteuerrechts (Familienleistungsausgleich) erhalten die Gemeinden **Einkommensteuerersatzleistungen**. Diese belaufen sich voraussichtlich auf **455.000 €** gegenüber **450.000 €** im Jahre 2017.

Die Einnahmen bei der **Gewerbesteuer** beliefen sich im Jahr 2017 auf ca. 2.096.300€. Hierin enthalten sind einmalige Steuernachzahlungen von ca. 800.000€. Im Jahr 2018 ist mit einem erheblichen Rückgang zu rechnen. Die Gewerbesteuer ist deshalb mit einem Betrag von 1.600.000 € veranschlagt. Aber auch dieser Betrag wird nur zu erreichen sein, wenn keine größeren Rückzahlungen zu leisten sind.

Als Ausgleich für den Wegfall der Gewerbesteuer werden die Gemeinden seit 1998 an der **Umsatzsteuer** beteiligt. Veranschlagt wurde ein Betrag von **336.000 €** (2017: 240.000 €).

Die Einnahmen bei den **Grundsteuern** weisen gegenüber dem Haushaltsansatz 2017 nur eine leichte Steigerung auf. Sie sind veranschlagt mit **845.200 €** (Vorjahr 843.200 €).

Die **Hebesätze** der **Grundsteuern** betragen weiterhin 310 v. H.

Der Landesdurchschnitt vergleichbarer Gemeinden lag 2016 für die Grundsteuer -A- bei 338,7 v. H. und bei der Grundsteuer -B- bei 332,3 v. H.

Der Hebesatz der **Gewerbesteuer** beträgt weiterhin 320 v. H. und entspricht damit in etwa dem Landesdurchschnitt (326,9 v. H.) vergleichbarer Gemeinden.

Die **Schlüsselzuweisungen** dienen dazu, die Unterschiede in der Finanzkraft der bayerischen Gemeinden teilweise auszugleichen (siehe oben). Aufgrund der **gesunkenen Steuerkraft** erhöht sie sich um ca. 994.200 € auf nunmehr ca. 1.634.400 € (2017: ca. 640.200 €).

Der Hebesatz der **Kreisumlage** beträgt 41,5%. Der von uns zu zahlende Betrag beläuft sich auf ca. **3.201.800 €** (2017: 3.514.700 €). Dies entspricht Minderausgaben von ca. 312.900 €.

Aufgrund der geschätzten Gewerbesteuereinnahmen errechnet sich eine **Gewerbesteuerumlage** i. H. v. ca. 343.000 €.

Die Entwicklung der Steuereinnahmen und der Umlagen ist in den beigegeführten Grafiken nochmals dargestellt.

Die **Personalausgaben** in allen Bereichen inkl. Nebenausgaben, Sozialleistungen und Schule sind im **Haushalt 2018** mit **3.321.600 €** (2017: **3.181.300 €**) veranschlagt.

Dies entspricht einem Anteil von 21,37% (2017: 21,73%) der ordentlichen Aufwendungen des Ergebnishaushaltes.

Für **Zuschüsse und soziale Leistungen** (vgl. Anlage 1) an Vereine, Kirchen usw. ist im Haushalt ein Betrag in Höhe von ca. 2.251.400 € vorgesehen.

Hierin enthalten sind auch die Investitionszuschüsse an die Kindergärten.

3. Investitionen

Für den Neubau des **Bauhofes** werden noch Haushaltsmittel von **20.000 €** benötigt.

Es handelt sich hierbei um Schluss honorare für Architekten und Ingenieure.

Hinzu kommen die Ausgaben für Ausstattungsgegenstände und Fahrzeuge. Hierfür sind weitere **95.000 €** vorgesehen.

Der Erwerb eines Mannschaftstransportwagens für die Feuerwehr erfordert Mittel von 75.000 €.

Die Zuwendungen für die das Fahrzeug sind mit 12.500 € veranschlagt.

Weiterhin werden für die Beschaffung von Ausstattungsgegenständen noch 25.000 € bereitgestellt.

Für den Einbau einer **Klimatisierungsanlage** im **Feuerwehrhaus** ist ein Betrag von 50.000 € vorgesehen.

Außerdem soll noch eine Photovoltaikanlage auf dem Dach des Feuerwehrhauses errichtet werden. Hierfür werden Gelder von 10.000 € benötigt.

Für die Sanierung des **Hallendaches** im Bereich Schwimmbad sind 6.000 € vorgesehen.

Die Anschaffung von **Ausstattungsgegenständen** (Schulmöbel, Neuausstattung Werkraum usw.) für die Schule schlägt mit **35.000 €** zu buche.

Haushaltsmittel in Höhe von **50.000 €** sind für die **Neugestaltung der Außensportanlagen** der Schule vorgesehen.

Im **Wildpark** sind Haushaltsmittel i. H. v. **25.000 €** für den Neubau von Wegen, Rückhaltebecken und Gehegen veranschlagt.

Neue Räumlichkeiten müssen für den **Kinderhort** geschaffen werden.

Hierfür werden voraussichtlich Haushaltsmittel von 3.800.000 € benötigt. Im Jahr 2018 ist ein Teilbetrag von 1.100.000 € veranschlagt.

An staatlichen Zuwendungen wird insgesamt ein Betrag von ca. 978.000 € erwartet.

Für die Fortsetzung der Sanierungsarbeiten (Neugestaltung) an den **Spielplätzen** sind 50.000 € eingeplant.

Mit der **Modernisierung der Kultur- und Sporthalle** wurde im Jahr 2015 begonnen. Für die baulichen Maßnahmen ist heuer ein Betrag von 1.300.000 € und für die Anschaffung von Ausstattungsgegenständen sind 5.000 € veranschlagt.

Im Rahmen der Planung der Ortsmitte wird wohl in den nächsten Jahren auch eine Sanierung des **Jugend- und Vereinshauses** erfolgen müssen.

Für die Jahre 2018 bis 2020 sind deshalb 335.000 € in den Haushalt eingestellt.

Der **Kreuzungsbereich Findberg-/Großmann-Würzburger Straße** muss umgestaltet werden.

Diese Baumaßnahme steht im unmittelbaren Zusammenhang mit der Sanierung der Großmannstraße und der Erneuerung der Ortsverbindungsstraße nach Dörmorsbach.

In diesem Bereich wird nicht nur die Straße sondern auch die Wasser- und Kanalleitung erneuert.

Die Gesamtmaßnahme erfordert Gelder von 1.030.000 €.

Ein Betrag von 750.000 € ist als Zuwendungen für den Straßenbau zu erwarten.

Für den Komplettausbau der **Großmannstraße (Kanal-, Wasserleitung und Straßenbau)** ist ein Restbetrag in Höhe von insgesamt 450.000 € veranschlagt.

Die **Aschaffener Straße** soll im Jahr 2019 ausgebaut werden. Für die Neuplanung der Versorgungsleitungen und des Straßenausbaues ist ein Betrag von 40.000 € vorgesehen.

In einem Teilbereich der **Rathausstraße** wurde die Wasserleitung ausgetauscht. Hierfür werden nochmals Haushaltsmittel von 10.000 € benötigt.

Die Neufestsetzung des **Wasserschutzgebietes für den „Brunnen 71“** schlägt mit 15.000 € und die wasserrechtliche **Erlaubnis für den Brunnen „Kirchen-Elsengrund“** mit 80.000 € zu Buche.

In den nächsten Jahren muss der **Hochbehälter Buch** schrittweise saniert werden.

Im laufenden Jahr ist deshalb ein Betrag von 900.000 € veranschlagt.

Der Ausbau der **Ortsverbindungsstraße** nach **Dörmorsbach** soll fortgesetzt werden.

Im Jahr 2018 werden hierfür voraussichtlich Gelder von 370.000 € benötigt.

An staatlichen Zuwendungen ist ein Betrag von 174.000 € eingeplant.

Parallel dazu soll auch ein **Radweg** erstellt werden.

Hierfür sind Ausgaben von 500.000 € vorgesehen.

Die staatlichen Zuwendungen dürften sich auf 350.000 € belaufen.

Die **Hochwasserfreilegung** im Haibacher Schweiztal und der Anschlusssammler nach Schweinheim erfordern Haushaltsmittel von 150.000 €.

Eine neue **Stützwand** wird im **Friedhof Grünmorsbach** benötigt.

Hierfür werden im Haushalt 80.000 € bereitgestellt.

Die Ausgaben für die **Tilgung** von Krediten sind mit **178.400 €** veranschlagt.

Auf der **Einnahmeseite** ist der Verkauf eines Baugrundstücks in Dörmorsbach mit einem Gesamtbetrag von 92.000 € veranschlagt.

Zuwendungen des Freistaates Bayern für Baumaßnahmen und Beschaffungen von

beweglichen Anlagegütern sind in Höhe von 1.714.300 € vorgesehen.

An **Beiträgen** (Rohrnetzkosten- und Kanalherstellungsbeiträge) dürfte ein Betrag von 45.000 € zu erwarten sein.

4. Finanzplanung

Die **Finanzplanung** wird vor allem durch die Fortsetzung der Sanierungsarbeiten an den Ortsstraßen, die Errichtung eines Hortes, den Ausbau der Ortsverbindungsstraße nach Dörmorsbach und die künftigen Sanierungsarbeiten an der Wasserversorgung und am Kanalnetz geprägt.

Aufgrund des vorliegenden **Investitionsplanes** werden in den Jahren 2018 bis 2021 Investitionen

und Investitionsförderungsmaßnahmen mit einem Volumen von ca. **22,537 Mio. €** zur Ausführung gelangen.

Nach dem derzeitigen Stand werden für die geplanten Maßnahmen **Kreditaufnahmen** in Höhe von 2.600.000 € benötigt.

Die Gesamtverschuldung wird sich bis Ende 2021 auf ca. 2.969.000 € belaufen.

Die Finanzlage der Gemeinde kann derzeit als geordnet bezeichnet werden.

Bei vollständiger Ausschöpfung der Einnahmequellen müssten die laut Finanzplanung beabsichtigten Investitionen – soweit derzeit absehbar – mit der Leistungsfähigkeit der Gemeinde in Einklang stehen.

5. Entwicklung der wichtigsten Einnahmen und Ausgaben

	€	€	€
<u>Ergebnishaushalt</u>	2016	2017	2018
	Ergebnis	Ansatz	Ansatz
Ordentliche Erträge	15.234.557,17	14.410.100	16.318.300
Ordentliche Aufwendungen	14.270.318,84	14.643.000	15.542.300
<u>Finanzhaushalt</u>			
Einzahlungen Investitionstätigkeit	1.400.493,35	3.144.100	1.759.300
Auszahlungen Investitionstätigkeit	6.593.536,64	10.038.000	7.380.200

5.1 Die Erträge des Ergebnishaushaltes verteilen sich wie folgt:

	2016 Ergebnis	2017 Ansatz	2018 Ansatz
Grundsteuer A	3.171,00	3.200	3.200
Grundsteuer B	844.020,47	840.000	842.000
Gewerbesteuer	1.472.966,00	1.200.000	1.600.000
Einkommensteuerbeteiligung	5.725.255,00	5.850.000	6.150.000
Umsatzsteuerbeteiligung	194.820,00	240.000	336.000
Schlüsselzuweisung	730.680,00	640.200	1.634.400

Allg. Zuweisungen v. Land	259.148,55	240.000	223.000
Konzessionsabgabe Gas	13.114,18	11.000	13.000
Konzessionsabgabe Strom	211.846,82	220.000	216.000
Kanalbenutzungsgebühren	859.467,31	765.000	750.000
Wasserverbrauchsgebühren	875.933,23	790.000	830.000

5.2 Die Aufwendungen des Ergebnishaushaltes verteilen sich wie folgt:

	2016 Ergebnis	2017 Ansatz	2018 Ansatz
Gewerbesteuerumlage	313.884,00	259.000	343.000
Kreisumlage	3.417.368,76	3.272.300	3.884.100
Personalaufwendungen	3.262.044,39	3.181.300	3.321.600
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.964.363,36	2.400.000	2.470.800
Planmäßige Abschreibungen	2.137.863,51	2.124.800	2.043.200
Transferaufwendungen	6.134.296,00	5.994.400	6.695.900
Sonstige ordentliche Aufwendungen	767.868,96	938.400	1.010.000
Betriebskostenumlage Stadt	277.500,00	311.000	335.000
Betriebskostenumlage Zweckverband Aschafftal	151.544,82	139.200	130.000
Zinsen an den Kreditmarkt	61.471,57	77.000	57.000
Ergebnishaushalt Jahresergebnis	963.843,20	-295.900	743.000

6. Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen 2018

Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens	399.000 €
Erwerb von Grundvermögen	207.500 €
Neubau Bauhof	20.000 €
Einbau Lüftungsanlage Feuerwehrhaus	50.000 €
Photovoltaikanlage Feuerwehrhaus	10.000 €
Dach Eingangsbereich Schwimmbad/M-Klassen	6.000 €
Heizung Schule Grünmorsbach	30.000 €
Außensportanlage Schule	50.000 €

Baumaßnahmen im Wildpark	25.000 €
Kinderhort in Haibach	1.100.000 €
Spielplätze	50.000 €
Kunstrasenplatz	23.000 €
Modernisierung Kultur- und Sporthalle	1.300.000 €
Sanierung Jugendhaus	35.000 €
Maßnahmen der Wasserversorgung	1.255.000 €
Zuschüsse an Sportvereine, kulturelle Vereine u. Kirchen	37.000 €
Kanalbaumaßnahmen	625.000 €
Straßenbaumaßnahmen (inkl. Parkplätze)	1.910.000 €
Straßenbeleuchtung	60.000 €
Weihnachtsbeleuchtung	5.000 €
Baumaßnahmen am Kompostplatz	50.000 €
Hochwasserfreilegung Schweiztal	150.000 €
Stützmauer Friedhof Grünmorsbach	80.000 €

7. Entwicklung des Vermögens

Der Vermögensstand wird durch die geplanten Investitionen weiter ansteigen.

8. Entwicklung der Schulden

Der Schuldenstand zum 31.12.2017 betrug 1.142.788,10 €. Dies entspricht, bei 8.529 Einwohnern (Stand 31.12.2016), einer Prokopfschuldung von 133,99 €.

Der Landesdurchschnitt vergleichbarer Gemeinden betrug 735 € (zum 31.12.2015).

Im Jahre 2018 werden für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Kredite in Höhe von 800.000 € benötigt.

Die Tilgungsleistungen belaufen sich im Jahre 2018 voraussichtlich auf 178.400,-- €.

9. Ergebnishaushalt Jahresergebnis

Im Jahre 2018 wird sich das Jahresergebnis voraussichtlich auf 743.000 € belaufen.

Im Jahre 2019 beträgt es dann voraussichtlich 784.800 €.

Im Jahre 2020 werden es voraussichtlich 1.000.300 € und für das Jahr 2021 errechnet sich ein Betrag von 898.100 €.

10. Kostenrechnende Einrichtungen

Die kostenrechnenden Einrichtungen weisen im Haushaltsjahr 2018 im Ergebnishaushalt folgende Jahresergebnisse auf.

Bei der Abwasserbeseitigung beträgt das Jahresergebnis -118.600 €. Zu berücksichtigen ist hierbei allerdings, dass in den Ausgaben Kosten in Höhe von 10.000 € für die Untersuchung der Kanalisation mittels Videobefahrung vorgesehen sind, wobei diese Kosten in der Kalkulation der Benutzungsgebühren auf einen Zeitraum von 10 Jahren zu verteilen sind.

Die Kanalgebühren betragen 2,11 €/m³ Abwasser.

Im Bestattungswesen beläuft sich das Ergebnis auf -156.000 €. Dies ist vor allem auf die arbeitsintensive Pflege der Friedhöfe (vor allem des Waldfriedhofes) zurückzuführen.

Bei der Wasserversorgung ergibt sich ein Jahresergebnis in Höhe von 27.400 €.

Der Wasserpreis beträgt netto 2,18 €/m³ (Vorjahr: 2,08 €/m³) Frischwasser zzgl. einer jährlichen Grundgebühr von 18,00 € (für den normalen Hauswasserzähler).

11. Kassenlage

Der Kassenkredit wurde 2017 teilweise (1.500.000€ ab Oktober 2017) in Anspruch genommen.

In der Haushaltssatzung 2018 ist ein Betrag von 2.000.000,-- € vorgesehen.

Bgm. Andreas Zenglein verliest seine Rede zum Haushalt. Der Haushaltsplan des Jahres 2018 sei ambitioniert, aber dennoch solide und mit vier Vorberatungen gut beraten worden. Der Leitgedanke sei immer das Wohl der Bürger gewesen unter dem Aspekt, welche Abgaben zumutbar seien. Es sei dennoch kein Platz mehr für Wünsche, wozu auch die Unsicherheiten bei der Ausbaubeitragssatzung, der möglichen Abschaffung der Kindergartenbeiträge und die Personalverhandlungen von Verdi eine Rolle spielten.

Die Schaffung von Wohnraum und die Innenverdichtung seien für die Gemeinde, insbesondere mit Blick auf die Einkommenssteuerbeteiligung profitabel. Er bitte um Zustimmung für den Haushalt 2018 und dankt der Verwaltung, insbesondere Kämmerer Wenzel für die geleistete Arbeit.

Er erläutert den Vorbericht zum Haushalt 2018 und erteilt daraufhin den Fraktionen das Rederecht.

Beschluss

Haushaltssatzung

Haushaltssatzung der Gemeinde Haibach für das Haushaltsjahr 2018

Aufgrund des Art. 63 ff. der Gemeindeordnung erlässt die Gemeinde Haibach folgende Haushaltssatzung:

§ 1

Der als Anlage beigefügte Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018 wird hiermit festgesetzt; er schließt

- | | | |
|----|--|--------------|
| 1. | im Ergebnishaushalt mit | |
| | dem Gesamtbetrag der Erträge von | 16.318.300 € |
| | dem Gesamtbetrag der Aufwendungen von | 15.542.300 € |
| | und dem Saldo (Jahresergebnis) von | 743.000 € |
| 2. | im Finanzhaushalt | |
| a) | aus laufender Verwaltungstätigkeit mit | |
| | dem Gesamtbetrag der Einzahlungen von | 15.423.500 € |
| | dem Gesamtbetrag der Auszahlungen von | 12.893.600 € |
| | und einem Saldo von | 2.529.900 € |
| b) | aus Investitionstätigkeit mit | |
| | dem Gesamtbetrag der Einzahlungen von | 1.759.300 € |
| | dem Gesamtbetrag der Auszahlungen von | 7.380.200 € |

GR Hans Georg Seitz nennt das vom Kämmerer ausgegebene Motto für den Haushalt 2018 „sei realistisch, plane ein Wunder“, welches sehr passend für dieses Jahr sei.

Es gebe viele anstehende Maßnahmen und die günstigen Zinsen sollten für wichtige Investitionen genutzt werden. Das Anlagevermögen der Gemeinde steige stetig, dennoch sollten die Ausgaben kritisch gesehen werden. Hier nennt er insbesondere den Wald, den Wildpark und die Grünanlagen. Er bedankt sich bei Herrn Wenzel für die sehr gute Arbeit und geht davon dass es ein spannendes Haushaltsjahr werde.

GR Toni Stahl dankt dem Kämmerer für die geleistete Arbeit und ist sich sicher, dass die Zahlen erfahrungsgemäß auf Nummer sicher geschrieben wurden.

GR Jürgen Goldhammer schließt sich den Vorrednern an und dankt dem Kämmerer. Der Investitionshaushalt sei durch große Maßnahmen geprägt und er hoffe auf keine bösen Überraschungen. Er freue sich auf die anstehenden Aufgaben im Haushaltsjahr 2018

und einem Saldo von	-5.620.900 €
c) aus Finanzierungstätigkeit mit	
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen von	800.000 €
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen von	178.400 €
und einem Saldo von	621.600 €
d) und dem Saldo des Finanzhaushaltes von	-2.469.400 €
ab.	

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf 800.000 Euro neu festgesetzt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen zur Leistung von Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen in künftigen Jahren werden nicht festgesetzt.

§ 4

Die Steuersätze (Hebesätze) für nachstehenden Gemeindesteuern werden wie folgt festgesetzt:

4. Grundsteuer	
a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (A)	310 v. H.
b) für die Grundstücke (B)	310 v. H.
5. Gewerbesteuer	320 v. H.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen nach dem Haushaltsplan wird auf 2.000.000 Euro festgesetzt.

§ 6

Die Haushaltssatzung tritt am 1. Januar 2018 in Kraft

Haibach, den

Gemeinde Haibach



Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Abstimmungsergebnis: ja: 19 nein: 0

5. Allgemeines**Sachverhalt:****5.1. Mitgliederversammlung Feuerwehr**

Bgm. Andreas Zenglein gibt die Einladung des Feuerwehrvereins Haibach zur Mitgliederversammlung weiter.

5.2. Zaun am Stadion

Bgm. Andreas Zenglein teilt mit, dass der Zaun eingewachsen sei. Herr Staab bittet um Mitteilung, wie weiter verfahren werden solle. Nach Rückfrage im Gremium besteht Einverständnis, dass ein Maschendrahtzaun als Ersatz aufgestellt werden soll.

5.3. Mauer an der ST 2312 - Großmannstraße

Bgm. Andreas Zenglein teilt mit, dass die Mauer baurechtlich in Ordnung sei. Im Frühjahr solle diese noch begrünt werden.

5.4. Fällung „Freundschaftsbaum“

Bgm. Andreas Zenglein teilt mit, dass der Freundschaftsbaum der Städtepartnerschaft im Zuge der Vorbereitungen für den Hortneubau gefällt wurde. Die Fällung sei unumgänglich gewesen, da sich der Baum im Baufeld befunden habe. Auf Rückfrage von Herrn Seitz, ob eine Umsetzung möglich gewesen wäre, erläutert Bürgermeister Zenglein, dass

dies schwierig gewesen wäre und dass es nach dem Neubau eine Ersatzpflanzung geben werde.

5.5. Friedhof Grünmorsbach

GR Claus Rückert berichtet von einer Graböffnung im Grünmorsbacher Friedhof, bei der festgestellt wurde, dass die Verwesung noch nicht fortgeschritten sei. Er fragt an, welche Konsequenzen dies für den Friedhof habe.

Bgm. Andreas Zenglein erläutert, dass der Sarg zudem nicht in das geöffnete Grab gepasst hätte. Der extrem lehmige Boden verhindere eine Verwesung in den üblichen Zeiten. Im Frühjahr solle es Bohrungen geben, um zu testen, ob die Ruhefrist auf 30 Jahre verlängert werden müsste.

5.6. Baumfällungen an der Ortsverbindungsstraße

GR Tobias Rückert fragt an, weshalb an der Ortsverbindungsstraße Richtung Dörmorsbach Fällungen vorgenommen worden seien.

Bauamtsleiter Martin Volk teilt mit, dass es sich hier um Fällungen für die geplante Freileitung von E.O.N. handele.

Hiernach schließt Bürgermeister Andreas Zenglein den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **21.03.2018** genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Anja Züchner
Verw.amtsrätin

SITZUNG des GEMEINDERATES

Sitzungstag: Mittwoch, 21. März 2018
Sitzungsdauer: 20:00 Uhr bis 22:00 Uhr

Haibach, Rathaus

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
--------------------	----------	--

Anwesend:

Horst Hock	3. Bürgermeister	
Peter Amrhein	Gemeinderat	
Andreas Först	Gemeinderat	anwesend ab 20:15 Uhr
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Anja Goymann	Gemeinderätin	
Jürgen Großmann	Gemeinderat	anwesend ab 20:25 Uhr
Andreas Hein	Gemeinderat	
Richard Hein	Gemeinderat	
Dietmar Kempf-Blatt	Gemeinderat	
Beate Konrad	Gemeinderätin	
Torsten Redeker	Gemeinderat	
Eva Rückert	Gemeinderätin	anwesend ab 20:15 Uhr
Hans Georg Seitz	Gemeinderat	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	

Abwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Max Baumann	2. Bürgermeister	
Claus Rückert	Gemeinderat	
Tobias Rückert	Gemeinderat	
Andrea Stürmer	Gemeinderätin	

Schriftführer		
Silvia Reiling		

Verwaltung		
Michael Müller		
Andreas Roth		
Martin Volk		

Tagesordnung

Gemeinderat

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschriften vom 07.02.2018 und 28.02.2018
3.	Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung
4.	Neubau Kinderhort - Vorstellung Entwurfs/ Genehmigungsplanung
5.	21. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich "Bessenbacher Weg" - Ergebnis der Beteiligung der Behörden und der Öffentlichkeit - Feststellungsbeschluss
6.	4. Änderung des Bebauungsplans "Bessenbacher Weg" - Anregungen und Bedenken aus der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und Satzungsbeschluss
7.	Antrag auf den Verzicht von Glyphosat auf Flächen der Gemeinde Haibach
8.	Sanierung Kultur- und Sporthalle Wiedervorlage Beleuchtung Eingangsbereich/Biergarten
9.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:**1. Eröffnung und Begrüßung**

3. Bgm. Horst Hock eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 20 geladenen Gemeinderäten 13 erschienen sind, der Gemeinderat beschlussfähig

ist und zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

2. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschriften vom 07.02.2018 und 28.02.2018

Die Protokolle der Sitzungen des Gemeinderates vom 07.02. und 28.02.2018 werden ohne Anmerkungen genehmigt.

3. Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung**Sachverhalt:**

Aus der Gemeinderatssitzung vom 28.02.2018 sind keine Beschlüsse bekannt zu geben.

4. Neubau Kinderhort - Vorstellung Entwurfs/ Genehmigungsplanung

3. Bgm. Horst Hock begrüßt Frau Swoboda und Herrn Prokesch vom Architekturbüro Herzig, die heute die Genehmigungsplanung für den Neubau des Kinderhorts vorstellen.

weitergehenden Planungsanpassung von der Kostenschätzung des Vorentwurfes zur Kostenberechnung der Entwurfsplanung.

Sachverhalt:

In der Gemeinderatssitzung vom 11.10.2017 wurde der Vorentwurf zum Neubau des Kinderhorts vorgestellt und einstimmig beschlossen.

Zwischenzeitlich konnten weitere Abstimmungen mit der Regierung von Unterfranken und der Bauaufsicht erfolgen um darauf aufbauend die Entwurfsplanung auszuarbeiten.

Die Entwurfsplanung wurde dem AK Kinderhort am 13.03.2018 vorgestellt und positiv zur Beschlussfassung im Gemeinderat bewertet.

Gegenüber dem Vorentwurf gibt es folgende wesentliche Änderungen:

Zweite Flucht-Treppe:	Bauaufsicht/ Brandschutz
Änderung Sanitär-	Kern EG und OG
	Förderstelle
Trennwand Mensa	Förderstelle
Erweiterung Küche	Konzept Mittagessen
	Betreiber

Die Kosten (KG 200 – 700) der aktuellen Entwurfsplanung erhöhen sich von 3.617.583,00 € - brutto auf 3.920.802,29 € - brutto. Die Steigerung von rd. 10% liegt in einem üblichen Maß und ergibt sich aus der zunehmenden Detaillierung und den

3. Bgm. Horst Hock informiert für die Zuhörer nochmals das Vorhaben.

Es wird beabsichtigt, auf einer Teilfläche des Schulgrundstücks einen Neubau eines Kinderhorts mit 4 Gruppenräumen und Nebenräumen für die Betreuung von 100 Grundschulkindern mit einem Therapieraum, einem Mehrzweckraum und einer Mensa mit Verteilerküche, zu errichten. In der Mensa sollen zudem bis zu 80 Mittelschüler mit Mittagessen versorgt werden.

Das Raumprogramm wurde mit der Regierung von Unterfranken auf die Förderfähigkeit abgestimmt.

Zur Erarbeitung dieses Projekts wurde ein Arbeitskreis gebildet. Dieser setzte sich aus folgenden Personen zusammen:

Verwaltung:	Martin Volk und Andreas Roth
Schule:	Grundschule –
	Leiterin, Frau Urmetzner-Drutzel
	Mittelschule - Leiterin, Frau Zeier
Johannesverein:	Frau Lang und Frau Haase
GR	Ilse Spielmann / Vertreter Hans Georg Seitz – SPD-Fraktion

Beate Konrad / Vertreterin Andrea
Stürmer – CSU-Fraktion

Jürgen Goldhammer – FWG-
Fraktion

Für die Arbeit des Arbeitskreises von dieser Stelle
aus - herzlichen Dank.

Dann natürlich ein Dankeschön an das Team des
Architekturbüros Herzig und die beteiligten Fach-
ingenieure, die an den Sitzungen des AK ebenfalls
teilnahmen. Die Förderstelle der Regierung Ufr. hat
ebenfalls in Zusammenarbeit mit dem Architektur-
büro alle Möglichkeiten der Förderungen für die
Gemeinde ausgelotet. Die Bauaufsicht des
Landratsamtes hat letztendlich durch wenige
Planungsänderungen noch mehr Sicherheit für die
dort zu betreuenden Kinder geschaffen.

Heute liegt die genehmigungsfähige Planung dieses
Projektes vor und nach dieser ist für die Gemeinde
die maximale Förderung durch die Regierung
möglich.

Herr Prokesch erläutert anhand einer Powerpoint-
Präsentation die Planung.

Bei der Küchenplanung handelt es sich um eine
Verteilküche Plus, das bedeutet eine Warm-
anlieferung mit Ausgabe. Ebenso kann die Vor-
bereitung und das Verteilen der Speisen und Spülen
in einem separaten Raum erfolgen.

Es ist eine Nachrüstung von Herden zu einem
späteren Zeitpunkt möglich.

Bezüglich der Rettungswege werden seitens des
Landratsamtes 2 unabhängige Fluchtwege
gefordert, einer über die Loggia in Richtung
„Antonsruh“ und eine außenliegende Fluchttreppe
Richtung Ringwallstraße.

Das Erdgeschoss wird in Massivbauweise, in
Stahlbeton ausgeführt. Das Obergeschoss in einer
Holzkonstruktion, dies ist dann eine leichtere
Bauweise, die keine zusätzlichen Ständer erfordert.

Auf dem Grundstück müssen ebenfalls Stellplätze
nachgewiesen werden. Ein grünes Klassenzimmer
wird separat ausgewiesen.

Im Rahmen der Baumaßnahmen wird auch ein
neuer Zugang zur Grundschule geschaffen, der
auch mit Spielgeräten ausgestattet ist. Die Gesamt-
kosten belaufen sich auf ca. 3,9 Mio EUR.

In der heutigen Planung sind alle Kosten für das
Bauwerk einkalkuliert.

Die Erhöhung der Kosten hat sich durch die
Forderung der Kreisbrandrat für die Änderung der

Brandschutzaufgaben ergeben. Ebenso wurden
noch Nachbesserungen seitens der Regierung mit
eingearbeitet. Die Kostensteigerung liegt bei ca. 10
% - die jedoch hauptsächlich der Sicherheit der
Nutzer dient.

Der Bauantrag und der Förderantrag können einge-
reicht werden.

Die Bauzeit beträgt etwa 12-14 Monate und es ist
vorgesehen, dass der Betrieb zum Schuljahr
2019/2020 aufgenommen werden kann.

3. Bgm. Horst Hock erklärt, dass die Planung einen
sehr guten Eindruck macht. Der Arbeitskreis hat
hierzu eine sehr gute Arbeit geleistet.

GR Beate Konrad bemerkt, dass nach dieser
Planung die Küche mit etwa 60.000 EUR kalkuliert
ist. Sie möchte wissen, wie dies finanziell von einer
„Selbst-Koch-Küche“ entfernt ist. Die Idee hierzu
war, dass dann evtl. auch die Kindergärten mit
Essen beliefert werden können.

Herr Prokesch informiert, dass der Einbau eines
Herdes mit entsprechendem Zubehör bei etwa
10.000 EUR liegt. Man muss jedoch bedenken,
dass bei der Einrichtung einer Frischküche auch mit
Auslieferung usw. eine komplett andere Planung
erforderlich ist. Der Kostenrahmen wird dann
erheblich steigen.

GR Richard Hein möchte wissen wie die Ge-
staltung der Treppe, die zur Ringwallstraße führt,
vorgesehen ist.

Herr Prokesch teilt mit, dass dies dann ähnlich wie
die Fassadenverkleidung erfolgt.

GR Toni Stahl möchte wissen, ob das
Außengelände eingezäunt wird und ob dies auch
Einschnitte für den Bereich des Platzes an der
„Antonsruhe“ bedeutet.

Hierzu antwortet **Herr Prokesch**, dass die
Außenfläche etwa die Größe des jetzigen Daches
der Fahrradhalle hat. Das Vereinsgelände bleibt auf
jeden Fall in seiner jetzigen Form bestehen und ist
nicht in der Planung beinhaltet.

Weitere Fragen seitens des Gremiums bestehen
nicht.

Beschluss

Der vorgestellten Entwurfsplanung zum Neubau des
Kinderhorts wird zugestimmt.

Die Kosten in Höhe von 3.920.802,29 EUR - brutto
werden gebilligt.

Die Entwurfsplanung ist in den Bauantrag überzuführen und der Baugenehmigungsbehörde vorzulegen. Weiterhin ist der Förderantrag bei der Regierung von Unterfranken zu stellen.

Abstimmungsergebnis: ja: 16 nein: 0

5. 21. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich "Bessenbacher Weg" - Ergebnis der Beteiligung der Behörden und der Öffentlichkeit - Feststellungsbeschluss

3. Bgm. Horst Hock begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Richter, die Ortsplanerin. Sie wird die Änderung des F-Planes erläutern und für Fragen zur Verfügung stehen.

Sachverhalt:

Gemeinde Haibach

Flächennutzungsplan Änderung 21

Bessenbacher Weg – Allgemeines Wohngebiet

Öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB vom **05.02.2018 bis einschließlich 09.03.2018**

Beurteilung der Stellungnahmen

A. Folgende Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange wurden beteiligt:

1. Landratsamt – Bauaufsicht/Kreisbaumeisterin
2. Landratsamt – Untere Naturschutzbehörde
3. Landratsamt – Untere Immissionsschutzbehörde
4. Landratsamt – Untere Denkmalschutzbehörde
5. Landratsamt – Sachgebiet Wasser- und Bodenschutz
6. Landratsamt – Regionaler Planungsverband
7. Landratsamt – Kreisbrandinspektion
8. Landratsamt – Gesundheitsamt
9. Wasserwirtschaftsamt
10. Regierung von Ufr., Höhere Landesplanungsbehörde
11. Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung
12. Bayer. Landesamt für Denkmalpflege, Ref. B Q - Bauleitplanung, München
13. AVG Aschaffener Versorgungs-GmbH
14. NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH, Sailauf

- | | |
|--|----------|
| 1. Landratsamt – Bauaufsicht/Kreisbaumeisterin, | 08.02.18 |
| Fachtechnische Stellungnahme | |

Die Änderungsplanung wird als Ortsabrundung des Wohngebietes zur Kenntnis genommen.
Keine Bedenken!

- | | |
|--|----------|
| 2. Landratsamt – Untere Naturschutzbehörde, | 28.02.18 |
| Fachtechnische Stellungnahme | |

Die untere Naturschutzbehörde hat sich im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung zustimmend geäußert, es besteht Einverständnis.

Das FFH-Gebiet „Extensivwiesen und Ameisenbläulinge in und um Aschaffenburg“ (Nr. 6021-371.06) wird am nordwestlichen Rand minimal tangiert. In dem Bereich, der sich mit der Flächennutzungsplan-Änderung überschneidet, sind die FFH-relevanten Schutzgüter Ameisenbläulinge (Nr. 1059 und 1061) bzw. magere Flachland-Mähwiesen (LRT 6510) nicht existent. Insofern besteht kein Zielkonflikt.

Beurteilung: Kenntnisnahme

- | | |
|--|----------|
| 3. Landratsamt, Untere Immissionsschutzbehörde, | 06.02.18 |
| Fachtechnische Stellungnahme | |

Es bestehen keine Bedenken.

4. Landratsamt, Untere Denkmalschutzbehörde

Es liegt keine erneute Stellungnahme vor. Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung wurde mit Schreiben vom 06.11.2017 mitgeteilt, dass keine Bedenken bestehen.

5. Landratsamt, Sachgebiet Wasser- und Bodenschutz

Es liegt keine Stellungnahme vor.

6. Landratsamt, Regionaler Planungsverband Bayer. Untermain – Region 1, 21.02.18

Es werden, wie auch im Schreiben vom 09.11.2017, keine Einwendungen erhoben.

7. Landratsamt, Kreisbrandinspektion, 02.02.18

Aus Sicht der Feuerwehr (Belange des abwehrenden Brandschutzes) bestehen keine Bedenken.

8. Landratsamt, Gesundheitsamt, 26.02.18

Es bestehen keine Bedenken.

9. Wasserwirtschaftsamt, 07.02.18

Die Aussagen im Schreiben vom 07.02.2018 zur Änderung des Bebauungsplanes (Parallelverfahren) gelten auch hier, es sind keine Anmerkungen veranlasst, da keine wasserwirtschaftlichen Belange berührt sind.

10. Regierung von Ufr., Höhere Landesplanungsbehörde, 12.02.18

Wie im Schreiben vom 08.11.2017 Nr. 24-8314.1301-8-4-1 werden auch gegen den nun vorliegenden Bauleitplanentwurf keine Einwendungen erhoben.

11. Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung, 15.02.18

Es liegen keine Bedenken vor.

12. Bayer. Landesamt für Denkmalpflege, Ref. B Q – Bauleitplanung, München,

Es liegt keine Stellungnahme vor.

13. AVG Aschaffener Versorgungs-GmbH, 06.02.18

Es bestehen keine grundsätzlichen Einwendungen, wenn der Bestand, die Sicherheit und der Betrieb der Anlagen nicht beeinträchtigt werden.

Bei Fragen: 06021-391-366, H. Kuhn.

Beurteilung: Kenntnisnahme und Beachtung.

14. NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH, Sailauf, 20.02.18

Es bestehen keine Bedenken.

B. Öffentliche Auslegung**1. Schreiben von Herrn Lothar Röser, Aschaffener Str. 25, 63808 Haibach, 14.02.18**

Die Änderung bedeutet Eingriff in den Bereich Wendelberg.

Beurteilung:

Das Plangebiet des Bebauungsplanes tangiert nicht den Bereich Wendelberg und greift somit nicht in dieses Areal ein. Eine Änderung der Planung ist nicht angezeigt.

Beschluss

Der Gemeinderat fasst alle vorgenannten Einzelbeschlüsse und beschließt, den Flächennutzungsplan in der redaktionell geänderten Fassung vom 09.01.2018 einschließlich Begründung und Umweltbericht festzustellen.

Die Verwaltung wird beauftragt, den Flächennutzungsplan beim Landratsamt Aschaffenburg zur Genehmigung vorzulegen und nach dessen Genehmigung amtlich bekanntzumachen (§ 6 Abs.1 und Abs. 5 BauGB).

Abstimmungsergebnis: ja: 15 nein: 1

Abstimmungsbemerkung:

GR Hans Georg Seitz bemerkt zu seiner Gegenstimme: Er spricht sich dagegen aus, da nach seiner Ansicht Grundstücke unterschiedlich behandelt wurden. Es wurden Baugrundstücke in unterschiedlichen Tiefen ausgewiesen und damit die Baufläche erweitert, bei anderen dagegen erfolgte dies nicht.

6. 4. Änderung des Bebauungsplans "Bessenbacher Weg" - Anregungen und Bedenken aus der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und Satzungsbeschluss

Dieser Tagesordnungspunkt wird ebenfalls von Frau Richter erläutert.

Sachverhalt:

Öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB vom **05.02.2018 bis einschließlich 09.03.2018**

Beurteilung der Stellungnahmen**A. Folgende Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange wurden beteiligt:**

1. Landratsamt – Bauaufsicht/Kreisbaumeisterin
2. Landratsamt – Untere Naturschutzbehörde
3. Landratsamt – Untere Immissionsschutzbehörde
4. Landratsamt – Untere Denkmalschutzbehörde
5. Landratsamt – Sachgebiet Wasser- und Bodenschutz
6. Landratsamt – Regionaler Planungsverband
7. Landratsamt – Kreisbrandinspektion
8. Landratsamt – Gesundheitsamt
9. Wasserwirtschaftsamt
10. Regierung von Ufr., Höhere Landesplanungsbehörde
11. Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung
12. Bayer. Landesamt für Denkmalpflege, Ref. B Q - Bauleitplanung, München
13. AVG Aschaffener Versorgungs-GmbH
14. NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH, Sailauf

- 1. Landratsamt – Bauaufsicht/Kreisbaumeisterin,**
Fachtechnische Stellungnahme

08.02.18

Die Änderungsplanung wird unter Aufrechthaltung der vorgetragenen Bedenken in der Stellungnahme vom 02.11.2017 zur Kenntnis genommen.

Beurteilung: Kenntnisnahme.

Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung wurden Bedenken zu den großzügigen Festsetzungen der Baufenster im Bereich der Flst. Nrn. 4272, 4269, 4265/2 und 4265 vorgetragen.

In der Begründung vom 09.01.2018 wird erläutert, dass für die genannten Grundstücke keine engeren Festsetzungen getroffen werden, um die Realisierung verschiedener Wohn-/Hausformen, auch im Sinne einer maßvollen Verdichtung, künftig zuzulassen.

- 2. Landratsamt – Untere Naturschutzbehörde,**
Fachtechnische Stellungnahme

28.02.18

Die untere Naturschutzbehörde hat sich im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung zustimmend geäußert, es besteht Einverständnis.

Das FFH-Gebiet „Extensivwiesen und Ameisenbläulinge in und um Aschaffenburg“ (Nr. 6021-371.06) wird am nordwestlichen Rand minimal tangiert. In dem Bereich, der sich mit der Flächennutzungsplan-Änderung überschneidet, sind die FFH-relevanten Schutzgüter Ameisenbläulinge (Nr. 1059 und 1061) bzw. magere Flachland-Mähwiesen (LRT 6510) nicht existent. Insofern besteht kein Zielkonflikt.

Beurteilung: Kenntnisaufnahme

3. **Landratsamt, Untere Immissionsschutzbehörde,** 06.02.18
Fachtechnische Stellungnahme

Es bestehen keine Bedenken.

4. **Landratsamt, Untere Denkmalschutzbehörde** 14.03.18

Es bestehen keine Bedenken.

Der Hinweis bezüglich der Dachfarbe wurde im Bebauungsplan mit aufgenommen.

5. **Landratsamt, Sachgebiet Wasser- und Bodenschutz**

Im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung teilte das Sachgebiet mit Schreiben vom 09.11.2017 mit, dass keine wasser- und bodenschutzrechtlichen Belange von der Bebauungsplanänderung betroffen sind.

6. **Landratsamt, Regionaler Planungsverband Bayer. Untermain – Region 1,** 21.02.18

Es werden, wie auch im Schreiben vom 09.11.2017, keine Einwände erhoben.

7. **Landratsamt, Kreisbrandinspektion,** 02.02.18

Die Stellungnahme entspricht dem Schreiben vom 17.10.17 im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung.

In der Stellungnahme wird auf die Belange des abwehrenden Brandschutzes hingewiesen. Bei den bauleitplanerischen Überlegungen bestehen bezüglich des Brandschutzes keine Bedenken, wenn nachfolgende Punkte bei der geplanten Änderung des Bebauungsplanes für das bereits bebaute Gebiet beachtet werden:

- Nach Art. 1 Abs. 1 und 2 Bayer. Feuerwehrgesetz ist der abwehrende Brandschutz und die Bereitstellung der notwendigen Löschwasserversorgungsanlagen eine gemeindliche Pflichtaufgabe.
- Die Freiwillige Feuerwehr Haibach kann den Brandschutz in der vorgeschriebenen Hilfsfrist von 10 Minuten für dieses Gebiet auch nach der geplanten Änderung gewährleisten.
Die Ausrüstung und Organisation der Feuerwehr ist für die geplante Bebauung ausreichend.
- **Löschwasserversorgung**
Die Bereithaltung und Unterhaltung notwendiger Löschwasserversorgungsanlagen ist Aufgabe der Gemeinde und damit bei Neuausweisung und Änderung eines Bebauungsplangebietes ein Teil der Erschließung im Sinn von § 123 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB). Die Sicherstellung der notwendigen Löschwasserversorgung zählt damit zu den bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen für die Erteilung einer Baugenehmigung. Welche Löschwasserversorgungsanlagen im Einzelfall notwendig sind, ist anhand der Brandrisiken des konkreten Bauvorhabens zu beurteilen.
Der Gemeinde Haibach wird empfohlen, bei der Ermittlung der notwendigen Löschwassermenge die Technische Regel zur Bereitstellung von Löschwasser durch die öffentliche Trinkwasserversorgung – Arbeitsblatt W 405 der Deutschen Vereinigung des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW) anzuwenden. Dabei beschränkt sich die Verpflichtung der Gemeinden nicht auf die Bereitstellung des sog. Grundschutzes im Sinn dieser technischen Regel.
Sie hat Löschwasser in einem Umfang bereitzuhalten, wie es die jeweils vorhandene konkrete örtliche Situation, die unter anderem durch die (zulässige) Art und das (zulässige) Maß der baulichen Nutzung, die Siedlungsstruktur und die Bauweise bestimmt wird, verlangt. Ein Objekt, das in dem maßgebenden Gebiet ohne weiteres zulässig ist, stellt regelmäßig kein außergewöhnliches, extrem unwahrscheinliches Brandrisiko dar, auf das sich die Gemeinde nicht einzustellen bräuchte.

Im vorliegenden Fall ergibt sich bei einem allgemeinen Wohngebiet (WA), einer Geschossflächenzahl von 1,2 und einer kleineren oder mittleren Gefahr der Brandausbreitung ein Löschwasserbedarf von 96 m³/h, der über einen Zeitraum von 2 Stunden gewährleistet sein muss.
Die Löschwasserversorgung ist zu prüfen, ob die notwendige Löschwassermenge tatsächlich zur Verfügung steht.

- Bauanträge, welche die einschlägigen Brandschutzanforderungen der BayBO nicht erfüllen oder bei denen von den Brandschutzanforderungen abgewichen werden soll und Gebäude oder Betriebe besonderer Art und Nutzung oder für besondere Personengruppen (Sonderbauten), sind im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens zu prüfen.

Beurteilung:

Kenntnisnahme und Beachtung der genannten Punkte.

Der Brandschutz ist durch die Freiwillige Feuerwehr Haibach in einer Hilfsfrist von 10 Minuten gewährleistet. Es handelt sich um die Überarbeitung und Änderung eines bebauten Gebietes. Art und Maß der zulässigen baulichen Nutzung werden beibehalten.

Es wird davon ausgegangen, dass eine Löschwassermenge von 48 m³/h zur Verfügung steht. Eine Überrechnung des Netzes zur öffentlichen Trinkwasserversorgung durch ein Ingenieurbüro wird derzeit vorbereitet.

8. Landratsamt, Gesundheitsamt,

26.02.18

Es bestehen keine Bedenken.

9. Wasserwirtschaftsamt,

07.02.18

Es sind keine weiteren Anmerkungen veranlasst, wie auch bereits im Schreiben vom 26.10.2017 im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung geäußert, da wasserwirtschaftliche Belange nicht berührt sind.

10. Regierung von Ufr., Höhere Landesplanungsbehörde, 12.02.18

Wie im Schreiben vom 08.11.2017 Nr. 24-8314.1301-8-4-1 werden auch gegen den nun vorliegenden Bauleitplanentwurf keine Einwendungen erhoben.

11. Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung, 15.02.18

1. Das basierende Kartenmaterial entspricht nicht dem aktuellen Stand des Liegenschaftskatasters vom 25.10.2017. Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes entspricht der Gebäudebestand nicht dem Stand des Liegenschaftskatasters.
2. Im Bereich von Flurstück Nr. 3639 entspricht die Bebauungsplangrenze einer bisher nicht aus Naturmaßen festgelegten, abgemarkten sowie von den Eigentümern anerkannten Grundstücksgrenze. Flurstück Nr. 3641 wird nur teilweise in den Geltungsbereich des Bebauungsplanes einbezogen.
3. Im Bereich der Flurstücke Nr. 4272, 4268 und 4265/2 sind die angrenzenden Flurstücke Nr. 3666, 3667, 3668, 3669, 3670 und 3671/1 nur teilweise im Geltungsbereich des Bebauungsplanes und befinden sich in unterschiedlichen Eigentumsverhältnissen. Zur Realisierung der Erweiterungen und zur Durchführung einer geordneten Bebauung im Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Bessenbacher Weg“, Änderung 4 wäre deshalb eine frühzeitige Vermessung und Abmarkung des geänderten Geltungsbereiches vorteilhaft.

Beurteilung:

Die genannten Punkte werden zur Kenntnis genommen. Eine Vermessung erfolgt im Zuge der konkreten Bauvorhaben.

Die Kartengrundlage wird aktualisiert.

12. Bayer. Landesamt für Denkmalpflege, Ref. B Q – Bauleitplanung, München,

Es liegt keine Stellungnahme vor.

13. AVG Aschaffener Versorgungs-GmbH,

06.02.18

Es bestehen keine grundsätzlichen Einwendungen, wenn der Bestand, die Sicherheit und der Betrieb der Anlagen nicht beeinträchtigt werden.
Bei Fragen: 06021-391-366, H. Kuhn.

Beurteilung: Kenntnisnahme und Beachtung.

14. NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH, Sailauf,

20.02.18

Es bestehen keine Bedenken.

B. Öffentliche Auslegung**1. Schreiben von Herrn Lothar Röser, Aschaffener Str. 25, 63808 Haibach,**

14.02.18

Die Änderung bedeutet Eingriff in den Bereich Wendelberg.

Beurteilung:

Das Plangebiet des Bebauungsplanes tangiert nicht den Bereich Wendelberg und greift somit auch nicht in dieses Areal ein. Eine Änderung der Planung ist insofern nicht angezeigt.

Beschluss

Von den vorgebrachten Anregungen und Stellungnahmen wird Kenntnis genommen und diese werden beachtet.

Satzungsbeschluss

Gemäß § 10 Abs. 1 BauGB wird die 4. Änderung des Bebauungsplans „Bessenbacher Weg“ in der Fassung vom 09.01.2018 als Satzung beschlossen.

Der Satzungsbeschluss soll ortsüblich bekannt gemacht werden.

Abstimmungsergebnis: ja: 15 nein: 1

Abstimmungsbemerkung:

GR Hans Georg Seitz bemerkt zu seiner Gegenstimme:

Er spricht sich dagegen aus, da nach seiner Ansicht Grundstücke unterschiedlich behandelt wurden. Es wurden Baugrundstücke in unterschiedlichen Tiefen ausgewiesen und damit die Baufläche erweitert, bei anderen dagegen erfolgte dies nicht.

7. Antrag auf den Verzicht von Glyphosat auf Flächen der Gemeinde Haibach**3. Bgm. Horst Hock** führt aus:**Sachverhalt:**

Mit E-Mail vom 12.03.2018 stellte GR Toni Stahl einen Antrag zum Verzicht von Glyphosat auf Flächen der Gemeinde Haibach.

Er beantragt, folgendes zu beschließen:

„Auf allen gemeindeeigenen Flächen wird auf den Einsatz von glyphosathaltigen Totalherbiziden verzichtet. Dies betrifft alle Flächen die von der Gemeinde selbst bewirtschaftet oder unterhalten werden, als auch Flächen die an andere Nutzer (z.B. Landwirte, Vereine) verpachtet wurden. Diese Einschränkungen sind in den Pachtverträgen mit aufzunehmen.“

Der Antrag hierzu wird verlesen.

Bereits im Dezember 2017 wurde von den Freien Wählern wegen der Nutzung von Glyphosat bei der

Gemeinde nachgefragt. Gartenbautechniker Franz Staab erläuterte daraufhin folgendes:

„Der Wirkstoff Glyphosat wurde in der Vergangenheit auch in Haibach regelmäßig eingesetzt. Jedoch ist es nun schon seit Jahren so, dass wir dieses Mittel gar nicht mehr verwenden dürfen im öffentlichen Raum. Das gilt im Übrigen für alle bayerischen Kommunen. Insofern ist ein Verbot, wie es beispielsweise die Stadt Marktheidenfeld „offiziell“ erlassen hat, zwar pressewirksam, aber tatsächlich völlig unnötig. Denn Glyphosat darf schon lange nur unter bestimmten Voraussetzungen verwendet werden:

1. Die professionellen Nutzer (Winzer, Landwirte, Gärtner) dürfen es nur verwenden, wenn sie über ihre Ausbildung hinaus die sogenannte Pflanzenschutzsachkunde erwerben. Diese muss regelmäßig aufgefrischt werden. Im Haibacher Bauhof haben aktuell 5 Mitarbeiter diese Qualifikation.

2. Nur wer eine sog. „Ausnahmegenehmigung“ beim zust. Amt für Landwirtschaft beantragt (und diese dann auch

bekommt(!), was heutzutage in 99% aller Fälle sowieso abgelehnt wird), darf Glyphosat im öfftl. Raum noch einsetzen (Bspws. um einen Aschensportplatz oder eine 400m-Bahn unkrautfrei zu machen oder Friedhofswege sauber zu halten).

3. Die offizielle Lesart ist, dass es weder auf Sportanlagen, noch auf öffentlichen Wegen und Plätzen wichtig ist, eine totale Unkrautfreiheit zu gewährleisten. „Wichtig“ kann das maximal auf landwirtschaftlich genutzten Flächen sein. Aber keine Kommune betreibt Landwirtschaft, ergo braucht auch keine Kommune Glyphosat....

...Die Gemeinde Haibach verwendet schon seit Jahren ein alternatives Mittel, das keine Zulassung benötigt. Es handelt sich dabei um das Produkt „Bio-Flächenreiniger“

Aus Sicht der Verwaltung ist hierüber keine Beschlussfassung erforderlich.

Der Gemeinde Haibach wurde durch das Amt für Landwirtschaft und Ernährung keine Ausnahme genehmigung zur Verwendung von Glyphosat erteilt, bzw. diese wurde in den letzten Jahren nicht beantragt.

Sollten Pächter gemeindlicher, landwirtschaftlicher Flächen eine Ausnahme genehmigung erteilt bekommen haben (hierüber macht das Amt für Landwirtschaft und Ernährung keine Angaben), dürfen diese Glyphosat verwenden, da die Verwendung nicht generell verboten ist. Eine Änderung bestehender Pachtverträge könnte nur in beiderseitigem Einvernehmen zwischen Verpächter und Pächter erfolgen.

In Pachtverträge die neu abgeschlossen werden, wird ein entsprechender Passus mit aufgenommen, in dem die Verwendung von Glyphosat untersagt wird.

Michael Müller informiert, dass er heute nochmals im Amt für Landwirtschaft nachgefragt hat, wer eine

Genehmigung für die Nutzung von Glyphosat beantragt bzw. erhalten hat. Diese Auskunft wurde aus datenschutzrechtlichen Gründen verweigert.

GR Hans Georg Seitz stellt fest, dass bestehende Pachtverträge zum jetzigen Zeitpunkt nicht geändert werden können. Alle neuen Verträge, die künftig abgeschlossen werden, müssen den entsprechenden Zusatz enthalten. Man sollte die Pächter jedoch anschreiben und nochmals auf das bestehende Verbot hinweisen.

GR Peter Amrhein ist der Meinung, dass sich das Thema mit der neuen Bundesumweltministerin wohl alleine lösen wird.

GR Toni Stahl ergänzt seinen Antrag und bemerkt, dass in Haibach 36.000m² an Fläche an Vereine verpachtet sind. Die Gemeinde sollte hierzu ein Zeichen setzen und nochmals auf das Verbot hinweisen.

GR Anja Goymann fragt, inwieweit die Gemeinde diese Nutzung verbieten kann.

GR Andreas Hein erklärt hierzu, dass die Gemeinde einen privatrechtlichen Vertrag mit dem Pächter abschließt und dann die entsprechende Nutzung festlegen kann.

Beschluss

Auf allen gemeindeeigenen Flächen wird auf den Einsatz von glyphosathaltigen Totalherbiziden verzichtet. Dies betrifft alle Flächen die von der Gemeinde selbst bewirtschaftet oder unterhalten werden, als auch Flächen die an andere Nutzer (z.B. Landwirte, Vereine) verpachtet wurden. Diese Untersagung ist in den neuen und zu verlängernden Pachtverträge mit aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis: ja: 16 nein: 0

8. Sanierung Kultur- und Sporthalle Wiedervorlage Beleuchtung Eingangsbereich/Biergarten

Sachverhalt:

In der Gemeinderatssitzung vom 19.07.2018 wurde ein Vorschlag zur Beleuchtung des Eingangsbereiches mit Biergarten vorgelegt. Grundsätzlich wurde der Modernisierung der Beleuchtung zugestimmt, die fehlende Atmosphäre wurde bemängelt, weshalb Alternativen erarbeitet werden sollten.

Das neue Konzept sieht Pollerleuchten mit einer Höhe von 1,0 m vor. Durch Ausbildung von Sockeln ist eine geringe Erhöhung von bis zu 20 cm machbar. Weiterhin werden Baumstrahler sowie Lichtbänder an den Bäumen vorgeschlagen.

Die Leuchten werden über die Fa. Uni-Elektro bezogen. Die Montageleistungen und Bauarbeiten

erfolgen über die Fa. Süß und über den gemeindlichen Bauhof.

Kostenschätzung:

4 Pollerleuchten	ca. 2.670 €
4 Baumstrahler	ca. 932 €
4 Lichtbänder	ca. 228 €
Beleuchtung – netto	ca. 3.828 €
Beleuchtung – brutto	ca. 4.600 €
Montagekosten Fa. Süß	ca. 2.500 €
Leistungen Bauhof	ca. 3.000 €

Gesamtkosten brutto ca. 10.100 €

Gegenüber dem Konzept vom Juli 2017 konnte eine Kostenreduzierung um ca. 50% erreicht werden.

GR Peter Amrhein erläutert das erarbeitete Beleuchtungskonzept. Mit den vorgeschlagenen Leuchten soll nun ein flächiges, blendfreies und angenehmes Licht im Biergarten geschaffen werden.

Es werden BEGA-Leuchten vorgeschlagen, hier gibt es eine Nachkaufgarantie für Ersatzteile und LED's für die Dauer von 25 Jahren.

GR Jürgen Goldhammer bemerkt zu dem Vorschlag, dass er damit, bis auf die „Weihnachtsbaumbeleuchtung“, einverstanden ist. Man sollte getrennt darüber abstimmen.

Beschluss

Dem vorgestellten Konzept zur Erneuerung der Beleuchtung des Eingangsbereiches mit Biergarten der Kultur- und Sporthalle wird zugestimmt.

Die 4 vorgeschlagenen **Pollerleuchten** werden zum Preis von 2.670,00 EUR, netto, bei der Firma Uni-Elektro bestellt.

Abstimmungsergebnis: ja: 16 nein: 0

Beschluss

Dem vorgestellten Konzept zur Erneuerung der Beleuchtung des Eingangsbereiches mit Biergarten der Kultur- und Sporthalle wird zugestimmt.

Die 4 vorgeschlagenen **Baumstrahler** werden zum Preis von 932,00 EUR, netto, bei der Firma Uni-Elektro bestellt.

Abstimmungsergebnis: ja: 16 nein: 0

Beschluss

Dem vorgestellten Konzept zur Erneuerung der Beleuchtung des Eingangsbereiches mit Biergarten der Kultur- und Sporthalle wird zugestimmt.

Die **Lichtbänder** für die Beleuchtung der Bäume werden bei der Firma Uni-Elektro bestellt.

Abstimmungsergebnis: ja: 1 nein: 15 abgelehnt

9. Allgemeines

3. Bgm. Horst Hock informiert über folgende Veranstaltungen:

Freitag, 23.03.2018

16:00 Uhr Benefiz-Spiel

Alemannia Haibach gegen Eintracht Frankfurt

19:00 Uhr Obst- u. Gartenverein Haibach

19:00 Uhr Jahreshauptversammlung Wanderverein
Jahreshauptversammlung mit
Neuwahlen

Samstag, 24.03.2018

Aktion „Sauberer Landkreis“ Treffpunkt :
Parkplatz an der Alten Schule um 8:30 Uhr

Hiernach schließt **3. Bgm. Horst Hock** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **11.04.2018** genehmigt.

Horst Hock

3. Bürgermeister

Silvia Reiling

Verw.-Angest.

SITZUNG des GEMEINDERATES

Sitzungstag: Mittwoch, 11. April 2018
Sitzungsdauer: 19:00 Uhr bis 22:20 Uhr

Haibach, Rathaus

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
--------------------	----------	--

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Horst Hock	3. Bürgermeister	
Peter Amrhein	Gemeinderat	
Andreas Först	Gemeinderat	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Anja Goymann	Gemeinderätin	
Jürgen Großmann	Gemeinderat	
Andreas Hein	Gemeinderat	
Richard Hein	Gemeinderat	
Dietmar Kempf-Blatt	Gemeinderat	
Beate Konrad	Gemeinderätin	
Claus Rückert	Gemeinderat	
Tobias Rückert	Gemeinderat	ab 19.20 Uhr
Hans Georg Seitz	Gemeinderat	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	
Andrea Stürmer	Gemeinderätin	

Abwesend:

Max Baumann	2. Bürgermeister	
Torsten Redeker	Gemeinderat	
Eva Rückert	Gemeinderätin	

Schriftführer		
Anja Züchner		

Verwaltung		
Klaus Christ		Zum OT Waldfriedhof
Franz Staab		Zum OT Waldfriedhof
Martin Volk		
Anja Züchner		

Tagesordnung**Gemeinderat****Öffentlicher Teil:**

1.	Ortstermin Waldfriedhof
2.	Eröffnung und Begrüßung
3.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift vom 21.03.2018
4.	Umbau Kreuzungsbereich "Adler" - Beratung und Beschlussfassung
5.	Erneuerung der GV-Straße Haibach - Dörmorsbach 2.BA Ausführungsänderung
6.	Hohe Warte - Information und Abstimmung der weiteren Vorgehensweise
7.	Schöffenwahl 2018; Aufstellung einer Vorschlagsliste für Schöffen
8.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:**1. Ortstermin Waldfriedhof****Sachverhalt:**

Um 19.00 Uhr traf sich das Gremium am Eingang des Waldfriedhofes und wurde durch Herrn Franz Staab und Herrn Klaus Christ durch den Waldfriedhof geführt. Es wurden folgende Stationen abgelaufen:

- 1) Erweiterungsteil, auf dem bereits Bäume gepflanzt wurden, um diesen für Baumgräber nutzen zu können.
- 2) Ausschwemmungen unterhalb der Aussegnungshalle – hier wurde dem Gremium erläutert, dass sich im Fichtenbestand der Borkenkäfer angesiedelt habe und deshalb Fällungen erforderlich sein werden. Zudem wurde auf die Ausschwemmungen bei Starkregen eingegangen – nach dem mit Beton eingefassten Bereich gibt es bis zu 2 Meter tiefe Auskolkungen. Mittel im Haushalt sind eingestellt, jedoch sind derzeit noch Abstimmungen mit dem Wasserwirtschaftsamt erforderlich.
- 3) Der Überlauf an der Aussegnungshalle – dieser muss ertüchtigt werden.
- 4) Sternenkinder Gedenkstätte Alternativstandort 1 – neben der Aussegnungshalle
- 5) Sozialgräber – Herr Christ erläutert, dass die dort verwendeten Grababdeckungen auch für die Baumgräber angedacht sind
- 6) Sternenkinder Gedenkstätte Alternativstandort 2 – in Hanglage oberhalb der Aussegnungshalle
- 7) Weg oberhalb der Aussegnungshalle – hier steht eine Wegesanierung an. Herr Staab erläutert auf Rückfrage von GR Goldhammer, dass eine ersatzlose Entfernung der Rabatten nicht funktionieren wird. Entweder müssen neue Rabatten gesetzt werden oder der Weg müsste als wassergebundene Decke ausgebaut werden, was jedoch aufgrund der Menge des Oberflächenwassers als schwierig angesehen wird.
- 8) Sternenkinder Gedenkstätte Alternativstandort 3 – Lichtung als möglicher Standort für Sternenkinder oder für ein Urnenstelenfeld. GR Peter Amrhein schlägt vor, Urnenstelen im ganzen Friedhof zu verteilen, um ein aufgelockertes Bild zu erhalten. Anmerkung der Verwaltung: Von Verwaltungsseite aus ist es sinnvoller, feste Standorte festzulegen und diese nacheinander zu belegen, damit die Friedhofssystematik erhalten bleibt.
- 9) Wiesenfeld – In diesem Grabfeld gibt es derzeit einen hohen Leerstand, da viele Gräber aufgelöst werden. Deshalb ist es angedacht, dieses Feld künftig für Urnengräber mit Abdeckplatten zu nutzen. Wege sind hier nicht vorgesehen. Herr Christ erläutert zudem, dass bei den meisten gemeindlichen Satzungen auch festgelegt ist, dass kein Grabschmuck zulässig ist und die Gemeinde ein Abräumrecht hat. Dies werde aber in der neuen Satzung geregelt, die dem Gemeinderat in einer der nächsten Sitzungen vorgelegt werde.
- 10) Weg vor der Urnenwand – als Beispiel für einen sanierten Weg; in Teilbereichen in Pflasterweise ausgebaut, in anderen Teilen als wassergebundene Decke. Herr Staab erläutert in diesem Zusammenhang, dass die wassergebundenen Decken im Friedhof seit dem Glyphosatverbot schwer von Unkraut freizuhalten sind.
- 11) Jägerzaun mit Stahleinfriedung und „Heldengrab“ – Herr Staab erläutert, dass der Zaun kein optisch schönes Bild abgibt und dass das „Hohe Kreuz“ nicht mehr standsicher sei, so dass eine Sanierung erforderlich sei.

Im Nachgang zum Ortstermin wurde im Sitzungssaal von **GR Jürgen Großmann** gewünscht, dass in der nächsten Kultur- und Sportausschusssitzung am 25.04.2018 eine Planung für die zwei favorisierten Standorte für die Sternenkinder vorgestellt werden soll.

2. Eröffnung und Begrüßung

Nach dem Ortstermin im Waldfriedhof eröffnet **Bgm. Andreas Zenglein** die Sitzung im Sitzungssaal und stellt fest, dass von den 20 geladenen

Gemeinderäten 17 erschienen sind, der Gemeinderat beschlussfähig ist und zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

3. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift vom 21.03.2018

Das Protokoll der Sitzung des Gemeinderates vom 21.03.2018 wird ohne Anmerkungen genehmigt.

4. Umbau Kreuzungsbereich "Adler" - Beratung und Beschlussfassung**Sachverhalt:**

Das Staatliche Bauamt Aschaffenburg beabsichtigt die Erneuerung des Knotenpunktes „Adler“ - St2312/ Sponackerweg/ Zum Stadion.

Dabei wurde der Ausbau als Kreisverkehrsanlage geprüft, musste jedoch aus Gründen einer zu geringen, zukünftigen Leistungsfähigkeit verworfen werden.

Die aktuellen Planungen sehen einen Ausbau als ampelgeregelten Knotenpunkt mit Anpassungen der Radwegführung vor.

Die Entwurfsplanung wird von Herrn Steiff und Herrn Amic vom Staatlichen Bauamt vorgestellt.

Im Zuge dieser Baumaßnahme ist der Austausch der Wasserleitung geplant (Bestandsleitung PVC). Die Notwendigkeit und der Umfang zur Sanierung oder den Austausch der Kanalisation werden derzeit noch geprüft.

Herr Amic stellt anhand einer Präsentation den aktuellsten Planungsstand des Staatlichen Bauamtes vor. Er gibt zur Kenntnis, dass dies noch keine Ausführungsplanung ist, insbesondere im Bereich des Radweges fänden noch Abstimmungen mit dem Radverkehrsbeauftragten der Stadt Aschaffenburg statt.

Der Handlungsbedarf sei gegeben, da der Belag verbraucht sei, was sich an den Spurrillen zeige. Auch ungesicherte Überwege seien Grund der Planung. Ggf. seien auch Erneuerungen im Bereich der vorhandenen Leitungen (Wasser, Kanal, Fernmeldewesen...) erforderlich. Im Vorfeld der Planungen wurde eine Kampfmittelerkundung durchgeführt, die ergab, dass eine vor Ort Sondierung durch einen Kampfmittelräumdienst für einige Tage erforderlich sei, um die Baufreigabe zu erhalten.

Der Radweg sei bis zur Einmündung Findbergstraße als Begleitstreifen geplant. Um diesen beidseitigen Schutzstreifen gewährleisten zu

können, sei jedoch eine Verringerung der Fahrbahnbreite auf 5,00 m erforderlich.

Bei einem Begegnungsverkehr PKW-PKW sei dies unproblematisch. Bei einem Begegnungsverkehr LKW – LKW müssten die Schutzstreifen für die Radfahrer mitgenutzt werden.

Die im Vorfeld durchgeführten Verkehrsmessungen haben eine Belastung von 13.000 PKW in der Würzburger Straße ergeben, da die Nebenäste (Zum Stadion und Sponackerweg) jedoch auch hohe verkehrliche Belastung aufweisen, sei eine finanzielle Beteiligung der Gemeinde gegeben.

Aufgrund der aktuellen Zählungen und der Verkehrsprognosen habe sich ergeben, dass ein ursprünglich angedachter Kreisverkehr nicht verwirklicht werden könne, da rechnerisch ab 5% höherem Verkehrsaufkommen keine Leistungsfähigkeit des Kreisverkehrs mehr gegeben wäre.

Deshalb wurden die Planungen auf eine Lichtsignalanlage umgestellt. Für den geplanten Radweg soll es im Abzweig „Sponackerweg“ einen mit Lichtsignalanlage gesicherten Übergang für die Radfahrer geben. Dies sei auch für die Nord-Süd Achse (Zum Stadion – Sponackerweg) geplant.

Für diese Lösung sei nur ein geringer Grunderwerb im Bereich des Geländes „Jet-Tankstelle – Adler“ erforderlich.

Während den Bauarbeiten soll die Umleitung großräumig über die A3 erfolgen, jedoch sei klar, dass Ortskundige dann über die Ludwigsallee oder Gailbach nach Haibach einfahren würden.

Phasenweise werde der Verkehr während der Bauphase halbseitig gesperrt, jedoch sei auch eine Vollsperrung für das Aufbringen der Deckschicht für eine paar Tage, maximal eine Woche erforderlich.

Die geplante Bauzeit betrage ca. drei Monate und sei für das zweite Halbjahr 2018 angedacht.

GR Claus Rückert fragt nach, ob es viele Unfälle wegen rutschigem Belag auf der Strecke zum Touristenheim gebe und wie der Schichtaufbau der Straße sei?

Herr Amic erläutert, dass es hier einen tragfähigen Untergrund gebe und ein 8 cm Aufbau geplant sei. Ein Flüsterasphalt sei hier nicht vorgesehen, auch sei der Belag weniger griffig.

GR Hans Georg Seitz möchte wissen, ob eine 5,00 m breite Fahrbahn tatsächlich für eine Ortsdurchfahrt ausreichend sei. Er erinnere sich, dass bei der Ortsverbindungsstraße mindestens 6,00 m gefordert wurden.

Herr Amic erläutert, dass die 5,00 m ausreichend seien und im Bedarfsfall die Schutzstreifen mitgenutzt werden müssten. Erfahrungsgemäß sei es für die Radfahrer jedoch sicherer auf einem Schutzstreifen zu fahren, als auf einem extra ausgewiesenen Radweg.

Bgm. Andreas Zenglein stellt fest, dass sicherlich viele Radfahrer über die Möglichkeit des Schutzstreifens erfreut sein werden.

Herr Steiff erläutert, dass die vorgeschriebenen Breiten für den Begegnungsverkehr PKW-PKW 4,74 m und für LKW-LKW 6,50 betragen und dass der Verkehrsraum der Radfahrer mitgenutzt werden könne.

GRin Ilse Spielmann fragt, ob dann das Parken an der Würzburger Straße komplett verboten wäre?

Bgm. Andreas Zenglein ist der Auffassung, dass sich zum Status Quo nicht viel ändern würde, da bereits jetzt nur versetztes Parken möglich sei. Sicherlich würden nicht mehr als 15 Parkplätze der Maßnahme zum Opfer fallen.

Herr Steiff ergänzt, dass ein durchgängiges, geordnetes Konzept Sinn mache. Zunächst sei jedoch der Kreuzungsumbau im Fokus des Staatlichen Bauamtes.

GR Hans Georg Seitz möchte wissen, ob es möglich sei, an der Adler-Kreuzung von der Straße „Zum Stadion“ kommend eine neue Fahrbahnaufteilung vorzunehmen. Er halte es für sinnvoll, wenn es künftig möglich wäre, wenn es eine Geradeausspur Richtung „Sponackerweg“ und eine Linksabbiegerspur Richtung Aschaffenburg gebe. Zwar werde dies von den Einheimischen in der Praxis bereits so gehandhabt, jedoch würden sich Auswärtige immer mittig einordnen.

Herr Amic gibt zu Bedenken, dass hierfür wohl zu wenig Platz vorhanden ist, um den jetzigen Zustand zu „legalisieren“.

Herr Steiff ergänzt, auf die Anfrage, dass auch geprüft wurde, eine Querungshilfe im Bereich „Adler – Dölger“ zu bauen, jedoch sei auch dies schwierig.

GR Jürgen Goldhammer fragt an, ob die Gehwege gepflastert oder asphaltiert würden.

Herr Amic antwortet, dass dies eine Entscheidung der Gemeinde sei.

GR Jürgen Goldhammer fragt nach, ob nicht doch eine Querungshilfe im Bereich „Adler-Dölger“ möglich sei.

Herr Amic geht davon aus, dass diese, sobald ein Umweg zu laufen wäre, wohl nicht angenommen werden würde, zudem seien die Platzverhältnisse schwierig. Dies liege auch an den vorhandenen Parkplätzen und der geringen Fahrbahnbreite.

GR Jürgen Goldhammer bittet darum, den Vorschlag von GR Hans Georg Seitz mit dem zweispurigen Ausfahren aus der Straße „Zum Stadion“ nochmals zu prüfen.

Bgm. Andreas Zenglein ist der Auffassung, dass dies mit einem größeren Grunderwerb von der Firma Adler eventuell realisierbar sei.

3. Bgm. Horst Hock gibt zu Bedenken, dass es bereits einen Beschluss des Gemeinderates gebe, dass am Dreieck eine Ampel gebaut werden soll – es wäre sinnvoll, dies im Zuge dieser Maßnahme mit umzusetzen.

GR Toni Stahl fragt an, ob es auch möglich sei, den Radweg nur auf einer Seite zu führen?

Herr Amic und Herr Steiff erläutern, dass im Idealfall immer richtungsbezogene Radwege geplant würden. Das Unfallrisiko sinke innerorts, wenn die Radwege fahrtrichtungsbezogen angeordnet seien.

Bgm. Andreas Zenglein ergänzt, dass es mittel- bis langfristig auch sinnvoll sei, den Radweg nach Grünmorsbach zu verlängern.

GR Dietmar Kempf-Blatt fragt an, ob es eine Alternative sei, den Radweg über die Industriestraße Ost zu leiten, da hier auch eine Ladestation für E-Bikes sei?

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass er davon ausgeht, dass dieser Umweg von den Radfahrern nicht angenommen würde.

GR Tobias Rückert fragt nochmals nach, ob die Querungshilfe „Adler-Dölger“ nicht geprüft werden könne.

GR Jürgen Goldhammer fragt nach der Zählmethode für die Verkehrsplanung.

Herr Amic erläutert, dass alle fünf Jahre neue Prognosen erstellt werden. Zusätzlich wurden Schlauch- und Personenzählungen vorgenommen, die alle übereinstimmend darin waren, dass die Astbelastung von „Sponackerweg“ und „Zum Stadion“ eindeutig ergeben haben, dass die Gemeinde Haibach am Kreuzungsumbau zu beteiligen ist. Herr Sawatzky erarbeite eine dementsprechende Vereinbarung.

Bgm. Andreas Zenglein verliest den Beschlussvorschlag.

GR Hans Georg Seitz ist der Auffassung, diesem Vorschlag nicht zustimmen zu können, da mehrfach gesagt worden sei, dass die Planung nicht endgültig fertig sei.

GR Toni Stahl bittet darum, den Beschluss zu „Vorplanung“ umzuformulieren.

Bgm. Andreas Zenglein teilt mit, dass der Beschlussvorschlag nicht geändert wird.

Herr Amic und Herr Steiff erläutern nochmals, dass es sich um einen Planungsstand handelt, dass jedoch die Anregungen der Gemeinde mit

aufgenommen werden. Eine Ausführungsplanung werde dem Gremium nochmals vorgestellt.

Beschluss

Den vorgestellten Planungen des Staatlichen Bauamtes zum Ausbau des Knotenpunktes „Adler“ wird zugestimmt. Die Gemeinde Haibach erneuert bedarfsabhängig die Wasserleitung und die Kanalisation.

Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 1

5. Erneuerung der GV-Straße Haibach - Dörmorsbach 2.BA Ausführungsänderung

Sachverhalt:

In der Gemeinderatssitzung vom 08.03.2018 wurde die Entwurfsplanung zur Erneuerung der GV-Straße 2.BA mit begleitendem Radweg beschlossen.

Zwischenzeitlich wurden umfangreiche und zeitaufwendige Grunderwerbsverhandlungen geführt, die zum Ende März dieses Jahres ihren wesentlichen Abschluss gefunden haben.

Im Ergebnis ist festzustellen, dass bis auf einen Grundstückseigentümer einvernehmliche Verhandlungen geführt werden konnten.

Aufgrund der Nichtverfügbarkeit der Grundstücksfläche muss der vorgesehene Verschwenk-Bereich zur Geschwindigkeitsdämpfung am Ortseingang von Grünmorsbach überplant werden.

Dazu gibt es zwei Varianten:

-Variante Grün:

Der Verschwenk-Bereich wird entgegen der ursprünglichen Planung gespiegelt und in die Fläche des derzeitigen Parkplatzes verschoben. Die Lageveränderung von rd. 100m ist erforderlich, da die topographische Situation mit deutlichen Böschungen einen erheblichen baulichen Aufwand nach sich ziehen.

Der vorhandene Parkplatz müsste entfallen und könnte alternativ an der Zufahrt zum Sportplatz „Büchel“ neu entstehen.

-Variante Blau:

Der Verschwenk-Bereich würde um ca. 25m ohne weitere Änderungen in westlicher Richtung verschoben. Der Parkplatz könnte erhalten bleiben.

Die Ausführung des Verschwenk-Bereiches erfolgt entsprechend Richtlinie für die Anlage von Stadtstraßen RAS06.

Vor Seiten der Verwaltung und dem Planungsbüro wird die richtlinienentsprechende Variante Blau empfohlen

Herr Niklős vom Ingenieurbüro Jung erläutert anhand einer Power-Point Präsentation die Vor- und Nachteile der zwei Varianten.

Bgm. Andreas Zenglein zeigt anhand eines Luftbildes den Standort des neuen möglichen Wanderparkplatzes an der Zufahrt zur Büchel. Diese Maßnahme wäre sicherlich sinnvoll, unabhängig davon, für welche Variante der Gemeinderat sich entscheidet.

3. Bgm. Horst Hock erläutert, dass sich bei den Problemen mit dem Grundstückserwerb auch manchmal gute Möglichkeiten auftun. In der CSU-Fraktion wurde die grüne Variante favorisiert, da hier Handeln auf eigener Fläche möglich sei und er bei der blauen Variante aufgrund des Hanges hohe Kosten erwarte. Wenn er bei der Hanglage nicht mit dem Bau von Gabbionen rechnen würde, hätte er sich für die blaue Variante entschieden. Er geht nicht davon aus, dass nach dem Verschwenk wieder schneller gefahren werde.

Herr Niklős teilt mit, dass auch bei der blauen Variante keine Gabbionen erforderlich sein werden.

GR Hans Georg Seitz plädiert ebenfalls für die grüne Variante.

Bgm. Andreas Zenglein gibt zu bedenken, dass es nicht so einfach ist, das Ortsschild zu versetzen.

GR Jürgen Goldhammer ist der Auffassung, dass der Wanderparkplatz auf jeden Fall realisiert werden sollte. Er wundere sich jedoch über die Entscheidung der anderen Fraktionen, da die Verschwenkung nur bei der blauen Variante Sinn ergebe.

Beschluss

Der Verschwenkbereich zur Geschwindigkeitsdämpfung am Ortseingang Grünmorsbach wird gemäß **Variante Blau** ausgebaut.

**Abstimmungsergebnis: ja: 2 nein: 15
abgelehnt**

Abstimmungsbemerkung: GR Claus Rückert war nach Art. 49 GO beteiligt.

Beschluss

Der Verschwenk-Bereich zur Geschwindigkeitsdämpfung am Ortseingang Grünmorsbach wird gemäß **Variante Grün** ausgebaut.

Abstimmungsergebnis: ja: 14 nein: 3

Abstimmungsbemerkung: GR Claus Rückert war nach Art. 49 GO beteiligt.

Beschluss

Die Verwaltung wird ermächtigt, in Grundstücksverhandlungen einzutreten, um den Wanderparkplatz an der Zufahrt zur Büchel zu realisieren.

Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 0

6. Hohe Werte - Information und Abstimmung der weiteren Vorgehensweise

Sachverhalt:

Im November 2013 wurde eine Vereinbarung zur interkommunalen Zusammenarbeit von der Gemeinde Haibach mit den Gemeinden Bessenbach, Heimbuchenthal, Leidersbach, Mespelbrunn und dem Markt Sulzbach am Main abgeschlossen.

Diese Vereinbarung hatte zum Ziel, den Erhalt der Hohen Wart als Naherholungsgebiet innerhalb des Naturpark Spessart zu unterstützen; Anlass hierfür waren Windkraftplanungen durch die AVG in diesem Bereich.

Nach Unterzeichnung der Vereinbarung wurde ein von den o.g. Gemeinden unterstützter Antrag der Gemeinde Leidersbach auf Eingliederung der „Hohen Wart“ ins Gemeindegebiet gestellt.

Dieser Antrag wurde von der Regierung von Unterfranken abgelehnt, woraufhin Klage beim Verwaltungsgericht eingereicht wurde. Das Klageverfahren wurde vom Verwaltungsgericht zurückgestellt, da eine gütliche Einigung zwischen der Stadt Aschaffenburg und der Gemeinde Leidersbach erzielt werden soll.

Im Juni 2015 erging ein diesbezüglicher Vorschlag von der Gemeinde Leidersbach an die Stadt Aschaffenburg, welcher im November 2017 beraten wurde. Im Februar 2018 hat die Gemeinde Leidersbach folgende Vorgehensweise beschlossen:

- Mit der Stadt Aschaffenburg und den Anliegergemeinden soll eine Vereinbarung hinsichtlich der „Hohen Wart“ mit den aufgeführten Eckdaten formuliert werden. Insbesondere ist darauf zu achten, dass die „Hohe Wart“ als Naherholungsgebiet erhalten bleibt und keine negativen Auswirkungen auf die Quellen- bzw. Wasserversorgung erfolgen.

- Mit der Ausarbeitung der Vereinbarung soll ein Rechtsanwalt beauftragt werden.
- Die Vereinbarung ist abschließend dem Gemeinderat (Leidersbach) zur Genehmigung vorzulegen.
- Nach Unterzeichnung der Vereinbarung durch die Stadt Aschaffenburg und Anliegergemeinden soll der Antrag zur Eingemeindung der „Hohen Wart“ zurückgenommen werden.

Anzumerken sei zudem, dass nach Mitteilung der Regierung von Unterfranken ein Vergleich im Gerichtsverfahren nicht möglich sei. Es könne lediglich nach entsprechender Vereinbarung mit der Stadt Aschaffenburg und den Anliegergemeinden die Gemeinde Leidersbach der Antrag auf Eingemeindung zurückgenommen werden, so dass sich dann auch das Gerichtsverfahren erübrige.

Nach Rücksprache mit der zuständigen Sachbearbeiterin bei der Gemeinde Leidersbach entstehen für die Gemeinde Haibach keinerlei Kosten.

Bgm. Zenglein erläutert den Sachverhalt und ergänzt, dass künftig keine Flächen mehr von der Stadt Aschaffenburg in den Anliegergemeinden erworben werden sollen. Zudem werde sich die Stadt an den Zufahrtskosten zur Hohen Warte beteiligen.

Es ergeben keine Wortmeldungen.

Beschluss

Mit der weiteren Vorgehensweise der Gemeinde Leidersbach besteht Einverständnis.

Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 0

7. Schöffenwahl 2018; Aufstellung einer Vorschlagsliste für Schöffen**Sachverhalt:**

Nach einer Mitteilung des Landgerichts Aschaffenburg vom 19.01.2018 sowie eines Schreibens des Landratsamtes Aschaffenburg vom 06.02.2018 findet in diesem Jahr wieder eine Schöffenwahl bzw. eine Jugendschöffenwahl statt.

Für Haibach ist eine Vorschlagsliste mit elf zum Schöffenamts geeigneten Personen aufzustellen. Dabei ist zu beachten, dass die Vorgabe der maximalen Schöffenamtszeit von zwei Amtsperioden aufgehoben wurde. Die Schöffenbekanntmachung sieht auch im Abschnitt II 9.3 die Empfehlung vor, eine angemessene Zeit

(etwa drei Wochen) vor Aufstellung der Vorschlagsliste in der Presse auf die Möglichkeit, als Schöffe tätig zu werden, hinzuweisen. Die Aufstellungsfrist läuft bis zum 15. Mai 2018. Die Beschlussfassung im Gemeinderat soll in der heutigen Sitzung erfolgen, um die Frist einhalten zu können. Die erste Bekanntmachung im gemeindlichen Mitteilungsblatt erschien in der KW 6 am 8. Februar.

Im Mitteilungsblatt und auf der Internetseite der Gemeinde Haibach wurden auf die Vorschlagsliste für die Schöffen hingewiesen. Daraufhin haben sich folgende Personen für das Amt des Schöffen beworben.

Schöffenwahl 2018:

Name	Straße/Hausnummer	Geburtsdatum
Blatt-Lamotte	Ritterstr. 2	28.05.1952
Reckmann Holger	Büchelbergstr. 80	17.01.1962
Aulbach Gerd	Eichenstr. 2	30.08.1951
Balkow Kerstin	Buchenstr. 7	25.05.1983
Hautsch Volker	Haibacher Schweiz 3	19.12.1953
Strobel Georg	Frühlingstr. 31	03.08.1955
Koch Joachim	Dörmorsbacher Str. 13	13.01.1960
Baumann Tamara Marie	Hauptstr. 66 ½	14.01.1962
Sommer Niko	Hauptstr. 85	15.11.1964
Aulbach Mario	Birkenwiese 16	30.07.1980
Hock Dieter	Aschaffenburg Str. 52	02.04.1957
Glanz Steffen	Spessartstr. 5a	19.03.1981
Öztop Berkan	Rohrbachstr. 30	09.03.1988
Lückert Marlon	Sommerackerweg 14d	07.04.1988

Für die Schöffenliste haben sich mehr Personen gemeldet, als mindestens aufzustellen sind. Um die gebotene Gleichmäßigkeit der Verteilung der Schöffenamts auf den Gerichtsbezirk zu gewährleisten, sollte die Mindestzahl von elf Bewerbern nicht wesentlich überschritten werden.

Da sich nun jedoch vierzehn Personen gemeldet haben, sind drei Personen von der Liste zu streichen. Von Verwaltungsseite wird empfohlen die

beiden Bewerber zu streichen, die bereits auf der Vorschlagsliste für die Jugendschöffen stehen. Der dritte zu streichende Bewerber soll vom Gemeinderat in der heutigen Sitzung ausgewählt werden.

Der Gemeinderat ist nun angehalten, die Bewerber auszuwählen, welche auf die Vorschlagsliste mit aufgenommen werden sollen. Weitere Bewerber-vorschläge sind nicht möglich.

Sachverhalt:

Für die Vorschlagsliste der Jugendschöffen haben sich folgende Personen beworben.

Hock Barbara	Lindenstr. 7	22.12.1950
Reckmann Holger	Büchelbergstr. 80	17.01.1962
Blatt-Lamotte Doris	Ritterstr. 2	28.05.1952
Oppenrieder Bernhard	Waldstr. 6	23.03.1953
Reiling Silvia	Würzburger Str. 265	08.05.1959

Ein Beschluss für die Jugendschöffen ist nicht nötig, da der Jugendhilfeausschuss des Landkreises die Zuständigkeit innehat.

Bgm. Andreas Zenglein erläutert den Sachverhalt. Es wird vorgeschlagen, den überzähligen Bewerber anhand des „Windhundprinzips“ auszuwählen. Demnach wird die Bewerbung gestrichen, die als letztes bei der Verwaltung eingegangen ist. Dies ist Herr Lückert.

Im Gremium besteht nach kurzer Beratung Einverständnis mit dieser Vorgehensweise.

Beschluss

Folgende elf Bewerber werden ausgewählt:

Aulbach Gerd, Balkow Kerstin, Hautsch Volker, Strobel Georg, Koch Joachim, Baumann Tamara Marie, Sommer Niko, Aulbach Mario, Hock Dieter, Glanz Steffen, Öztop Berkan

Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 0

8. Allgemeines

8.1. Einrichtung einer „What's App-Gruppe des Gemeinderates“

Bgm. Andreas Zenglein fragt im Gremium nach, ob Interesse an der Einrichtung einer What's App Gruppe besteht. In der interfraktionellen Sitzung am Freitag kann hierüber nochmals beraten werden.

8.2. Knotenpunkt Großmannstraße / Findbergstraße

Bgm. Andreas Zenglein gibt bekannt, dass die Ausschreibungsfreigabe durch die Regierung von Unterfranken erteilt wurde. Jedoch solle darauf geachtet werden, dass die Baumaßnahmen zeitversetzt zum Kreuzungsumbau Adler erfolgen.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **16.05.2018** genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Anja Züchner
Verw.amtsrätin

SITZUNG des GEMEINDERATES

Sitzungstag: Mittwoch, 16. Mai 2018
Sitzungsdauer: 19:00 Uhr bis 22:10 Uhr

Haibach, Rathaus

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
--------------------	----------	--

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Max Baumann	2. Bürgermeister	entschuldigt
Horst Hock	3. Bürgermeister	
Peter Amrhein	Gemeinderat	
Andreas Först	Gemeinderat	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Anja Goymann	Gemeinderätin	
Jürgen Großmann	Gemeinderat	anwesend ab 19:35 Uhr
Andreas Hein	Gemeinderat	
Richard Hein	Gemeinderat	
Dietmar Kempf-Blatt	Gemeinderat	
Beate Konrad	Gemeinderätin	
Torsten Redeker	Gemeinderat	
Claus Rückert	Gemeinderat	
Eva Rückert	Gemeinderätin	
Tobias Rückert	Gemeinderat	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	
Andrea Stürmer	Gemeinderätin	

Michael Albert

Josef Farrenkopf

Abwesend:

Schriftführer		
Silvia Reiling		

Verwaltung		
Silvia Reiling		
Martin Volk		
Michael Müller		
Anja Züchner		

Tagesordnung

Gemeinderat

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	Bürgerfragestunde
3.	Vereidigung von Herrn Albert als Nachfolger von Herrn Max Baumann
4.	Vereidigung von Herrn Farrenkopf als Nachfolger von Herrn Hans Georg Seitz
5.	Neuwahlen des 2. Bürgermeisters
6.	Anpassung der Geschäftsordnung des Gemeinderates-Beratung und Beschlussfassung
7.	Anpassung der Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts - Beratung und Beschlussfassung
8.	Genehmigung der Sitzungsniederschrift vom 11.04.2018
9.	Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung
10.	Sachstandsbericht der Verwaltung
11.	Neuaufstellung des F-Plans 2030 der Stadt Aschaffenburg - Erneute Behördenbeteiligung nach § 4a(3) + §4(2) BauGB
12.	Aufstellungsbeschluss Bebauungsplanänderung 4 "Sommerackerweg"
13.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:**1. Eröffnung und Begrüßung**

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 20 geladenen Gemeinderäten alle erschienen sind, der

Gemeinderat beschlussfähig ist und zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde. Er begrüßt die anwesenden Bürger, die zur heutigen Bürgerfragestunde gekommen sind.

2. Bürgerfragestunde**Ehemalige Mülldeponie OT Dörmorsbach**

Herr Helmut Bonn führt aus, dass er von der Firma pro-Terra ein Anschreiben bezüglich der Durchführung von Probebohrungen auf seinem Grundstück erhalten hat. Diese Firma benötigt von ihm eine Genehmigung für diese erforderlichen Arbeiten.

Er möchte wissen, wer für die Kosten von eventuellen Entsorgungen von belastetem Erdmaterial aufkommen wird.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet hierzu, dass dies in der Verantwortung des Grundstückseigentümers liegt. Er hat sich damit jedoch noch nicht so intensiv beschäftigt, daher muss dies nochmals mit dem Wasserwirtschaftsamt besprochen werden.

Heute kann er hierzu keine eindeutige Aussage machen – Klärung hierzu erfolgt umgehend.

Parkplatz Sonneneck

Herr Wendelin Bleifus fragt, ob der Gemeinde bewusst ist, dass der gemeindliche Parkplatz im Bereich Sonneneck/ Waldfriedhof teilweise mit Hängern zugeparkt ist. Seit neuestem steht sogar ein abgemeldetes Fahrzeug dort. Er möchte wissen, ob die Parkflächen durch die Gemeinde vermietet werden.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet hierzu, dass das abgemeldete Fahrzeug kurzfristig ab-geschleppt wird. Die Besitzer der Hänger werden angeschrieben und aufgefordert, die Hänger zu entfernen.

Herr Wendelin Bleifus möchte hierzu auch wissen, warum dieser Parkplatz während der Nacht eine „Komplettbeleuchtung“ hat.

Hierzu antwortet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass diese Beleuchtung an das Straßenlampennetz der Gemeinde angeschlossen wurde. Aus diesem Grund ist kein Abschalten, bzw. keine Einzelschaltung dieses Bereichs möglich. Es wird geprüft, ob hier eine andere Lösung möglich ist.

Kultur- und Sporthalle – Lautsprecheranlage

Herr Helmut Bonn bemerkt, dass er bei einer Veranstaltung in der Kultur- und Sporthalle anwesend war. Er findet die Lautsprecheranlage sehr gut.

Verkehrsanbindung Klinikum

Herr Werner Albert stellt fest, dass die Verkehrsbelastung von der Staatsstraße zur Büchelbergstraße in Richtung Klinikum enorm zugenommen hat.

Er betont und wiederholt seine bereits seit vielen Jahren gestellte Forderung, dass ein Ausbau der Berliner Allee für die Zufahrt zum Klinikum unbedingt erforderlich ist. Dieser Ausbau war beim Bau des Klinikums Bestandteil der Genehmigung.

Das Klinikum wird stets mit Erweiterungsbauten vergrößert, es wurde mittlerweile bereits eine Hochgarage dort errichtet, wie soll das künftig weiter gehen?

Er möchte wissen, warum hier von der öffentlichen Hand und seitens des Landkreises nichts zur Änderung unternommen.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass in der heutigen Sitzung die Änderung des F-Planes der Stadt Aschaffenburg beraten wird.

Auch hier wird, wie seither bei allen Anträgen dieser Art von der Stadt Aschaffenburg, darauf verwiesen, dass der Ausbau der Berliner Allee seitens der Gemeinde Haibach gefordert wird.

Auch Landrat Dr. Reuter sieht keine Chance, hier eine Änderung herbei zu führen, obwohl das Planfeststellungsverfahren verjährt ist und ein Ausbau rechtlich möglich wäre.

Die Planungshoheit hierzu liegt bei der Stadt Aschaffenburg.

Die letzten Zählungen, die wegen des Ausbaus der Kreuzung Staatsstraße/Sponackerweg erhoben wurden, haben ergeben, dass innerhalb von 24 Stunden ca. 4.000 Fahrzeuge den Sponackerweg befahren. Die Zufahrt Staatsstraße, Eckenerstraße,

Büchelbergstraße beläuft sich auf ca. 6.000 Fahrzeuge täglich.

Das Klinikum liegt auf dem Hoheitsgebiet der Stadt Aschaffenburg. Die Stadt vertritt die Meinung, dass durch den Ausbau des Rings und der Ludwigsallee, dass dies als Zufahrt zum Klinikum ausreichend ist.

Kreuzungsbereich Staatsstraße/Sponackerweg

Herr Wendelin Bleifus bemerkt, dass es für ihn nicht nachvollziehbar ist, dass an dieser Stelle kein Kreisel errichtet werden kann, wegen zu hohem Verkehrsaufkommen.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass bei den Zählungen ermittelt wurde, dass beiden Ableitungen, Sponackerweg und Zum Stadion, mit jeweils 4.000 Fahrzeugen befahren werden. Dieses Verkehrsaufkommen behindert den Kreisverkehr.

Es wird an dieser Stelle eine intelligente Verkehrsampel errichtet, die in der Hauptphase für den Verkehrsfluss günstig geschaltet wird.

Bei einer Verkehrsbelastung dieser Kreuzung von 16.000 Fahrzeugen wird die Kostenverteilung 2/3 Freistaat und 1/3 Gemeinde Haibach sein.

Verkehrsknoten

Staatsstraße/Findbergstraße/Großmannstr.

Bgm. Andreas Zenglein informiert in diesem Zusammenhang auch, dass bezüglich des Ausbaus des Verkehrsknotens ein Behördengespräch im Rathaus stattfand. Hier wurde festgelegt, dass diese Maßnahme erst nach dem 01.09.2018 beginnen kann.

Dies wird durch die Behörden begründet, da die Ortsdurchfahrt Hösbach noch immer gesperrt ist und in den Sommerferien notwendige Asphaltarbeiten auf der A 3 im Bereich Hösbach durchgeführt werden müssen. Da die Staatsstraße 2312 als Bedarfsumleitung 1 gilt, sind hier bis zum Abschluss dieser Maßnahmen keine Straßenbauarbeiten und Sperrungen möglich.

Die Bürgerfragestunde endet um 19:30 Uhr.

3. Vereidigung von Herrn Albert als Nachfolger von Herrn Max Baumann

Sachverhalt:

Herr Michael Albert wird von Bürgermeister Zenglein mit folgendem Wortlaut gemäß Art. 31 Abs. 4 Gemeindeordnung vereidigt:

"Ich schwöre Treue dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Freistaates Bayern. Ich schwöre, den Gesetzen gehorsam zu sein und meine Amtspflichten gewissenhaft zu erfüllen. Ich schwöre, die Rechte der Selbstverwaltung zu wahren und ihren Pflichten nachzukommen, so wahr mir Gott helfe."

Bei der Kommunalwahl im Jahr 2014 erhielt Herr Michael Albert 1.556 Stimmen und hatte sich durch

dieses Wahlergebnis den Listenplatz 11 der CSU in Haibach gesichert. Mit Abnahme des Eides wird die Beschlussfähigkeit im Gremium festgestellt.

Herr Albert wird Mitglied im Bau-, Grundstücks- und Umweltausschuss und Vertreter im Haupt- und Finanzausschuss und im Kultur- und Sport- und Sozialausschuss sein. Toni Stahl wechselt als Vertreter zum Mitglied im Haupt- und Finanzausschuss.

Bgm. Andreas Zenglein bedankt sich bei Herrn Albert für die Bereitschaft, sich ehrenamtlich im Gremium zu engagieren.

4. Vereidigung von Herrn Farrenkopf als Nachfolger von Herrn Hans Georg Seitz

Sachverhalt:

Herr Josef Farrenkopf wird von Bürgermeister Zenglein mit folgendem Wortlaut gemäß Art. 31 Abs. 4 Gemeindeordnung vereidigt:

"Ich schwöre Treue dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Freistaates Bayern. Ich schwöre, den Gesetzen gehorsam zu sein und meine Amtspflichten gewissenhaft zu erfüllen. Ich schwöre, die Rechte der Selbstverwaltung zu wahren und ihren Pflichten nachzukommen, so wahr mir Gott helfe."

Bei der Kommunalwahl im Jahr 2014 erhielt Herr Farrenkopf 988 Stimmen und hatte sich durch dieses Wahlergebnis den Listenplatz 10 der Sozialdemokratischen Partei in Haibach gesichert. Mit Abnahme des Eides wird die Beschlussfähigkeit im Gremium festgestellt.

Herr Farrenkopf wird die Ausschüsse von Herrn Seitz übernehmen und somit Mitglied in den folgenden Ausschüssen sein:

Bau-, Grundstücks- und Umweltausschuss und Haupt- und Finanzausschuss. Ebenso wird er Vertreter im Kultur-, Sport- und Sozialausschuss.

Bgm. Andreas Zenglein bedankt sich bei Herrn Josef Farrenkopf für die Bereitschaft, sich ehrenamtlich im Gremium zu engagieren.

5. Neuwahlen des 2. Bürgermeisters

Sachverhalt:

Da GR Herr Max Baumann aus dem Gemeinderat ausscheidet, ist ein neuer zweiter Bürgermeister zu wählen.

Bgm. Andreas Zenglein führt aus, dass 3. Bgm. Horst Hock seit etwa 6 Monaten bereits kommissarisch die Tätigkeiten des 2. Bürgermeisters durch dessen Erkrankung ausführt. Die Zusammenarbeit ist hervorragend und die Akzeptanz der Bürger sowohl auch der Beschäftigten ist sehr gut. Er empfiehlt dem Gremium Horst Hock in der heutigen Sitzung als 2. Bürgermeister zu wählen.

Art. 51 Abs. 3 GO:

(3) ¹Wahlen werden in geheimer Abstimmung vorgenommen. ²Sie sind nur gültig, wenn sämtliche Mitglieder unter Angabe des Gegenstands geladen sind und die Mehrheit von ihnen anwesend und stimmberechtigt ist. ³Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. ⁴Neinstimmen und leere Stimmzettel sind ungültig. ⁵Ist mindestens die Hälfte der abgegebenen Stimmen ungültig, ist die Wahl zu wiederholen. ⁶Ist die Mehrheit der abgegebenen Stimmen gültig und erhält keiner der Bewerber mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen, so tritt eine Stichwahl unter den beiden Bewerbern mit den höchsten Stimmenzahlen ein. ⁷Bei Stimmengleichheit in der Stichwahl entscheidet das Los.

Zur Durchführung der Wahl wird ein **Wahlausschuss** gebildet.

Den Vorsitz hierzu hat

Bgm. Andreas Zenglein,

als Beisitzer werden berufen:

GR Andreas Hein und GR Jürgen Großmann

Zur Wahl zum 2. Bürgermeister liegt der Vorschlag für Horst Hock vor. Weitere Vorschläge werden nicht genannt.

In geheimer Wahl wird von jedem Gemeinderat nach Aufruf die Wahl per Stimmzettel durchgeführt.

Die Wahl wird in der Zeit von 19:43 Uhr bis 19:55 Uhr durchgeführt.

Nach Auszählung der Stimmen liegt folgendes Ergebnis vor:

Abgegebene Stimmen:	21
Gültige Stimmen:	20
Ungültige Stimmen:	1

2. Bgm. Horst Hock nimmt die Wahl an und bedankt sich für das entgegengebrachte Vertrauen.

Die Vereidigung entfällt.

6. Anpassung der Geschäftsordnung des Gemeinderates-Beratung und Beschlussfassung

Sachverhalt:

Die Geschäftsordnung der Gemeinde Haibach, die mit Wirkung vom 04.06.2014 in Kraft getreten ist, regelt in § 16 die weiteren Bürgermeister und Stellvertreter. Bislang ist festgelegt, dass es einen zweiten und einen dritten Bürgermeister gibt.

Aufgrund des Ausscheidens des bislang amtierenden zweiten Bürgermeisters, Max Baumann, aus dem Gemeinderat, wurde der zweite Bürgermeister in der heutigen Sitzung neu gewählt. Die Fraktionen des Haibacher Gemeinderats haben

sich im Vorfeld zu dieser Sitzung darauf geeinigt, dass bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode, die Amtsgeschäfte vom ersten und zweiten Bürgermeister geführt werden können und dass auf einen dritten Bürgermeister verzichtet wird.

Vorgeschlagen wird, dass im Falle der Verhinderung des ersten und zweiten Bürgermeisters der Dienstälteste Gemeinderat als Stellvertreter fungiert und somit die gesamten gesetzlichen und geschäftsordnungsmäßigen Befugnisse des ersten Bürgermeisters ausübt.

Dienstältester Gemeinderat ist derzeit Herr Richard Hein, der seit 1994 als Gemeinderat tätig ist.

Herr Richard Hein, ihm folgen Herr Horst Hock und Herr Dietmar Kempf-Blatt.

Herr Horst Hock und Herr Claus Rückert sind jeweils seit 1996 als Gemeinderäte tätig.

GR Claus Rückert erklärt, dass er mit diesem Vorschlag einverstanden ist. Die FWG-Fraktion fordert seit 1996 ohnehin die Abschaffung dieser Position.

Alternativ zum Dienstalter kann der Stellvertreter auch nach dem Lebensalter bestimmt werden. Ältestes Gemeinderatsmitglied ist derzeit ebenfalls

Beschluss

Es wird folgende Änderungssatzung zur Geschäftsordnung erlassen:

§ 1 Änderung

- (1) § 16 Abs. 1 erhält folgende Neufassung: Der erste Bürgermeister wird im Fall seiner Verhinderung vom zweiten Bürgermeister vertreten (Art. 39 Abs. 1 Satz 1 GO).
- (2) § 16 Abs. 2 erhält folgende Neufassung: Für den Fall gleichzeitiger Verhinderung des ersten und zweiten Bürgermeisters wird das jeweils dienstälteste, stimmberechtigte Gemeinderatsmitglied als weiterer Vertreter bestimmt.

§ 2 Inkrafttreten

Die Änderung der Geschäftsordnung tritt eine Woche nach Bekanntmachung in Kraft.

Haibach, 24.05.2018

Zenglein, 1. Bürgermeister

Abstimmungsergebnis: ja: 21 nein: 0

7. Anpassung der Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts - Beratung und Beschlussfassung

Sachverhalt:

Die Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts der Gemeinde Haibach, die mit Wirkung vom 01.05.2014 in Kraft getreten ist, regelt in § 5 die weiteren Bürgermeister. Bislang ist festgelegt, dass der zweite und dritte Bürgermeister Ehrenbeamte sind.

Aufgrund des Ausscheidens des bislang amtierenden zweiten Bürgermeisters, Max Baumann, aus dem Gemeinderat, wurde der zweite Bürgermeister in der heutigen Sitzung neu gewählt. Die Fraktionen des Haibacher Gemeinderats haben sich im Vorfeld zu dieser Sitzung darauf geeinigt, dass bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode, die Amtsgeschäfte vom ersten und zweiten Bürgermeister geführt werden können und dass auf einen dritten Bürgermeister verzichtet wird.

In der heute vorgelegten Änderung zur Geschäftsordnung wurde bereits angepasst, dass im Falle der Verhinderung des ersten und zweiten Bürgermeisters der Dienstälteste Gemeinderat als Stellvertreter fungiert und somit die gesamten gesetzlichen und geschäftsordnungsmäßigen Befugnisse des ersten Bürgermeisters ausübt.

Dementsprechend sind auch die Bestimmungen dieser Satzung zu ändern.

Der Vollständigkeit halber sollte in dieser Satzung auch die finanzielle Entschädigung des zweiten Bürgermeisters und des Dienstältesten Gemeinderates geregelt werden. Bislang wurde dies nur durch einfachen Gemeinderatsbeschluss in den konstituierenden Sitzungen des Gemeinderates festgelegt. Die Satzungsbestimmung für die finanzielle Entschädigung des 2. Bürgermeisters erfolgt analog des Gemeinderatsbeschlusses vom

07.05.2014. Der Dienstälteste Gemeinderat erhält keine monatliche Entschädigung, jedoch wird eine Aufwandsentschädigung für den Vertretungsfall von 25,-€ pro Tag vorgeschlagen.

GR Anja Goymann stellt den Antrag, die Entschädigung für die Vertretung durch das Dienstälteste Gemeinderatsmitglied auf 40,00 EUR pro Tag anzuheben.

Beschluss

Es wird folgende Änderungssatzung zur Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts erlassen:

§ 1 Änderung

- (1) § 5 Abs. 1 erhält folgende Neufassung: Der zweite Bürgermeister ist Ehrenbeamter.
- (2) § 5 Abs. 2 wird neu hinzugefügt: Der zweite Bürgermeister erhält neben seiner Entschädigung als Gemeinderatsmitglied eine Dienstaufwandsentschädigung von derzeit 938,48 € monatlich. Diese Entschädigung nimmt an den künftigen Tarifierhöhungen teil. Beinhaltet sind in der Dienstaufwandsentschädigung eine Vertretung von 30 Arbeitstagen jährlich. Für jeden weiteren Arbeitstag wird eine Entschädigung von täglich 40,-€ gewährt.
- (3) § 5 Abs. 3 wird neu hinzugefügt: Für den Fall der Vertretung durch das Dienstälteste Gemeinderatsmitglied wird diesem eine Aufwandsentschädigung von täglich 40,-€ gewährt.

§ 2 Inkrafttreten

Die Änderung der Geschäftsordnung tritt eine Woche nach Bekanntmachung in Kraft.

Haibach, 24.05.2018

Zenglein, 1. Bürgermeister

Abstimmungsergebnis: ja: 21 nein: 0

8. Genehmigung der Sitzungsniederschrift vom 11.04.2018

Das Protokoll der Sitzung des Gemeinderates vom 11.04.2018 wird ohne Anmerkungen genehmigt.

9. Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung

Sachverhalt:

In der Gemeinderatssitzung vom 11.04.2018 wurde folgender Vergabebeschluss gefasst:

Sanierung Hochbehälter Buch

Die Fa. Aqua Concept, Heidenheim erhält den Auftrag für Los 3: Instandsetzungsarbeiten am Hochbehälter Buch.

10. Sachstandsbericht der Verwaltung

Bauamtsleiter Martin Volk erläutert den nachfolgenden Sachstandsbericht im technischen Bereich, **Geschäftsleiterin Anja Züchner** informiert

über die Punkte zgl. Flächennutzungs- und Bebauungsplanänderungen, Satzungsänderungen und Neuvergabe der gemeindlichen Homepage.

Sachverhalt:

Projekt	Zuständige it	Sachstand	Erledigung bis
Ortskerngestaltung	GL/GR	Pläne an Fraktionen weitergeleitet, nächste Beratung voraussichtlich Herbst 2018	Offen
Gemeindeverbindungs-	Bauamt	Grunderwerb weitestgehend abgeschlossen.	Offen

straße BA2		Wasserrechtl. Erlaubnis: Stadt AB und LRA liegen vor. Naturschutzrechtliche Erlaubnis: Antragsunterlagen erstellt, Ökoausgleich mit LRA geklärt. Erstellung des Zuwendungsantrages.	
Radweg GV-Straße 1.BA	Bauamt	Förderantrag liegt bei der Reg. v. Ufr. vor. Grunderwerb abgeschlossen. Rodungsarbeiten abgeschlossen.	Offen
Knotenpunkt St 2312/ Großmannstraße:	Bauamt	Ausschreibungsfreigabe der Regierung liegt vor. Ausschreibung wird Ende Mai veröffentlicht. Baubeginn ab September 2018	
Erdumschlagsplatz Wendelberg	Bauamt	Gutachten ergab keinen Sanierungsbedarf. Ergebnis liegt dem LRA vor. Abschließendes Behördengespräch wegen Renaturierung und Nutzung einer Teilfläche als Erdzwischenlager für gemeindliche Maßnahmen steht aus.	Offen
Aschaffenburg Straße	Bauamt	Zurückgestellt 2. Jahreshälfte 2018	Offen
Sanierung HB Buch	Bauamt	Fertigstellung der Außenanlage – Los 1 Vorbereitung Instandsetzung – Los 3	Offen
WSG Br. 71/ Spatgrube	Bauamt	Antrag liegt bei WWA/LRA Zusätzliche Baugrund-Untersuchungen wg. Moto-Cross Gelände abgeschlossen, Gutachten weitergeleitet	Offen
Brunnen Kirchenelsengrund	Bauamt	Beauftragungen der Ingenieurbüros sind erfolgt. PeTerra führt historische Erkundung durch. Rammkernsondier-Bohrungen in Vorbereitung.	Offen
Außensportanlage	Bauamt	Derzeit keine Bearbeitung aufgrund Auslastung der Bauverwaltung möglich.	Offen
Wasserrechtsverfahren RÜB 80/90/91	Bauamt	Abstimmung mit Behörden	Offen
Kinderhort	Bauamt	Bauantrag beim LRA eingereicht. Förderantrag bei Reg. v. Ufr. gestellt Ausschreibungen Abbruch/ Rohbau in Vorbereitung	Offen
PV Anlage Feuerwehrhaus	Bauamt	Angebotseinholung abgeschlossen. Ein Angebot liegt vor, mit Überschreitung des Kostenansatzes.	Offen
B- + F-Planänderung Bessenbacher Weg	GL	F-Plan zur Genehmigung bei LRA, erst danach Satzungsveröffentlichung möglich	Offen
Seniorenwohnheim Wendelberg	GL/GR	Bauvoranfrage zur Prüfung im LRA	Offen
B Planänderung Sommerackerweg	GL	Aufstellungsbeschluss auf heutiger TO	Offen
Friedhofgestaltung	Bauhof/Sta	Satzungsänderung in einer der nächsten Sitzungen	Offen
Homepage	Hauptamt	Vergabe im N-Ö Teil	Offen
Sondertarif Bus	Hauptamt	Einführung zum 01.02.2018	erledigt

„App to drive“

GR Jürgen Großmann möchte wissen, ob sich in der Angelegenheit „App to drive“ Neues ergeben hat.

Hierzu antwortet **GIB Anja Züchner**, dass etwa vor 5 Wochen ein Anruf einging, dass zur Zeit eine Umfirmierung stattfindet. Nach Abschluss dieser wird sich Herr Gasper wieder mit uns in Verbindung setzen.

Ökokonto

GR Dietmar Kempf-Blatt fragt welche Ausgleichsmaßnahmen für den Ökoadgleich notwendig sind.

Dipl. Ing. Martin Volk erläutert, dass für die genannte Maßnahme ein Ausgleich im Ökokonto erfolgen muss. Nach Absprache mit der Unteren Naturschutzbehörde besteht die Möglichkeit, z.B. eine Wiese als Streuobstwiese anzulegen. Für diese erhält die Gemeinde eine Punktegutschrift.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass Haibach ein Ökokonto mit 9.522 Punkten besitzt. Die Maßnahme Ausbau Ortsverbindungsstraße wird mit 7.200 Punkten berechnet. Würde z.B. der Kontostand nicht ausreichen, dann gibt es von der Behörde zusätzliche Auflagen, dass z.B. Flächenaufwertungen durch Anpflanzungen erfolgen müssen.

Flächenerwerb Ortsverbindungsstraße

GR Dietmar Kempf-Blatt fragt nach dem Stand der Verhandlungen hierzu.

Michael Müller teilt mit, dass etwa 10 % der erforderlichen Fläche noch fehlen. Hier handelt es sich um eine Erbgemeinschaft, aus der noch nicht komplett alle Anschriften bekannt sind.

Knotenpunkt 2312/Großmann-/Findbergstraße

Bgm. Andreas Zenglein informiert, dass am 26.04.2018 ein Behördengespräch im Sitzungssaal stattfand. Hierbei wurde seitens der Polizei und der Straßenbaubehörde mitgeteilt, dass der Baubeginn dieser Maßnahme erst nach dem 01.09.2018 erfolgen kann.

Durch die Vollsperrung der B 26 in Hösbach sowie durch dringende Asphaltierungsarbeiten auf der A 3 wurde keine Genehmigung zu einem Baubeginn der Maßnahme in Haibach vor dem 01.09.2018 erteilt, da die Staatsstraße 2312 dann die notwendige Umleitungsstrecke für die A 3 ist. Im Rahmen dieser Umleitung werden weder Teil- noch Komplettsperren auf der Umleitungsstrecke genehmigt.

11. Neuaufstellung des F-Plans 2030 der Stadt Aschaffenburg - Erneute Behördenbeteiligung nach § 4a(3) + §4(2) BauGB

Sachverhalt:

Zum Vorentwurf des Flächennutzungsplans (FNP) 2030 vom 21.11.2016 wurde die Gemeinde Haibach zuletzt im Jahr 2017 gemäß § 4 Abs. 2 BauGB am Verfahren beteiligt. Dem nun vorliegenden Entwurf des FNPs vom 15.01.2018 wurde vom Stadtrat der Stadt Aschaffenburg in der Sitzung vom 19.03.2018 zugestimmt. Nun wird die Gemeinde Haibach gemäß § 4 Abs. 2 BauGB erneut am Verfahren beteiligt.

Da es sich um eine erneute Auslegung handelt, werden die Möglichkeiten zur Stellungnahme auf die zum letzten Verfahrensstand geänderten oder ergänzten Teile beschränkt.

In der Gemeinderatssitzung vom 19.07.2017 wurde bei der letzten Beteiligungsrunde von der Gemeinde Haibach folgender Beschluss gefasst:

„Gegen die Flächennutzungsplanung der Stadt Aschaffenburg bestehen keine planungsrechtlichen Bedenken, Es wird jedoch darauf bestanden, den rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 3.18 baulich umzusetzen.“

Bezüglich der Berliner Allee wurden keine Änderungen oder Ergänzungen im Flächennutzungsplan vorgenommen, so dass es keine Möglichkeit zur Stellungnahme diesbezüglich gibt.

Beschluss

Auf die Umsetzung des rechtskräftigen Bebauungsplans Nr. 3.18 wird weiterhin bestanden.

Abstimmungsergebnis: ja: 21 nein: 0

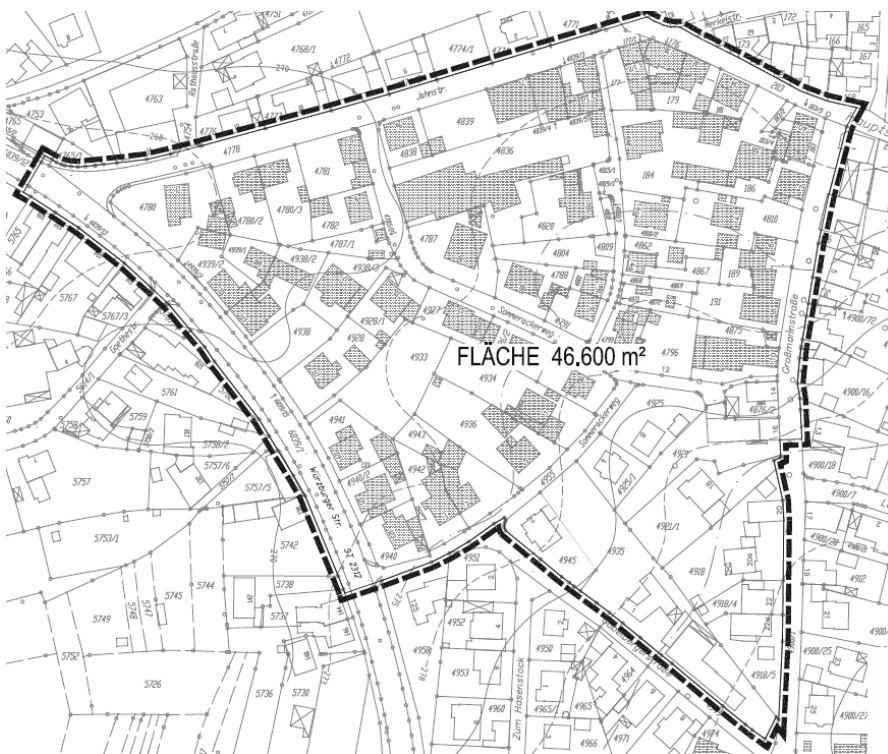
12. Aufstellungsbeschluss Bebauungsplanänderung 4 "Sommerackerweg"

Sachverhalt:

GIB Anja Züchner erläutert:

Der Bebauungsplan Sommerackerweg, der ursprünglich aus dem Jahr 1968 stammt und zuletzt 2014 geändert wurde, soll im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB überarbeitet und digitalisiert werden. Ziel ist es auch, die Bebauungspläne Sommerackerweg I und II zu einem Bebauungsplan zusammenzufassen.

Der Plan soll an die heutigen Gegebenheiten angepasst und Fortentwicklungsmaßnahmen im Sinne der Nachverdichtung sollen ermöglicht werden. Zudem sollen zwei private Bauvorhaben durch die Bauleitplanung genehmigungsfähig werden. Der unten dargestellte Planumgriff umfasst 46.600 m² und soll die Nutzungsarten allgemeines Wohngebiet § 4 Baunutzungsverordnung (BauNVO) und besonderes Wohngebiet § 4a BauNVO beinhalten.



Bgm. Andreas Zenglein führt aus, dass die Digitalisierung notwendig ist, da hier unter anderem Daten erfasst werden, die das Landratsamt ebenfalls mit verarbeiten kann. Hierzu wird auch seitens des Landkreises in absehbarer Zeit eine Cloud eingerichtet.

Bezüglich der Bebauung des ehemaligen TV-Areals ist festzustellen, dass noch keine Planung bekannt ist, da noch keine Baugrenzen hierfür eingetragen sind.

GR Jürgen Goldhammer ist der Ansicht, dass vor der Festlegung der Baugrenzen eine Planung vorgelegt werden sollte, damit der Gemeinderat auch Kenntnis hat, was hier vorgesehen ist.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass er mehrfach wöchentlich Anfragen von Familien bekommt, die in Haibach nach Wohnhäusern oder Bauplätzen fragen. Er sieht es als notwendig an, hier entsprechende bebaubare Flächen zur Wohnraumnutzung zu schaffen. Seitens der Landesregierung wird auch mittlerweile die Forderung nach Innenverdichtung gestellt.

2. Bgm. Horst Hock stellt fest, dass er sich nicht gegen die Digitalisierung ausspricht. Bei der Vorbesprechung der CSU-Fraktion wurde geäußert, dass man mehr Informationen zur künftigen Bebauung des TV-Areals möchte. Ebenfalls wird es als wichtig gefunden, dass an die Haibacher Leute

zu denken und nicht nur an die Errichtung von Neubauten.

Bgm. Andreas Zenglein wird sich mit dem Bauträger in Verbindung setzen, um dem Gemeinderat die vorgesehene Bebauung vorzulegen.

GR Richard Hein erklärt, dass die SPD-Fraktion auch keine Einwände gegen die Digitalisierung hat. Diese sollte noch mehr vorangetrieben werden. Die Info hierzu heute war sehr gut.

GR Toni Stahl führt aus, dass man sich in der CSU-Fraktion ziemlich einig ist, diesen Punkt zurückzustellen. Es soll erst die Planung vorgelegt werden – die Gemeinde weiß nichts über das Vorhaben. Warum besteht diese Eile?

Bgm. Andreas Zenglein betont nochmals, dass der Investor vor einer Planerstellung einen gültigen Bebauungsplan als Grundlage benötigt. Dann kann ein Entwurf erstellt werden. Ein Planungsentwurf ist für den Investor auch mit Kosten verbunden, daher wird man dies nur machen, wenn die rechtlichen Voraussetzungen vorliegen.

GR Jürgen Goldhammer möchte auch vorher einen Planungsentwurf sehen.

GIB Anja Züchner erklärt nochmals, dass zuerst die Aufstellung des B-Planes erfolgen muss, danach können Entwürfe und Planungen erstellt werden.

Beschluss

Der am 29.12.1966 vom Gemeinderat beschlossene und am 11.04.1968 wirksam gewordene Bebauungsplan Sommerackerweg I sowie der am 26.11.2001 vom Gemeinderat beschlossene und am 24.01.2002 wirksam gewordene Bebauungsplan Sommerackerweg II soll nach dem Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.07.2017 (BGBl. I S. 2193) mit Wirkung vom 29.07.2017, im zeichnerisch dargestellten Geltungsbereich des Bebauungsplans im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB geändert werden.

Die Verwaltung wird beauftragt,

- den Beschluss über die Änderung des Bebauungsplans gemäß § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen;
- ein qualifiziertes Planungsbüro mit der Änderung des Bebauungsplans zu beauftragen;
- den Vorentwurf zur Änderung des Bebauungsplans zur Beschlussfassung für die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: ja: 16 nein: 5

13. Allgemeines

Informationen von Bgm. Andreas Zenglein:

13.1. Turngeräte des TV Haibach

Bgm. Andreas Zenglein informiert, dass bei Ausräumarbeiten in der TV-Halle einige Turngeräte, die noch in Ordnung waren, an die Gemeinde übergeben hat.

Zur Info – der TV Haibach benötigt für die Jubiläumsfeier am 02./03. Juni die Bühne der Gemeinde.

13.2. Gemeinsame Sitzung der WESPE-Gemeinden -

Am Donnerstag, 21.06.2018, findet im Bürgerzentrum Sailauf eine gemeinsame Sitzung der Gemeinderäte aus allen 5 WESPE-Gemeinden statt.

Bei der letzten Wespe-Sitzung der Bürgermeister und Geschäftsleiter wurde über die vorgesehene Verlegung des Glasfasernetzes informiert. Wenn 40 % der jeweiligen Gemeinden sich beteiligen ist die Verlegung für die Gemeinden kostenfrei. Der Anschluss soll bis in Haus erfolgen.

2. Bgm. Horst Hock bemerkt, dass dies sehr gut zum Thema Digitalisierung passt. Es besteht ohnehin schon die Frage bei den Bürgern, welche Möglichkeiten hierzu in Haibach gegeben sind. Was ist wo vorhanden. Ebenso betrifft dies das Mobilfunknetz. Hier muss man sich Gedanken machen.

Die Wohnqualität in Haibach ist sehr gut, da sollte auch das Digital- und das Mobilfunknetz entsprechend vorhanden sein.

13.2. Ortsjugendrat Haibach

GR Tobias Rückert stellt fest, dass schon sehr lange keine Sitzung des Ortsjugendrates mehr stattfand.

Hierzu erklärt **Bgm. Andreas Zenglein**, dass er hierzu keine Aussage machen kann. Hier ist der Ortsjugendrat, Vorsitzender Lucas Purmann, zuständig.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am _____ genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Silvia Reiling
Verwaltungsangestellte.

SITZUNG des GEMEINDERATES

Sitzungstag: Mittwoch, 6. Juni 2018
Sitzungsdauer: 19:00 Uhr bis 21:55 Uhr

Haibach, Rathaus

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
--------------------	----------	--

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Horst Hock	2. Bürgermeister	
Josef Farrenkopf	Gemeinderat	
Andreas Först	Gemeinderat	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Anja Goymann	Gemeinderätin	
Jürgen Großmann	Gemeinderat	
Richard Hein	Gemeinderat	
Dietmar Kempf-Blatt	Gemeinderat	
Beate Konrad	Gemeinderätin	
Eva Rückert	Gemeinderätin	
Tobias Rückert	Gemeinderat	
Toni Stahl	Gemeinderat	
Andrea Stürmer	Gemeinderätin	

Abwesend:

Michael Albert	Gemeinderat	
Peter Amrhein	Gemeinderat	
Andreas Hein	Gemeinderat	
Torsten Redeker	Gemeinderat	
Claus Rückert	Gemeinderat	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	

Schriftführer		
Silvia Reiling		

Verwaltung		
Michael Müller		
Martin Volk		
Thomas Wenzel		

Tagesordnung**Gemeinderat****Öffentlicher Teil:**

1.	Ortstermin - Außensportanlage Schule Haibach
2.	Eröffnung und Begrüßung
3.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift v. 16.05.2018
4.	Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung
5.	Neubau Hort - Zuwendungsantrag
6.	Photovoltaikanlage Feuerwehrhaus
7.	Feststellung des steuerlichen Jahresabschlusses 2016 der Wasserversorgung
8.	Feststellung des steuerlichen Jahresabschlusses 2016 des BgA Sportstätten
9.	Bekanntgabe des Rechnungsergebnisses für das Haushaltsjahr 2017
10.	Bauleitplanung der Stadt Aschaffenburg - "Spessart-Manor" erneute Behördenbeteiligung
11.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:**1. Ortstermin - Außensportanlage Schule Haibach**

Bgm. Andreas Zenglein begrüßt die anwesenden Gemeinderäte und interessierten Gäste zur heutigen Ortsbesichtigung der Außensportanlage der Schule Haibach.

Bgm. Andreas Zenglein erläutert, dass er vor den Pfingstferien von den Rektorinnen und Frau Seubert-Berberich darüber informiert wurde, dass die Außensportanlagen für die diesjährigen Quali-Prüfungen im Bereich „Sport“ nicht genutzt werden können. Er war zu einem Ortstermin dort und hat die Laufbahn wegen des desolaten Zustandes sofort sperren lassen. Es bestehen große Risse, Löcher und Auflösungen. Bei einer Erneuerung der Anlage kann eventuell der Asphaltuntergrund noch verwendet werden.

Für die Quali-Prüfungen wurde das Landkreisstadion in Hösbach, für uns kostenfrei, gebucht.

Laut Aussage der Schulleiterinnen sind die Durchführungen der Bundesjugendspiele für die Grund- und Mittelschule am Stadion der Kultur- und Sporthalle möglich.

Die Laufbahn an der Schule kann wegen akuter Unfallgefahr nicht mehr genutzt werden. Dies sollte in der nächsten Sitzung des Gemeinderates beraten werden, angeschoben und über die Herbst-/Wintermonate abgewickelt werden.

Die Schulleiterinnen sind mit den Außensportanlagen zufrieden, so sie denn nutzbar sind. Eine große Lösung, die schon vor einiger Zeit angedacht und diskutiert wurde, steht wohl offensichtlich aktuell nicht mehr an.

2. Bgm. Horst Hock möchte wissen, wie die Nutzungen der Sportanlagen durch die Grund- und Mittelschule erfolgen.

Hierzu antwortet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass Außensportanlage für die Grund- und Mittelschule in allen Klassen benötigt wird.

GR Beate Konrad fragt, welche Laufstrecken für die Bundesjugendspiele benötigt werden.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass dies 50m / 75m / 100m sind, je nach Jahrgangsstufen.

Im Anschluss wird der Bereich der Weitsprunganlage besichtigt.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass dieser Bereich ähnlich zu beurteilen ist. Die Anlaufbahn müsste erneuert und die Weitsprunggrube eingefasst werden.

Eine ordentliche Nutzung ist hier ebenfalls nur eingeschränkt möglich.

GR Jürgen Großmann bemerkt, dass im Jahr 2016 diese Thematik bereits im Arbeitskreis beraten wurde. Hier wurde festgelegt, dass die Schule eine Stellungnahme hierzu abgeben soll. Diese fehlt jedoch noch immer.

Nach seiner Meinung muss für weitere Schritte zuerst die Stellungnahme der Schule als Planungsgrundlage vorliegen.

GR Anja Goymann möchte wissen, warum heute keine der beiden Schulleiterinnen anwesend ist. Man hätte direkt Fragen an die Damen richten können.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass er hierzu keine Veranlassung sah. Entsprechende Gespräche mit den Schulleiterinnen und den damals verantwortlichen Sportlehrern/innen fanden statt. Die heutige Ortsbesichtigung bildet die Grundlage für das Jahr 2018, im Jahr 2020 wird sich dies wieder verändern. Es steht auch möglicherweise ein Wechsel der Schulleitung für die Mittelschule an. Frau Zeier wird wohl Haibach verlassen.

GR Jürgen Goldhammer ist ebenfalls der Meinung, dass eine schriftliche Stellungnahme der Schulleitungen notwendig ist.

Bgm. Andreas Zenglein berichtet, dass Gartenbautechniker Franz Staab mit beiden Schulleiterinnen gesprochen hat, eine entsprechende Gesprächsnotiz wird hierzu erstellt.

GR Jürgen Großmann schlägt in Bezug auf die Weitsprunganlage vor zu prüfen, ob der Auslauf den heutigen Ansprüchen genügt.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass dies eine Fachfirma feststellen wird. Vorab wird hierzu der Gutachter für Sportstätten für die Schulen des Landkreises, Herr Trott, Lehrer in Stockstadt, dies begutachten.

GR Jürgen Goldhammer möchte bezüglich der Standortfrage- Mittelschule- wissen, was passiert, wenn die Mittelschule Haibach geschlossen wird.

Bgm. Andreas Zenglein geht nicht von einer solchen Entscheidung aus. Die Mittelschule Heimbuchenthal wurde geschlossen, diese Schüler besuchen mittlerweile die Schule in Haibach.

GR Beate Konrad möchte wissen, was in Punkto Pausenhofgestaltung vorgesehen ist.

Bgm. Andreas Zenglein bemerkt, dass hierzu keine Veranlassung gesehen wird. Nach Auskunft von Frau Zeier wird gemäß dem Leitbild der Mittelschule Haibach den Schülern gestattet, selbst zu entscheiden, wo sie ihre Pausen verbringen möchten. Ein Verlassen des Schulgebäudes ist nicht mehr verpflichtend. Die Schüler können frei wählen, wo sie die Pausen verbringen. Nach Aussage der Schulleitung kann dies in den Fluren und den unteren Etagen, bis zu 3 Treppenstufen hoch, erfolgen.

Diese Aussage wird von den Gemeinderäten mit Verwunderung zur Kenntnis genommen.

Ergebnis des Ortstermins

Wiedervorlage in der nächsten Sitzung des Gemeinderates bis dahin Einholung von Kostenvoranschlägen, Stellungnahmen und evtl. Gutachten.

2. Eröffnung und Begrüßung

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 20 geladenen Gemeinderäten 14 erschienen sind, der

Gemeinderat beschlussfähig ist und zur Sitzungsordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

Die fehlenden Gemeinderäte sind entschuldigt.

3. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift v. 16.05.2018

Das Protokoll der Sitzung des Gemeinderates vom 16.05.2018 wird ohne Anmerkungen genehmigt.

4. Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung

Sachverhalt:

Aus der Gemeinderatssitzung vom 16.05.2018 sind folgende Beschlüsse bekannt zu geben:

Neubau Kinderhort:

Das Architekturbüro Herzig Architekten erhält den Auftrag für die Freianlagenplanung im Zuge des Neubaus des Kinderhorts. Der Auftragsumfang umfasst die Leistungsphasen 1 – 9 als stufenweise Beauftragung.

Homepage der Gemeinde Haibach

Die Firma Hirsch & Wölfl erhält den Auftrag, die gemeindliche Homepage im Rahmen des Haushaltsansatzes von maximal 15.000,-€ neu zu gestalten.

Bebauungsplan Sommerackerweg

Dem Bauatelier Richter / Schöffner in Aschaffenburg wird der Auftrag für die 4. Änderung des Bebauungsplanes Sommerackerweg gemäß dem vorgelegten Honorarangebot erteilt.

5. Neubau Hort - Zuwendungsantrag**Sachverhalt:**

Für den Neubau des Hortes mit Mensa werden vom Freistaat Bayern Zuwendungen gem. Art. 10 FAG gewährt.

Hierzu ist es erforderlich einen Zuwendungsantrag zu stellen und die vorzeitige Baufreigabe zu beantragen.

Daraus ergibt sich folgender Finanzierungsplan:

Baukosten gesamt (lt. Kostenberechnung)	3.921.000,00 €
Zuwendungsfähige Kosten Hort	2.153.600,00 €
Zuwendungsfähige Kosten Mensa	446.900,00 €
Zuwendungen des Freistaates Bayern Hort	1.076.800,00 €
Zuwendungen des Freistaates Bayern Mensa	303.500,00 €
Eigenmittel der Gemeinde Haibach	2.540.700,00 €

Nach der Kostenberechnung des Architekturbüros betragen die Baukosten 3.921.000 €. Die Zuwendungen des Freistaates Bayern dürften sich auf 1.380.300 € belaufen.

Bgm. Andreas Zenglein informiert, dass Frau Eschenbacher von der Regierung Unterfranken berichtet hat, dass es möglicherweise ein Sonderprogramm für den Bau von Horten gibt. Hier besteht die Möglichkeit, dass sich dies positiv auf die Bezuschussung auswirkt.

Nach mehreren Telefonaten mit Mitgliedern der Staatsregierung hat er jedoch erfahren, dass in Bayern ein solches Sonderprogramm in diesem Jahr nicht vorgesehen ist.

In diesem Zusammenhang wird es wohl seitens der Bundesregierung eine Bezuschussung für 10.000 Hortplätze im Bundesgebiet geben.

Nun bestehen folgende Möglichkeiten:

Der Zuwendungsantrag wird erst im September gestellt und bis dahin wird diesbezüglich alles zurück gestellt. Bedeutet natürlich auch späterer Baubeginn und Verschiebung im Zeitfenster.. oder,

Zuwendungsantrag jetzt stellen und die Maßnahme anschieben. Somit wird von Frau Eschenbach und den Fachstellen die Planung geprüft. Sobald dann eine Freigabe erteilt wird, können die Ausschreibungen begonnen werden. Die Bearbeitungszeit seitens der Regierung wird auf ca. 6-8 Wochen geschätzt.

Sollte sich in der Zwischenzeit eine weitere Möglichkeit der Bezuschussung ergeben, kann dies solange berücksichtigt werden, bis der Bescheid erstellt ist.

Wenn der Zuwendungsantrag genehmigt ist, ist dieser bindend.

Kämmerer Thomas Wenzel bemerkt, dass bei Sonderprogrammen in der Regel eine Erhöhung des Fördersatzes um 15 % erfolgt. Für den Hort wären dies ca. 150.000 EUR.

2. Bgm. Horst Hock ist der Meinung, dass der Zuwendungsantrag gestellt werden sollte und die Regierung die Prüfung durchführt. Sollten neue Fördermöglichkeiten aufkommen, könnte der Antrag evtl. nochmals neu gestellt werden.

Dipl. Ing. Martin Volk stellt hierzu fest, dass bei weiterem Abwarten kein Baubeginn der Maßnahme im September erfolgen kann. Das Prüfverfahren und die Vorbereitung der Vergabeunterlagen sollten parallel laufen.

GR Jürgen Goldhammer fragt, ob die Ausschreibung nicht gleichzeitig zur Prüfung erfolgen kann.

Dipl. Martin Volk betont, dass eine Vergabe vor Erteilung der Zuwendungszusage rechtlich nicht möglich ist. Er sieht es ebenso als schwierig an, die Ausschreibungen vorzubereiten, anzufordern und verschlossen bis zu einer Entscheidung liegen zu lassen. Hier ist die Bindungsfrist für die Firmen wichtig.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass das Procedere wie in anderen Maßnahmen mit Förderungen ist. Erst muss die vorzeitige Baufreigabe durch die Regierung erteilt werden, dann kann mit der Vergabe begonnen werden. Alle Maßnahmen, die dieser Regelung nicht entsprechen, sind förderschädlich. Wenn die vorzeitige Baufreigabe erteilt wurde, dann kann die Vergabe erfolgen.

Dipl. Ing. Martin Volk erklärt nochmals, dass nach Erteilung der vorzeitigen Baufreigabe auch keine Änderung der rechtlichen Möglichkeiten mehr möglich sind.

GR Jürgen Großmann ist der Ansicht, dass man nicht auf diese eventuelle weitere Bezuschussung durch den Bund warten sollte. Das Programm ist noch nicht aufgelegt, Zuschusszahlen hierzu sind auch noch nicht bekannt. Es werden auch „nur“ 10.000 Hortplätze gefördert.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt folgende Vorgehensweise, die nach Absprache mit Frau Eschenbacher vorgesehen ist. Der Zuwendungsantrag wird jetzt gestellt, die Bearbeitung dauert etwa 6-8 Wochen. Frau Eschenbacher wird die Gemeinde informieren, sobald die Prüfung abgeschlossen ist. Wenn bis dahin weitere Fördermöglichkeiten seitens der Bundesregierung bekannt und beschlossen sind wird dies entsprechend berücksichtigt und gegebenenfalls ein neuer Antrag gestellt. Sollte bis zu diesem Zeitpunkt keine Neuerungen bekannt sein, wird die vorzeitige Baufreigabe erteilt.

Dipl. Ing. Martin Volk teilt hierzu mit, dass die Rohbauausschreibung versandfertig ist. Nach Erteilung der vorzeitigen Baufreigabe kann der Versand erfolgen.

Beschluss

Der Neubau des Hortes wird durchgeführt.

Die finanziellen Mittel werden in den Haushalten 2018ff bereitgestellt.

Bei der Regierung von Unterfranken werden Zuwendungen nach Art 10 FAG beantragt.

Gleichzeitig wird ein Antrag auf vorzeitige Baufreigabe gestellt.

Die Gesamtbaukosten belaufen sich auf 3.921.000,00 €.

Die Zuwendungen des Freistaates Bayern werden sich voraussichtlich auf 1.076.800,00 € (Hort) und 303.500 € (Mensa) belaufen.

Die Gemeinde Haibach ist bereit und in der Lage, erwartete Zuwendungen über mehrere Jahre vorzufinanzieren.

Der Gemeinde Haibach ist bekannt, dass

- mit der Zustimmung zum vorzeitigen Baubeginn keine Zusage einer künftigen Förderung verbunden ist, also ob, wann und in welcher Höhe Zuwendungen bereit gestellt werden und eine mögliche Förderung sich nach den dann geltenden Förderungsrichtlinien bemisst.
- Die Kosten der Zwischenfinanzierung nicht gefördert werden und mit dem vorzeitigen Baubeginn die Dringlichkeit des Vorhabens nicht begründet werden kann.

Abstimmungsergebnis: ja: 15 nein: 0

6. Photovoltaikanlage Feuerwehrhaus

Sachverhalt:

In der Gemeinderatssitzung vom 08.11.2017 wurde die Errichtung einer PV-Anlage auf dem Dach des Feuerwehrgebäudes auf Antrag der CSU-Fraktion beschlossen.

Folgende Leistungsdaten sollten die Grundlage sein:

Anlagenleistung 5kWp als Grundlastversorgung (4 KW) für den Neubau FFW/ Bauhof.

Die Investitionskosten werden mit rd. 8.500 € angenommen, womit sich eine Amortisationsdauer von ungefähr 9 Jahren ergeben würde.

Für die Installation der PV-Anlage sollten keine Verankerungen durch die Dachhaut vorgenommen werden.

Die Errichtung der PV-Anlage wurde bei insgesamt 7 Firmen angefragt, zum Abgabetermin lag lediglich **ein** Angebot vor. Alle übrigen Firmen erteilten aus Kapazitäts- und Zeitgründen eine Absage.

Kostenzusammenstellung:

Ausführung	SÜD-Ausrichtung	OST-WEST-Ausrichtung	Amortisationsdauer:
Glas/Glas Module	17.588 €	17.433 €	16 Jahre
Glas/Folie Module	12.200 €	12.045 €	13 Jahre

Aus der Zusammenstellung wird ersichtlich, dass der ursprünglich angenommene Kostenrahmen mit bis zu 100% überschritten wird. Im Ergebnis verlängert sich dadurch auch die Amortisationszeit der PV-Anlage.

Ohne nennenswerten finanziellen Einfluss ist die Ausrichtung der PV- Anlage, die Kostendifferenz beträgt lediglich 155 € brutto.

Garantieangaben lt. Hersteller:

	Glas/Glas - Module	Glas/Folie - Module
Produktgarantie:	30 Jahre	12 Jahre
Leistungsgarantie:	30 Jahre	25 Jahre

Aufgrund der verlängerten Amortisationsdauern wurden die Garantiezeiten der beiden Ausführungsvarianten Glas/ Glas bzw. Glas/ Folie abgefragt.

Die Leistungsgarantie beinhaltet einen Abfall von max. 20% Modulleistung.

Aufgrund des Ausschreibungsergebnisses mit den deutliche höheren Kosten und längeren Amortisationsdauern sollte darüber beschlossen werden, ob der Antrag zur Errichtung einer PV-Anlage weiter verfolgt oder zurückgestellt werden soll.

GR Toni Stahl erklärt, dass er diesen Antrag im letzten Jahr gestellt hat und bedauert es, dass die Abwicklung so lange gedauert hat. In seiner Kostenschätzung ist er von einer Summe von 8.000 € ausgegangen. Nach seiner Meinung ist dieses vorliegende Angebot fern der Wirklichkeit – und im Sommer werden wohl eine PV-Anlagen gekauft.

GR Richard Hein fragt woher die Kostenschätzung kommt.

Dipl. Ing. Martin Volk antwortet, dass dies von Ing. Büro Dorn geprüft und als realistisch angesehen wurde – ähnlich wie der Antrag von GR Toni Stahl.

Eine Amortisationszeit von 12 Jahren ist realistisch. Dieses Angebot ist von beidem weit entfernt.

Es sollte nach seiner Meinung im Herbst/Winter eine neue Ausschreibung erfolgen. Im nicht-öffentlichen Teil werden die Firmen bekannt gegeben, welche die Ausschreibungsunterlagen erhalten haben.

Beschluss

Der Beschluss zur Errichtung einer PV-Anlage für Bauhof und Feuerwehr bleibt bestehen. Die Vergabe wird zunächst zurück gestellt. Die Ausschreibungen sind so zu versenden, dass eine neue Vergabe in der Sitzung des Gemeinderates am 07.11.2018 erfolgen kann.

Abstimmungsergebnis: ja: 15 nein: 0

7. Feststellung des steuerlichen Jahresabschlusses 2016 der Wasserversorgung

Sachverhalt:

Vom Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband wurde der steuerliche Jahresabschluss für das Jahre 2016 erstellt. Der Jahresabschluss wäre nunmehr wie folgt festzustellen.

Beschluss

Der Jahresabschluss 2016 der Wasserversorgung der Gemeinde Haibach mit einer

Bilanzsumme von 3.560.489,09 €

und einem Jahresgewinn von 38.909,93 €

wird hiermit festgestellt.

Der Jahresgewinn ist zur Tilgung des Verlustvortrages zu verwenden.

Die Konzessionsabgabe wird weiterhin in der steuerlich zulässigen Höhe an die Gemeinde abgeführt.

Die Verrechnungsverbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde sind weiterhin banküblich zu verzinsen (2,5% Prozentpunkte über dem jeweils gültigen Basiszinssatz).

Abstimmungsergebnis: ja: 15 nein: 0

8. Feststellung des steuerlichen Jahresabschlusses 2016 des BgA Sportstätten

Sachverhalt:

Vom Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband wurde der steuerliche Jahresabschluss für das Jahr 2016 erstellt. Der Jahresabschluss ist nunmehr wie folgt festzustellen.

Bilanzsumme von 13.151.340,70 €

und einem Verlust von -244.599,88 €

wird hiermit festgestellt.

Der Jahresverlust ist auf neue Rechnung vorzutragen.

Beschluss

Der Jahresabschluss 2016 des BgA Sportstätten mit einer

Abstimmungsergebnis: ja: 15 nein: 0

9. Bekanntgabe des Rechnungsergebnisses für das Haushaltsjahr 2017

Sachverhalt:

Die Ergebnisrechnung weist folgende Zahlen aus:

Ordentliche Erträge	16.554.835,63 €
Ordentliche Aufwendungen	15.516.064,73 €
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	1.038.770,90 €
Finanzergebnis	-60.178,93 €
Ordentliches Jahresergebnis	978.591,97 €
Außerordentliches Ergebnis	56.288,38 €
Jahresergebnis	1.034.880,35 €

In der Finanzrechnung ergeben sich folgende Zahlen:

Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	16.409.787,97 €
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	13.752.806,93 €
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	2.656.981,04 €
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	1.458.836,22 €
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	4.857.928,09 €
Saldo aus Investitionstätigkeit	-3.399.091,87 €
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-177.214,36 €
Änderungen des Bestandes an Finanzmitteln	-919.325,19 €

Die Bilanzsumme zum 31.12.2017 beträgt 66.472.596,32 € und ist somit 3.496.956,97 € höher als die Summe der Schlussbilanz zum 31.12.2016.

Das Anlagevermögen erhöhte sich um 3.011.061,33 €, das Umlaufvermögen um 493.421,90 € und die Position Aktive Rechnungsabgrenzung verringerte sich um 7.526,26 €.

Die Veränderungen auf der Passivseite sehen wie folgt aus:

Eigenkapital	+1.034.880,35 €
Sonderposten	+323.749,87 €
Rückstellungen	+679.796,23 €
Verbindlichkeiten	+1.481.320,92 €
Passive Rechnungsabgrenzung	-22.790,40 €
Summe	+3.496.956,97 €

Die Änderungen bei den Rückstellungen und den Verbindlichkeiten beruhen im Wesentlichen auf der Tatsache, dass die Kreisumlage 2017 von der Position Rückstellungen auf die Position Verbindlichkeiten umgebucht worden ist und der Aufnahme eines Kassenkredites in Höhe von 1.500.000 €.

Beschluss

Das Jahresergebnis 2017 wird zur Kenntnis genommen und an den Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung weitergeleitet.

Abstimmungsergebnis: ja: 15 nein: 0

10. Bauleitplanung der Stadt Aschaffenburg - "Spessart-Manor" erneute Behördenbeteiligung

Sachverhalt:

Zum Bauleitplanverfahren des Gebietes „Spessart – Manor“ zwischen Rhönstraße, Hockstraße, Würzburger Straße und westlicher Flurstücksgrenze 6228/5 der Stadt Aschaffenburg wurde die Gemeinde Haibach zuletzt im Jahr 2016 gemäß § 4 Abs. 2 BauGB am Verfahren beteiligt. Dem nun vorliegenden Entwurf des B-Plans vom 20.11.2017 wurde vom Stadtrat der Stadt Aschaffenburg in der Sitzung vom 15.01.2018 zugestimmt. Nun wird die Gemeinde Haibach gemäß § 4 Abs. 2 BauGB erneut am Verfahren beteiligt.

Da es sich um eine erneute Auslegung handelt, werden die Möglichkeiten zur Stellungnahme auf die zum letzten Verfahrensstand geänderten oder ergänzten Teile beschränkt.

In der Gemeinderatssitzung vom 09.11.2016 wurde bei der letzten Beteiligungsrunde von der Gemeinde Haibach folgender Beschluss gefasst:

„Die Belange der Gemeinde Haibach werden durch den Bebauungsplan Nr. 4/3 b für das Gebiet „Spessart – Manor“ nicht berührt; aus diesem Grund besteht mit der Planung Einverständnis.“

Die vorgenommenen Planänderungen berühren die Belange der Gemeinde Haibach ebenfalls nicht, weshalb empfohlen wird, den gefassten Beschluss zu bekräftigen.

Beschluss

Von Seiten der Gemeinde Haibach ergehen keine Einwände gegen das Bauleitplan-verfahren.

Abstimmungsergebnis: ja: 15 nein: 0

11. Allgemeines

Information von Bgm. Andreas Zenglein

Tag der offenen Tür der **Feuerwehr Gemeinde Haibach** mit Fahrzeugsegnung am Sonntag, **10.06.2018**.

Entsprechende Einladungen an die Gemeinderäte hierzu wurden heute verteilt.

Arbeiten am Kunstrasenplatz

GR Jürgen Großmann möchte wissen, welche Arbeiten am Kunstrasenplatz durchgeführt werden.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass die Firma Schmitt zur Zeit dort arbeitet. Es wird Mineralbeton eingebracht und erfolgt lagenweiser Aufbau. Bis zum Freitag ist vorgesehen, den Neoprenbelag zu haben und anschließend wieder den Kunstrasen.

Im Anschluss wird durch die Firma Schmitt die Pflegemaßnahme durchgeführt. Hierfür muss Quarzsand eingefüllt werden. Hier ist die Zeitschiene Freitag/Samstag.

Der Schaden am Platz beläuft sich auf etwa 16.000 EUR. Hierfür wird die Bürgschaft der ausführenden Firma herangezogen.

Laut Aussage des Gutachters und Planers, Herrn Ernst, liegt hier ein Mangel in der Ausführung der Arbeiten vor. Zur Zeit wird noch geklärt ob für den Schaden die Versicherung eintritt oder die Bürgschaft in Anspruch genommen wird.

GR Richard Hein möchte wissen, ob die Firma Schmitt die gleichen Preise hat, wie die Vorgängerfirma Rundel ?

GR Jürgen Großmann ist der Ansicht, dass ein Vertrag für die Grundwartung über längere Zeit abgeschlossen werden sollte.

Hierzu erklärt **Dipl. Ing. Martin Volk**, dass dies auch so vorgesehen war, nach dem 1. Jahresdurchgang wurde die beauftragte Firma Rundel jedoch insolvent. Eventuell ergeben sich Einsparungen durch jährliche Preisabfragen und entsprechende Vergaben.

GR Richard Hein möchte wissen, ob dies einen Einfluss auf die Gewährleistungen hat.

Dipl. Ing. Martin Volk antwortet, dass bei Durchführung der Pflegearbeiten durch eine Fachfirma keine Einschränkung auf die Gewährleistung vorliegt.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **18.07.2018** genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Silvia Reiling
Verw.-Angest.

SITZUNG des GEMEINDERATES

Sitzungstag: Mittwoch, 18. Juli 2018
Sitzungsdauer: 19:30 Uhr bis 22:30 Uhr

Haibach, Rathaus

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
--------------------	----------	--

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Horst Hock	2. Bürgermeister	
Michael Albert	Gemeinderat	
Peter Amrhein	Gemeinderat	
Josef Farrenkopf	Gemeinderat	
Andreas Först	Gemeinderat	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Anja Goymann	Gemeinderätin	
Jürgen Großmann	Gemeinderat	
Andreas Hein	Gemeinderat	
Richard Hein	Gemeinderat	
Beate Konrad	Gemeinderätin	
Torsten Redeker	Gemeinderat	
Claus Rückert	Gemeinderat	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	

Abwesend:

Dietmar Kempf-Blatt	Gemeinderat	
Eva Rückert	Gemeinderätin	
Tobias Rückert	Gemeinderat	
Andrea Stürmer	Gemeinderätin	

Schriftführer		
Silvia Reiling		

Verwaltung		
Michael Müller		
Silvia Reiling		
Martin Volk		

Tagesordnung

Gemeinderat

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift vom 06.06.2018
3.	Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung
4.	Umbau Knotenpunkt St 2312/ Sponackerweg/ Zum Stadion Vorstellung aktuelle Planung StBA
5.	Bebauungsplan Sommerackerweg - Vorstellung des Planentwurfs
6.	Erneuerung der GV-Straße 2.BA - Planungsänderung
7.	Ausbau Knotenpunkt St 2312/ Findbergstraße/Großmannstraße - Zuwendungsantrag
8.	Waldkindergarten Haibach - Bedarfsanerkennung
9.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:**1. Eröffnung und Begrüßung**

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 20 geladenen Gemeinderäten 16 erschienen sind, der Gemeinderat beschlussfähig ist und zur Sitzung ordnungs-gemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

Bgm. Andreas Zenglein begrüßt die interessierten Bürgerinnen und Bürger.

Des Weiteren Frau Richter, die Ortsplanerin zur Vorstellung des Bebauungsplanes Sommerackerweg, Herrn Albert Franz, zur Vorstellung einer möglichen Bebauung im Areal des ehemaligen TV-Haibach Geländes, Herr Dr. Schenk von der Fa. T+T Verkehrsmanagement und Herr Amic vom Staatl. Straßenbauamt zu Erläuterungen bezüglich der Straßenbauarbeiten im Bereich der St. 2312 – Kreuzung Sponackerweg, sowie St. 2312 – Knotenpunkt Großmann-/Findbergstraße. Zum TOP 8 sind Vertreter einer Interessengruppe zur Gründung eines Waldkindergartens anwesend.

GR Ilse Spielmann erklärt zur Tagesordnung, dass die Sitzung bereits mit einem nicht-öffentlichen Teil um 19:00 Uhr begann. Sie beantragt daher, dass die Sitzung um 22:00 Uhr geschlossen wird, obwohl 20 Tagesordnungspunkte anstehen.

Bgm. Andreas Zenglein erwidert, dass notwendige Entscheidungen zu treffen sind, die entsprechende Beschlussfassungen notwendig machen. Er kann die Sitzung um 22:00 Uhr unterbrechen, die Fortführung der Sitzung wird dann am Donnerstag, 19.07.2018, erfolgen.

GR Claus Rückert schlägt vor, die notwendigen Beschlüsse dem Bau-, Grundstücks- u. Umweltausschuss für kommende Woche zu übertragen.

Hierzu stellt **Bgm. Andreas Zenglein** fest, dass diese Vergabesummen bei weitem die Ermächtigung dieses Ausschusses überschreiten. Die Beschlussfassungen sind daher zwingend im Gemeinderat erforderlich.

Wenn die Beschlüsse hierzu erst nach der Sommerpause erfolgen, gibt es enorme zeitliche Verzögerungen, die nicht zu vertreten sind.

Es wird ohne Beschlussfassung vorgeschlagen, die Tagesordnung zügig abzuarbeiten. Um 22:00 Uhr wird dann über den Antrag von GR Ilse Spielmann entschieden.

2. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift vom 06.06.2018

Das Protokoll der Sitzung des Gemeinderates vom 06.06.2018 wird ohne Anmerkungen genehmigt.

3. Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung**Sachverhalt:**

Aus der Gemeinderatssitzung vom **06.06.2018**:

Rattenfallen:

Der Fa. Anticimex GmbH & Co.KG, Frankfurter Str. 107, 65479 Raunheim wird der Auftrag zur Lieferung und zum Einbau von 8 „Smarttrap“- Rattenfallen erteilt.

**4. Umbau Knotenpunkt St 2312/ Sponackerweg/ Zum Stadion
Vorstellung aktuelle Planung StBA****Sachverhalt:**

In der Sitzung vom 11.04.2018 wurden die Planungen für den Umbau des Knotenpunktes St 2312/ Sponackerweg durch das Staatliche Bauamt vorgestellt und seitens des Gemeinderates zugestimmt. Zwischenzeitlich fanden noch Abstimmungsgespräche mit dem Radverkehrsbeauftragten der Stadt Aschaffenburg und der Regierung von Unterfranken statt, weshalb

der überarbeitete Planungsstand erneut zur Vorlage kommt. Wesentliche Änderungen sind:

- Klare vorgegebene Radwegeführung
- Entfall der Verkehrsinseln in den Seitenarmen „Sponackerweg“ und „Zum Stadion“ zur Verbesserung der Verkehrsführung.
- Fußgängerquerwege werden verkürzt.

Insgesamt konnte mit den getroffenen Veränderungen die Leistungsfähigkeit des Knotenpunktes optimiert werden.

Nach aktuellem Planungsstand wird seitens der Gemeinde Haibach im Bereich des Knotenpunktes die bestehende Wasserleitung aus PVC (DN 150) erneuert, im Bereich Kanalisation sind 2 Haltungen zur Erneuerung vorgesehen, die weiteren Strecken werden mit Inliner saniert.

Herr Amic erläutert die Planung anhand einer PP-Präsentation und führt aus, dass der vorhandene Knotenpunkt nach den Vorschriften der RAST derzeit sehr großzügig ausgebaut ist. Nach heutiger Planung wird diese Kreuzung wesentlich kleiner ausfallen. Änderungen erfolgen durch den Wegfall der „Tropfen“ im Bereich des Sponackerwegs, wodurch sich die Kreuzungswege verkürzen. Im Sponackerweg entfällt auch der freie Rechtsabbieger. Dieser führt künftig auch über die Ampel. Im Gegenzug wird der Fahrradweg an der Einfahrt zum Wendelberg aufgenommen und bis zum Kreuzungsbereich hochgeführt. Hier kann dann ein kurzes und gefahrloses Überqueren der Kreuzung möglich gemacht werden. Der Geh- und Radweg wird eine Breite von 2,50 m haben.

Aus der Straße „Zum Stadion“ wird künftig eine separate Linksabbiegerspur in Richtung Aschaffenburg führen. Der vorhandene bepflanzte Fahrbahnteiler entfällt.

Die angedachte Mittelinsel als Querungshilfe im Bereich der Anwesen Zum Stadion 4 und Nr. 6 wird nicht hergestellt, da die Anfahrt auf die Grundstücke eingeschränkt wird.

Die Arbeiten zur Erneuerung der Wasserleitung und der Kanalsanierung werden im Vorfeld erfolgen. Sobald diese Maßnahmen abgeschlossen sind, kann der Umbau der Kreuzung erfolgen.

Der Umbau des Knotenpunktes sowie die Deckenerneuerung zwischen Ortseingang Haibach bis zum Kreisel „Touristenheim“ waren ursprünglich

zur Abwicklung in einem Auftrag vorgesehen. Aufgrund der Vorleistungen der Gemeinde Haibach soll zumindest der Deckenbau noch in diesem Jahr erfolgen. Dazu findet morgen ein Gespräch mit der Polizei und den beteiligten Behörden statt, wegen der Abwicklung dieser Arbeiten.

GR Richard Hein fragt, warum die Rechtsabbiegerspur im Sponackerweg entfällt. Diese Frage wird auch seitens der Bürger gestellt werden.

Hierzu erläutert **Dr. Schenk**, dass dies nach den Verkehrszählungen die bessere Variante, auch für die Radfahrer, ist.

Dr. Schenk ergänzt, dass es mehr Verkehr aus der Straße „Zum Stadion“ in Richtung Aschaffenburg gibt, als vom Sponackerweg.

Bgm. Andreas Zenglein stellt fest, dass diese Planung auch mit dem Fahrradsachverständigen der Stadt Aschaffenburg besprochen wurde. Dies ist die bessere Lösung und wird sich sicher einspielen.

GR Peter Amrhein fragt, ob auch die Möglichkeit eines „grünen“ Pfeils gegeben wäre, oder ob hier zu viele Gefahren daraus entstehen.

Dr. Schenk erklärt, dass dies aus Gründen der Verkehrssicherheit und der Leistungsfähigkeit des Knotenpunktes nicht so gerne gesehen wird.

Bgm. Andreas Zenglein ergänzt, dass mit der Fa. Adler bereits Gespräche bezüglich weiteren Flächenbedarfs geführt werden.

Beschluss

Den geänderten Planungen (Stand: 18.07.2018) des Staatlichen Bauamtes zum Umbau des Knotenpunktes St 2312/ Sponackerweg wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: ja: 16 nein: 1

5. Bebauungsplan Sommerackerweg - Vorstellung des Planentwurfs

Sachverhalt:

Frau Richter stellt den Entwurf des Bebauungsplans 4. Änderung Sommerackerweg dem Gremium vor.

Die Aufstellung des Bebauungsplanes „Sommerackerweg“, 4. Änderung erfolgt nach § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) durch Beschluss des Gemeinderates am 16.05.2018.

Die Änderung des Bebauungsplanes wird als Bebauungsplan der Innenentwicklung im

beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB durchgeführt.

Anschließend übergibt sie das Wort an Herrn Franz vom Architekturbüro Franz, der den Hochbau für das TV – Gelände im Auftrag der Fa. Neska plant.

Nach vorgestellter Planung ist nun die Entscheidung zu treffen, ob der heute vorgestellte Entwurf des Bebauungsplans in dieser Form in die öffentliche

Auslegung und die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange geht.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt zum Entwurf von Frau Richter, dass in diesen Bebauungsplan jetzt Baufelder anstelle von Baufenstern eingezeichnet wurden. Somit ist eine bessere Handhabe bei künftigen Bebauungen gegeben.

GR Richard Hein bittet um Ausführungen zu den Beschreibungen WA und WB. Das Gelände des Hotel Spessartstuben und das ehemalige Gelände des TV Haibach werden nun als WB-Fläche ausgewiesen.

GR Toni Stahl möchte wissen, wie die Baugrenzen des ehemaligen TV-Geländes sind und ob hier Abweichungen möglich sind. Nach dem Plan sind hier 6 m Abstand zu den bestehenden Gebäuden vermasst.

GR Jürgen Großmann erklärt, dass nach seiner Auffassung ein Gebiet WA höherwertiger als ein Gebiet WB ist. Warum wird der ehemalige Bereich des TV Haibach nicht als WA-Fläche ausgewiesen?

Frau Richter erklärt, dass diese Mischung gewollt ist. Zudem sind die Lärmpegel wegen des bestehenden Hotels in diesem Bereich nicht einzuhalten. Somit wäre dies schon problematisch. Eine neue Bebauung soll nicht zu Ungunsten des bestehenden Hotels erfolgen.

Bgm. Andreas Zenglein ergänzt, dass dann z.B. die Neubewohner dieses Areals ein Instrument gegen die Nutzung des Wirtschaftsgartens in der Hand hätten.

Architekt Albert Franz führt hierzu weiter aus, dass bei einer Festlegung in WB die künftigen Nutzer des ehem. TV-Areals nichts gegen den Hotelbetrieb unternehmen können. Zudem ist bei der Planung ohnehin schon vorgesehen, dass keine Wohn- und Schlafräume zur Hotelseite ausgerichtet werden. Die heute dargestellten Entwürfe sind Zeichnungen gleichzustellen.

Bgm. Andreas Zenglein ergänzt, dass auf Basis des heute vorgestellten B-Planes die Planung für die Bebauung ausgearbeitet werden kann.

GR Jürgen Goldhammer sieht die Einfahrt mit einer Breite von 3,50 als zu schmal an. Nach seiner Meinung sollte diese schon 4,50 m betragen.

Zum Thema Parkplätze stellt er die Frage, ob diese 18 überhaupt angedient werden. Eventuell sollte die Planung um ein Haus reduziert werden.

Architekt Albert Franz macht den Vorschlag, dass die Grünbereiche vor den Häusern zurück-

genommen und diese in den „Süden“ verschoben werden. Eine Zufahrtsbreite von 4 m wäre so realisierbar.

GR Jürgen Goldhammer möchte eine Information zum Thema „Abstands-flächenübernahme“.

Hierzu erklärt **Architekt Albert Franz** dass der TV Haibach in den 70er Jahren für die beiden Anwesen Jahnstr. 3 und 3a die Abstandsflächen übernommen hat. Nach der Bay.BO müsste die Abstandsfläche 7 m sein. Hier sind jedoch auch 6 m Abstand möglich. Die Nachbarn haben somit keinerlei Einschränkung.

Bgm. Andreas Zenglein stellt fest, dass ohne die Abstandsflächenübernahme die Bebauung nach der BayBO jederzeit genehmigungsfähig wäre.

Er erläutert die Historie zu dieser Flächenübernahme durch den TV Haibach.

Architekt Albert Franz führt aus, dass die Nachbarn, auch bei einem Abbruch ihres Hauses, wieder die Möglichkeit einer Grenzbebauung haben werden.

GR Anja Goymann sieht die Andienung durch die Feuerwehr in der Stichstraße als schwierig an.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass die Träger öffentlicher Belange, hierzu gehört die Kreisbrandinspektion, bei der Anhörung zur Änderung des B-Planes gehört werden.

GR Peter Amrhein möchte nochmals die Bestätigung, dass im Falle eines Abrisses eine Grenzbebauung für die beiden Nachbarn wieder möglich ist.

GR Ilse Spielmann findet den Planungsvorschlag gelungen, jedoch ist nach ihrer Meinung der Zufahrtbereich im Sommerackerweg zu den beiden südlichen Häusern sehr schmal für den entstehenden Verkehr.

Bgm. Andreas Zenglein erwidert, dass in Haibach dringend Wohnflächen benötigt werden. Was wird gewollt? Die Innenverdichtung ist seitens der Regierung gewollt und eine Attraktivität für junge Familien soll auch geboten werden. Es sollte eine Zukunftssicherheit gewährleistet sein. Architekt Albert Franz hat mit nahezu allen Nachbarn bezüglich des Vorhabens gesprochen. Wenn die Auslegung der Änderung des Bebauungsplanes erfolgt, kann jeder seine Einwände und Bedenken vorbringen.

Wenn der Bebauungsplan rechtskräftig ist, dann wird eine entsprechende Planung ausgearbeitet.

GR Toni Stahl hat Verständnis, wenn der Investor das maximale aus dem Baugrund herausholen will. Es wurden jedoch die früheren Abstandsflächen nicht berücksichtigt. Im Rahmen der Gleichbehandlung kann er daher dieser Änderung des Bebauungsplans nicht zustimmen. Wenn jetzt die Zustimmung hierzu erfolgt, dann sieht er keine Möglichkeit zum Handeln mehr.

GR Beate Konrad bestätigt ebenfalls, dass sie für diese maximale Bebauung nicht stimmen kann.

Bgm. Andreas Zenglein stellt fest, dass gemäß der Fläche dieses Areals eine Bebauung von 12 Wohneinheiten mit 24 Stellplätzen möglich ist. Dies wurde bereits auf 9 Wohneinheiten und 18 Stellplätze reduziert. Hierzu ist keine Ausnahmegenehmigung erforderlich. Der Planentwurf wurde nach der Bay. BO erstellt.

Frau Richter ergänzt nochmals, dass die Abweichung bezüglich der Abstandsflächenübernahme auch nach dem Baugesetzbuch zulässig ist.

GR Jürgen Goldhammer bemerkt zum B-Plan-Entwurf, dass nach seiner Meinung die Baugrenze in Richtung Sommerackerweg nicht bis zum Straßenrand eingezeichnet sein sollte. Des Weiteren möchte er wissen, ob hier auch Garagen geplant werden.

Frau Richter bemerkt, dass nur Carports vorgesehen sind.

Bgm. Andreas Zenglein nimmt Bezug auf den Einwand von GR Jürgen Goldhammer und bemerkt, dass bezüglich der Baugrenze im Bereich Sommerackerweg, die Kennzeichnung „E“ sich auf die Energieversorgungszentrale der gesamten Wohneinheiten bezieht. Hier soll ein Hackschnitzzellager und auch die Heizung zentral errichtet werden.

GR Richard Hein erklärt, dass sowohl der Entwurf des B-Planes, als auch der Vorschlag von Architekt Franz in der SPD-Fraktion lange diskutiert wurden. Als problematisch wurde die Zufahrt seitens der Stichstraße Sommerackerweg bezüglich der Feuerwehr gesehen. Dies wurde jedoch ausführlich erläutert, ebenso die Thematik zu den Abstandsflächen.

Beschluss

Der Bebauungsplanvorentwurf der 4. Änderung des Bebauungsplans „Sommerackerweg“ in der Fassung vom 11.07.2018, mit den vorgebrachten Änderungen, wird gebilligt. Das Verfahren nach § 13a BauGB wird durchgeführt.

Dieser Beschluss soll ortsüblich bekanntgemacht werden und die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und die Beteiligung der Träger der öffentlichen Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sollen erfolgen.

Abstimmungsergebnis: ja: 11 nein: 6

6. Erneuerung der GV-Straße 2.BA - Planungsänderung

Sachverhalt:

Im Rahmen der Erstellung der Antragsunterlagen zum Neubau der Gemeindeverbindungsstraße 2.BA fanden zwischenzeitlich mehrere Termine mit dem Fördermittelgeber, der Regierung von Unterfranken, statt. Im Rahmen dieser Abstimmungstermine wurden zwei Sachverhalte gegenüber den bisher vorgestellten Planungen geändert.

1. Ausbildung Sicherheitstrennstreifen:

Die Behörde weist darauf hin, dass bei straßenbegleitendem Verlauf des Geh- und Radweges ein Sicherheitstrennstreifen auszubilden ist. Um den Sicherheitstrennstreifen optisch erkennbar abzutrennen, wird eine Schotterrasenfläche hergestellt.

2. Radwegquerung Ortseingang Grünmorsbach:

Die in der Sitzung vom 11.04.2018 beschlossene Ausbauvariante wurde von der Zuwendungsstelle als verkehrstechnisch sehr ungünstig bewertet, weshalb auf eine erneute Überarbeitung des

Entwurfes hingewiesen wurde. Auch die bei dem Zuwendungsverfahren einzubindende Polizei und Verkehrsbehörde weist darauf hin, dass der Verschwenk in Verbindung mit der Querung für Radfahrer mit dem Standort weit vor der Ortslage nicht den Vorgaben der RASt entspricht. Insgesamt wurde die geschwindigkeitsreduzierende Wirkung in Frage gestellt sowie auf die Lage der Radfahrerquerung im Bereich mit großer Längsneigung als nutzerunfreundlich hingewiesen.

In Abstimmung mit der Förderstelle wurde daher eine alternative Ausführung ausgearbeitet.

GR Beate Konrad möchte wissen, wie die Abtrennung des Sicherheitstrennstreifens vorgesehen ist.

Dipl. Ing. Martin Volk erklärt, dass hier ein Schotterrasen hinter dem Hochbord angelegt wird.

GR Peter Amrhein möchte wissen, ob die Breite der Querunginsel ausreichend groß vorgesehen wurde.

Dipl. Ing. Martin Volk erklärt, dass mit 2,60 m Breite übliche Fahrräder problemlos stehen können, ohne in die Fahrbahn zu ragen.

GR Toni Stahl führt aus, dass im Juli 2017 die Variante schon einmal so vorgestellt wurde. Der Planer hat sich jedoch nicht belehren lassen und nun hat die Regierung „uns“ Recht gegeben.

Bgm. Andreas Zenglein erwidert, dass der Planer nur die Planungen umgesetzt hat, welche vorher im Gemeinderat besprochen und beschlossen wurden.

Beschluss

Den vorgestellten Ausführungsänderungen zur Ausbildung des notwendigen Sicherheitstrennstreifens und der Radwegquerung am Ortseingang von Grünmorsbach wird zugestimmt. Der Zuwendungsantrag wird auf dieser Planungsgrundlage fertig gestellt und umgehend der Förderstelle vorgelegt.

Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 0

7. Ausbau Knotenpunkt St 2312/ Findbergstraße/Großmannstraße - Zuwendungsantrag

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 04.04.2018 wurde von der Regierung von Unterfranken die Zulassung zur Ausschreibung zum Ausbau des Knotenpunktes St 2312/ Findbergstraße/ Großmannstraße erteilt.

Das Vergabeverfahren wurde begonnen, die Ausschreibungen sind erfolgt, als Baubeginn ist der 3. September 2018 vorgesehen. Aktuell werden die Hinweise und Nachforderungen aus der Ausschreibungszulassung bearbeitet und werden zusammen mit den Ausschreibungsergebnissen als 2. Antragslauf zur Vorlage gebracht.

Gemäß Kostenberechnung zum Förderantrag ergibt sich folgender Finanzplan:

	Kosten – brutto:
Gesamtkosten incl. Vermessung und GE	948.000 €
Anteil Gemeinde: 24,79%	235.000 €
Abzgl. nichtzuwendungsfähige Kosten	33.000 €
Förderfähige Kosten:	202.009 €

Beschluss

Den Planungen zum Umbau des Knotenpunktes St 2312/ Findbergstr. / Großmannstr. wird zugestimmt.

Die finanziellen Mittel werden in den Haushalten 2018 ff bereitgestellt.

Der 2. Antragslauf auf Zuwendung nach Art. 2 BayGVF wird eingereicht und die vorzeitige Baufreigabe beantragt.

Die Gemeinde Haibach ist bereit und in der Lage, erwartete Zuwendungen vorzufinanzieren.

Der Gemeinde Haibach ist bekannt, dass mit der Zustimmung zum vorzeitigen Baubeginn keine Zusage einer künftigen Förderung verbunden ist, d.h. ob, wann und in welcher Höhe Zuwendungen bereit gestellt werden.

Die Kosten einer Zwischenfinanzierung sind nicht förderfähig.

Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 0

8. Waldkindergarten Haibach - Bedarfsanerkennung

Sachverhalt:

Im Mai dieses Jahres kontaktierten zwei Interessensgruppen die Gemeindeverwaltung mit dem Ziel, einen Waldkindergarten zu eröffnen.

Nach Sondierungsgesprächen, auch mit den Trägern der ansässigen Kindergärten (Johannesverein und katholische Kirche) hat sich herauskristallisiert, dass der Ansiedlung eines Waldkindergartens grundsätzlich nichts entgegensteht.

Derzeit gehen 9 Haibacher Kinder als sogenannte „Gastkinder“ in verschiedene Waldkindergärten im Umkreis.

Das Angebot eines Waldkindergartens wäre für den Wohnstandort Haibach eine attraktive Ergänzung.

Die Förderung der Gemeinde nach dem Bayerischen Kinderbildungs- und betreuerrecht (BayKiBiG) ist für jedes Haibacher Kind zu zahlen, unabhängig, an welchem Ort das Kind betreut wird.

Insofern würden keine zusätzlichen Kosten für die Gemeinde Haibach entstehen. Ein Grundstück könnte dem noch zu gründenden Verein, analog zum Knochengarten, kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.

Um eine Betriebserlaubnis vom Landratsamt zu erhalten, ist die Bedarfsanerkennung durch die Gemeinde zwingende Voraussetzung.

Erst wenn diese erteilt wurde, kann der zu gründende Verein Personal und Kinder anwerben.

Nach Informationen zum Sachverhalt erläutert **Frau Beyer** von der Interessengruppe den Antrag zur Gründung eines Waldkindergartens. Es wurden vorab bereits Gespräche zur Abwicklung geführt.

Bgm. Andreas Zenglein informiert, dass die Gemeinde einen Platz für den Waldkindergarten kostenfrei zur Verfügung stellen wird.

GR Ilse Spielmann möchte wissen, warum in Haibach nun ein Waldkindergarten gegründet werden soll. 9 Kinder besuchen bereits solche Einrichtungen. Sie möchte wissen, woher ein entsprechender Bauwagen kommt? Wie finanziert sich diese Einrichtung? Durch Spenden? Wird der Baumbestand erhalten oder müssen wieder Rodungen erfolgen? Welche Größe kommt in Betracht? Feuer im Wald? Ofen im Bauwagen – hier hat sie größte Bedenken.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass eine Fläche von ca 500-700 m² angedacht wurde. Der Wohn/Bauwagen mit Ofen wird in anderen Waldkindergärten ebenfalls als Unterkunft bei schlechtem Wetter oder auch zum Essen genutzt. Die Genehmigungsbehörde wird alle diese Punkte mit den Antragstellern klären und hat hiervon auch Kenntnis. Es müssen natürlich alle Regularien eingehalten und auch vor Inbetriebnahme ein Bauantrag gestellt werden.

GR Ilse Spielmann fragt, ob diese Einrichtung bevorzugt von Haibacher Kindern besucht werden soll.

Hierzu erklärt **Frau Beyer**, dass hier eine „gute Mischung“ aus dem Landkreis angedacht ist.

GR Anja Goymann möchte wissen, in welchem Zeitrahmen die Einrichtung des Waldkindergartens erfolgen soll.

Frau Beyer antwortet, dass dies schnellstens vorgesehen ist. Es könnte im September schon los gehen. Jedoch kann der Bauwagen im September noch nicht aufgestellt werden und dies ist Voraussetzung.

GR Andreas Hein sieht diesen Antrag grundsätzlich positiv, jedoch muss der Bedarf hierzu abgeklärt werden.

Michael Müller erklärt, dass hier ein formeller Beschluss des Gemeinderates notwendig ist.

GR Jürgen Goldhammer führt noch aus, dass bei diesem Verein auch die Förderung nach den gemeindlichen Richtlinien erfolgen wird. Er stellt jedoch hierzu auch die Frage, ob – wie in den anderen Kindergärten – auch Defizite übernommen werden müssen.

Frau Beyer antwortet hierzu, dass 6-8 Kinder für diesen Kindergarten bereits parat stehen, da es in den anderen Waldkindergärten Wartelisten gibt.

GR Jürgen Goldhammer bemerkt noch, dass den Ausführungen zu entnehmen war, dass auch das Jugend- und Vereinshaus mit genutzt werden soll? Ist auch eine Kooperation mit der Abenteuerfarm „Knochengarten“ vorgesehen. Hier sind z.B. Wasseranschluss etc. vorhanden.

Frau Beyer teilt mit, dass die beiden Einrichtungen nicht zusammen kooperieren können, da der Knochengarten ein anderes Konzept hat. Es wird jedoch gemeinsame Aktionen geben.

GR Jürgen Großmann möchte wissen, ob es eine Festlegung gibt, wie weit die Entfernung zu einer Notunterkunft sein darf.

Hierzu erklärt **Frau Beyer**, dass es hierzu keine Auflagen gibt. Im Notfall werden Taxis bestellt, diese bezahlen dann die Eltern.

2. Bgm. Horst Hock möchte wissen, wie die Erfahrung ist, wenn Kinder aus dem Waldkindergarten eingeschult werden.

Frau Beyer erläutert, dass die Schulfähigkeit gleichwertig sein wird. Die Kinder aus Waldkindergärten müssen sich z.B. auch ruhig verhalten und auch die Konzentrationsfähigkeit wird entsprechend gefördert werden.

GR Jürgen Großmann möchte keinen Konflikt mit der Nutzung des Jugendhauses mit den dortigen Vereinen.

Er hat auch Bedenken, dass der Waldkindergarten relativ weit weg von der Straße ist, falls ein Notfall eintritt.

Frau Beyer verweist in diesem Zusammenhang auf die markierten Rettungspunkte im Wald, diese müssen vorhanden sein und können dann entsprechend angesiedelt werden.

Beschluss

Der Bedarf eines Waldkindergartens in Haibach wird anerkannt.

Der Interessengruppe um Frau Beyer wird für den Waldkindergarten ein geeignetes Grundstück zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis: ja: 15 nein: 2

9. Allgemeines

GR Ilse Spielmann stellt um 22:00 Uhr den Antrag auf Abbruch der heutigen Sitzung.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt hierzu, dass die Sitzung, am folgenden Tag, Donnerstag, 19.07.2018, um 20:00 Uhr, im Sitzungssaal fortgesetzt wird.

Es sind notwendige Beschlüsse zu fassen, die vom Bau-, Grundstücks- u. Umweltausschuss nicht gefasst werden können.

Beschluss:

Antrag auf Abbruch der heutigen Sitzung des Gemeinderates.

Die Sitzung wird am Donnerstag, 19.07.2018, um 20:00 Uhr, fortgesetzt.

Abstimmungsergebnis: ja: 10 nein: 7

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** die Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **19.09.2018** genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Silvia Reiling
Verw.ang.

SITZUNG des GEMEINDERATES

Sitzungstag: Donnerstag, 19. Juli 2018

Sitzungsdauer: 20:00 Uhr bis 21:50 Uhr

Haibach, Rathaus

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
--------------------	----------	--

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Horst Hock	2. Bürgermeister	
Peter Amrhein	Gemeinderat	ab 20:30 Uhr
Josef Farrenkopf	Gemeinderat	
Andreas Först	Gemeinderat	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Anja Goymann	Gemeinderätin	
Jürgen Großmann	Gemeinderat	
Andreas Hein	Gemeinderat	
Beate Konrad	Gemeinderätin	
Claus Rückert	Gemeinderat	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	ab 20:25 Uhr
Andrea Stürmer	Gemeinderätin	

Abwesend:

Michael Albert	Gemeinderat	
Richard Hein	Gemeinderat	
Dietmar Kempf-Blatt	Gemeinderat	
Torsten Redeker	Gemeinderat	
Eva Rückert	Gemeinderätin	
Tobias Rückert	Gemeinderat	

Schriftführer

Silvia Reiling		
----------------	--	--

Verwaltung

Michael Müller		
Silvia Reiling		
Martin Volk		

Tagesordnung

Gemeinderat

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	14. Änderung des Regionalplans Bayerischer Untermain - Beteiligung der Gemeinden
3.	Bauleitplanverfahren der Stadt Aschaffenburg "Schneebergstraße" - Beteiligung der Gemeinde Haibach nach § 4 Abs. 2 BauGB
4.	Bauleitplanung der Stadt Aschaffenburg "Nördlich Seebornstraße" - Beteiligung der Gemeinde Haibach nach § 4 Abs. 2 BauGB
5.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:**1. Eröffnung und Begrüßung**

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung zur Fortführung der gestern abgebrochenen Gemeinderatssitzung. Er stellt fest, dass von den 20 geladenen Gemeinderäten 14 erschienen sind, der Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

GR Ilse Spielmann erklärt, dass zuletzt die Sitzungen des Kultur-, Sport- und Sozialausschusses sowie des Haupt- und Finanzausschusses ausgefallen sind. Sicherlich hätte man an einem dieser Termine eine zusätzliche Sitzung des Gemeinderates einschieben können. Eine Tagesordnung mit 20 Tagesordnungspunkten vor der Sommerpause kann sie nicht gutheißen.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass wegen des Ausfalls der Sitzung des KSS-Ausschusses eine

Mail von Jürgen Großmann kam. Er hat diesbezüglich mit 2. Bgm. Horst Hock besprochen, dass künftig, wenn in der Verwaltung keine Tagesordnungspunkte vorliegen, rechtzeitig vorher eine Anfrage an den Gemeinderat erfolgt, ob von dort Punkte bekannt sind, die behandelt werden sollen. Den Hinweis von GR Jürgen Großmann findet er gut.

Er schlägt in diesem Zusammenhang vor, eine freiwillige Interfraktionelle Sitzung am 08.08. anzuberaumen. Hier möchte er ein Update zum aktuellen Stand diverser Projekte geben.

An diesem Abend werden keine Beschlüsse gefasst, es erfolgt nur Information und Diskussion.

2. 14. Änderung des Regionalplans Bayerischer Untermain - Beteiligung der Gemeinden**Sachverhalt:**

Mit Schreiben vom 22.06.2018 wurde die Gemeinde Haibach darüber informiert, dass der Planungs-

ausschuss des Regionalen Planungsverbandes Bayerischer Untermain am 16.05.2018 beschlossen hat, den Regionalplan zu ändern.

Diese Änderung umfasst:

Teil der Änderung	Art der Änderung	Betreffende Kapitel
Teil A	Anpassung	Formale und redaktionelle Überarbeitung des Regionalplans und Anpassung an das Landesentwicklungsprogramm Bayern
Teil B	Neufassung	Kapitel 1 „Leitlinien 2035“
Teil C	Neufassung	Kapitel 3.2.7 „Arbeitsmarkt und Fachkräfte“
Teil D	Fortschreibung	Kapitel 2.1 „Zentrale Orte“ (bislang A V)
Teil E	Aufhebung	Kapitel B V „Arbeitsmarkt“
	Aufhebung	Kapitel B VI „Bildungs- und Erziehungswesen, kulturelle Angelegenheiten“
	Aufhebung	Kapitel B VII „Freizeit und Erholung“
	Aufhebung	Kapitel B VIII „Sozial- und Gesundheitswesen“
	Aufhebung	Kapitel B XII „Technischer Umweltschutz“

Der Planentwurf wird vom 25.06.2018 bis 03.08.2018 auf den Internetseiten der Regierung unter

<http://www.regierung.unterfranken.bayern.de/aufgaben/3/6/00703/index.html>

bereitgestellt.

Beschluss

Die Gemeinde Haibach ist von der 14. Änderung des Regionalplans Bayerischer Untermain nicht direkt betroffen und erhebt keine Einwände.

Abstimmungsergebnis: ja: 13 nein: 0

Abstimmungsbemerkung:

Die Gemeinderäte Peter Amrhein und Toni Stahl waren zu diesem Tagesordnungspunkt noch nicht anwesend.

3. Bauleitplanverfahren der Stadt Aschaffenburg "Schneebergstraße" - Beteiligung der Gemeinde Haibach nach § 4 Abs. 2 BauGB

Sachverhalt:

Der Stadtrat der Stadt Aschaffenburg hat die Aufstellung eines Bebauungsplanes für das Gebiet „Schneebergstraße“ zwischen Schweinheimer Straße, Odenwaldstraße, Haidbergstraße, Gutwerkstraße und Hildebrandstraße beschlossen.

Dieser Bebauungsplan wird im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB aufgestellt. Da das Verwaltungsgericht im Jahr 2009 den Ursprungsplan als ungültig erklärt hat, werden Bauvorhaben in diesem Plangebiet derzeit nach § 34 BauGB beurteilt. Die Aufstellung des einfachen Bebauungsplans entspricht den Festsetzungen des Aschaffener Flächennutzungsplans mit Bauflächen.

Als wesentliche Planungsziele werden der Erhalt der Grundstruktur des Gebietes mit offener Bauweise und Festsetzung von Bauformen genannt.

Die Planungshoheit und städtebauliche Ziele der Gemeinde Haibach werden durch die vorgelegte Planung nicht berührt.

Dieser Beschluss wurde bereits bei der letzten Beteiligung im Mai 2017 so gefasst.

Beschluss

Die Gemeinde Haibach erhebt keine Einwände gegen die Bauleitplanung „Schneebergstraße“ der Stadt Aschaffenburg.

Abstimmungsergebnis: ja: 13 nein: 0

Abstimmungsbemerkung:

Die Gemeinderäte Peter Amrhein und Toni Stahl waren zu diesem Tagesordnungspunkt noch nicht anwesend.

4. Bauleitplanung der Stadt Aschaffenburg "Nördlich Seebornstraße" - Beteiligung der Gemeinde Haibach nach § 4 Abs. 2 BauGB

Sachverhalt:

Der Stadtrat der Stadt Aschaffenburg hat die Aufstellung eines Bebauungsplanes für das Gebiet „Nördlich Seebornstraße“ zwischen Seebornstraße, Bergstraße, Matthäusstraße, Sonnenstraße und Leiderbacher Gässchen beschlossen.

Dieser Bebauungsplan wird im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB aufgestellt. Da das Verwaltungsgericht im Jahr 2009 den Ursprungsplan als ungültig erklärt hat, werden Bauvorhaben in diesem Plangebiet derzeit nach § 34 BauGB beurteilt. Die Aufstellung des einfachen Bebauungsplans entspricht den Festsetzungen des Aschaffener Flächennutzungsplans mit Bauflächen und Flächen für den Gemeinbedarf.

Als wesentliche Planungsziele werden der Erhalt der Grundstruktur des Gebietes mit offener Bauweise und Festsetzung von Bauformen genannt.

Die Planungshoheit und städtebauliche Ziele der Gemeinde Haibach werden durch die vorgelegte Planung nicht berührt.

Zuletzt wurde diese Planung mit Beschluss vom 31.05.2017 von der Gemeinde Haibach ohne Einwände gebilligt.

Beschluss

Die Gemeinde Haibach erhebt keine Einwände gegen die Bauleitplanung „Nördlich Seeborn-straße“ der Stadt Aschaffenburg.

Abstimmungsergebnis: ja: 13 nein: 0

Abstimmungsbemerkung:

Die Gemeinderäte Peter Amrhein und Toni Stahl waren zu diesem Tagesordnungspunkt noch nicht anwesend.

5. Allgemeines

Folgende Informationen erfolgen von **Bgm.**

Andreas Zenglein:

14.1. TV Haibach- Handballabteilung

Der Gemeinderat ist zur Meisterschaftsfeier der Handballer eingeladen. Seitens der Gemeinde wird eine Geldzuwendung im Rahmen der Förderrichtlinien erfolgen.

14.2. Förderverein St. John's S. S. School, Muduuma, Uganda e.V.

Die Gemeinderäte werden zum Weißwurstfrühstück an der Neuen Kirche Grünmorsbach, am 12.08.2018, ab 11:00 Uhr, eingeladen.

Pfarrer Ivan wird vom 03.-30.08.2018 wieder die Urlaubsvertretung von Pfr. Erich Sauer übernehmen.

14.3. Infoabend der Haibacher Vereine in der Kultur- und Sporthalle

Am 04.07. fand mit den Vertretern der Vereine, die die Kultur- und Sporthalle nutzen, ein Informationsabend statt. Hierbei wurden notwendige technische Erläuterungen zur Nutzung gegeben und auch der neue Hausmeister, Wolfgang Rettinger, vorgestellt.

14.4. Sanierungsmaßnahmen Kultur- und Sporthalle

Bgm. Andreas Zenglein verliest ein Schreiben von Gerda Ott zu den durchgeführten Sanierungsarbeiten in der Kultur- und Sporthalle. Sie hatte damals in einem Schreiben auf die teilweise maroden Zustände und die hygienischen Mängel schriftlich hingewiesen.

In ihrem heutigen Schreiben bedankt sie sich für die Umsetzung und freut sich über die gelungenen Arbeiten. Dies tut sie auch im Namen der anderen Vereinsvertreter.

14.5. Benefiz-Konzert des Polizeiorchesters

Bgm. Andreas Zenglein informiert, dass am 05.07. in der KUS ein hervorragendes Konzert des **Polizeiorchesters Bayern** stattfand. Der Dirigent war voll des Lobes über die Akustik und Möglichkeiten, die für die Musiker hier gegeben sind.

14.6. Sitzung des Schulverbundes

Bgm. Andreas Zenglein teilt mit, dass ab dem kommenden Schuljahr in Haibach 149 Schüler die Mittelschule besuchen werden. Diese werden in zwei 5. Klassen, eine 6. Klasse, eine 7. Klasse, eine 8. Klasse und zwei 9. Klassen – gesamt 7 Klassen untergebracht.

Die Schüler setzen sich insgesamt aus ehemals 8 eigenständigen Schulen zusammen.

Der Standort Haibach als Mittelschule wird bleiben. In der Mittelschule liegt die Klassenstärke bei 18,8 Schüler pro Klasse.

Die Grundschule hingegen wird etwa 400 Schülerinnen und Schüler haben.

Die M-Klassen werden in Aschaffenburg in der Brentano-Schule unterrichtet. Dies betrifft etwa 18 Schüler.

GR Jürgen Großmann fragt, ob es eine Prognose des Schulverbandes für die nächsten 3-5 Jahre gibt.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet hierzu, dass voraussichtlich die Schule Heimbuchenthal im nächsten Jahr geschlossen wird, die Schule in Obernau wurde bereits geschlossen.

GR Jürgen Großmann ist sicher, dass eine Prognose möglich ist.

Bgm. Andreas Zenglein bemerkt, dass die Hefernalteneck-, Pestalozzi- und Brentano-schule zum Schulverbund gehören. Von dort wurden noch keine Schüler nach Haibach geschickt, obwohl Haibach hierzu durch den Verbund in der Lage ist. Die Stadt Aschaffenburg ist auch bei Gastschulanträgen sehr zurückhaltend.

GR Claus Rückert möchte wissen, wie der Standort Grünmorsbach gesehen wird.

Bgm. Andreas Zenglein stellt fest, dass dieser Standort aufgrund stabiler Zahlen wohl zur Zeit nicht in Diskussion gerät.

Zur personellen Situation erklärt **Bgm. Andreas Zenglein**, dass die Schulleiterin der Mittelschule, Frau Zeier, im kommenden Schuljahr nach Kitzingen wechseln wird. Die Stelle für eine/n neue/n Schulleiter/in wurde ausgeschrieben, hier muss man abwarten, welche personellen Änderungen kommen werden. Frau Abrudan wird die kommissarische Leitung der Mittelschule Haibach zunächst übernehmen.

14.7. Beschilderung Bürgerhaus Dörmorsbach

GR Beate Konrad fragt wegen einer Beschilderung des Bürgerhauses – ähnlich der Kultur- und Sporthalle nach.

Dipl. Ing. Martin Volk erklärt, dass Andreas Roth diesbezüglich eine Anfrage an die Firma Weber gerichtet hat. Sobald hierzu Zahlen vorliegen, wird dies in einer Sitzung dargelegt.

14.8. Waldkindergarten in Haibach

GR Ilse Spielmann möchte hierzu weitere Informationen

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass der Verein einen Pachtvertrag für das Gelände erhalten wird.

Michael Müller informiert, dass dies in ähnlicher Form wie beim „Knochengarten“ geschieht. Hier wurde ein Pachtvertrag für die Dauer von 10 Jahren abgeschlossen, der sich dann jeweils um 1 Jahr verlängert.

Bgm. Andreas Zenglein teilt mit, dass für die Eröffnung des Waldkindergartens ohnehin ein Bauantrag eingereicht werden muss. Hier werden alle notwendigen Kriterien berücksichtigt.

Michael Müller ergänzt, dass laut Aussage des Kreisjugendamtes die Genehmigung mit der Baugenehmigung erfolgt. Die Aufstellung eines Bauwagens ist dringend erforderlich, eventuell findet hier auch noch eine Ortsbesichtigung statt.

14.9. Verkehrszählung Büchelbergstraße

GR Ilse Spielmann fragt nach der durchgeführten Schlauchzählung in der Büchelbergstraße in Richtung Klinikum. Sie möchte gerne Informationen zu den Zahlen.

GR Jürgen Goldhammer erklärt, dass Dr. Schenk sicherlich die Zahlen vorliegen hat.

Bgm. Andreas Zenglein stellt fest, dass sicherlich ein erhebliches Verkehrsaufkommen gegeben ist, da das Klinikum Arbeitgeber von etwa 2.000 Angestellten ist.

14.10. Außensportanlage Schule

GR Jürgen Großmann möchte wissen, wann der Termin mit dem Sport-Sachverständigen in der Schule stattfinden wird.

Bgm. Andreas Zenglein informiert, dass sich dies als schwierig erweist, da der seitherige Sachverständige nicht mehr im Dienst ist und auch Nachfolger seitens der Regierung noch nicht bestellt wurde.

Wir werden daher eine Auflistung über die notwendigen Arbeiten an die Regierung schicken. Dort lassen wir es prüfen und werden dies dann im Gemeinderat wieder bekannt geben.

GR Jürgen Großmann schlägt hierzu nochmals ein Gespräch mit den Schulleitungen und den betreffenden Sportlehrern vor.

GR Jürgen Goldhammer möchte wissen, ob bereits ein Kostenvoranschlag für die 100-m-Bahn vorliegt.

Bgm. Andreas Zenglein schlägt vor, diese Thematik und die weitere Vorgehensweise hierzu im Rahmen einer interfraktionellen Sitzung zu besprechen.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **19.09.2018** genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Silvia Reiling
Verwaltungsangest.

SITZUNG des GEMEINDERATES

Sitzungstag: Mittwoch, 19. September 2018
Sitzungsdauer: 19:00 Uhr bis 22:50 Uhr

**Haibach,
Kultur- und Sporthalle, Konferenzraum**

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
--------------------	----------	--

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Horst Hock	2. Bürgermeister	
Michael Albert	Gemeinderat	
Peter Amrhein	Gemeinderat	
Josef Farrenkopf	Gemeinderat	
Andreas Först	Gemeinderat	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Anja Goymann	Gemeinderätin	
Jürgen Großmann	Gemeinderat	
Andreas Hein	Gemeinderat	ab 19:10 Uhr
Richard Hein	Gemeinderat	
Dietmar Kempf-Blatt	Gemeinderat	
Beate Konrad	Gemeinderätin	
Torsten Redeker	Gemeinderat	
Claus Rückert	Gemeinderat	
Eva Rückert	Gemeinderätin	
Tobias Rückert	Gemeinderat	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	
Andrea Stürmer	Gemeinderätin	

Abwesend:

Schriftführer		
Silvia Reiling		

Verwaltung		
Michael Müller		
Silvia Reiling		
Anja Züchner		

Tagesordnung

Gemeinderat

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	Bürgerfragestunde
3.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschriften vom 18.07. und 19.07.2018
4.	Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung
5.	Energieeffizienznetzwerk - Prüfung des Nahwärmeverbundes an der Schule
6.	Sachstandsbericht und Halbjahresbericht der Verwaltung
7.	Eingabe der Interessensgemeinschaft Sommerackerweg
8.	Neubau Radweg Haibach-Dörmorsbach 1.BA - Förderantrag
9.	Ausbau der Gemeindeverbindungsstraße Haibach-Dörmorsbach 2.BA - Zuwendungsantrag
10.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:**1. Eröffnung und Begrüßung**

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 20 geladenen Gemeinderäten 19 erschienen sind, der Gemeinderat beschlussfähig ist und zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

Er begrüßt die anwesenden Bürger und Bürgerinnen, sowie Herrn Prof. Dr. Bautsch, der zum TOP 5 „Energieeffizienznetzwerk“ eine Information zur Prüfung des Nahwärmeverbundes gibt.

2. Bürgerfragestunde

Bgm. Andreas Zenglein begrüßt die zahlreich erschienenen Bürgerinnen und Bürger zur heutigen Sitzung. Er bittet um Wortmeldungen zur Bürgerfragestunde.

Frau Gerlinde Maier fragt nach dem neuesten Stand zum **Thema Verkehrsgutachten**:

Sie möchte wissen, wann die zugesagten Zählungen in der Büchelbergstraße durchgeführt werden, nachdem nun die Ferien wieder zu Ende sind. In der Ausgabe der Primavera am Sonntag stand Haibach an erster Stelle bezüglich Straßen- und Verkehrslärm. Sie beantragt daher auch eine Lärmmessung in Zusammenarbeit mit dem Verkehrsgutachten.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass das Verkehrsgutachten auf den Weg gebracht wurde. Hierzu gehört auch das Lärmgutachten. Diese Messungen erfolgen durch das Institut Dr. Schenk.

Frau Maier möchte wissen, wann die Schlauchmessungen durchgeführt werden.

Bgm. Andreas Zenglein führt aus, dass es richtig ist, dass die Schlauchmessung erledigt wird. Dies sollte nach den Ferien dort durchgeführt werden. Dies wurde mit folgender Begründung noch nicht erledigt, bzw. verschiebt sich dies.

Durch die Baustelle am Knoten St.2312 / Großmannstr. / Findbergstr. ist eine Zählung wohl eher verfälschend, da sehr viel Verkehr über die Büchelbergstraße kommen wird. Des Weiteren kommt die Vollsperrung der St.2312 vom 01.-06.10.2018 von Aschaffenburg, Touristenheim, bis unterhalb der Kreuzung Sponackerweg hinzu. Die Straße wird dort komplett abgefräst und neu geteert. Auch hier wird der Verkehr hauptsächlich über die Büchelbergstr. erfolgen. Verkehrskundige werden entsprechende Umwege über die Ludwigsallee und innerorts Straßen nutzen.

Die Straße von Dörrmorsbach nach Bessenbach ist ebenfalls zurzeit wegen Asphaltarbeiten gesperrt.

Herr Bernd Oppenrieder nimmt Stellung zum **Thema Ortsverbindungsstraße**

Herr Oppenrieder erklärt, dass bereits seit 25 Jahren über den Ausbau der Ortsverbindungsstraße diskutiert wird. Die Planung hierzu war 2006 schon soweit fertig.

Im Jahr 2015 wurde tatsächlich mit dem Bau begonnen, im Jahr 2016 war der erste Abschnitt fertig. Nach Aussage von Bgm. Andreas Zenglein sollte im Jahr 2017 mit dem 2. Abschnitt begonnen werden, was jedoch nicht geschah. Im Jahr 2018 wurde wieder versprochen, der Ausbau beginnt in diesem Jahr. Geschehen ist jedoch nichts.

Jetzt wird die Ertüchtigung an der Kreuzung Staatsstraße/Findbergstraße vorgeschoben. Er möchte wissen, wann und wie die Planung hier erfolgen wird.

Die Kosten für diese Straße werden immer weiter steigen. Er möchte wissen, ob man darauf vertrauen kann, dass die Arbeiten an der Ortsverbindungsstraße unmittelbar nach der Kreuzung begonnen werden.

Bgm. Andreas Zenglein nimmt zu den Ausführungen Stellung und erklärt, dass, da es sich um ein kommunales Projekt handelt, auch auf die Bereitstellung von Zuschüssen und entsprechenden Geldern gewartet werden muss.

Durch diese Zuschüsse wird die Gemeinde eine Einsparung von ca. 1 Mio EUR haben. Der Freistaat gibt an die Kommunen Gelder für Straßenbau, jedoch muss man sich hier nach den Vorgaben der Regierung und auch nach der Freigabe eines solchen Projektes richten.

Herr Oppenrieder ist der Meinung, dass die Gemeinde sukzessive arbeitet. Man sollte parallel arbeiten, so hätten sicherlich schon 10 Jahre lang die notwendigen Grundstücksgeschäfte die für den jetzigen Ausbau notwendig sind, getätigt werden können. Für ihn gibt Bgm. Andreas Zenglein Versprechungen ab, die dann nicht eingehalten werden.

Bgm. Andreas Zenglein erwidert, dass auch er im Gemeinderat nur eine Stimme dieses Gremiums innehat. Das Gremium fällt hier die entsprechenden Entscheidungen. In der Gemeinde werden sehr wohl mehrere Projekte gleichzeitig bearbeitet.

Hierzu gehören unter anderem die Komplettsanierung der Kultur- und Sporthalle mit einem Kostenvolumen in Höhe von 7,5 Mio EUR in den vergangenen 4 Jahren, es wurde die Planung des Hortes soweit abgeschlossen, dass die Ausschreibungen nach der Baufreigabe durch die Regierung erfolgen kann, die Planung und Überwachung der Arbeiten in der Großmannstraße erfolgten, die Planungen für die Sanierung der Aschaffener Straße wurden erledigt, dies sind nur einige der Projekte, welche die Gemeinde zu verwirklichen hat.

Bernd Oppenrieder fordert, dass keine Versprechungen gemacht werden sollten, die nicht gehalten werden.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass in der letzten Sitzung des Gemeinderates die neue Planung des Radweges beschlossen werden musste. Hierzu ist festzustellen, dass die Regierung bei Beteiligung an den Kosten entsprechende Auflagen zur Ausführung stellt, diese müssen erfüllt werden.

Er kann keinen Grund sagen, warum er als Andreas Zenglein ein Interesse haben sollte, eine solche Maßnahme zu verzögern. Im weiteren Verlauf der Sitzung wird der Zuwendungsantrag an die Regierung beschlossen, danach wird die Regierung die Freigabe erteilen und die Maßnahmen kann begonnen werden.

Herr Herbert Fäth meldet sich zum Thema Verkehrsgutachten

Herr Fäth möchte wissen, ob sich dieses Gutachten nur auf Haibach beziehen wird.

Hierzu antwortet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass hier der gesamte Ort einschließlich Grünmorsbach und der Bereich Staatsstraße 2312 überprüft wird. Er wurde auch bereits angesprochen, warum in Kleinostheim ein Nachtfahrverbot für LKW's und eine 30-er-Zone machbar ist und bei uns nicht.

Dies wurde auf Anfrage von ihm damit beantwortet, dass in Kleinostheim eine Umfahrung des Ortes durch die Autobahn möglich ist. Im Gegenzug ist Haibach mit der St.2312 als Umleitungsstrecke für die Autobahn notwendig. Hier können keine Fahrverbote erlassen werden.

Vor 50 Jahren gab es eine Initiative, die sich für eine Umfahrung vom Touristenheim bis zur Ortsausfahrt in Grünmorsbach gegründet hatte. Zur damaligen Zeit wäre hier noch eine Lösung möglich gewesen. Dieses Vorhaben wird nicht mehr realisierbar sein, zumal in diesem Bereich mittlerweile das Baugebiet „Südlich der B 8“ liegt.

Es sollte nach seiner Meinung versucht werden, die Eckenerstraße so unattraktiv wie möglich zu gestalten um diesen Zuweg zum Klinikum zu

entlasten. Auch hier werden entsprechende Zählungen durchgeführt werden.

Er versichert, dass der Gemeinderat und er sich für alle Möglichkeiten der Verbesserung einsetzen werden. Alles wird jedoch nicht gelingen.

Frau Claudia Stenger fragt, ob bei der Beratung zum B-Plan Sommerackerweg auch Wortmeldungen der Zuhörer zugelassen sind.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass er allen Beteiligten Gespräche angeboten hat. Bis zum jetzigen Zeitpunkt war lediglich Herr H.P. Baumann hier im Rathaus

Es ist für die heutige Sitzung vorgesehen, dass der 2. Bürgermeister, Horst Hock, die Sitzung zum Tagesordnungspunkt leiten wird. Er ist, gemäß Schreiben der Rechtsaufsichtsbehörde des Landratsamtes, nicht persönlich beteiligt, möchte jedoch nicht noch mehr „Öl ins Feuer“ gießen. Daher wird er die Sitzungsleitung in diesem Punkt abgeben.

Die Eingabe der Interessengemeinschaft wurde über den Gemeinderat eingereicht und wird als Petition behandelt. Der Gemeinderat entscheidet über das weitere Vorgehen hierzu, dies ergibt sich aus der Beschlussfassung zum TOP 7.

Die Auslegung und Anhörung der Träger öffentlicher Belange läuft bis zum 15.10.2018. Anschließend werden alle Eingaben von Behörden und Privatpersonen an die Behörde weitergegeben. Nach Prüfung steht in der Sitzung am 07.11.2018 die Beschlussfassung zur B-Plan-Änderung an.

Er weist nochmals darauf hin, dass alle Eingaben bis zum 15.10.2018 abgegeben sein müssen.

GR Jürgen Großmann fragt, was mit den bereits vorliegenden Eingaben passiert.

Hierzu antwortet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass alle Eingaben, die schriftlich vorliegen an die Behörde weitergegeben werden.

Herr Albert Stürmer fragt zum Umbau St.2312/Findbergstraße

Herr Stürmer erklärt, dass die Haltelinie der Ampel genau in der Einfahrt zu seinem Betriebsgelände festgelegt wurde.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass dies mit dem Planungsbüro abgeklärt wird.

Herr Michelchen zum Kauf von Grundstücken durch die Gemeinde

Herr Michelchen fragt, ob es im Gemeinderat einen Beschluss gibt, Flächen zu kaufen um dann dort Wohnungen für soziale Zwecke zu errichten. Des

Weiteren möchte er wissen, ob es einen Beschluss gibt, dass Grundstücke der Gemeinde nicht an Bauträger verkauft werden. Er bittet zudem um sachliche Beantwortung der Fragen.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass er ein Verfechter für seine „Gemeinde“ ist. Dies bringt manchmal emotionale Reaktionen mit sich.

Die Gemeinde ist daran interessiert soziale Bedürfnisse abzudecken – hierzu gibt es jedoch kaum Chancen.

Einer Kommune ist es nicht gestattet, Gelände zu kaufen, welches 20 % über dem Richtpreis des Landratsamtes gehandelt wird. Dies verbietet die Kommunalaufsicht. Zum ehemaligen Gelände des TV Haibach ist festzustellen, dass nach dem amtlichen Richtwert für einen Quadratmeter in diesem Bereich mit 280 EUR festgelegt ist. Die Fläche dort hat eine Größe von 2.160 m² und wurde um einen weitaus höheren Preis als der Richtwert verkauft. Dies liegt auch daran, dass die Preise für Immobilien und Grundstücke derzeit praktisch galoppieren. Den Verkauf des Geländes haben 22 Mitglieder aus dem TV-Vereinsausschuss beschlossen.

Die Gemeinde besitzt derzeit noch ein Grundstück, dies befindet sich in Dörmersbach. Entsprechende Satzungen zum Verkauf von gemeindlichen Grundstücken gibt es nicht.

Herr Lothar Röser meldet sich zum **Verkauf der TV-Turnhalle**

Herr Röser fragt, warum die Halle unbedingt verkauft werden musste. Nach seiner Meinung waren lediglich die Toiletten und die Lüftung nicht in Ordnung und hätten saniert werden können. Ziel bei dem Verkauf war nach seiner Auffassung, dass der TV Haibach nun an die Gemeinde ca. 50.000 EUR an Mieten für die gemeindlichen Hallen bezahlen muss.

Bgm. Andreas Zenglein erwidert zu dieser Aussage, dass sehrwohl erhebliche Mängel an der TV Turnhalle bekannt waren. Diese sind begründet mit Brandschutz-, Hygiene- und Bauschutz. Es lag den Verantwortlichen des TV Haibach ein Gutachten zur Sanierung der Halle in Höhe von 380.000 EUR vor.

Im April 2016 fand eine Mitgliederversammlung des Vereins statt. Alle Mitglieder waren eingeladen. Es sind 76 Personen anwesend gewesen. Aus dieser Versammlung ging der Beschluss mit dem Verkauf der Halle mit einem Abstimmungsergebnis von 75:1 hervor. Es ist schriftlich vermerkt, wer diesem Verkauf nicht zugestimmt hat.

Nun stellt sich die Frage, warum man im Jahr 2016 einem Verkauf zugestimmt hat und im Jahr 2018 nun hierzu alles anzweifelt.

Des Weiteren wurde in dem genannten Vereinsausschuss ebenfalls beschlossen, mit 20:0 (2 Enthaltungen), dass die Summe nicht an die Öffentlichkeit kommt. Dies ist ebenfalls in einem entsprechenden Protokoll niedergeschrieben. Aus diesem Grund, muss er sich an diesen Beschluss halten.

Herr Peter Weis zum **Verkauf des TV-Geländes**

Herr Weis erklärt, dass das TV-Gelände vom TV verkauft werden kann, die bauliche Nutzung legt die Gemeinde fest und der Bauträger hat ein tolles Geschäft gemacht.

Bgm. Andreas Zenglein stellt fest, dass auf dem gesamten Gelände 12 Wohneinheiten errichtet werden könnten. Im Vorentwurf hierzu geht man jedoch von 9 Wohneinheiten aus.

Die Verkaufssumme ist völlig losgelöst von der Art der Bebauung. Er sieht keinerlei Motivation weder den Gemeinderat noch die Bürgerinnen und Bürger hier anzulügen.

Der Gemeinderat beschäftigt sich ausführlich und kritisch mit der Thematik und weiß sehr wohl um die Wichtigkeit solcher Beschlüsse über Bebauungspläne.

Frau Sandra Baumann zur **Bebauung Gelände TV Haibach**

Frau Baumann erklärt, dass bereits seit 5 Wochen in der Volksbank Aschaffenburg entsprechende Aushänge über das Areal bzgl. der Wohneinheiten aushängen.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass dies bei Bauträgern gängige Praxis ist. Tatsache hierzu ist jedoch, dass wir uns hier immer noch in der Entwurfsphase befinden und das Gremium am 07.11.2018 eine Entscheidung hierzu treffen wird.

Frau Claudia Stenger meldet sich zum **Thema Bebauungsplan**

Frau Stenger führt aus, dass nach ihrer Meinung der ganze Ort zugebaut wird, dies bringt auch wieder sehr viel Verkehr mit sich. Das Geld, dass der Verein eingenommen hat, wird an anderer Stelle in eine neue Halle gesteckt.

Bgm. Andreas Zenglein erläutert, dass z.B. die Kultur- und Sporthalle ein gemeindliches Gebäude ist, hingegen die Turnhalle des TV Haibach Vereinseigentum ist.

Frau Steffi Eckert fragt zum **Verkauf des TV-Geländes**

Frau Eckert möchte wissen, ob der Investor in diesem Kaufvertrag auch ein Rücktrittsrecht hat und ob dies damit zu tun hat, dass nach wie vor der TV Haibach als Eigentümer eingetragen ist.

Bgm. Andreas Zenglein stellt fest, dass dies notariell nicht gesondert ausgewiesen wurde.

3. Bgm. Horst Hock erläutert zur Frage, weshalb der TV Haibach noch als Eigentümer eingetragen ist folgendes:

Heute hat er von Edith Brehm, Schriftführerin des TV Haibach, den Auszug des Notarvertrages mit § 8 zum Lesen erhalten.

Hier steht, dass für den Käufer eine **Auflassungsvormerkung** eingetragen ist.

Dies bedeutet, dass nach der kompletten Abwicklung der neue Eigentümer im Grundbuch eingetragen wird. Mit der notariellen Beurkundung gehen jedoch bereits alle öffentlichen Lasten an den Verkäufer weiter.

Herr Röser merkt an, dass der TV Haibach sicherlich auch Zuschüsse erhalten hätte, wenn er die Halle für 350.000 EUR saniert hätte. Er kann den Verkauf nicht verstehen.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet hierzu, dass diese Thematik die Angelegenheit des TV Haibach betrifft und nicht für die Bürgerfragestunde relevant ist.

Herr Bien fragt zur weiteren **Verkehrsführung des Sommerackerweges**.

Herr Bien möchte wissen, ob es stimmt, dass der Sommerackerweg als Einbahnstraße geändert werden soll.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass er dieses Gerücht auch gehört hat. Hierzu kann er sagen, an diesen ist nichts dran. Die Aufstellung eines Bebauungsplanes hat nichts mit der Wegeführung in diesem Areal zu tun. Dies kann eventuell zu einem späteren Zeitpunkt kommen.

Herr Werner Albert spricht die Erweiterung des Klinikums an.

Herr Albert erklärt, dass mittlerweile ein weiteres Gebäude errichtet wird und auch der Spatenstich mit der entsprechenden Prominenz in der Presse veröffentlicht wurde. Er stellt die Frage, warum das Klinikum ständig erweitert wird, jedoch die längst fällige Zufahrt über die Berliner Allee nicht ausgebaut wird.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass ihm die Problematik bekannt ist. Es ist jedoch auch festzustellen, dass die Gemeinde Haibach auch ihren Nutzen aus dem Klinikum zieht. Eine Vielzahl von Haibachern sind im Klinikum beschäftigt, ebenso sind mittlerweile sehr viele Ärzte in Haibach wohnhaft, die im Klinikum arbeiten.

Er sieht es jedoch auch so, dass diese Straße gebaut werden muss. Nur wird Haibach hier keine Einwirkung nehmen können. Der gesamte Bereich liegt zu 100 % auf der Gemarkung von Aschaffenburg. Bei allen Beteiligungen, an denen die Gemeinde Haibach gehört werden muss, wird immer der Einwand bzgl. des Ausbaus der Berliner Allee gegeben.

Frau Maier bestätigt dies, die Gemeinde Haibach weist immer auf den Ausbau der Berliner Allee hin.

Bgm. Andreas Zenglein führt weiter aus, dass auch im Kreisrat um diese Thematik vehement gekämpft wird. Bei der Einweihung des Klinikums durch den damaligen Oberbürgermeister wurde von einer raschen Erschließung der Zufahrt gesprochen. Dies wurde jedoch nicht eingehalten.

GR Peter Amrhein ist der Meinung, dass eventuell ein Schulterschluss mit den Anwohnern der Ludwigsallee, die durch den vermehrten Verkehr ebenfalls belastet sind, helfen kann.

Hierzu stellt **Bgm. Andreas Zenglein** fest, dass es bereits einen „Schulterschluss“ der Gemeinden Goldbach, Hösbach und Haibach gibt, der sich auf die Strecke „Krämersgrund“ bezieht. Alle Vorhaben hier scheitern immer wieder an der Stadt Aschaffenburg.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen ergehen, schließt Bgm. Andreas Zenglein um 20:15 Uhr die Bürgerfragestunde.

3. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschriften vom 18. und 19.07.2018

Die Protokolle der Sitzungen des Gemeinderates vom 18. und 19.07.2018 werden ohne Anmerkungen genehmigt.

4. Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung**Sachverhalt:**

Aus der Gemeinderatssitzung vom 19.07.2018 sind folgende Punkte bekannt zu geben:

Vergabe: Knotenpunkt ST 2312/ Großmannstr./ Findbergstraße**Straßenbauarbeiten**

Die **Fa. Heinrich Kunkel, Aschaffenburg** erhält den Auftrag für die Straßenbauarbeiten zum Ausbau des Knotenpunktes St 2312/ Findbergstraße/ Großmannstraße.

Vergabe: Knotenpunkt St 2312/ Großmannstr./ Findbergstr.**Lichtsignalanlage**

Der Auftrag für den Bau der Lichtsignalanlage im Zuge des Ausbaus des Knotenpunktes St 2312/ Findbergstraße/ Großmannstraße erfolgt an den die Firma Swarco.

Vergabewesen - Abschluss Rechtsschutzversicherung

Die Gemeinde Haibach tritt der Gruppenversicherung des Bayerischen Gemeindetages mit der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG vom 02.05.2018 bei.

Vergabe: Ausbau Knotenpunkt St2312/ Sponackerweg**Ingenieurleistungen Kanal/Wasser**

Das Ingenieurbüro Jung GmbH, Kleinostheim erhält den Auftrag für die Ingenieurleistungen Tiefbau im Zuge des Ausbaus Knotenpunkt St 2312/ Sponackerweg.

5. Energieeffizienznetzwerk - Prüfung des Nahwärmeverbundes an der Schule

Bgm. Andreas Zenglein übergibt zur Vorstellung des Prüfungsergebnisses das Wort an Herrn Prof. Dr. Brautsch vom Institut für Energietechnik IfE GmbH von der Ostbayerischen Technischen Hochschule Amberg-Weiden.

Prof. Dr. Brautsch informiert zunächst über das Institut und den Hintergrund zu diesem Energieeffizienz-Netzwerk. Es fanden bereits mehrere Treffen mit den Kommunen der Interkommunalen Allianz Westspessart „WeSPE“ statt.

Folgende Liegenschaften wurden in der Untersuchung betrachtet:

Schwimmbad/Turnhalle, Schule, Sporthalle am Hohen Kreuz und die Hausmeisterwohnung an der Schule Haibach.

Der Neubau des Hortes an der Schule wurde ebenfalls mit eingerechnet.

Zur technischen Betrachtung des Wärmebedarfs ist festzustellen, dass das Areal der Schule mit etwa 1,1 Millionen kWh Wärme der größte Verbraucher

des Gesamtbedarfs von ca. 1,3 Millionen kWh ist. Anhand einer technischen Betrachtung werden die Ergebnisse der beiden BHKW's erläutert. Bei der Wirtschaftlichkeitsberechnung geht man von einer Betrachtung von 20 Jahren, einer Fremdfinanzierung, einem kalkulatorischen Zinssatz von 1,5 %, einer linearen Abschreibung über die nächsten 20 Jahre aus. Des Weiteren geht man davon aus, dass die Brennstoffkosten konstant bleiben.

Unter Berücksichtigung aller Kalkulationspunkte ist festzustellen, dass die Biomasse-Varianten Hackschnitzel und Pellets wirtschaftlich nicht darzustellen sind. Das Wärmenetz auf Basis eines BHKWs in der Schule ist wirtschaftlich hingegen gleichwertig zur dezentralen Versorgung. Den besten Posten bei der Betrachtung bringt die Senkung der CO₂-Bilanz um 50 %.

Zum Planungsstand Kinderhort ist festzustellen, dass hier ursprünglich bei der Wärmeerzeugung an eine Luft/Wasser-Wärmepumpe gedacht wurde. Die aktuelle Problematik ist jedoch, dass der Anlaufstrom dieser Wärmepumpe den maximal möglichen Strombezug über den Netzanschluss übersteigt. Daher wird zurzeit über die Umplanung auf zwei jeweils kleinere Wärmeerzeuger diskutiert.

Hierzu ergeben sich folgende Alternativen.

Anbindung des Kinderhorts über Nahwärmeleitung an die Heizzentrale der Schule.

Im Kinderhort wird lediglich eine Hausübergabestation benötigt, dies bedeutet weniger Platzbedarf und günstiger als 2 Wärmepumpen

Das potenzielle neue BHKW in der Schule sorgt für einen entsprechend hohen KWK-Anteil an der Wärmeversorgung von Kinderhort und Schule

Der zuständige Energieberater des Architekten sieht EEWärmeG und EnEV als erfüllt an. Maßgebend ist VDi 2067.

Bgm. Andreas Zenglein dankt Prof. Dr. Brautsch für die Erstellung und Erläuterung dieser Unter-

suchung. Es wird sicherlich nicht viel Geld gespart aber die CO₂ Reduzierung um 50 % steht der Gemeinde Haibach gut zu Gesicht. Es erfolgt zurzeit ein intensiver Austausch mit den Planern des Kinderhorts bezüglich der Heizungsanlage.

GR Toni Stahl bedankt sich ebenfalls für den Vortrag. Er erkennt, dass bezüglich der Heizung in der Schule in der Vergangenheit eine gute Entscheidung getroffen wurde, als die BHKWs installiert wurden.

Er möchte wissen, ob der Austausch der Lampen noch eine Verbesserung bringen kann.

Prof. Dr. Brautsch erklärt, dass der Einbau von LED-Lampen wohl Einsparungen bringen könnte, grundsätzlich ist jedoch bezüglich des Verbrauchs für PCs und weitere elektronischer Geräte eine geringe Einsparung möglich. Hierzu wäre die Lösung, den Eigenverbrauch durch die Erzeugung von Eigenstrom zu minimieren.

GR Toni Stahl fragt noch, woher die Angaben kommen, dass der Anlaufstrom für ein BHKW zu hoch ist.

Prof. Dr. Brautsch bemerkt nochmals, dass der Einbau von einer Luft-Wasser-Wärmepumpe wesentlich teurer ist, ein BHKW ist die günstigere Variante, es sollte auch noch für den Eigenverbrauch entsprechende Verkabelungen installiert werden.

GR Jürgen Großmann stellt fest, dass mit Architekt Herzing bezüglich der Kosteneinsparungen gesprochen wurde. Die Investition in Höhe von 43.000 EUR sollte man der Einsparung die möglich ist, gegenrechnen.

Prof. Dr. Brautsch informiert hierzu noch, dass der eigenerzeugte Strom zudem im Winter zum Betrieb der Heizung genutzt werden kann.

Bgm. Andreas Zenglein dankt nochmals für die Ausführungen. Der Beschluss hierzu wird in der nächsten Sitzung des Gemeinderates gefasst werden.

6. Sachstandsbericht und Halbjahresbericht der Verwaltung

Bericht zum Vollzug des Haushaltes 2018

Die erste Hälfte des Jahres 2018 liegt nun hinter uns, und wir möchten Sie deshalb über die bisher geleisteten Arbeiten und die Entwicklung der gemeindlichen Finanzen informieren.

Auf alle Einzelheiten und bisher ausgeführten Tätigkeiten einzugehen, würde sicherlich den Zeitrahmen dieser Sitzung sprengen. Es sollen

deshalb nur einige wesentliche Punkte und Entwicklungen aufgezeigt werden.

Der **Haushalt 2018** wurde in der Gemeinderatssitzung vom 01.03.2018 verabschiedet.

Mit Schreiben vom 23.04.2018 hat das Landratsamt Aschaffenburg hierzu Stellung

genommen. Die vorgesehene Kreditaufnahme wurde genehmigt.

Im Ergebnishaushalt belaufen sich

die ordentlichen Erträge auf 16.318.300 €

die ordentlichen Aufwendungen auf 15.542.300 €

und das Finanzergebnis auf -33.000 €.

Daraus errechnet sich ein Saldo (Jahresergebnis) von 743.000 €.

Die Erträge aus der **Grundsteuer A und B** liegen derzeit im Rahmen der veranschlagten Beträge von 3.200 € bzw. 840.000 €.

Die **Gewerbsteuer** ist im Haushaltsplan veranschlagt mit 1.600.000 €. Bisher wurden IST-Zahlungen in Höhe von ca. 1.480.000 € geleistet.

Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten, vor allem in Hinblick auf die größeren Steuerzahler.

Für den Gemeindeanteil an der **Einkommenssteuer** liegen bisher die Ergebnisse der ersten beiden Quartale vor.

Die Beteiligung beläuft sich derzeit auf 3.117.581 € (Vorjahr: 3.118.604 €). Dies entspricht 50,37 % des vom Statistischen Landesamt geschätzten Gesamtaufkommens.

Aufgrund der Daten der Steuerschätzung ist davon auszugehen, dass der Haushaltsansatz von 6.150.000 € erreicht werden könnte.

Auf den Gemeindeanteil an der **Umsatzsteuer** sind bisher ca. 49,95% (167.800 €) des veranschlagten Betrages (336.000 €) gezahlt worden, so dass wohl auch hier das Haushaltssoll erreicht werden kann.

Die Einnahmen aus den **Verbrauchsgebühren** (Kanal, Wasser) liegen im Bereich der Haushaltsansätze.

Für das **Rathaus** wurden ein neuer **Server** und ein neues **Sicherheitsprogramm** (Firewall) angeschafft. Die Ausgaben hierfür belaufen sich auf ca. 20.000 €.

Der Erwerb eines gebrauchten **Elektroautos** und eines **Dienstfahrzeuges** für das **Bauamt** erforderte Haushaltsmittel von ca. 14.400 €.

Für den Bauhof wurde ein neuer **Transporter (LKW Iveco)** erworben. Die Ausgaben hierfür belaufen sich auf ca. 37.000 €.

In der **Schule** musste die gesamte Hard- und Software für die Verwaltung erneuert werden.

Außerdem wurden für die Grundschule vier Dokumentenkameras mit Beamer und Pc's angeschafft. Die Ausgaben betragen ca. 15.000 €.

In der **Schule in Grünmorsbach** wurde mit dem Einbau der neuen **Heizungsanlage** begonnen.

Im **Schwimmbad** wurden größere Reparaturarbeiten am Hubboden durchgeführt. Außerdem musste ein Teil der Fliesen erneuert werden. Aufgrund der chlorhaltigen Luft muss noch ein Großteil der Beleuchtung ausgetauscht werden.

Die Pläne für den Neubau des **Kinderhortes** wurden erstellt und beim Landratsamt Aschaffenburg zur Genehmigung eingereicht.

Der Zuwendungsantrag wurde der Regierung von Unterfranken vorgelegt.

Mit der vorzeitigen Baufreigabe ist bis Ende September zu rechnen.

Verschiedene Gewerke wurden bereits ausgeschrieben.

Im Haushaltsjahr 2018 wurden bisher Auszahlungen von ca. 190.000 € geleistet.

Die **Sanierung der Kultur- und Sporthalle** ist weitest gehend abgeschlossen. Heuer wurden bisher Haushaltsmittel von ca. 466.000 € (Haushaltsansatz: 1.300.000 €) verbraucht.

Bis zum 31.12.2017 wurden für die Sanierung ca. 7.170.000 € ausgegeben.

Die Sanierung des **Hochbehälters Buch** ist im vollen Gange. Im laufenden Jahr wurden Ausgaben von ca. 140.000 € getätigt.

Für die **Pumpstation Bessenbach** und den **Hochbehälter Wendelberg** mussten jeweils eine neue **Pumpe** beschafft werden.

Investiert wurde auch in die **Fernwirktechnik**. Verschieden Elemente der Hard- und Software mussten erneuert werden.

Die Verfahren für die **Wasserschutzgebiete** „Brunnen 71“ (Erkundung Wasserschutzgebiet, Wasserproben) und „Kirchenelsengrund“ (historische Recherche) erforderten bisher Gelder von ca. 6.800 €.

Für Wegearbeiten auf dem **Kompostplatz** wurden ca. 17.300 € ausgegeben.

Vom Ing.-Büro Jung wurden vorbereitende Arbeiten für den Ausbau der **Aschaffburger Straße** vorgenommen.

Nachdem die Regierung von Unterfranken die Freigabe für die Ausschreibung der Arbeiten für den **Kreuzungsumbau Großmannstraße** –

Findbergstraße – Würzburger Straße erteilt hatte wurde die Ausschreibung der Arbeiten durchgeführt.

Das Ergebnis wurde der Regierung mitgeteilt. Sobald die Baufreigabe vorliegt werden die Aufträge vergeben.

Die Arbeiten für den Neubau des **Radweges Haibach –Dörmorsbach (BA I)** wurden ebenfalls ausgeschrieben. Das Ergebnis wurde der Regierung vorgelegt. Sobald die Freigabe erfolgt können auch hier die Aufträge vergeben werden.

In der Gemeinderatssitzung vom 18.07.2018 wurde die endgültige Planung für den zweiten Bauabschnitt der **Ortsverbindungsstraße** vom Gemeinderat genehmigt.

Der Zuwendungsantrag soll noch im Herbst bei der Regierung von Unterfranken eingereicht werden.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass ein Großteil der im Haushalt vorgesehenen Maßnahmen begonnen wurden.

Sachverhalt:

Projekt	Zuständigkeit	Sachstand	Erledigung bis
Ortskerngestaltung	GL/GR	Pläne an Fraktionen weitergeleitet, nächste Beratung voraussichtlich Herbst 2018	Offen
Gemeindeverbindungsstraße 2.BA	Bauamt	Grunderwerb weitestgehend abgeschlossen. Wasserrechtl. Erlaubnis: Stadt AB und LRA liegen vor. Naturschutzrechtliche Erlaubnis liegt vor. Zuwendungsantrages wurde Ende August bei der Regierung v. Ufr. eingereicht.	Offen
Radweg GV-Straße 1.BA	Bauamt	Vergabe in GR-Sitzung v. 19.09.2018	Baubeginn: 08.10.2018
Knotenpunkt St 2312/ Großmannstraße:	Bauamt	Vergaben sind erfolgt	Baubeginn: 12.09.2018
Erdumschlagsplatz Wendelberg	Bauamt	Gutachten ergab keinen Sanierungsbedarf. Ergebnis liegt dem LRA vor. Abschließendes Behördengespräch wegen Renaturierung und Nutzung einer Teilfläche als Erdzwischenlager für gemeindliche Maßnahmen steht aus.	Offen
Aschaffener Straße	Bauamt	Ausarbeitung Ausschreibungsunterlagen und Ausführungsplanung. Ausschreibung zum Jahresende 2018	Offen
Sanierung HB Buch	Bauamt	Fertigstellung der Außenanlage – Los 1 Beginn Instandsetzung – Los 3 ab 17.09.2018	Offen
WSG Br. 71/ Spatgrube	Bauamt	Wasserrechtl. Antrag liegt bei WWA/LRA Zusätzlicher Tracer-Versuch am 10.08.2018 durchgeführt, Ergebnisse stehen aus.	Offen
Brunnen Kirchenelsengrund	Bauamt	Beauftragungen der Ingenieurbüros sind erfolgt. Historische Erkundung durch PeTerra abgeschlossen. Beginn Rammkernsondier-Bohrungen nach Vorlage sämtlicher Zutrittserteilungen.	Offen
Außensportanlage Schule	Bauamt	Grundlagenermittlung, Erstellung der Unterlagen für Förderantrag.	Offen
Wasserrechtsverfahren RÜB 80/90/91	Bauamt	Abstimmung mit Behörden	Offen
Kinderhort	Bauamt	Genehmigung Bauantrag liegt vor. Förderbescheid steht aus. Submission Abbruch-, Erd- und Rohbauarbeiten erfolgt. Ausschreibungsverfahren Holzbau-; Fensterbau- und Dachdeckerarbeiten begonnen. Geplanter Baubeginn: 29.10.2018	Offen
PV Anlage Feuerwehrhaus	Bauamt	Angebotseinholung wird wiederholt.	Offen
B- Planänderung Sommeracker Weg	GL	Verlängerung der Auslegungsfrist bis Mitte Oktober; heute Behandlung der Eingabe auf	Offen

		Einstellung des Bauleitplanverfahrens	
Seniorenwohnheim Wendelberg	GL/GR	Bauvoranfrage zur Prüfung im LRA – Keine Verbescheidung durch das LRA – ausstehende Behandlung der Frage, ob die Bauleitplanung vorangetrieben werden soll oder ob Standortalternativen aufgegriffen werden sollen	Offen
Friedhofgestaltung	Bauhof/Sta	Präsentation in letzter BAS – Satzungsbeschluss Herbst 2018 geplant	Offen
Homepage	Hauptamt	Derzeit Erarbeitung der neuen Seite – Start voraussichtlich Jahresbeginn 2019	Offen

GR Jürgen Großmann bemerkt, dass eine gemeinsame Sitzung der Gemeinden der „WeSPE“ bezüglich des Ausbaus des Glasfasernetzes stattfand. Gibt es hierzu bereits weitere Informationen.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass hier noch nicht alles geklärt wurde. Fest steht jedoch, dass die Telekom sich nicht am Ausbau des Glasfasernetzes beteiligen wird. Von der Telekom gibt es das Angebot, dass eine Erhöhung der Stärke auf 250 Mbit möglich ist. Hierzu ist eine 40 %ige Deckung notwendig, diese jedoch zurzeit erst bei 11% liegt.

Es werden sicherlich noch weitere Beratungen folgen.

Die nächste gemeinsame Sitzung der „WeSPE-Gemeinden findet am 22.11.2018 statt. Sicherlich wird dieses Thema dort auch nochmals diskutiert.

GR Jürgen Großmann möchte noch wissen, ob die bestellten Rattenfallen zur Rattenbekämpfung eingebaut wurden.

Dies bestätigt **Bgm. Andreas Zenglein**.

7. Eingabe der Interessensgemeinschaft Sommerackerweg

Die Leitung dieses Tagesordnungspunktes übernimmt **2. Bgm. Horst Hock**.

Sachverhalt:

Eine schriftliche Eingabe der Interessensgemeinschaft Sommerackerweg „Nachbarschaft des Anwesens des TV Haibach in der Jahnstraße 71/2 Haibach“ vom 08.08.2018, welches an den Gemeinderat der Gemeinde Haibach gerichtet wurde, ging – über die Fraktionen – am 13.08.2018 bei der Gemeinde Haibach ein.

Grundsätzlich sind Anträge, die in einer Sitzung behandelt werden sollen gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung schriftlich zu stellen, ausreichend zu begründen und beim ersten Bürgermeister einzureichen.

In diesem speziellen Fall wurde die Eingabe jedoch mit Art. 56 Abs. 3 der Gemeindeordnung als Petition an den Gemeinderat eingereicht, so dass diese Eingabe auch dem Gemeinderat vorzulegen und von ihm zu verbescheiden ist. (Kommentar Hölzl/Hien/Huber; Erl. 4 zu 56 (3)).

In der Petition wird darum gebeten, den Entwurf des geänderten Bebauungsplans auf sein ordnungsgemäßes Zustandekommen zu prüfen und bei Zweifel an dem Gemeinderatsbeschluss wird

beantragt, die öffentliche Auslegung zu stoppen, die Bebauungsplanänderung nochmals zu beraten und erneut abzustimmen.

GR Jürgen Großmann reklamiert, dass die Beschlussvorlage, die zu diesem Tagesordnungspunkt am Montag in den Fraktionen beraten wurde, heute um 18:00 Uhr im Ratsinformationssystem nochmals geändert wurde. Nachdem die Sitzung bereits um 19:00 Uhr begonnen hat, konnte man sich hierzu nicht mehr informieren.

2. Bgm. Horst Hock erklärt hierzu, dass er diesen Tagesordnungspunkt heute leiten wird, da er weder Mitglied des TV Haibach ist, weder Verwandte in dem Bereich des Sommerackerwegs hat und auch keinerlei Verbindung zum Käufer hat. Er ist der Meinung, dass es besser ist, miteinander zu reden, als übereinander.

GR Jürgen Großmann weist nochmals auf die Änderung der Beschlussvorlage hin.

GR Dietmar Kempf-Blatt erklärt, dass die SPD-Fraktion ebenfalls nur über die vorherigen Informationen diskutiert hat.

2. Bgm. Horst Hock informiert, dass er heute Nachmittag im Rathaus war, zu dieser Zeit ging das Schreiben des Landratsamtes bei Frau Züchner ein. Er hat dann gemeinsam mit Frau Züchner die Antwort des Landratsamt in die Stellungnahme der Verwaltung eingearbeitet. Es ist richtig, dass eine redaktionelle Änderung vorgenommen wurde, der Sachverhalt zum Thema hat sich jedoch nicht geändert. Es wurden lediglich die Aussagen der Rechtsaufsichtsbehörde mit aufgenommen.

GR Peter Amrhein bemängelt, dass seit 2 Wochen bereits der Termin für die heutige Sitzung bekannt ist. Nun muss das Schreiben des Landratsamtes „Spitz auf Knopf“ eingearbeitet werden. Dies kann er so nicht nachvollziehen.

Er gibt jedoch auch zu bedenken, dass die Anlieger des Areals Sommerackerweg auch gekommen sind, um hier die Thematik beraten zu haben.

GR Dietmar Kempf-Blatt beantragt eine Sitzungsunterbrechung:

Beschluss:

Die Sitzung wird zur kurzen Beratung der Fraktionen unterbrochen

Abstimmungsergebnis: ja: 19 nein: 1

Bgm. Andreas Zenglein stimmt nicht mit ab.
Unterbrechung 15 Min.

GR Dietmar Kempf-Blatt stellt anschließend den

Antrag zur Geschäftsordnung

Der Tagesordnungspunkt 7 wird von der heutigen Sitzung gestrichen. Die Beratung erfolgt in der nächsten Sitzung des Gemeinderates.

Abstimmungsergebnis: ja: 13 nein: 8

8. Neubau Radweg Haibach-Dörmorsbach 1.BA - Förderantrag

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 22.05.2018 wurde von der Regierung von Unterfranken die Zulassung zur Ausschreibung zum Neubau des Geh- und Radweges Haibach-Dörmorsbach 1.BA erteilt.

Das Vergabeverfahren wurde begonnen, die Ausschreibungsergebnisse liegen vor, als Baubeginn ist der 08. Oktober 2018 vorgesehen. Die Zulassung zur Vergabe wurde am 11.09.2018 erteilt.

Gemäß Kostenberechnung zum Förderantrag (2. Antragslauf) ergibt sich folgender Finanzplan:

	Kosten – brutto:
Gesamtkosten incl. Vermessung und GE	670.911,33 €
abzgl. nicht zuwendungsfähige Kosten	63.878,93 €
Förderfähige Kosten:	607.032,40 €

Bgm. Andreas Zenglein informiert, dass der Bau von Radwegen sehr gut gefördert wird. Voraussichtlich werden 50 % der förderfähigen Kosten von der Regierung übernommen. Der Landkreis hat ebenfalls eine Summe von 200.000

EUR zur Förderung bereitgestellt. Die Gemeinde erhält hieraus ca. 65 % Förderung auf die Restsumme.

Beschluss

Der Neubau des Radweges Haibach - Dörmorsbach 1.BA wird durchgeführt. Die finanziellen Mittel werden in den Haushalten 2018ff bereitgestellt.

Der 2. Antragslauf auf Zuwendung nach Art. 2 BayGVF wird eingereicht und die vorzeitige Baufreigabe beantragt. Die Gemeinde Haibach ist bereit und in der Lage, erwartete Zuwendungen vorzufinanzieren.

Der Gemeinde Haibach ist bekannt, dass mit der Zustimmung zum vorzeitigen Baubeginn keine Zusage einer künftigen Förderung verbunden ist, d.h. ob, wann und in welcher Höhe Zuwendungen bereit gestellt werden.

Die Kosten einer Zwischenfinanzierung sind nicht förderfähig.

Abstimmungsergebnis: ja: 21 nein: 0

9. Ausbau der Gemeindeverbindungsstraße Haibach-Dörmorsbach 2.BA - Zuwendungsantrag

Sachverhalt:

Für den Ausbau der Gemeindeverbindungsstraße Haibach – Dörmorsbach 2.BA werden vom Freistaat Bayern Zuwendungen gem. §13c FAG gewährt. Hierzu ist es erforderlich einen Zuwendungsantrag zu stellen und die vorzeitige Baufreigabe zu beantragen.

Nach der Kostenberechnung des Ingenieurbüros betragen die Baukosten 3.652.000,00 €.

Daraus ergibt sich folgender Finanzierungsplan:

	Kosten – brutto:
Gesamtkosten incl. Vermessung und GE	3.652.000,00 €
abzgl. nicht zuwendungsfähige Kosten	489.040,00€
Förderfähige Kosten:	3.162.960,00€
Voraussichtliche Zuwendungen Freistaat Bayern	1.600.000,00 €

Hinweis: Die nicht zuwendungsfähigen Kosten beinhalten im Wesentlichen die Erneuerung der Kanalisation und der Wasserleitung im Bereich der Findbergstraße.

Beschluss

Dem Ausbau der Gemeindeverbindungsstraße Haibach-Dörmorsbach 2.BA wird zugestimmt. Die finanziellen Mittel werden in den Haushalten 2019ff bereitgestellt.

Der Antrag auf Zuwendung nach §13c FAG wird eingereicht und die vorzeitige Baufreigabe beantragt. Die Gemeinde Haibach ist bereit und in der Lage, erwartete Zuwendungen vorzufinanzieren.

Der Gemeinde Haibach ist bekannt, dass mit der Zustimmung zum vorzeitigen Baubeginn keine Zusage einer künftigen Förderung verbunden ist, d.h. ob, wann und in welcher Höhe Zuwendungen bereit gestellt werden.

Die Kosten einer Zwischenfinanzierung sind nicht förderfähig.

Abstimmungsergebnis: ja: 21 nein: 0

10. Allgemeines

10.1. Allgemeine Informationen durch Bgm. Andreas Zenglein:

Kerbveranstaltungen am kommenden Wochenende in Dörmorsbach und Haibach

10.2. Spielplatz Grünmorsbach Schule

GR Beate Konrad fragt, ob der Spielplatz an der Schule Grünmorsbach neu gestaltet wurde.

Hierzu antwortet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass hier eine Überarbeitung erfolgte, da z. B. Zaunteile defekt waren. Dieser Platz wird in der Pause von den Grundschulern genutzt und wurde dementsprechend wieder auf den aktuellen Stand gebracht.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am _____ genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Silvia Reiling
Verw.ang.

SITZUNG des GEMEINDERATES

Sitzungstag: Mittwoch, 10. Oktober 2018

Sitzungsdauer: 20:00 Uhr bis 22:35 Uhr

**Haibach,
Konferenzraum in der Kultur- und Sporthalle**

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
--------------------	----------	--

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Horst Hock	2. Bürgermeister	
Peter Amrhein	Gemeinderat	
Josef Farrenkopf	Gemeinderat	
Andreas Först	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Jürgen Großmann	Gemeinderat	
Andreas Hein	Gemeinderat	
Richard Hein	Gemeinderat	
Dietmar Kempf-Blatt	Gemeinderat	
Beate Konrad	Gemeinderätin	
Torsten Redeker	Gemeinderat	
Claus Rückert	Gemeinderat	
Eva Rückert	Gemeinderätin	
Tobias Rückert	Gemeinderat	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	
Andrea Stürmer	Gemeinderätin	

Abwesend:

Michael Albert	Gemeinderat	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Anja Goymann	Gemeinderätin	

Schriftführer		
Silvia Reiling		

Verwaltung		
Michael Müller		
Andreas Roth		
Anja Züchner		

Tagesordnung

Gemeinderat

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung
3.	Eingabe der Interessensgemeinschaft Sommerackerweg
4.	Antrag auf Änderung des Bebauungsplan Grünmorsbach Nord
5.	BV Bauantrag Einrichtung eines Waldkindergartens mit Hütte und Bauwagen
6.	Energieeffizienznetzwerk - Prüfung des Nahwärmeverbundes an der Schule - Beratung und Beschlussfassung
7.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:**1. Eröffnung und Begrüßung**

Bgm. Andreas Zenglein, erklärt, dass sich der Beginn um etwa 5 Minuten verzögern wird, da die Fraktionen vorher noch eine kurze Besprechung haben. Er bittet hierzu um Verständnis

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung um 20:08 Uhr und stellt fest, dass von den 20 geladenen Gemeinderäten 17 erschienen sind, der Gemeinderat beschlussfähig ist und zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

Zur Tagesordnung erklärt er, dass heute der Bauantrag des Waldkindergartens Haibach zur Erteilung der Betriebserlaubnis einging. In der kommenden Woche entfällt die Sitzung des Bau-

Grundstücks- u. Umweltausschusses, jedoch für den Betrieb des Waldkindergartens ist das gemeindliche Einvernehmen erforderlich.

Beschluss:

Der Bauantrag zur Einrichtung eines Waldkindergartens wird als Tagesordnungspunkt 5 in die heutige Sitzung mit aufgenommen. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte ver-schieben sich entsprechend.

Abstimmung: ja: 16 nein: 2

Somit wird dieser Antrag in der heutigen Sitzung behandelt.

2. Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung**Sachverhalt:****Neubau des Radweges Haibach – Dörmorsbach 1.BA**

Die Fa. **Strabag, Schwarzach** erhält den Auftrag für die Straßenbauarbeiten zum Neubau des Radweges Haibach-Dörmorsbach 1.BA.

Mit den Arbeiten wurden am Montag begonnen.

3. Eingabe der Interessensgemeinschaft Sommerackerweg

Die Leitung der Sitzung übernimmt 2. Bgm. Horst Hock.

2. Bgm. Horst Hock führt zum Ablauf des Tagesordnungspunktes aus, dass in der letzten Sitzung des Gemeinderates am 19.09.2018, gemäß Antrag zur Geschäftsordnung, dieser Tagesordnungspunkt nicht behandelt wurde.

Die Interessensgemeinschaft Sommerackerweg hat über ihren Rechtsanwalt die Ausführungen der Kommunalaufsicht zum Punkt der persönlichen Beteiligung von Bürgermeister Andreas Zenglein über die Regierung von Unterfranken nochmals prüfen lassen.

Das Antwortschreiben der Regierung, welches an den Rechtsanwalt der Interessen-gemeinschaft ergeht, wurde als Abschrift an Bürgermeister Andreas Zenglein geschickt. Das Schreiben ist heute Nachmittag im Rathaus eingegangen.

Die Fraktionssprecher wurden über den Inhalt dieses Schreibens vor dieser Sitzung in Kenntnis gesetzt. Eine Veröffentlichung ist nicht möglich, da

dies nur über die Interessen-gemeinschaft bzw. deren Anwalt erfolgen kann.

Sachverhalt:

Eine schriftliche Eingabe der Interessens-gemeinschaft Sommerackerweg „Nachbarschaft des Anwesens des TV Haibach in der Jahnstraße 71/2 Haibach“ vom 08.08.2018, welches an den Gemeinderat der Gemeinde Haibach gerichtet wurde, ging – über die Fraktionen – am 13.08.2018 bei der Gemeinde Haibach ein.

Grundsätzlich sind Anträge, die in einer Sitzung behandelt werden sollen gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung schriftlich zu stellen, ausreichend zu begründen und beim ersten Bürgermeister einzureichen.

In diesem speziellen Fall wurde die Eingabe jedoch mit Art. 56 Abs. 3 der Gemeindeordnung als Petition an den Gemeinderat eingereicht, so dass diese Eingabe auch dem Gemeinderat vorzulegen und von ihm zu verbescheiden ist. (Kommentar Hölzl/Hien/Huber; Erl. 4 zu 56 (3)).

In der Petition wird darum gebeten, den Entwurf des geänderten Bebauungsplans auf sein ordnungsgemäßes Zustandekommen zu prüfen und bei Zweifel an dem Gemeinderatsbeschluss wird beantragt, die öffentliche Auslegung zu stoppen, die Bebauungsplanänderung nochmals zu beraten und erneut abzustimmen.

In der Eingabe wird geäußert, dass lt. Auskunft des Grundbuchamtes vom 20.07.2018 der TV Haibach der im Grundbuch eingetragene Eigentümer sei. Da dieser von Bürgermeister Zenglein vertreten werde, wird bezweifelt, ob Beratung und Abstimmung im Sinne der Vorschriften des Kommunalrechtes durchgeführt wurden. Es handele sich um einen Fall von persönlicher Beteiligung i.S. des Art. 49 GO. Diese habe vor Beginn der Beratung mitgeteilt werden müssen.

Statt dies zu tun habe Bürgermeister Zenglein dem Gremium mehrfach mitgeteilt, dass nicht mehr von dem TV Gelände gesprochen werden könne. Er habe den Entwurf massiv befürwortet und hierdurch die Abstimmung erheblich beeinflusst. Zwar mag seine Stimme nicht für das Ergebnis maßgeblich gewesen sein, sehr wohl aber seine umfassenden und ausführlichen Beiträge während der Beratung.

Fakt ist jedoch, dass der Notarvertrag zwischen dem TV Haibach und dem Investor lange vor dem GR- Beschluss geschlossen wurde. Eine Auflassungsvormerkung ist in dem Notarvertrag Ziffer 8 in diesem Vertrag vorhanden, so dass alle Rechte und Pflichten das Grundstück betreffend, bereits auf den Käufer übergegangen sind.

Nach einer Rückfrage bei der Kommunalaufsicht hat diese die Auffassung der Verwaltung bestätigt, dass eine persönliche Beteiligung nicht vorlag oder vorliegt. Das Schreiben des Landratsamtes ist mit Datum 19.09.2018 per Mail bei der Verwaltung eingegangen.

2. Bgm. Horst Hock fragt, ob Interesse besteht, dass dieser Brief nunmehr vorgelesen wird.

Hierzu gibt es keine Wortmeldung.

GR Toni Stahl bemerkt, dass dieses Thema nun lange genug seine Kreise gezogen hat. Es gab überall kontroverse Diskussionen hierzu. Für ihn ist jedoch das Amt des Bürgermeisters und gleichzeitig Vorstand des Turnvereins moralisch bedenklich. Die Kommunalaufsicht sieht hier keine persönliche Beteiligung. Dies wird nicht von allen Fraktionsmitgliedern der CSU-Fraktion so gesehen.

GR Dietmar Kempf-Blatt erklärt, dass auch die SPD-Fraktion sehr lange über diesen Punkt diskutiert hat. Hier wird man jedoch der Auffassung der Aufsichtsbehörde beipflichten.

Es bestehen aber auch in der SPD-Fraktion Bedenken über die formaljuristische Vorgangsweise. Dies hat zu großer Unruhe geführt. Auch wenn sich Bürgermeister Andreas Zenglein nun zurückzieht und die Moderation dieses Tagesordnungspunktes durch den 2. Bürgermeister Horst Hock erfolgt. Er persönlich hätte es besser gefunden, wenn Bürgermeister Andreas Zenglein schon vorher mehr Zurückhaltung geübt hätte.

GR Jürgen Goldhammer stellt fest, dass aufgrund der vorliegenden Schreiben, der Sitzungen und Gespräche die zu diesem Thema bereits stattfanden, er geplant hatte, einen Antrag auf Absetzung in der heutigen Sitzung zu stellen. Nun liegt jedoch ein Schreiben der Regierung vor, in diesem bestätigt wird, dass keine persönliche Beteiligung besteht. Er möchte jedoch, dass sich Bgm. Andreas Zenglein bei dieser Angelegenheit von sich aus nicht mehr beteiligt.

2. Bgm. Horst Hock geht nochmals auf das Schreiben an den Rechtsanwalt der Interessensgemeinschaft ein. Hier ging es hauptsächlich um die vertraglichen Angelegenheiten. Hierzu verliest er folgenden Passus:

Er erklärt weiterhin, dass dem Landratsamt Aschaffenburg der Kaufvertrag vollinhaltlich zur Kenntnis- und Einsichtnahme vorgelegt wurde.

Hierzu wurde bemerkt, dass dieser Kauf weder von einer Art der Bebauung abhängig ist und auch kein Rücktritt vom Kauf im Vertrag vermerkt ist.

GR Andreas Hein informiert, dass Bgm. Andreas Zenglein verpflichtet ist, an den Abstimmungen teilzunehmen, da für ihn keine persönliche Beteiligung besteht. Er kann eventuell auf die Ausübung seines Rederechtes verzichten. Dies ist in der Gemeindeordnung festgelegt.

GR Jürgen Großmann möchte wissen, wann das Landratsamt den Kaufvertrag geprüft hat. Erfolgte dies vor oder nach der Sitzung vom 19.09.2018? Wenn dies erst nach dem 19.09. erfolgte, dann stimmt das erste Schreiben des Landratsamtes in seiner Form ohnehin nicht.

Es geht ihm hier nicht um die Mitglieder des Gemeinderates, sondern ihm geht es um Transparenz und Vertrauen. Er sieht es problematisch an wenn ein Netzwerk zwischen politisch tätigen Personen, politischen Verbänden und Vereinen entsteht. Der Gemeinderat ist für die ihn die Basis, die Entscheidungen trifft. Nach seiner Auffassung werden derlei Verwicklungen und Abhängigkeiten in Haibach gelebt. Er hat sich mehrfach Gedanken gemacht, wie dies gehandhabt wird.

Bei dem Beschluss sollte man abwägen, was liegt an Schreiben vor, was wurde über diese Thematik gesprochen. Welche Beeinflussungen, welches Vertrauen und welche Glaubwürdigkeit stecken dahinter. Aus diesem Verfahren hat er für sich bereits persönliche Konsequenzen gezogen und seine Ehrenämter in Vereinen abgegeben.

2. Bgm. Horst Hock antwortet hierzu dass, wer Andreas Zenglein kennt, auch weiß, dass er sich auch andere Themen so emotional behandelt. Das Vertrauen in ihn wurde durch die Rechtsaufsicht und auch die Regierung bestätigt. Nach seiner Auffassung hat die Person Andreas Zenglein Schaden genommen, so wie man miteinander umgeht.

Die Bauleitplanung für das Gebiet „Sommerackerweg“ ist wichtig und muss digitalisiert und durchgeführt werden. Er schlägt daher vor, dass sich die Anwohner des Areals gerne zu einem Gespräch im Rathaus, auch bei ihm persönlich, melden sollten. Für ihn ist es allemal besser, miteinander zu reden, als übereinander.

Beschlussvorschlag:

1) **Persönliche Beteiligung des 1. Bürgermeisters:**

Bei der bisherigen und künftigen Beschlussfassung gilt Bürgermeister Andreas Zenglein als persönlich beteiligt gemäß Art. 49 GO.

Beschluss:

Beschluss zur Persönlichen Beteiligung des 1. Bürgermeisters:

Bei der bisherigen und künftigen Beschlussfassung gilt Bürgermeister Andreas Zenglein als persönlich beteiligt gemäß Art. 49 GO.

Abstimmung: ja: **3** nein: **14**
Antrag abgelehnt

Bgm. Andreas Zenglein nimmt an der Abstimmung gem. Art. 49 GO aus Gründen eines Interessenkonfliktes nicht teil.

In der Petition wird darum gebeten, den Entwurf des geänderten Bebauungsplans auf sein ordnungsgemäßes Zustandekommen zu prüfen und bei Zweifel an dem Gemeinderatsbeschluss wird beantragt, die öffentliche Auslegung zu stoppen, die Bebauungsplanänderung nochmals zu beraten und erneut abzustimmen.

Begründet wird dies damit, dass mit Halb-, Unwahrheiten und Unterstellungen gearbeitet worden sei und so das Abstimmungsverhalten der Gemeinderäte in fragwürdiger Weise erheblich beeinflusst worden sei. Deshalb sei die Möglichkeit zu eröffnen, dass nach Abklärung der nachfolgenden Bedenken eine erneute Beratung des Gemeinderates mit Abstimmung erfolgen kann. Diese Möglichkeit sei durch § 28 Abs. 7 der Geschäftsordnung gegeben.

Tatsächlich eröffnet § 28 Abs. 7 diese Möglichkeit, allerdings nur, wenn neue Tatsachen oder neue gewichtige Gesichtspunkte vorliegen.

In der Sitzung (Anm.d.Verw.: GR Sitzung vom 18.07.2018) sei vom Architekt Franz vorgetragen worden, dass „ein Großteil der Nachbarschaft“ aufgesucht und befragt worden sei. Zudem sei es so dargestellt worden, dass die Nachbarn einverstanden seien. Dies sei so nicht richtig.

Herrn Franz wurde die Eingabe der Nachbarn von der Verwaltung zur Kenntnis gegeben, woraufhin sich dieser schriftlich geäußert hat, dass er klar stellen möchte, dass er in der Gemeinderatssitzung nicht behauptet habe, dass keiner der 3 Nachbarn Einwände hätte. Auch aus dem gemeindlichen Protokoll ist diese Aussage des Architekten Franz nicht zu entnehmen.

Aus rechtlicher Sicht ist es zunächst jedoch völlig unerheblich, wie viele der Nachbarn zu dem Entwurf befragt wurden oder ob überhaupt Nachbarn im Vorfeld beteiligt wurden. In der Sitzung vom 18.07.2018 wurde die **öffentliche Auslegung** des Bebauungsplanentwurfs beschlossen. In einem Bauleitplanverfahren ist die öffentliche Auslegung der Prozess der Beteiligung. Vor der öffentlichen Auslegung Nachbarn zu befragen ist bürgerfreundlich, jedoch keinesfalls ein Kriterium eines Verfahrensfehlers. Im Rahmen der öffentlichen Auslegung wird allen Bürgern die Gelegenheit gegeben, zum laufenden Verfahren Stellung zu nehmen und ihre Bedenken zu äußern.

Insofern erfüllt dieser erste, von der Nachbarschaft angemahnte Tatbestand keinesfalls das Kriterium einer neuen Tatsache oder eines neuen gewichtigen Gesichtspunktes, der die Neubehandlung des Tagesordnungspunktes rechtfertigen würde.

Der nächste Punkt, der aufgegriffen wird, sei die unwahre Behauptung, dass die Müllabfuhr die Stichstraße Sommerackerweg bedienen würde. Die ungesicherte Müllentsorgung hätte sicherlich zu Diskussionen und Bedenken des Gemeinderates geführt.

Auch zu diesem Punkt sei darauf hingewiesen, dass mit Beschluss vom 18.07.2018 die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (TöB) beschlossen wurden. Sprich im Rahmen der Auslegung und der Anhörung der TöB geben die relevanten Stellen, wie z.B. Stromversorger, Entsorgungsbetriebe, Fachstellen des LRA usw. ihre Stellungnahmen ab. Sollte ein Hinderungsgrund für die Planung von mangelnder Entsorgungsmöglichkeit ausgehen, so wäre hierüber im nächsten Verfahrensschritt der Bauleitplanung zu entscheiden. Tatsächlich ist jedoch die Anfahrbarkeit durch die Müllabfuhr kein Erschließungskriterium eines Baugrundstückes. In vielen Gemeinden in ganz Deutschland und auch in Haibach gibt es Beispiele für Wohngebäude, die die Müllabfuhr nicht direkt anfahren kann (Wiesenstraße unterer Teil, Hirtenweg, Hasenbergstraße, Am Wingert, Westendstraße, Birkenstraße....).

Der nächste unzutreffend dargestellte Punkt beziehe sich auf die Festlegung als besonderes Wohngebiet. Diese Festsetzung sei gewählt worden, damit der Investor eine bessere Möglichkeit der Bebauung habe und ggfs. auch Gewerbe ansiedeln könne.

Hierdurch steige natürlich auch der Wert des Grundstücks.

Hierzu kann gesagt werden, dass es für jedes Baugebiet und insbesondere für bereits überwiegend bebaute Gebiete klare Abgrenzungen der Gebietsarten in der Baunutzungsverordnung (BauNVO) gibt. Das „besondere Wohngebiet“ wurde aus exakt den Gründen gewählt, die Städteplanerin Frau Richter im Gremium erläutert hat. Alle weiteren Anmerkungen haben rein unterstellenden Charakter.

Ein besonderes Wohngebiet gem. § 4 a BauNVO zeichnet aus, dass es sich um ein überwiegend bebautes Gebiet handelt, das von Wohnnutzung geprägt ist, jedoch auch Läden, Geschäfts- und Bürogebiete zulassen kann.

Ein allgemeines Wohngebiet gem. § 4 BauNVO hat grundsätzlich einen höheren Schutzcharakter, als ein besonderes Wohngebiet. Wie jedoch bereits durch Frau Richter erläutert, profitieren von der Festsetzung des besonderen Wohngebietes insbesondere die vorhandenen Gewerbebetriebe. Ein Beherbergungsgewerbe kann in einem allgemeinem Wohngebiet nur ausnahmsweise zugelassen werden.

Der Schutzcharakter der verschiedenen Gebietsarten wird beispielsweise auch in der unterschiedlichen Zulässigkeit von Immissionen deutlich. In einem allgemeinen Wohngebiet sind tagsüber

Werte von 55 dB und nachts 40 bis 45 dB zulässig. In einem besonderen Wohngebiet hingegen tagsüber 60 dB und nachts 40 bis 45 dB.

Ob ein Investor durch den Bau von Geschäftsräumen höhere Einkünfte erzielen würde, als durch den Verkauf von Wohneigentum – die möglichen Einnahmen eines Investors sind jedoch völlig unabhängig von der Bauleitplanung zu sehen – ist reine Spekulation.

Es handelt sich hier nicht um einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan, der im Auftrag eines Investors durchgeführt wird, sondern um die inzwischen 4. Änderung eines Bebauungsplans, nämlich der Zusammenführung der Pläne Sommerackerweg I und II und der seit langem überfälligen Digitalisierung dieser Pläne. Zudem werden auch weitere Änderungen zur Modernisierung des Plangebietes (größer gefasste Baugrenzen...) vorgenommen. Die Digitalisierung und Änderung dieses Bebauungsplans wird bereits seit vielen Jahren (noch lange vor Verkauf des Geländes) im GR beraten. Zuletzt wurde in der Sitzung vom 21.09.2016 vom GR beschlossen, dass die Entscheidung über Änderung und Digitalisierung des Bebauungsplans zurückgestellt wird, bis Informationen über die Verwendung des Geländes vorliegen.

Die Eingabe schließt mit der Auffassung, dass bei „wahrheitsgemäßer Darlegung aller Fakten und einer unvoreingenommenen Beratung ein anderes Abstimmungsergebnis zu erwarten gewesen wäre“.

Diese Formulierung weist verschiedene Unterstellungen auf, von Verwaltungsseite wird hier auf das Schreiben der Freien Wähler an die Anlieger verwiesen. Welches den beteiligten Parteien sicherlich bekannt ist, hier aber auch gerne vorgelesen werden kann.

Aus diesen Gründen wird von den Anliegern beantragt, die strittigen Punkte abzuklären und den Tagesordnungspunkt nochmals in eine der nächsten Sitzungen aufzunehmen, zu beraten und neu abzustimmen.

Dass der Bebauungsplan Sommerackerweg und Sommerackerweg II überarbeitet werden soll, wurde bereits 2016 mehrfach beraten (29.06.2016 und 17.02.2016).

Von Verwaltungsseite aus besteht keinerlei Notwendigkeit, die Abstimmung vom 18.07.2018 zu wiederholen, da es sich um ein laufendes Bebauungsplanverfahren handelt. Der nächste Verfahrensschritt sieht ohnehin die Behandlung aller Eingaben aus der Öffentlichkeit sowie die Anmerkungen der Träger öffentlicher Belange vor.

Von Verwaltungsseite her besteht auch die Bereitschaft, die Eingaben der Interessensgemeinschaft gemeinsam mit der Ortsplanerin und Fraktionsvertretern zu erörtern. Die Auslegungsfrist läuft noch bis Mitte Oktober, in diesem Zeitraum können weitere Anregungen und Einwände eingereicht werden, die im nächsten Verfahrensschritt behandelt werden.

Um der Eingabe formell Genüge zu tun, ergeht folgender Beschlussvorschlag:

Nach Vortrag des gesamten Sachverhaltes erklärt **2. Bgm. Horst Hock** nochmals sein Gesprächsangebot an die Anwohner des Areals, um eine sachliche Diskussion zu diesem Thema zu führen.

GR Jürgen Großmann möchte wissen, was passiert, wenn der Beschluss anders als vorgesehen ausfällt.

GIB Anja Züchner erklärt hierzu, dass der Termin zur Abgabe von Einwänden, 15.10.2018, bestehen bleibt, da ein Aufstellungsbeschluss besteht. Das Verfahren läuft weiter.

Sollte der Gemeinderat entscheiden, dass der Aufstellungsbeschluss nochmals gefasst wird, dann müsste die Ortsplanerin, Frau Richter, den Bebauungsplanentwurf nochmals im Gemeinderat vorstellen.

Wenn das Verfahren nun jedoch weitergeführt wird, dann werden die im Gemeinderat beschlossenen Änderungen eingearbeitet und es erfolgt eine erneute Auslegung.

GR Jürgen Großmann sieht hierbei eine Chance, das Verfahren zu stoppen. Der gesamte Prozess sollte in aller Ruhe geklärt und gemeinsam eine Lösung herbei geführt werden.

2. Bgm. Horst Hock weist darauf hin, dass bei dem jetzigen laufenden Verfahren die bisher vorgebrachten und vorliegenden Einwände und Bedenken entsprechende gewürdigt werden.

GR Jürgen Großmann ist der Meinung, dass diese bei einer erneuten Vorstellung der Bebauungsplanänderung immer noch mit gewürdigt werden können.

GIB Anja Züchner erklärt, dass dem nicht so ist. Wenn ein erneuter Aufstellungsbeschluss gefasst wird, sind alle hier vorliegenden Einwände rechtlich nicht mehr verwertbar.

GR Jürgen Großmann appelliert hier an den guten Willen der Verwaltung.

2. Bgm. Horst Hock formuliert den Beschlussvorschlag und erklärt nochmals, dass es nur die beiden Varianten gibt – Weiterverlauf oder komplett neues Verfahren.

Im Anschluss an die Abstimmung nimmt Bgm. Andreas Zenglein Stellung:

Er bedankt sich für das Vertrauen, dass er heute erhalten hat.

Zum Thema Transparenz, das von GR Jürgen Großmann hier heute Abend angesprochen hat, teilt er mit, dass er hierzu die Konsequenzen ziehen wird. In seiner moralischen Verantwortung sieht er zum heutigen Zeitpunkt einen Interessenskonflikt in dieser Thematik, jedoch nach wie vor keine persönliche Beteiligung. Er wird künftig bei allen Beratungen zum Bebauungsplan Sommerackerweg nicht mehr teilnehmen. Bei Abstimmungen hat er nach § 49 GO das Recht, aus Gründen eines Interessenkonfliktes, sich nicht zu beteiligen. Dies wird er so tun.

Die vergangen Wochen waren sehr unschön, dies auch für die Mitglieder des TV Haibach und des SV Alemannia Haibach, deren Vorstand er seit 32 Jahren, bzw. 9 Jahren nunmehr ist. Ebenso hat er gegenüber der Verwaltung, hinter deren Arbeit er zu jeder Zeit steht, der Rechtsaufsicht des Landratsamtes und der Rechtsaufsicht der Regierung eine moralische Verpflichtung. Zum Schluss wurde jedoch auch für ihn in Bezug auf seine Person und seine Frau eine rote Linie überschritten.

Es bleibt festzustellen, dass im Verfahren um die Änderung des Bebauungsplanes sauber gearbeitet wurde.

Er hat sich bereits für die Sitzung am 18. Juli bei der Kommunalaufsicht des Landratsamtes über seinen Status zu dieser Thematik rückversichert. Bereits hier wurde ihm ausdrücklich bestätigt, dass keine persönliche Beteiligung gegeben ist.

Er war sich jedoch nicht bewusst, welche Lawine dieses Verfahren losgetreten wird. Er hat im guten Gewissen gehandelt und dies wurde ihm durch die Kommunalaufsicht, den Bayerischen Gemeindetag und die Rechtsaufsicht der Regierung bestätigt.

Er wird zeitnah aus den Vorstandschaften der beiden Vereine zurücktreten.

Beschluss**1) Wiederholung des Beschlusses vom 18.07.2018:**

Der Bebauungsplanvorentwurf der 4. Änderung des Bebauungsplans „Sommerackerweg“ in der Fassung vom 11.07.2018, mit den vorgebrachten Änderungen, wird gebilligt. Das Verfahren nach § 13a BauGB wird durchgeführt.

Dieser Beschluss soll ortsüblich bekanntgemacht werden und die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und die Beteiligung der Träger der öffentlichen Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sollen erfolgen.

Abstimmungsergebnis: ja: 12 nein: 5

Abstimmungsbemerkung: Bgm. Andreas Zenglein nimmt an der Abstimmung gem. Art. 49 GO aus Gründen eines Interessenkonfliktes nicht teil.

4. Antrag auf Änderung des Bebauungsplan Grünmorsbach Nord

Bgm. Andreas Zenglein übernimmt wieder die Leitung der GR-Sitzung.

Nebenanlagen außerhalb der Baugrenzen festgesetzt ist, statt der beantragten Wohnraumnutzung.

Sachverhalt:

Mit Antrag vom 16.07.2018 wird von Herrn Albert Staab der Antrag auf Änderung des Bebauungsplans Grünmorsbach Nord im vereinfachten Verfahren gestellt.

Im Falle der Änderung des Bebauungsplanes müsste es sich um eine vorhabensbezogene Bauleitplanung handeln, die nur dieses Grundstück betrifft. Die Kosten wären zwar vom Antragssteller zu tragen, das Verfahren bindet jedoch dennoch Verwaltungskapazitäten.

Ziel ist es, das Bauvorhaben „Einbau einer Wohnung im UG einer vorh. Unterstellhalle für Fahrzeuge“ in der Würzburger Straße 267 zu verwirklichen.

Die **GRe Toni Stahl, Dietmar Kempf-Blatt und Jürgen Goldhammer** sind der Meinung, dass es keinen Sinn macht, die Änderung des B-Planes durchzuführen. Sie schließen sich dem Vorschlag der Verwaltung, dass eine Befreiung erteilt wird, an.

Die Mitglieder des Bau-, Grundstücksausschusses trafen sich in der Bauausschusssitzung vom 25. Juli zu einem Ortstermin in Grünmorsbach, hier erfolgte jedoch keine Beschluss-fassung.

Beschluss

Im Vorfeld wurde bereits im April diesen Jahres ein Bauantrag eingereicht, wobei der Bau-ausschuss in seiner Sitzung das gemeindliche Einvernehmen jedoch nicht erteilt hatte.

Dem Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes im vereinfachten Verfahren wird statt-gegeben. Die Verwaltung wird beauftragt, einen städtebaulichen Vertrag mit dem Antragsteller auszuarbeiten und diesen dem Gremium zur Beschlussfassung vorzulegen.

Seit der Behandlung des Bauantrages im April hat sich nun eine Änderung in der rechtlichen Beurteilung des Vorhabens ergeben, da mittlerweile die Erschließung des Grundstücks über ein eingetragenes Geh- und Fahrrecht nachgewiesen werden konnte.

**Abstimmungsergebnis: ja: 0 nein: 18
abgelehnt**

Aus Sicht der Verwaltung wäre es praktikabler – bei grundsätzlichem Einverständnis mit dem Bauvorhaben – eine Befreiung vom aktuell geltenden Bebauungsplan zu erteilen, als ein komplettes Bauleitplanverfahren einzuleiten. Diese Befreiung nach § 31 Abs. 2 BauGB wäre eine Befreiung von der Art der Nutzung; da im B-Plan: „G“ = Flächen für Garagen, Carports oder

Beschluss

Der Bauantrag mit der entsprechenden Befreiung wird in der nächsten Sitzung des Bau-, Grundstücks- u. Umweltausschusses und beraten und beschlossen.

Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 1

5. BV Bauantrag Einrichtung eines Waldkindergartens mit Hütte und Bauwagen

Bauherr:	Entdecke die Natur e.V.
Bauvorhaben:	Einrichtung eines Waldkindergartens mit Hütte und Bauwagen
Baugrundstück:	Teilfläche des Flurstücks 3431, Gmkg. Haibach

Beurteilung:

Das Bauvorhaben liegt im unbeplanten Außenbereich gemäß § 35 BauGB, im Flächennutzungsplan ist die Fläche als Fläche für die Forstwirtschaft ausgewiesen.

Grundsätzlich ist ein Vorhaben im Außenbereich nur zulässig, wenn öffentliche Belange nicht entgegenstehen, die ausreichende Erschließung gesichert ist und wenn das Bauvorhaben wegen seiner besonderen Anforderungen an die Umgebung, nur im Außenbereich ausgeführt werden soll.

Bei diesem Bauvorhaben wären die Voraussetzungen gegeben, das gemeindliche Einvernehmen zu erteilen.

Befreiungen:

Nicht erforderlich, da es sich nicht um ein überplantes Gebiet handelt. Der Gebietsausweisung im FNP widerspricht die Nutzung als Waldkindergarten nicht.

Erschließung:

Nicht erforderlich. Das Grundstück muss nicht anfahrbar sein, da die Kinder bereits am Parkplatz Waldfriedhof an die Erzieher übergeben werden und das Baugrundstück nur fußläufig erreichbar sein muss.

Ein Wasser- oder Kanalanschluss sind laut Baubeschreibung nicht erforderlich, da täglich Frischwasser bereitgestellt wird und eine Trenntoilette eingesetzt werden soll.

Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass die Entleerung der Trenntoilette an geeigneter Stelle zu erfolgen hat.

Nachbarunterschriften gemäß Art. 71 BayBO:

Lediglich Gemeindeeigene Grundstücke grenzen an das Bauvorhaben an. Die Nachbarunterschrift kann bei Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens erteilt werden.

Beschluss

Das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 Abs. 1 BauGB wird erteilt.

Abstimmungsergebnis: ja: 15 nein: 3

6. Energieeffizienznetzwerk - Prüfung des Nahwärmeverbundes an der Schule - Beratung und Beschlussfassung

GR Toni Stahl bezieht sich auf seine Aussagen aus der letzten Sitzung.

Nach seiner Meinung sollte der Hort aber nicht nur wärmetechnisch an die Schule angebunden werden. Auch elektrotechnisch sieht er in der Anbindung an die Schule große Vorteile. Der durch das BHKW erzeugte Strom kann dann ins Netz der Schule eingespeist, und von Schule und Kinderhort verbraucht werden.

GR Dietmar Kempf-Blatt ist ebenfalls der Meinung, dass die Entscheidung für ein BHKW gut ist. Hierdurch entfallen zwei Wärmepumpen und somit auch die Schallimmissionen hierzu.

GR Jürgen Großmann sieht die Einsparungen von ca. 100.000 EUR durch den Wegfall der

Wärmepumpen beim Neubau Kinderhort und stellt die Mehrkosten für das BHKW in der Schule mit ca. 200.000 EUR gegenüber.

Er fragt die Verwaltung, ob eine schriftliche Stellungnahme vorliegt, die bestätigt dass die Ausführung des Nahwärmenetzes in Bezug auf eine Neubauanbindung des Kinderhortes EnEV-konform und gemäß EEWärmeG ist.

Andreas Roth erklärt, dass die schriftliche Bestätigung von Seiten der Planer vorliegt. Der Anschluss an ein Blockheizkraftwerk ist EnEV-konform und nach EEWärmeG realisierbar. Das Nahwärmenetz wurde für die Schule erarbeitet. In der Schule wird somit eine größere Heizung installiert, diese ersetzt die bestehende Heizung und

versorgt zudem den Kinderhort. Hervorzuheben ist zudem noch die sehr hohe CO₂-Einsparung.

Bgm. Andreas Zenglein bemerkt, dass die Heizung der Schule zum Teil noch aus der Erstausrüstung im Jahr 1965 besteht.

GR Toni Stahl erklärt, dass die Kessel marode sind und ohnehin ausgetauscht werden müssen. Diese Kosten werden sowieso auf die Gemeinde zukommen.

GR Jürgen Goldhammer stellt fest, dass diese Thematik schon fast 1 1/2 Jahre diskutiert wird. Durch den Neubau des Horts ist die Erweiterung der Heizungsanlage aus technischer Sicht eine einwandfreie Lösung. Die Stromversorgung des Hortes durch die Schule ist ebenfalls in Ordnung.

Beschluss

Das Nahwärmenetz, wie in der Sitzung vom 19.09.2018 vorgestellt, soll in Haibach verwirklicht werden. Der neu zu bauende Kinderhort wird in das Nahwärmenetz integriert. Der neue Kinderhort soll auch elektrotechnisch an die Schule angebunden werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, bei den Fachplanern des Horts die weiteren Planungen bzw. die Umplanungen zu veranlassen.

Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 0

7. Allgemeines

7.1. Allgemeine Hinweise durch Bgm. Andreas Zenglein:

7.1.1. Landtags- und Bezirkstagswahl 2018:

Die Wahleinweisung für Wahlvorstände und Schriftführer findet am Donnerstag, 11.10.2018 um 19:00 Uhr im Sitzungssaal statt.

Die Abholung der Wahlunterlagen kann am Sonntag, 14.10.2018, ab 7:30 Uhr im Rathaus erfolgen.

7.1.2. Sitzungstermine

Die für den kommenden Mittwoch vorgesehene Sitzung des Bau-, Grundstücks- u. Umweltausschuss entfällt.

Nach jetzigem Stand wird eventuell die Sitzung des Gemeinderates am 07.11. auf den 14.11.2018 verlegt.

7.1.3. Bürgerversammlung 2018

Die diesjährige Bürgerversammlung findet am Montag, 12.11.2018, in Grünmorsbach, in der Turnhalle statt.

7.1.4. Sonstige Veranstaltungen:

Am Freitag, 12.10.2018, Veranstaltung mit Lore Hock in der Turnhalle des TSV Grünmorsbach, hierzu lädt die Frauenunion Haibach ein.

Am Freitag, 26.10.2018, findet ein Benefizkonzert in der Kultur- und Sporthalle Haibach statt. Diese Veranstaltung war ursprünglich in Großostheim geplant. Da die Halle jedoch durch den Sturmschaden bis auf Weiteres gesperrt ist, erfolgte die Anfrage durch den Bürgermeister Jakob aus Großostheim.

Am Freitag, 12.10.2018, finden die Ehrungen des Landkreises für ehrenamtlich tätige Personen in Westerngrund statt. Es werden hierbei 12 Personen aus Haibach geehrt.

7.2. Anfragen aus dem Gremium

7.2.2. Teichanlage Haibacher Schweiz

GR Dietmar Kempf-Blatt schlägt vor, dass nach dem Ablassen der Teichanlage in der Haibacher Schweiz versucht werden sollte, die Wassertretanlage für das kommende Jahr wieder etwas herzurichten. Dies sollte geprüft werden.

7.2.3. Grillplatz Haibacher Schweiz

GR Beate Konrad stellt fest, dass der Unterstand des Grillplatzes in der Haibacher Schweiz mit Graffiti beschmiert wurde. Sie schlägt vor zu prüfen,

ob dies seitens der Schule während eines Projektes gestaltet werden könnte.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass dies sicherlich machbar ist. Jedoch werden oftmals die Anlagen für „wilde“ Veranstaltungen genutzt, ohne dass entsprechende Anmeldungen erfolgten. Die Mitarbeiter des Bauhofs sehen dies nach jedem Wochenende und müssen den Bereich aufräumen.

7.2.4. Arbeiten Kreuzungsbereich St. 2312 / Findberg- /Großmannstraße

GR Jürgen Großmann fragt, ob die Frage bezüglich der Ampel-Haltelinie an der Findbergstraße am Anwesen Stürmer bereits geklärt wurde.

Andreas Roth berichtet, dass dies erledigt ist.

GR Ilse Spielmann möchte wissen, ob nun im Bereich der St. 2312 eine Linksabbiegerspur in Richtung Findberg eingerichtet wird. Sie möchte hierzu weitere Informationen auch aus dem Protokoll.

Des Weiteren bittet sie künftig darauf zu achten, dass die Termin für die **Bürgerversammlung** sich nicht mit den **Martinszügen** der Kindergärten bzw. Gemeinde überschneiden.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass diese Linksabbiegerspur aufgrund des Ausbaus des Radwegenetzes entfallen muss. Die Fahrbahn wird jedoch so verbreitert, dass 2 PKW aneinander vorbei fahren können.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Silvia Reiling
Verw.ang.

SITZUNG des GEMEINDERATES

Sitzungstag: Mittwoch, 14. November 2018

Sitzungsdauer: 19:00 Uhr bis 23:40 Uhr

**Haibach,
Konferenzraum – Kultur- und Sporthalle**

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
--------------------	----------	--

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Horst Hock	2. Bürgermeister	
Michael Albert	Gemeinderat	
Josef Farrenkopf	Gemeinderat	
Andreas Först	Gemeinderat	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Anja Goymann	Gemeinderätin	
Jürgen Großmann	Gemeinderat	anwesend ab 19:35 Uhr
Andreas Hein	Gemeinderat	anwesend ab 19:10 Uhr
Richard Hein	Gemeinderat	
Dietmar Kempf-Blatt	Gemeinderat	
Beate Konrad	Gemeinderätin	
Torsten Redeker	Gemeinderat	
Eva Rückert	Gemeinderätin	
Tobias Rückert	Gemeinderat	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	
Andrea Stürmer	Gemeinderätin	

Abwesend:

Peter Amrhein	Gemeinderat	
Claus Rückert	Gemeinderat	

Schriftführer

Silvia Reiling		
----------------	--	--

Verwaltung

Michael Müller		
Anja Züchner		

Tagesordnung

Gemeinderat

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift
3.	4. Änderung des Bebauungsplans "Sommerackerweg" - Anregungen und Bedenken aus der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit gem. § 1 Abs. 7 BauGB
4.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:**1. Eröffnung und Begrüßung**

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 20 geladenen Gemeinderäten 16 erschienen sind, der

Gemeinderat beschlussfähig ist und zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

2. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift

Vertagt

3.	4. Änderung des Bebauungsplans "Sommerackerweg" - Anregungen und Bedenken aus der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit gem. § 1 Abs. 7 BauGB
-----------	---

Bgm. Andreas Zenglein begrüßt zu diesem Punkt Frau Richter, Ortsplanerin der Gemeinde Haibach, sie wird gemeinsam mit GIB Anja Züchner die Beurteilungen der Anregungen und Bedenken zu der öffentlichen Auslegung vorstellen.

Er führt aus:

Nachdem der Gemeinderat in seiner letzten Sitzung beschlossen hat, dass keine persönliche Beteiligung zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegt, wäre es ohne Beanstandungen möglich, dass die Leitung der Sitzung durch Andreas Zenglein erfolgt.

Aufgrund des GR-Beschlusses vom 10.10.2018 liegt keine persönliche Beteiligung nach Art. 49 GO des ersten Bürgermeisters vor. Daher besteht eine Pflicht zur Übernahme der ihm zugewiesenen Aufgaben. U.a. führt der erste Bürgermeister nach Art. 36 GO den Vorsitz im Gemeinderat. Die Übergabe der Sitzungsleitung an den zweiten Bürgermeister (bei gleichzeitiger Anwesenheit des ersten Bürgermeisters) stellt eine Pflichtverletzung nach Art. 48 GO dar (analog Auslegung zur Stimmenthaltung), sofern hierfür keine genügende Entschuldigung vorgebracht wird. Diese Vorgehensweise kann deshalb nur in besonderen Ausnahmesituationen als genügend entschuldigt angesehen werden. Voraussetzung ist eine Konfliktlage, die nur durch diese Vorgehensweise gelöst werden kann.

Diese Vorgehensweise wurde auch quer durch die Fraktionen in der letzten GR-Sitzung so gewünscht, bzw. für gut und richtig befunden.

Zur weiteren Vorgehensweise erläutert er:

Aus der öffentlichen Auslegung liegen 37 Einwände vor. Ebenso werden die Schreiben von den Trägern öffentlicher Belange vorgestellt. Von einigen Personen wurden mehrere Schreiben, bzw. Nachträge eingegeben, die in der Bewertung

zusammengefasst wurden. Deshalb sind innerhalb der Beschlussvorlage nur 28 Einwendungen aufgeführt.

Wenn Beschlüsse gefasst werden, die Einfluss auf die Änderung des B-Planes nehmen, werden diese eingearbeitet und es erfolgt eine erneute Auslegung, diese wiederum für die Dauer von 4 Wochen. Kommen nach diesen 4 Wochen erneute Einwendungen, die Änderungen betreffend, werden diese wieder behandelt und es erfolgt erneute Auslegung.

Erst wenn alle Einwände berücksichtigt, bzw. weggewägt wurden, erfolgt der entsprechende Satzungsbeschluss hierzu. Nach einer festgesetzten Frist erlangt dieser Bebauungsplan dann Gültigkeit bzw. Rechtskraft.

Die Festlegungen sollen in der Art sein, dass künftige Bauanträge mit dem B-Plan konform sind und keine gesonderten Befreiungen erteilt werden müssen.

Nach Information zur Sitzungsleitung übernimmt 2. Bgm. Horst Hock um 19:15 Uhr die Leitung dieses Tagesordnungspunktes:

Bgm. Andreas Zenglein fühlt sich gem. Art. 48 GO in einem Gewissenskonflikt und nimmt weder an der Beratung noch an den Abstimmungen zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

Vorgehensweise:

1. Sachvortrag und Verlesen der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange - dies erfolgt durch **GIB Anja Züchner**
2. Verlesen der Einwände aus der öffentlichen Auslegung erfolgt durch **2. Bgm. Horst Hock**

Die Beurteilungen zu 1 + 2 erfolgen durch **Frau Richter**.

Sachverhalt:

Gemeinde Haibach

Bebauungsplan „Sommerackerweg“, Änderung 4

Aufstellung im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB als Bebauungsplan der Innenentwicklung ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 13 Abs. 2 Nr. 3 BauGB in der Zeit vom 17.08.2018 bis 18.09.2018 und

Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 14.09.2018 bis 15.10.2018

A. Folgende Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange wurden beteiligt:

1. Landratsamt – Bauaufsicht/Kreisbaumeisterin
2. Landratsamt – Untere Naturschutzbehörde
3. Landratsamt – Untere Immissionsschutzbehörde
4. Landratsamt – Untere Denkmalschutzbehörde
5. Landratsamt – Referat Wasser- und Bodenschutz
6. Landratsamt – Regionaler Planungsverband
7. Landratsamt – Kreisbrandinspektion
8. Landratsamt – Gesundheitsamt
9. Landratsamt – Kreisstraßenverwaltung, Dienststelle Auhofstraße
10. Wasserwirtschaftsamt
11. Regierung von Ufr., Höhere Landesplanungsbehörde
12. Bayer. Landesamt für Denkmalpflege, Ref. B Q - Bauleitplanung, München
13. AVG Aschaffener Versorgungs-GmbH
14. NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH, Sailauf
15. Staatl. Bauamt Aschaffenburg, Fachbereich Straßenbau

1. Landratsamt Bauaufsicht/Kreisbaumeisterin, 04.09.18**Fachtechnische Stellungnahme**

Es werden folgende Anregungen und Bedenken vorgetragen:

1. Der städtebauliche Entwurf, der dem Vorhaben zugrunde liegt, ist in sich stimmig und stellt einen adäquaten Ersatzbau für die ehemalige Turnhalle dar. Die Verkürzung der Abstandsflächen ist aufgrund der geplanten Nachverdichtung nachvollziehbar. Die Staffelung der Wohngebäude führt zu schmalen „schlanken“ Baukörpern. Lediglich die Kopfbauten wirken mit ca. 9,0 m Wandhöhe recht hoch – eine Unterpflanzung der Randstreifen z.B. mit Säulenhorn oder Hainbuchen wäre zur optischen Reduzierung der Fassaden sicherlich hilfreich.

2. Die Unterbringung der Stellplätze in den begrünten Carports ist ansprechend (Anlage 2). Aufgrund der insgesamt erforderlichen Stellplätze reicht bei 9 Wohneinheiten jedoch die Anzahl von 11 Plätzen nicht aus. Die noch außerhalb der Carports angeordneten Stellplätze 2, 14, 15, 16 und 18 erscheinen – legt man die erforderlichen Radien für das Ein- und Ausparken von Personenkraftwagen zugrunde – nur für Kleinwagen gut zu funktionieren. Der Bauherr und Architekt ist gehalten, nochmals eine realistische Überprüfung durchzuführen. Alternativ ist die Anordnung von Doppelparkplätzen (in Teilbereichen) in Betracht zu ziehen.

3. Ist die schmale Fußwegverbindung in einer Breite von 2,90 m für die östliche Erschließung der Wohnzeile ausreichend breit und geeignet? Wie ist die Ver- und Entsorgung (Müll, Zufahrt Feuerwehr etc.) geplant? Die Begründung, insbesondere das 6. Kapitel zur Erschließung ist diesbezüglich inhaltlich zu ergänzen!

4. Die Festsetzungen zur Wandhöhe sind städtebaulich nachvollziehbar und sinnvoll! Sehr gut!

Beurteilung:

Vor den Fassaden der Kopfbauten wird die Pflanzung von säulenartigen, schmalkronigen Baumarten empfohlen.

Die Anordnung der Stellplätze und insbesondere die Zufahrtssituation von der

schmalen Stichstraße werden auf ihre Funktionsfähigkeit geprüft. Ziel ist es, die von der Stichstraße zu erschließende Anzahl der Wohneinheiten und Stellplätze deutlich zu reduzieren und die Fußwegverbindung nördlich der Wendemöglichkeit auch nicht für den Fahrverkehr zu beanspruchen.

Die Unterbringung von Einstellplätzen in Doppelparkern stellt eine raumsparende Möglichkeit dar. Die hierzu erforderlichen höheren baulichen Anlagen führen jedoch zu Beeinträchtigungen der angrenzenden Gartenflächen und häufig fehlt auch die Akzeptanz bei den Nutzern im nicht-städtischen Bereich. Aus diesen Gründen wird die Ausbildung eines Doppelparkersystems nicht angestrebt.

Kenntnisnahme und Weitergabe der Anregungen an den Bauherrn.

2. Landratsamt, Untere Naturschutzbehörde, Fachtechnische Stellungnahme

30.08.18

Mit der Planung besteht grundsätzliches Einverständnis.

Aufgrund der vorgesehenen Gebäudeabbrüche (Turnhalle des TV Haibach, leerstehende Vereinsgaststätte, Kegelbahn etc.) können Quartiere artenschutzrechtlich geschützter Tierarten (z.B. Gebäudebewohnende Vögel und Fledermäuse) betroffen sein. Insofern ist nach §§ 44, 45 BNatSchG der abzureißende Gebäudebestand auf das Vorkommen von Vögeln (z.B. Hausrotschwanz, Mehlschwalben, Mauersegler, Dohlen) und Säugetiere (Fledermäuse) von einer biologisch ausgebildeten Person zu überprüfen. Das Ergebnis dieser Überprüfung ist der Unteren Naturschutzbehörde rechtzeitig vor Beginn der Abbrucharbeiten vorzulegen. Je nach Ergebnis kann das die Bereitstellung neuer Quartiere nach sich ziehen.

Es wird gebeten, den o.g. Passus in die Festsetzung (Artenschutz) mit aufzunehmen.

Beurteilung:

Die Festsetzung zum Artenschutz wird hinsichtlich der Überprüfung des Gebäudebestandes vor Abbrucharbeiten ergänzt.

Beschluss:

Die Festsetzung zum Artenschutz wird hinsichtlich der Überprüfung des Gebäudebestandes vor Abbrucharbeiten ergänzt.

Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 0

Anmerkung:

Bgm. Andreas Zenglein fühlt sich gem. Art. 48 GO in einem Gewissenskonflikt und nimmt weder an der Beratung noch an den Abstimmungen zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

3. Landratsamt, Untere Immissionsschutzbehörde, 29.08.18 Fachtechnische Stellungnahme

Beurteilung

Relevant für die immissionsschutzrechtliche Bewertung der Planänderung sind in erster Linie Verkehrsräusche, die von der Staatsstraße 2312 und der Kreisstraße AB 2 ausgehen. Diese

Verkehrsräusche führen an den Grundstücken, die in der Nähe dieser Straßen liegen, dazu, dass die Orientierungswerte der DIN 18005, Teil 1, Beiblatt 1 überschritten werden. So wird z.B. der Orientierungswert für die Nachtzeit an der

Staatsstraße 2312 erst in einem Abstand von 110 m zur Straße eingehalten und an der Kreisstraße AB 2 erst in einem Abstand von mindestens 25 m.

Dies bedeutet, dass zur Herstellung gesunder Wohnverhältnisse bei Neu- und Umbaumaßnahmen auf Grundstücken, deren Distanz zur jeweiligen Straße geringer ist als zuvor erwähnt, passive Schallschutzmaßnahmen notwendig werden. Konsequenterweise wurde eine entsprechende Verpflichtung für solche Standorte in den Planentwurf aufgenommen.

Ausschlaggebend für die immissionsschutzfachliche Bewertung ist, dass sich durch die Änderung keine erheblichen Nachteile im Vergleich zur bestehenden Situation ergeben. Im Gegenteil, es ist sogar zu erwarten, dass sich die schalltechnische Situation

im Plangebiet wegen der Aufgabe der lärmintensiven Nutzungen des TV Haibach (Einstellung des Betriebs des Vereinsheims und der Kegelbahn) verbessert.

Der in der Begründung zum B-Plan enthaltenen Aussage, dass damit gerechnet werden kann, dass sich die Neuplanung nicht erheblich nachteilig auf die Umwelt (und andere Schutzgüter) auswirkt, wird somit auch aus immissionsschutzfachlicher Sicht zugestimmt.

Fazit

Aus der Sicht des Immissionsschutzes bestehen keine Einwände gegen den Planentwurf in der Fassung vom 18.07.2018.

Beurteilung: Kenntnisnahme

4. Landratsamt, Untere Denkmalschutzbehörde

Es liegt keine Stellungnahme vor.

5. Landratsamt, Wasser- und Bodenschutz,

Sich durch die Änderungsplanung möglicherweise ergebenden Änderungen hinsichtlich der Wasserversorgung bzw. Abwasserbeseitigung sind von der Gemeinde Haibach eigenverantwortlich zu überprüfen.

27.08.18

Beurteilung: Kenntnisnahme und Beachtung.

6. Regionaler Planungsverband Bayer. Untermain – Region 1, 20.08.18

Regionalplanerische Stellungnahme

Das Vorhaben entspricht Grundsatz 3.1 LEP (Flächensparen) und Ziel 3.2 LEP (Innenentwicklung vor Außenentwicklung) sowie Ziel B II 2.2 RP 1, wonach in den bestehenden Siedlungseinheiten die Ausschöpfung von Flächenreserven

und eine angemessene Verdichtung in den bestehenden Siedlungsgebieten Vorrang haben sollen vor der Ausweisung neuer Baugebiete.

Beurteilung: Kenntnisnahme.

7. Landratsamt, Kreisbrandinspektion,

20.08.18

In der Stellungnahme wird auf die Belange des abwehrenden Brandschutzes hingewiesen. Nach Art. 1 Abs. 1 und 2 Bayer. Feuerwehrgesetz ist der abwehrende Brandschutz und die Bereitstellung der notwendigen Löschwasserversorgungsanlagen eine gemeindliche Pflichtaufgabe.

Die Ausrüstung und Organisation der Feuerwehr ist für die geplante Bebauung ausreichend.

Bei den bauleitplanerischen Überlegungen bestehen bezüglich dem vorgelegten Entwurf keine Bedenken, wenn nachfolgende Punkte beachtet werden:

- Die Freiwillige Feuerwehr Haibach kann den Brandschutz für dieses Gebiet in der vorgeschriebenen Hilfsfrist von 10 Minuten gewährleisten.

• 2. Rettungsweg

Für Gebäude der Gebäudeklasse 1, 2 oder 3 kann der 2. Rettungsweg mittels der bei der Feuerwehr vorhandenen tragbaren Leiter im Regelfall sichergestellt werden, wenn Zugänge zu den Aufstellflächen für diese Leitern an den notwendigen Anleiterstellen vorhanden sind und die Rettungshöhe 8 m nicht übersteigt.

Bei Gebäuden der Gebäudeklassen 4 und 5 kann der 2. Rettungsweg mittels der bei der Feuerwehr vorhandenen Drehleiter im Regelfall sichergestellt werden, wenn Zufahrten zu den Aufstellflächen für

die Drehleiter an den notwendigen Anleiterstellen vorhanden sind.

Bei Gebäuden oder Betrieben besonderer Art und Nutzung oder für besondere Personengruppen (Sonderbauten) ist im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens zu prüfen, ob die Sicherstellung des 2. Rettungsweges über Rettungsgeräte der Feuerwehr erfolgen kann oder ob der 2. Rettungsweg baulich sicherzustellen ist.

- **Zufahrten und Bewegungsflächen**

Die Zufahrtsstraßen zu den Schutzobjekten (Wohnhäuser) müssen für Feuerwehrfahrzeuge mit einer Achslast von mind. 10 t ausgelegt sein und sollten im Regelfall keinen größeren Abstand als 50 m zu den Gebäuden auf dem Grundstück haben. Die Zufahrtsstraßen müssen mit Fahrzeugen, die eine Länge von 10 m, eine Breite von 2,5 m und einen Wendekreisdurchmesser von 18,5 m besitzen, befahren werden können.

Bei Gebäuden, die ganz oder mit Teilen mehr als 50 m von einer öffentlichen Verkehrsfläche entfernt sind, sind Zufahrten und Durchfahrten zu den vor und hinter den Gebäuden gelegenen Grundstücksteilen und Bewegungsflächen herzustellen, wenn sie aus Gründen des Feuerwehereinsatzes vorhanden sein müssen (Art. 5 Abs. 1 Satz 4 BayBO).

Ausreichende Flächen für die Feuerwehr auf der öffentlichen Verkehrsfläche bei Abständen der Gebäude zur Verkehrsfläche von weniger als 50 m.

In Abständen von max. 100 m müssen im Straßenverlauf ausreichende Bewegungsflächen ($L = 12 \text{ m}$, $B = 7 \text{ m}$) für den Einsatz eines Feuerwehrfahrzeuges, max. Abstand von 50 m zu den jeweiligen Grundstücken bzw. Schutzobjekten vorhanden sein.

- **Löschwasserversorgung**

Die Bereithaltung und Unterhaltung notwendiger Löschwasserversorgungsanlagen ist Aufgabe der Gemeinde und damit bei Neuausweisung eines Bebauungsplangebietes ein Teil der Erschließung im Sinn von § 123 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB). Die Sicherstellung der notwendigen Löschwasserversorgung zählt damit zu den bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen für die Erteilung einer Baugenehmigung. Welche Löschwasserversorgungsanlagen im Einzelfall notwendig sind, ist anhand der Brandrisiken des konkreten Bauvorhabens zu beurteilen.

Sie hat Löschwasser in einem Umfang bereitzuhalten, wie es die jeweils vorhandene örtliche Situation, die unter anderem durch die (zulässige) Art und das (zulässige) Maß der baulichen Nutzung, die Siedlungsstruktur und die Bauweise bestimmt wird, verlangt. Ein Objekt, das in dem maßgebenden Gebiet ohne weiteres zulässig ist, stellt regelmäßig kein außer-

gewöhnliches, extrem unwahrscheinliches Brandrisiko dar, auf das sich die Gemeinde nicht einzustellen bräuchte (vgl. die Vollzugsbekanntmachung zum BayFWG unter Pkt. 1.3)

Frühzeitige und sorgfältige Planung der Löschwasserversorgung. Ermittlung der notwendigen Löschwassermenge nach den Vorgaben des Arbeitsblattes W 405 der Deutschen Vereinigung des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW).

Bei der Planung, Ausführung und Betrieb der Wasserversorgungsanlage sind die einschlägigen Richtlinien des DVGW, insbesondere die Arbeitsblätter W 405 – Löschwasser, W 331 – Hydrantenrichtlinie, W 313 – Feuerlösch- und Brandschutzanlagen, W 311 – Wasserversorgung und Wasserspeicherung, zu beachten.

Sicherstellung der notwendigen Löschwasserversorgung über einen Zeitraum von 2 Stunden.

Aufgrund der zulässigen Geschossflächenzahl ist eine Löschwassermenge von mind. 1.600 l/min (96 m³/h) über einen Zeitraum von 2 Stunden erforderlich.

Hydranten

Ausreichende Anzahl von geeigneten Hydranten, max. 75 m Entfernung von den notwendigen Bewegungsflächen für Feuerwehrfahrzeuge, Beachtung der DIN-Normblätter.

Einplanung von alternativen Löschwasserentnahmeeinrichtungen, wie z.B. unterirdische Löschwasserbehälter, Löschwasserbrunnen, Löschwasserteiche, wenn die erforderliche Löschwassermenge mit dem öffentlichen Trinkwasserversorgungsnetz nicht ausreichend sichergestellt werden kann.

Die für die Hydranten und Löschwasserentnahmeeinrichtungen relevanten Normblätter sind zu beachten.

- **Ausreichende Sirenenanlagen**

- **Bauanträge**, welche die einschlägigen Brandschutzanforderungen der BayBO nicht erfüllen oder bei denen von den Brandschutzanforderungen abgewichen werden soll und Gebäude oder Betriebe besonderer Art und Nutzung oder für besondere Personengruppen (Sonderbauten), sind im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens zu prüfen.

Beurteilung:

Kenntnisnahme und Beachtung der genannten Punkte.

Es handelt sich um ein bebautes Gebiet.

Die Entfernungen der Grundstücke bzw. Schutzobjekte zu den öffentlichen Verkehrsflächen be-

tragen jeweils weniger als 50 m und die erforderlichen Bewegungsflächen können im öffentlichen Verkehrsraum zur Verfügung gestellt werden.

Zu beachten sind die Anforderungen an den 2. Rettungsweg für Gebäude der Gebäudeklassen 1, 2 und 3 mittels tragbarer Steckleitern (Brüstungshöhe der Anleiterstellen nicht höher als 8 m, Zugänge zu den Aufstellflächen für die Leitern) sowie der Nachweis der erforderlichen Zufahrten zu den Aufstellflächen für die Drehleiter bei Gebäuden der Gebäudeklassen 4 und 5 (OK Fußboden = $h < 13 \text{ m} + \text{Nutzungseinheit}$, $NE < 400 \text{ m}^2$ und $h > 13 \text{ m}$ bzw. $h > 7 \text{ m} + NE > 400 \text{ m}^2$).

Im Zuge der Realisierung der Ersatzbauten für die ehemalige Turnhalle und der Erschließungsanlage sind die Vorgaben an die Zufahrten zu den Schutzobjekten einzuhalten sowie evtl. erforderliche Bewegungs- und Aufstellflächen festzulegen.

Das vorhandene öffentliche Trinkwassernetz ist hinsichtlich der erforderlichen Löschwassermenge zu prüfen.

Siehe zusammenfassende Beurteilung Ziffer 5

Bei der zusammenfassenden Beurteilung werden die am häufigsten genannten Einwände sowohl aus der Trägerbeteiligung, als auch aus der Beteiligung der Öffentlichkeit beurteilt und bewertet.

Abstimmungen bezüglich möglicher Planänderungen sollen erst zu diesem Zeitpunkt erfolgen, um sicherzustellen, dass zunächst alle Einwände gehört und bewertet werden können, bevor sich der Gemeinderat ein abschließendes Bild macht und eine Entscheidung trifft. Diese Punkte sind

1. **Aufstellung im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB**
2. **Festsetzung eines Besonderen Wohngebietes (WB) nach § 4a BauNVO inkl. Lärmbelästigung**
3. **Ortsbild – Grundstücksnutzung**
4. **Verkehrliche Erschließung der Bebauung auf den TV-Gelände**
5. **Brandschutz**
6. **Abweichende Tiefen der Abstandsflächen**

8. Landratsamt, Gesundheitsamt, 16.08.18

Es bestehen keine Einwände.

Beurteilung: Kenntnisnahme

9. Landratsamt, Kreisstraßenverwaltung, 21.09.18

Es bestehen grundsätzlich keine Einwände.

Im Rahmen der Planaufstellung sollte jedoch folgendes beachtet werden:

Bereits heute bestehen große Park- und Stellplatzprobleme auf der Kreisstraße AB 2 in diesem Bereich. Deshalb müssen nach Ansicht der Kreisstraßenverwaltung die notwendigen und vorgeschriebenen Stellplätze außerhalb der Kreisstraße nachgewiesen werden.

Unabhängig von diesem Bebauungsplan-Verfahren wird auf folgendes hingewiesen:

Um bei einem künftigen Ausbau der Kreisstraße AB 2, OD Haibach im Bereich Jahnstraße/Hauptstraße ausreichende Fahrbahn- und Gehwegbreiten und verkehrssichere Einmündungsbereiche der Ortsstraßen gewährleisten zu können, sollte die Gemeinde Haibach – im Einvernehmen mit der Kreisstraßenverwaltung – alle Möglichkeiten für den

Gebäude- und Grunderwerb in diesem Bereich nutzen.

Beurteilung:

Die erforderlichen Stellplätze sind nach der Stellplatzsatzung der Gemeinde Haibach grundsätzlich auf dem Baugrundstück nachzuweisen. Ausnahmsweise werden Stellplätze auf einem anderen oder fremden Grundstück in zumutbarer Entfernung bis zu 150 m zugelassen. Für die Neubebauung sind alle notwendigen Stellplätze auf dem Baugrundstück zu errichten.

Die Möglichkeiten des Gebäude- und Grunderwerbs entlang der Kreisstraße AB 2 im Bereich Jahnstraße/Hauptstraße sind auszuschöpfen.

Überlassen einer rechtskräftigen Planfassung sowie dem dazugehörigen Beschluss.

Kenntnisnahme und Beachtung

10. Wasserwirtschaftsamt, 12.09.18

Das Gebiet entwässert im Mischsystem.

Weitere Anmerkungen sind nicht veranlasst.

Beurteilung:

Ziffer 6.3 „Abwasserbeseitigung“ wird entsprechend korrigiert.

Beschluss:

Kenntnisnahme und Korrektur der Ziffer 6.3.

Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 0

Anmerkung:

Bgm. Andreas Zenglein fühlt sich gem. Art. 48 GO in einem Gewissenskonflikt und nimmt weder an der Beratung noch an den Abstimmungen zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

11. Regierung von Ufr., Höhere Landesplanungsbehörde, 17.08.18

Landesplanerische Stellungnahme (Raumordnung und Landesplanung)

Das Vorhaben entspricht Grundsatz 3.1 LEP (Flächensparen) und Ziel 3.2 LEP (Innenentwicklung vor Außenentwicklung) sowie Ziel B II 2.2 RP 1, wonach in den bestehenden Siedlungseinheiten die Ausschöpfung von

Flächenreserven und eine angemessene Verdichtung in den bestehenden Siedlungsgebieten Vorrang haben sollen vor der Ausweisung neuer Baugebiete.

Beurteilung: Kenntnisnahme.

12. Bayer. Landesamt für Denkmalpflege, Ref. B Q – Bauleitplanung, München,

Es liegt keine Stellungnahme vor.

13. AVG Aschaffenburgger Versorgungs-GmbH,

13.08.18

Von Seiten der AVG bestehen keine grundsätzlichen Einwendungen, wenn der Bestand, die Sicherheit und der Betrieb der Anlagen nicht beeinträchtigt werden sowie die Sicherheitsabstände zur Mittelspannungsfreileitung gemäß beiliegendem Merkblatt eingehalten werden.

müssen. Für diese Leitungen ist ein Leitungsrecht (Dienstbarkeit) auf Kosten des Bauherrn zu vereinbaren. Bei Fragen: Herr Kuhn – Tel. 06021 / 391-366

Beurteilung: Kenntnisnahme und Beachtung.

Für die rückwärtige Bebauung der Grundstücke mit den Flurnummern 4934 und 4936 wird darauf hingewiesen, dass der vom Grundstückseigentümer zu beantragende Niederspannungsanschluss bis zu einer Länge von max. 10 m auf das Grundstück gelegt wird. Bei Leitungslängen über 10 m ist eine Übergabestelle in Form eines Kabelverteilers zu errichten. Vom Kabelverteiler bis zum Wohnhaus ist eine Privatleitung zu verlegen. Weiterhin wird darauf hingewiesen, dass die Versorgungsleitungen über die Grundstücke der Haus Nr. 5 und Nr. 7 mit Anbindung vom Sommerackerweg geführt werden

Beschluss:

Kenntnisnahme und Weitergabe der Anregungen an den Bauherrn

Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 0

Bgm. Andreas Zenglein fühlt sich gem. Art. 48 GO in einem Gewissenskonflikt und nimmt weder an der Beratung noch an den Abstimmungen zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

14. NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH, Sailauf,

06.09.18

Es bestehen keine Einwände.

Beurteilung: Kenntnisnahme.

15. Staatliches Bauamt Aschaffenburg, Fachbereich Straßenbau, 30.08.18

1. Erschließung

(Staatsstraße 2312 und Kreisstraße AB 2) angeschlossen.

Das Plangebiet ist über das vorhandene Straßennetz der Gemeinde (Großmannstraße und Sommerackerweg) an das örtliche Straßennetz

2. Schallschutz

Im Hinblick auf die vorhandenen Immissionen, die von der Staatsstraße 2312 auf das künftige Gewerbegebiet einwirken, wurde eine Verkehrslärmschutzberechnung, die auf das Prognosejahr 2030 ausgelegt wurde, angefertigt. Das Ergebnis ist in den Festsetzungen des Bebauungsplanes zu berücksichtigen.

Nachfolgende Formulierung ist in den Festsetzungen aufzunehmen:

„Auf die von der Staatsstraße auf das Gewerbe-/Wohngebiet einwirkenden Immissionen (z.B. Lärm usw.) wird hingewiesen. Forderungen hinsichtlich erforderlicher Schutzmaßnahmen können gegenüber dem Straßenbaustraßen der Staatsstraße nicht geltend gemacht werden.“

Beurteilung: Kenntnisnahme und Beachtung.

Das Ergebnis der schalltechnischen Untersuchung ist in den Festsetzungen (Immissionsschutz – Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen) sowie der o.g. Passus (als Hinweis) sind bereits im Bebauungsplan enthalten.

Überlassen einer rechtskräftigen Planfassung sowie dem dazugehörigen Aufstellungsbeschluss.

Anmerkung: Es handelt sich um allgemeines und besonderes Wohngebiet.

Beschluss:

Kenntnisnahme und Beachtung.

Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 0

Bgm. Andreas Zenglein fühlt sich gem. Art. 48 GO in einem Gewissenskonflikt und nimmt weder an der Beratung noch an den Abstimmungen zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

Alle Eingaben zur öffentlichen Auslegung werden durch 2. Bgm. Horst Hock verlesen.

B. Öffentliche Auslegung

1. Steffi Eckert und Wolfram Kopetz, Jahnstraße 7, 63808 Haibach, 20.09.18

Pächter des Hotel- und Gaststättenbetriebes Hotel Restaurant Spessartstuben

Folgende Einwände werden zu der geplanten Art der Bebauung mit 9 Wohneinheiten erhoben:

Durch die geplante, derart enge Bebauung ist ein Interessenkonflikt zwischen den Hotelgästen und den neuen angrenzenden Nachbarn, z.B. durch Lärmbelästigung oder auch durch die problematische Verkehrssituation vorprogrammiert. Erfahrungsgemäß gibt es immer wieder Interessenskonflikte zwischen den Gästen und den Nachbarn (und auch umgekehrt), die in der Hauptsache im Bereich Lärmbelästigungen liegen!

Die Lage des „Landhotels“ ist zum einen durch die auf der Vorderseite gelegene Kreisstraße nur „wenig attraktiv“. Die zum Süden hin gelegenen Zimmer bieten die Möglichkeit, den Gästen eine ruhige, sonnige Alternative zu der lauten Straßenlage anbieten zu können. Diese Alternative fällt durch die enge Bebauung und den damit einhergehenden Veränderungen der Lichtverhältnisse dann komplett weg. Dadurch besteht die Gefahr für den Betrieb durch künftige Umsatzeinbußen.

Ein weiterer Punkt der Bedenken ist die auf Dauer zunehmende Verkehrsbelastung in der Kreisstraße Jahnstraße. Diese ist aktuell schon zum einen durch den starken Durchgangsverkehr und zum anderen

durch die begrenzte Parkplatzsituation auch für alle umliegenden Anwohner grenzwertig.

Kritisch wird das Thema der Müllentsorgung gesehen, da eine der Zufahrten zu den geplanten Häusern über eine Stichstraße, die in einen Fußweg mündet, erfolgen soll. Dieser zu enge Zufahrtsweg wurde bisher noch nie von einem Müllfahrzeug befahren und erschwert den künftigen Anwohnern dauerhaft eine ordnungsgemäße Entsorgung des Mülls.

Als problematisch wird des Weiteren der Brandschutz erachtet. Sowohl für die Anwohner der geplanten Wohneinheiten durch die sehr engen Zufahrtswege, als auch für den Hotelbetrieb gestaltet sich im Brandfall die Rettung von Menschen als schwierig.

Alle diese Punkte und die daraus resultierenden Umsatzeinbußen stellen für die Pächter eine erhebliche Existenzgefährdung dar.

Der Bürgermeister und die Mitglieder des Gemeinderates werden aufgefordert, diese Art der Bebauung erneut einer kritischen Prüfung und einer sorgfältigen Abwägung aller Interessensgemeinschaften zu unterziehen und das Baufenster für die Bebauung zu reduzieren. Eine Orientierung am alten Bauplan würde dem entsprechen.

Nachtrag vom 15.10.2018:

Als Pächter des Hotel- & Gaststättenbetriebes Hotel-Restaurant Spessartstuben in Haibach werden weiterhin Einwände zu der geplanten Art

der Bebauung mit 9 Wohneinheiten auf dem ehemaligen Turnvereinsgelände erhoben.

§ 1 Abs. 7 BauGB (Baugesetzbuch) verlangt bei der Aufstellung eines Bebauungsplanes die gerechte Abwägung der öffentlichen und privaten Belange gegen- und untereinander. Wird ein Bebauungsplan geändert, so ist zudem das Interesse der Planbetroffenen an der Beibehaltung des bisherigen Zustands abwägungserheblich. Die Planbetroffenen besitzen ein schutzwürdiges Vertrauen darauf, dass die Festsetzung des Plans nicht ohne Berücksichtigung ihrer Belange geändert wird.

Im Hotel- und Restaurantbetrieb Spessartstuben wurden in den letzten Jahren viele größere Investitionen getätigt. Mit der momentanen Perspektive einer angrenzenden Verdichtung, wären diese sicherlich nicht vorgenommen worden.

Der Punkt „Vertrauensschutz“ wird als erheblich missachtet gesehen und um eine eingehende Prüfung und Abwägung unserer Interessen gegenüber den Interessen des Bauträgers gebeten.

Bewusst ist es den Verfassern des Schreibens, dass es hinsichtlich des Ob und auch hinsichtlich der Tragweite einer zulässigen Planänderung auf das Gewicht der jeweiligen Interessen ankommt.

Allerdings scheint es, dass die Interessen des Bauträgers erheblich stärker gewichtet worden sind als die eines bereits seit fast 70 Jahren bestehenden Familienbetriebes, der die Infrastruktur der Gemeinde Haibach u.E. nicht unerheblich bereichert.

Es wird gebeten, diese Gedanken in die vorliegende Planung einfließen zu lassen.

Beurteilung:

Es wurde bereits versucht, im Planentwurf allen Interessen gerecht zu werden. Zum einen ist das Ziel eine Innenverdichtung zu forcieren bereits im Baugesetzbuch festgelegt und zum anderen aus umweltpolitischen Gesichtspunkten (Flächensparen) erforderlich. Der Gemeinde ist am Erhalt des Familienbetriebes gelegen und die vorliegende Bauleitplanung zielt keinesfalls darauf ab, dem Hotel bzw. der Gaststätte zu schaden. Tatsächlich wäre jedoch bei objektiver Abwägung eine vollausgelastete Turnhalle samt An- und Abfahrtsverkehr und zugelassenen Veranstaltungen als deutlich lärmintensiver zu beurteilen, als 9 Wohngebäude. Auch optisch wird davon ausgegangen, dass eine neue Wohnanlage für den objektiven Betrachter, also auch Hotelgäste oder Besucher der Gaststätte, ansprechender wirkt, als der jetzige Bestand einer alten Turnhalle.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es nicht im Bestreben der Gemeinde steht den Eigentümern der Spessartstuben oder der Nachbarschaft in irgendeiner Art und Weise zu schaden.

In den Punkten Lärmbelästigung, Verkehrssituation, Müllentsorgung, Brandschutz wird auf die zusammenfassende Beurteilung verwiesen.

2. Lothar Röser, Aschaffener Straße 25, 63808 Haibach, 20.08.18

Es wird Einspruch eingelegt, da eine Änderung nicht für erforderlich gehalten wird.

Geprüft werden sollte vielmehr noch einmal, falls noch nicht geschehen, ob ein Verkauf der TV-Immobilie notwendig war bzw. ist. Vielleicht führt eine genaue Gebäudeüberprüfung auch dazu, dass die TV-Halle erhalten werden kann. Falls dies nicht möglich sein sollte, wäre ein Neubau, m.E., in Erwägung zu ziehen.

Beurteilung:

Im Vorfeld wurden der Gebäudebestand geprüft und Kosten für die Ertüchtigung der Substanz und Erfüllung der Vorgaben an Brandschutz, Hygiene etc. ermittelt. Die Entscheidungen, die im Ergebnis zum Verkauf des Grundstücks mit vereinseigener Turnhalle in der Jahnstraße führten, wurden von den Mitgliedern des TV Haibach e.V. nach

Abwägung sämtlicher Argumente einstimmig bzw. mehrheitlich (75:1) getroffen. Der Sport wird in Zukunft in den gemeindlichen Hallen stattfinden.

Beschluss:

Von den Einwänden wird Kenntnis genommen, jedoch ist weder Verkauf noch Erwerb des Grundstücks durch die Gemeinde beeinflussbar. Eine Änderung der Bauleitplanung kann aus den Einwänden nicht abgeleitet werden.

Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 0

Bgm. Andreas Zenglein fühlt sich gem. Art. 48 GO in einem Gewissenskonflikt und nimmt weder an der Beratung noch an den Abstimmungen zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

3. Nachbarschaft des Anwesens des TV Haibach, Jahnstr. 7 ½,**Hotel Spessartstuben, Jahnstraße 7,****29.0818**

Beigefügt ist eine Unterschriftenliste mit 21 Unterzeichnenden.

Wie bereits in der E-Mail vom 24.08.2018 an die geschäftsleitende Beamtin, Frau Züchner, mitgeteilt, wurde das Gebot der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanentwurfes verletzt. Die Unterlagen wurden nicht wie vorgeschrieben während der Geschäftsstunden des Rathauses am 24.08.2018 für die Öffentlichkeit ausgelegt. Als Zeuge hierfür steht Herr Karl-Heinz Eckert zu Verfügung.

Dies stellt gemäß § 214/I Nr. 2 BauGB u.a. eine beachtliche Verletzung der Vorschriften über die Aufstellung des Flächennutzungsplanes und der

Satzungen, hier Bebauungsplan, dar. Es wird um Mitteilung gebeten, ob, wann und wie dieser Rüge abgeholfen wird. Da es sich um eine zeitsensible Angelegenheit handelt, wird eine Antwort bis zum 06.09.2018 erwartet.

Beurteilung:

Der Öffentlichkeit wurde in dem Zeitraum vom 14.09.2018 bis 15.10.2018 nach erneuter Veröffentlichung am 06.09.2018 Gelegenheit zur Abgabe einer Stellungnahme gegeben.

4. Marga Keith, Jahnstraße 3, 63808 Haibach,**03.09.18 und 15.10.18**

Einspruch aus folgenden Gründen:

Lärmbelästigung der kompletten Nachbarschaft durch diese „Ghetto-Bebauung“,

Probleme für den Brandschutz, da die Zufahrtswege viel zu eng sind für die Feuerwehr.

Beurteilung:

Die Bebauung mit neun Wohneinheiten auf dem 2.135 m² großen Grundstück führt zu keiner unverhältnismäßig hohen Dichte. Der Zunahme des

Individualverkehrs ist die Bestandssituation des Parkplatzes und die Gebäudenutzung „Turnhalle“ gegenüberzustellen.

Die Zufahrtswege mit Breiten zwischen 3,00 m und 4,50 m erfüllen die Anforderungen an Zufahrtsstraßen für Feuerwehrfahrzeuge.

Zudem sind die geplanten Gebäude weniger als 50 m von den öffentlichen Verkehrsflächen (Jahnstraße, Sommerackerweg) entfernt.

In Bezug auf die Punkte Lärmbelästigung, Verkehrssituation und Brandschutz wird auf die zusammenfassende Beurteilung verwiesen.

5. Elisabeth Kostka, Jahnstraße 3 ½, 63808 Haibach,**03.09.18 und 15.10.18**

Einspruch aus folgenden Gründen:

Durch die massive und 9 m hohe Bebauung geht ein großes Stück Lebensqualität verloren, weniger Licht bzw. gar keine Sonne im Wohnraum gerade in den Monaten mit niedrigem Sonnenstand,

Befürchtung einer zunehmenden Lärmbelästigung durch die Autos der neuen Nachbarn,

Brandschutz, zu enge Zufahrtswege

Abstandsflächen sind nicht eingehalten

Beurteilung:

Die Belichtung und Belüftung des Wohnhauses Jahnstraße 3 ½ wurde ermöglicht durch die Übernahme der erforderlichen Abstandsfläche auf dem ehemaligen TV-Gelände. Die in dem vorliegenden Planentwurf festgesetzte Abstandsfläche von 6,00 m zwischen dem bestehenden Wohngebäude Hs.Nr. 3 ½ und dem geplanten Neubau entspricht dem Mindestmaß von jeweils 3,00 m Abstandsflächentiefe vor einer Außenwand gegenüber der Grundstücksgrenze (3,00 m x 2 = 6,00 m). Der erforderliche Brandschutzabstand zwischen den Wohngebäuden von 5,00 m ist eingehalten.

Bezüglich der weiteren aufgeführten Punkte wird auf die zusammenfassende Beurteilung verwiesen.

6. Elisabeth und Rüdiger Baumann, Jahnstraße 6, 63808 Haibach, 04.09.18

Hiermit äußern wir folgende Bedenken:

Die Parksituation in der Jahnstraße ist durch das Halteverbot bereits sehr beengt und wir äußern Bedenken, dass durch die Bebauung des TV-Geländes die Parksituation noch verschärft wird.

Ergänzung vom 15.10.18, Einspruch gegen den Bebauungsplan.

Die Verfasser des Schreibens sind zwar nicht unmittelbare Nachbarn des ehemaligen TV-Geländes, aber durch die geplante Bebauung des ehemaligen TV-Geländes, und die Änderung des Bebauungsplans in ein besonderes Wohngebiet (WB) ist eine höhere Belastung durch das Verkehrsaufkommen für die Anwohner der Jahnstraße zu erwarten. Auch die Parksituation befindet sich jetzt schon an der Grenze der Belastbarkeit.

Das Argument, in gewissen Straßen von Haibach, bestehen ähnliche Situationen wird nicht akzeptiert.

Schon jetzt ist es gefährlich die Jahnstraße als Fußgänger zu überqueren, bzw. auf der Seite der Spessartstube den Gehsteig zu benutzen, da dieser zeitweise als Fahrbahn genutzt wird.

Hier wird bewusst ein Verkehrschaos und Parkchaos herbeigeführt.

Im Wohngebiet Sommerackerweg befindet sich kein Wohnhaus mit Flachdach.

Durch die neue Baustruktur verändert sich das Ortsbild, und zwar nicht zum positiven. Hat der Gemeinderat schon eine Ortsbegehung vorgenommen?

Dann müssten Sie sich für eine verträgliche und dem Ortsbild angemessene Bebauung entscheiden. Flachdächer passen nicht in dieses Wohngebiet.

Wie sieht eigentlich der Brandschutz bei der vorgesehenen bzw. geplanten Bebauung aus? Bei Brandschutzübungen auf dem ehemaligen TV-Gelände hatte die Feuerwehr erhebliche Schwierigkeiten mit dem Feuerwehrauto das TV-Gebäude zu erreichen.

Stimmt die Kreisbrandinspektion diesem Bebauungsplan bedenkenlos zu?

Will der Gemeinderat so einem Bebauungsplan zustimmen, und die Verantwortung für diese Bausünde und das Parkchaos übernehmen?

Beurteilung:

Siehe hierzu die zusammenfassende Beurteilung.

7. Ingrid und Fridolin Albert, Jahnstraße 10, 63808 Haibach, 25.09.18

Widerspruch gegen den Bebauungsplan Sommerackerweg.

Begründung: Die Neu-Bebauung mit 9 Wohneinheiten in der Jahnstraße ehem. TV Gelände führt zu einer Verschärfung der Parksituation entlang der Jahnstraße. Zu prüfen ist, ob durch die Bebauung die erforderlichen Parkplätze (18) auch nachgewiesen werden können.

Beurteilung:

Der Nachweis der erforderlichen Anzahl der Stellplätze gemäß der Stellplatzsatzung der Gemeinde erfolgt nicht im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes, sondern ist im Zuge des Genehmigungsverfahrens des konkreten Bauvorhabens zu erbringen. Das Planungskonzept für die Neubebauung beinhaltet 18 Stellplätze.

Siehe hierzu die zusammenfassende Beurteilung.

8. Gerda Raggl, Sommerackerweg 15, 63808 Haibach, 07.10.18

Einwendung gegen die geplante Änderung von allgemeinem Wohngebiet (WA) in ein besonderes Wohngebiet (WB) und gegen eine dichte Bebauung.

Beurteilung:

Siehe hierzu die zusammenfassende Beurteilung.

9. Johann Raggl, Sommerackerweg 15, 63808 Haibach, 07.10.18

Beantragt wird eine ortsübliche Bebauung für die gesamte Grundfläche als allgemeines Wohngebiet (WA). Es sollten im neu zu bebauenden Gebiet keine Flachdächer zugelassen werden. Wegen der Parkplatzsituation sollten auf dem alten Turnhallengelände höchstens sechs neue Häuser gebaut werden.

Beurteilung:

Verwiesen wird auf die zusammenfassende Beurteilung.

10. Fridolin Albert, Jahnstraße 10, 63808 Haibach, 08.10.18

Stellungnahme zur 4. Änderung des Bebauungsplanes auf:

1. Das ehemalige Gelände „Turnhalle TV Haibach“ (Die Flurstücknummer ist auf der Web-Site nicht genau zu erkennen, wahrscheinlich 4836) soll laut Bebauungsplan mit Flachdach zu bebauen sein. Diese Bauweise kommt in Haibach sehr selten vor und passt nicht in das Ortsbild.
2. Die Begründung sagt unter Punkt 1 folgendes über das ehemalige Grundstück des TV Haibach aus: Für das Grundstück soll eine städtebauliche Neuordnung mit dem Ziel, neuen Wohnraum zu schaffen, erfolgen. Es ist somit nicht nachzuvollziehen, warum ein „Besonderes Wohngebiet“ für dieses Grundstück ausgewiesen wird. Der Ausweis sollte als allgemeines Wohngebiet erfolgen.
3. Das Maß der baulichen Nutzung des ehemaligen Grundstücks des TV Haibach ist mit einer Grundflächenzahl von 0,6 deutlich höher als die umliegende allgemeine Bebauung. Hier wird eine Grundflächenzahl von 0,4 angegeben. Eine Grundflächenzahl von 0,4 wird in der Begründung unter Punkt 5.2 als zulässige Obergrenze für allgemeine Wohngebiete dargestellt. Zur Erreichung des Ziels einer verträglichen Verdichtung (siehe Begründung Punkt 1) sollte die Grundflächenzahl 0,4 auch für das ehemalige Gelände des TV Haibach Gültigkeit haben.
4. Zulässig ist nach Punkt 5.2 der Begründung eine Veränderung der Geländeoberfläche durch Auffüllungen (mit Stützmauer) und Abgrabungen bis zu 1,20 m. Auffüllungen-/Stützmauer von 1,20 m und eine mögliche Wandhöhe von 9 m wirkt optisch zu hoch. Dies betrifft besonders auf die Einfahrt zu dem Gelände zu.
5. Unter Punkt 5.4 werden abweichende Tiefen der Abstandsflächen beschrieben. Hier werden abweichende Maße der Abstandsflächen (Verringerung) beschrieben. An 4 Stellen des Bebauungsplans ist das der Fall. Da die Verdichtung grundsätzlich zu hoch ist, sollte keine Reduzierung der Abstandsflächen erfolgen. Die Begründung „kann hier auch bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden“ ist nicht belastbar. Das ist vielleicht ein Wunsch, ist aber so nicht durchsetzbar.
6. Unter Punkt 5.4 wird nicht bestätigt, dass die Zufahrten für Feuerwehrfahrzeuge und die erforderlichen Bewegungs- und Aufstellflächen vorhanden sind. Ist das keine Voraussetzung für die Genehmigung eines Bebauungsplans?
7. Unter Punkt 5.5 sind die Flächen für Carports, die Technikzentrale sowie der Standplatz

für Müll- und Wertstoffbehälter (Sammelplatz) festgesetzt. Im Bebauungsplan ist der Sammelplatz für Müll- und Wertstoffbehälter eingezeichnet. Im 5. Entwurf des Lageplans, Bestandteil der Begründung, ist an der Stelle des Sammelplatzes für Müll- und Wertstoffbehälter der Parkplatz Nr. 1 eingezeichnet. Somit fällt der Parkplatz 1 weg und es fehlt ein Parkplatz. Wo wird dieser fehlende Parkplatz angelegt? Der Lageplan passt somit nicht zum Bebauungsplan, der Fehler ist zu korrigieren.

8. In der Begründung werden unter Punkt 6.1 die Breiten der Straßen dargestellt. Die Stichstraße wird mit 3,00 m aufgeführt. Laut Bebauungsplan ist die engste Stelle 2,80 m. Hier ist eine Angabe nicht korrekt.

9. Im Bebauungsplan wird folgendes erläutert:

Flächen für Gemeinschaftsanlagen mit der Zweckbestimmung Erschließungsfläche innerhalb der im Besonderen Wohngebiet festgesetzten Flächen für Gemeinschaftsanlagen mit der Zweckbestimmung Erschließungsfläche sind folgende Nutzungen zulässig, soweit sie den gemeinschaftlichen Zwecken des Besonderen Wohngebietes dienen.

- Nichtöffentliche Verkehrsanlagen wie Wohnwege und Zufahrten,

- Leitungen und Anlagen zur internen Ver- und Entsorgung des Besonderen

Wohngebietes und zum Anschluss an öffentliche Ver- und Entsorgungsnetze.

Sind danach die Parkplätze Nr. 12, 13, und 16, wie im Lageplan eingezeichnet

an dieser Stelle überhaupt möglich? Wenn nicht, wo werden diese erstellt?

10. Im Bebauungsplan wird folgendes erläutert: Garagen, Carports (offene Garagen) Stellplätze

1. Je Wohneinheit sind mind. 2 Garagen (Carports) oder 2 Stellplätze nachzuweisen

2. Garagen und Carports sind innerhalb der Baugebietsflächen zulässig

3. Maximale Länge bei Grenzbebauung 9,00 m

4. An der Grundstücksgrenze zusammentreffende Garagen in gleicher Dachform und Dachneigung

5. Dachform dem Wohnhaus entsprechend oder Flachdach 0° - 7°

6. Abstand von der Straßenbegrenzungslinie mind. 5,00 m.
Ausnahme in der Stellplatzsatzung elektrisch betriebenes Tor

7. Zur Ausweisung der Stellplätze kann auch die Vorgartenzone verwendet werden

8. Die Stellplätze müssen mindestens 5,00 m lang und 2,50 m breit sein

Ausnahmeregelung für Garagen talseits Straßen Wandhöhe talseits ist dem Gelände entsprechend bis 5,00 m zulässig.

Punkt 6 ist allgemein gehalten. Sollte das so gemeint sein, so sind die Parkplätze Nr. 1, 2, 17 und 18 laut Lageplan so nicht umsetzbar. Wahrscheinlich betrifft Punkt 6 Garagen. Wenn ja, dann ist der Bebauungsplan zu ergänzen.

11. Die Parkplätze Nr. 12 und 13 teilen das Gelände. Die Bewohner der Wohneinheiten Nr. 7, 8 und 9 haben keinen Zugang zur Müllsammelstelle über das Gelände. Es gibt kein Zugang über „Gemeinschaftsflächen“. Das ist so nicht praktikierbar und zu ändern.

Die vorgenannten Punkte sind zu prüfen.

Beurteilung:

Es wird auf die zusammenfassende Beurteilung verwiesen.

Zu Pkt. 4: Die Festsetzung zu den Geländeänderungen und Mauern/-Stützmauern gelten für das gesamte Plangebiet. Im Bereich der geplanten Wohngebäude auf dem ehem. TV-Grundstück sind keine Auffüllungen vorgesehen. Durch Abgrabung soll der Höhenunterschied von der Zufahrt im Westen an den Geländeverlauf in Richtung Osten angepasst werden.

Zu Pkt. 10.6: Die Abstandsangabe bezieht sich auf den Stauraum vor Garagen.

Beschluss:

Von den Einwänden wird Kenntnis genommen. Die Festsetzung zu Geländeänderungen und Mauern soll im gesamten Plangebiet einheitlich geregelt werden. Die Höhe wird auf maximal 1,30 m festgelegt. Eine Änderung des Entwurfes hinsichtlich dieses Punktes soll nicht erfolgen.

In den übrigen Punkten wird auf die zusammenfassende Beurteilung verwiesen.

Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 1

Bgm. Andreas Zenglein fühlt sich gem. Art. 48 GO in einem Gewissenskonflikt und nimmt weder an den Beratungen noch an den Abstimmungen zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

11. Großmann Jürgen, Seitzenäcker 4, 63808 Haibach,

08.10.18

In der vorliegenden 4. Änderung des Bebauungsplans Sommerackerweg wird für das Grundstück 4836/0 eine Grundflächenzahl (GRZ) von 0,6 und eine Nutzung als besonderes Wohngebiet (WB) ausgewiesen. Weiterhin ist die Bebauung als II+ST (2 Vollgeschosse mit 1 (Voll)Staffelgeschoss) mit Flachdach vorgesehen.

Die GRZ-Zahl ist im Planungsrecht eine wesentliche Kenngröße zur Festsetzung und Bestimmung des Maßes der baulichen Nutzung von Grundstücken. Mit der Festsetzung der GRZ-Zahl verfolgt der Gesetzgeber dabei, eine unnötige Versiegelung von Flächen zu vermeiden. Somit wirkt die GRZ als eine wichtige ökologische Kennzahl in Bebauungsplänen. In die Berechnung der GRZ gemäß (§ 19 Abs.4 BauNVO) sind die Grundflächen von Garagen und Stellplätzen mit ihren Zufahrten mitzurechnen. In der bayerischen Bauordnung ist eine Überschreitung von 50% der festgelegten GRZ erlaubt und auf eine maximale Zahl von GRZ=0,8 gedeckelt.

Bei der für das Flurstück 4836/0 festgeschrieben GRZ=0,6 ist somit die gesetzlich erlaubte maximale Flächenversiegelung von 80% (!) der Grundstücksfläche möglich und somit eine intensive Bebauung des Grundstückes erlaubt. Im Sinne eines nachhaltigen und ökologischen Handelns von Seiten der Gemeinde Haibach, unnötige Flächenversiegelung zu vermeiden, sowie im Sinne der Gleichbehandlung von vergleichbaren B-Plänen für alle Bürger und Bürgerinnen in Haibach und der für Haibach wichtigen Erhaltung des ländlich geprägten und attraktiven Ortsbildes, ist eine solch intensive Bebauung nicht akzeptabel. Die vorgesehene intensive Wohnbebauung mit der GRZ=0,6 entspricht auch nicht der ortsüblichen Bebauung und stellt somit eine Ausnahme der Wohnbebauung in Haibach dar.

Durch die vorgesehene intensive Bebauung des Flurstückes 4836/0 und dessen Einstufung als besonderes Wohngebiet (WB) ist die Geschäftsgrundlage des Hotels „Spessartstuben“ auf dem anliegenden Anwesen (Flurstück 4839) erheblich

beeinträchtigt bzw. gefährdet. Die Gäste in dem ländlich geprägten Hotel suchen die Ruhe und dies besonders in einer Gemeinde wie Haibach, die gerade damit wirbt. Die Ruhe und die ländliche Prägung der Spessartstuben stellen somit die Grundlage des Geschäftserfolges des traditionsreichen Unternehmens dar. Die Lärmbelästigung durch die angrenzende dichte Bebauung und die direkt am Biergarten der Gaststätte verlaufenden Zufahrten für die Fahrzeuge der Anwohner, stellt einen erheblichen Nachteil für die Gäste und damit eine Gefährdung für den Fortbestand des Unternehmens Spessartstuben dar. Durch die vorgesehene dichte Bebauung liegt die Belastung durch Lärm eher auf Seiten des Hotels Spessartstuben, als die durch das Hotel verursachte Lärmbelastung bei den direkten Anwohnern.

Ein weiterer zu beachtender Punkt ist die Sicherstellung des Brandschutzes auf dem Grundstück 4836/0, sowie dessen Sicherstellung auf den angrenzenden Grundstücken. Bezugnehmend auf die Änderung des Bebauungsplanes Sommerackerweg sind auf dem Flurstück 4836/0 keine ausreichenden Flächen für Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr ausgewiesen bzw. vorhanden. Somit kann wohl der Brandschutz nur unzureichend sichergestellt werden.

Für das Grundstück 4836/0 ist eine Bebauung mit 2 Vollgeschossen und 1 als Vollgeschoss anzurechnendes Staffelgeschoss und Flachdach ausgewiesen. Diese Bebauung stellt für Haibach keine ortsübliche Wohnbebauung dar. In vergleichbaren B-Plan Änderungen, wie z.B. im B-Plan Bessenbacher Weg, wurde vom GR darauf verwiesen, dass für die Erstellung des damaligen Vorentwurfes des B-Planes eine „konkrete Planung Grundlage gewesen sein muss“. Im Kontext der Sitzung wurde darauf verwiesen, dass der Vorentwurf des B-Plan fälschlicherweise und offensichtlich den konkreten Wohnbauplanungen des Bauherren folgt.

Weiterhin wurde vom GR beschlossen keine Staffelgeschosse mit Flachdach im B-Plan zuzulassen. Der GR war in der Sitzung vom 21.06.2017 der Auffassung, „dass eine solch massive Bebauung auch eine enorme Verkehrsbelastung mit sich bringen würde. Der Bauherr solle einen offiziellen Antrag stellen und es sollten keine Sonderbauformen mit aufgenommen werden“ (öffentliches Protokoll der GR-Sitzung vom 21.06.2017). Die Aussagen zur Ausführung des B-Plan Vorentwurfes Bessenbacher Weg und die damaligen Beschlüsse, Verzicht auf Staffelgeschosse und Flachdächer, sowie keine massive Bebauung zuzulassen, gelten gleichsam für das Grundstück 4836/0 und den gesamten B-Plan des Sommerackerweg. Im Sinne von gleichmäßigen und zuverlässigen Entscheidungen bei der Anpassung von B-Plänen ist mit dem B-Plan Sommerackerweg folgerichtig in gleicher Weise zu verfahren. Die Indizien weisen für den B-Plan Sommerackerweg

auf eine Gefälligkeitsplanung hin, dem ist in gleicher Weise energisch entgegenzutreten wie bei der Entscheidung B-Plan Bessenbacher Weg.

Anträge:

- Antrag auf eine Festlegung der GRZ-Zahl für das Flurstück 4836/0 auf GRZ=0,4
- Antrag auf Ausweisen des Flurstücks 4836/0 als „Allgemeines Wohngebiet“ WA
- Antrag auf Ausweisen der schalltechnischen Werte für das Flurstück 4836/0 auf die Werte: tags 60 dB, nachts 45(50 dB (niedriger Wert: Industrie-, Gewerbe- und Freizeitlärm; hoher Wert: Verkehrslärm)
- Antrag auf Streichung der Bauform II + ST
- Antrag auf Reduktion der Baufenster auf eine angemessene Größe zur Bebauung von max. 6 Einfamilienhäusern mit Zahl der Vollgeschosse I + D (1 Vollgeschoss und 1 als Vollgeschoss anzurechnendes Dachgeschoss als Höchstgrenze. Satteldach (SD) oder höhenversetztes Pultdach, Dachneigung 30° - 53°- Wandhöhe bis 5,00 m)
- Antrag auf Überprüfung und transparente Darlegung des Brandschutzkonzeptes für das Grundstück 4836/0
- Antrag auf Erstellung eines Verkehrskonzeptes für den Bereich rund um das Wohngebiet Sommerackerweg in Folge der 4. Änderung zum B-Plan Sommerackerweg
- Antrag auf Ergänzung Punkt 7 „Stellplätze, Garagen und Carports“, um den Zusatz „siehe Festsetzung Grünordnung“.

Durch das ländlich geprägte Ortsbild ist Haibach für viele Menschen attraktiv. Durch die vorgeschlagene massive Bebauung auf den Grundstück 4836/0 wird das Ortsbild nachhaltig negativ beeinträchtigt, die Verkehrsbelastung im und um das Wohngebiet Sommerackerweg enorm erhöht und damit die Attraktivität der Gemeinde Haibach gemindert.

Die Anträge spiegeln wichtige Aspekte zur Sicherung des ländlichen Ortsbildes und der ortsüblichen Wohnbebauung der Gemeinde Haibach wider. So werden wichtige ökologische Gesichtspunkte wie eine ausgewogene Flächennutzung angestrebt und einer zu hohen

Flächenversiegelung vorgebeugt. Weiterhin soll mit der reduzierten Wohnbebauung eine ortsübliche und angepasste Gestaltung des Ortsbildes erfolgen und diese sich harmonisch in die vorhandene Bebauungsform und –dichte einfügen. Für die Gemeinde gilt es alle betroffenen und umliegenden Anwohner durch die zusätzliche Belastung von Verkehr zu schützen, so dass ein harmonisches Miteinander ohne eine erhebliche Mehrbelastung und der Fortbestand traditionsreicher Betriebe möglich ist. Im Sinne der Gleichbehandlung aller Bürger ist bei der Entscheidungsfindung und –festlegung zur Ausgestaltung des B-Planes Sommerackerweg vom GR in gleicher Weise zu verfahren wie beim B-Plan Bessenbacher Weg.

Ergänzung vom 14.10.18:

In der vorliegenden 4. Änderung des Bebauungsplans Sommerackerweg werden für den B-Plan Sommerackerweg Garagen, Carports (offene Garagen) und Stellplätze ausgewiesen, die eine Mindestbreite von 2,5 m haben.

Bei heutigen Fahrzeugbreiten von größer als 2 m, ist diese Breite nicht mehr angemessen und sollte auf eine Breite von mindestens 3 m angehoben werden. Stellplätze dürfen auch in Vorgärten ausgewiesen werden. Damit diese anfahrbereit und damit auch genutzt werden, ist die Verbreiterung dringend notwendig. Dies auch um zu vermeiden, dass Fahrzeuge im Sommerackerweg und im Anliegerbereich, besonders um das Grundstück 4836/0 herum, abgestellt werden.

Im B-Plan Sommerackerweg sind für das Grundstück 4836/0 abweichende Tiefen der Abstandsflächen ausgewiesen. Im B-Plan wird darauf verwiesen, dass die Forderungen nach Artikel 6 Abs. 4 und 5 Satz 1 gemäß BayBO für das Grundstück 4836 nicht anzuwenden sind. Im Sinne der Gleichbehandlung aller Bürger und Bürgerinnen und der Sicherstellung einer ortsüblichen Bebauung sollte diese Forderungen der BayBO Anwendung finden.

Anträge:

- Antrag auf Verbreiterung der Garagen, Carports (offene Garagen) und Stellplätze auf eine Mindestbreite von 3m
- Antrag auf Anwendung des Artikel 6 Absatz 4 und 5 Satz 1 der BayBO auf das Grundstück 4836.

Beurteilung:

Anmerkung:

Einem allgemeinen Wohngebiet (WA) sind folgende schalltechnischen Orientierungswerte nach DIN 18005, Teil 1, Beiblatt 1 (Schallschutz im Städtebau) zuzuordnen:

tags 50 dB, nachts 45 dB bzw. 40 dB.

Die Ergänzung zu Pkt. 7 der Festsetzungen zu „Stellplätze, Garagen und Carports“ wird aufgenommen.

Die Erhöhung der Breite eines Einstellplatzes erfordert eine Änderung der derzeit gültigen Stellplatzsatzung, in der auch auf die Garagen- und Stellplatzverordnung – GaStellV – verwiesen wird. Nach GaStellV muss die Stellplatzbreite mind. 2,50 m betragen, wenn jede Längsseite des Einstellplatzes durch Wände, Stützen, andere Bauteile oder Einrichtungen begrenzt ist.

Beschluss:

Von den Einwänden wird Kenntnis genommen, die Ergänzung zu Punkt 7 der Festsetzungen zu „Stellplätze, Garagen und Carports“ wird aufgenommen

Abstimmungsergebnis: ja:18 nein: 0

Bgm. Andreas Zenglein fühlt sich gem. Art. 48 GO in einem Gewissenskonflikt und nimmt weder an der Beratung noch an den Abstimmungen zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

Die Festsetzungen im Bebauungsplan bezüglich der Stellplatzgröße sollen analog der geltenden Stellplatzsatzung erfolgen. Eine Änderung der Stellplatzsatzung soll nicht vorgesehen werden, um eine Gleichbehandlung im Gemeindegebiet zu gewährleisten.

Hinsichtlich der weiteren Punkte wird auf die zusammenfassende Beurteilung verwiesen.

Abstimmungsergebnis: ja:14 nein: 4

Bgm. Andreas Zenglein fühlt sich gem. Art. 48 GO in einem Gewissenskonflikt und nimmt weder an der Beratung noch an den Abstimmungen zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

12. Nicole Pfeifer, Sommerackerweg 16, 63808 Haibach, 10.10.18

Als Anwohnerin (Sommerackerweg 16) wird zur geplanten Neubebauung des ehemaligen TV-Geländes Stellung genommen.

Aufgrund des erhöhten Verkehrsaufkommens kommt es dann in der ohnehin engen Straße zu Parkproblemen/Lärmbelästigung und Abgasbelastung. Da keine Parkmöglichkeit auf dem Grund-

stück besteht, parkt Familie Pfeifer auf der Straße vor ihrem Haus, was dann sicher nur noch eingeschränkt möglich sein wird.

Aufgrund der vorhandenen Gegebenheiten ist es nahezu nicht realisierbar den Verkehr in der kleinen Stichstraße zu erhöhen (Verkehr/Gegenverkehr). In dieser Straße befindet sich nicht einmal ein Gehsteig.

Auch die direkte Zufahrt für Feuerwehr (es geht ja nicht nur um Brandlöschung, sondern es gibt ja auch direkte Einsätze am Haus (Drehleiter)/Krankenwagen und Müllabfuhr ist in der kleine Gasse nicht möglich. Die Nachbarn stellen ihre Mülltonnen immer vor dem Grundstück vorne im Sommerackerweg 16 ab, da die Müllabfuhr nicht in die Stichstraße fährt.

Aufgrund der dann vorhandenen Baudichte wird das Viertel an Attraktivität verlieren und das Haus/Grundstück sicher einen Wertverlust erfahren.

Gegen eine ortsübliche Bebauung kleineren Stil ist nichts einzuwenden, da es sicher sinnvoll und notwendig ist, neuen Wohnraum zu schaffen.

Das Grundstück des TV Haibach ist als allgemeines Wohngebiet zu klassifizieren. Dadurch soll die Anzahl der möglichen Wohngebäude deutlich reduziert werden.

Die neuen Häuser sollen nicht über die Stichstraße angefahren und angedient werden.

Beurteilung:

Siehe zusammenfassende Beurteilung.

13. Renate Auer, Sommerackerweg 16 c, 63808 Haibach, 11.10.18

1. Bebauungsplan - Flächennutzungsplan

Laut Begründung zum Bebauungsplan (S. 7) ist das gesamte Baugebiet Sommerackerweg derzeit Allgemeines Wohngebiet. Das TV Gelände ist dort als

„Nutzung für sportliche Zwecke/Turnhalle“ dargestellt. Es wird hier weiter lapidar behauptet, dass nach § 4a BauNVO für einen Teilbereich die Grundzüge der Planung nicht verletzt würden, wenn diese zu einem Besonderen Wohngebiet erklärt würden.

Die Voraussetzungen für die Festsetzung eines besonderen Wohngebietes lägen nach § 4a Abs. 1 BauNVO (nicht BauGB) vor.

Hier wird geflissentlich übersehen, dass auch die Voraussetzungen des § 4 BauNVO vorliegen, die für das TV-Gelände sogar noch zutreffender sind.

Beantragt wird, dass vor der Änderung des Bebauungsplanes der Flächennutzungsplan geändert bzw. das Parallelverfahren angewendet wird.

Alleine die Aussage, dass die Änderung in WB zulässig sei und als Entwicklung aus dem Flächennutzungsplan beurteilt wird, ist keine stichhaltige Begründung.

2. Einstufung als Besonderes Wohngebiet

Die Einstufung des TV-Geländes als besonderes Wohngebiet kann nicht nachvollzogen werden. Hier ist nur eine Wohnnutzung geplant und die ist nun einmal prägend für ein Allgemeines Wohngebiet.

Die Begründung der B-Plan-Änderung (S. 8 ff) enthält kein einziges Argument bzw. eine fachliche Begründung finden, die diese Einstufung des TV-Geländes rechtfertigt. Alles was auf diesem Grundstück stattfinden soll ist zu 100% WA. Selbst die Nachbargrundstücke zur Jahnstraße könnten

ohne Not nach § 4 BauNVO als Allgemeines Wohngebiet klassifiziert werden. Die Begründung einer eventuell möglichen Nachnutzung der Metzgerei Rachor erscheint doch sehr an den Haaren herbeigezogen zu sein. Die schallschutztechnischen Orientierungswerte mögen tagsüber bei WB geringfügig höher zulässig sein, ob sie jedoch aufgrund der Kreisstraße und des Fluglärms ins Gewicht fallen ist mehr als fraglich. Nachts sind die WB und WA-Schallwerte gleich!

Diese Einstufung wird einzig als Instrument der Gewinnmaximierung des Investors gesehen. Gleichzeitig wird ein Wertverlust des Grundstückes befürchtet, da auf einem WB-Nachbargrundstück wertmindernde Bauten wie z.B. Vergnügungsstätten etc. errichtet werden können.

Deshalb wird beantragt, das TV-Gelände als Allgemeines Wohngebiet auszuweisen. Fast alle nachfolgend beschriebenen Probleme resultieren letztendlich aus der übermäßigen Bebauung, die nur durch WB möglich gemacht wird.

3. Schutzgüter Natur und Umwelt

Die nachfolgend genannten Schutzgüter werden in der Begründung nicht oder nur unzureichend gewürdigt. Umweltbelange werden erst gar nicht geprüft.

Das Schutzgut Landschaft, welches auch das Ortsbild beinhaltet, scheint ebenfalls nicht ausreichend gewürdigt worden zu sein. Hier wird sogar in der Begründung (S.15) ausgeführt, dass die neue Bebauung das Ortsbild stört und nicht integriert werden könnte. Muss das Ortsbild ohne Not geändert werden? Es gefällt so wie es ist und den vielen Menschen die nach Haibach ziehen wollen (lt. Bgm. Zenglein) auch. Auch hier überwiegen die Gewinninteressen des Investors.

Hierzu beantrage ich, die Maximalbebauung zugunsten einer ortsüblichen Baudichte und Ausgestaltung zu ändern.

Das Schutzgut Mensch wurde ebenfalls nicht umfassend geprüft.

Die Feststellung, dass sich gegenüber der Bestandssituation keine erheblichen Auswirkungen durch die Änderung ergeben, ist definitiv falsch und zeugt von keiner Orts- und Sachkenntnis.

Es ist so, dass die TV-Gaststätte seit vielen Jahren nicht mehr betrieben wird. Davor war der Verkehr und Lärm sehr gering.

In der Halle fanden wenige, geschätzt 2-4, größere Veranstaltungen pro Jahr statt. Der Turnbetrieb war nicht lärmintensiv, viele, insbesondere ältere Mitglieder, kamen zu ihren Turnstunden zu Fuß. Geringer Kfz-Verkehr fand in den späten Vormittags- und den frühen Abendstunden statt. Vor 9 Uhr und nach 22 Uhr gab es in der Regel keinen Lärm, weder durch Personen noch durch Fahrzeuge.

Durch die Bebauung mit 9 Wohneinheiten wird die gesamte Lärmentwicklung um ein Vielfaches intensiver und zwar an 365 Tagen/Nächten im Jahr.

In Bezug auf den Verkehrslärm muss mit mindestens 18 Kraftfahrzeugen mehr in diesem kleinen Bereich gerechnet werden.

Aufgrund der sehr beengten Gegebenheiten auf dem Grundstück wird es sich wohl binnen kürzester Zeit einbürgern, dass die Zufahrt aus Richtung Westen und die Ausfahrt in Richtung Osten (Stichstraße) führen wird. Selbst wenn dies nicht der Fall sein sollte, so fahren doch mindestens 6 Kfz. plus Versorgungsfahrzeuge etc. über die Stichstraße an/ab und vervielfachen den dortigen Verkehr.

Der B-Plan soll so geändert werden, dass der zusätzliche Verkehr nicht über die Stichstraße geführt wird.

4. Parksituation

Die Parksituation im Sommerackerweg ist schon jetzt sehr beengt. Die Zufahrt zur Stichstraße ist, egal aus welcher Richtung, nur im Slalom möglich. In der Stichstraße sind keine öffentlichen Parkplätze vorhanden. Die Parkplätze im übrigen Sommerackerweg reichen für die Anwohner jetzt schon nicht aus. Dazu kommt noch der Parkdruck aus der Jahnstraße, der nicht zuletzt vom ehemaligen Gemeindeanwesen (ehern. Überlandwerk) ausgeht. Auch diese Anwohner parken bereits im Sommerackerweg, da dies auf dem eigenen Grundstück kostenpflichtig ist.

Diese Situation wird durch die neue Maximalbebauung noch massiv verschärft.

Die im Lageplan (Anlage 2 S. 1 zur Begründung) eingezeichneten Parkplätze sind in ihrer Anzahl der Stellplatzverordnung entsprechend.

De facto werden viele Bewohner jedoch binnen kürzester Zeit ihre Parkplätze auf dem Sommerackerweg bzw. der Jahnstraße suchen.

Stellplatz 1 teilt sich ca. 5 Meter Breite mit der Müllsammelstation für 9 Häuser. Wer wird dort parken?

Plätze 3-11 sind über eine ca. 37 Meter lange und ca. 3 Meter breite Anfahrt erreichbar, erst dann verbreitert sich der Weg. Bei Begegnungsverkehr muss einer die Strecke rückwärtsfahrend zurücklegen. Bei Regen und Dunkelheit sowie einer Mauer als Begrenzung keine Kleinigkeit!

Parkplätze 14 und 15 müssen entweder vorwärts rein und rückwärts raus oder umgekehrt. Es sind zwei enge 90 Grad Kurven (eine in den 2,8 Meter breiten Stichweg) zu fahren und dann weitere 20 Meter rückwärts.

Stellplätze 17 und 18 sind hintereinander angeordnet. 17 muss aus Richtung Jahnstraße einfahren, nachdem er vorher im Wendehammer gewendet hat und rückwärts zur Grundstückseinfahrt gefahren ist, um dann vorwärts auf den Parkplatz zu kommen.

Stellplatz 18 ist so eingezeichnet, dass er vom Wendehammer aus angefahren werden muss. Dies ist notwendig, da ja jeder Stellplatz nach § 5 Abs. 2 StellplatzVO unabhängig voneinander anfahrbar sein muss. Tatsächlich ist aber zwischen der Fahrbahn Wendehammer und dem Parkplatzniveau ein Höhenunterschied von etwa 40 Zentimeter. Also ist keine Zufahrt möglich und der Stellplatz somit nicht zulässig.

Die genaue Situation erschließt sich erst vollständig, wenn der B-Plan und der Lageplan mit eingezeichneten Parkplätzen (Anl. 2) zusammen betrachtet werden.

Wenn der Sommerackerweg noch stärker zugeparkt wird, werden massive Sicherheitsprobleme auftauchen. Bereits jetzt müssen, ab der Kurve am Trafohaus, Mütter mit Kinderwagen und ältere Menschen mit Rollatoren auf der Fahrbahn laufen, da der Gehweg entweder nicht vorhanden oder selbst für einen einzelnen Fußgänger zu schmal ist. Jetzt können Fußgänger noch ausweichen. Wenn alles zugeparkt ist, dann nicht mehr. Müssen erst Personen zu Schaden kommen, wer trägt dann die Verantwortung dafür?

Aus Sicherheitsaspekten ist die Parkplatzsituation, insbesondere aber die Anordnung und Nutzbarkeit von 18 Stellplätzen auf dem TV Gelände, nochmals kritisch zu prüfen. Ggfs. müssen Stellplätze reduziert und/oder praktikable Lösung vorgeschrieben werden.

5. Ver- und Entsorgung

Auch in diesen Punkten ist die Begründung knapp bemessen oder gar nicht vorhanden. Die Müllentsorgung von 9 Wohneinheiten wird lediglich in der Legende erwähnt und im Plan mit „E im Kreis“ gekennzeichnet.

Über die tatsächlichen Gegebenheiten kein Wort. Die Bewohner der Häuser Nrn. 8 und 9 müssen ihren Müll 90 Meter zur Müllsammelstation tragen. Wer macht das? Um keine negative Antwort geben zu müssen, wird das in der Begründung erst gar nicht hinterfragt.

Die gelben Säcke werden wohl nicht zur Sammelstation getragen sondern zusätzlich auf den Fußweg zur Jahnstraße verbracht und blockieren dort den Gehweg. Schon jetzt ist an den Abfuhrtagen die Situation dort schwierig, da die jetzigen Anwohner ihren Müll dorthin bringen müssen. Eine Müllentsorgung in der Stichstraße findet ja bekanntlich nicht statt.

Es wird gebeten, dass der Gemeinderat die Stellungnahme gemäß dem BauGB in seine Beratungen einfließen lässt und die vorliegende Bebauungsplan-Änderung nicht als Satzung beschließt.

Beurteilung:

zu 1:

Da es sich im vorliegenden Fall um einen Bebauungsplan der Innenentwicklung nach § 13a BauGB handelt, kann bei Beibehaltung der Festsetzung eines besonderen Wohngebietes (WB) der Flächennutzungsplan im Wege der Berichtigung an die Festsetzungen des Bebauungsplanes angepasst werden.

zu 2:

Vergnügungsstätten, die nach § 4a Abs. 3 Nr. 2 BauNVO ausnahmsweise zulässig sind, werden im

Bebauungsplan (siehe Festsetzung WB) nicht zugelassen.

zu 3. und 4:

Für die Bauleitpläne der Innenentwicklung, die im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB aufgestellt werden, ist keine Umweltprüfung erforderlich. Die Belange der Umwelt nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe a BauGB wurden jedoch berücksichtigt. (siehe Begründung Pkt 7.3 Umweltbelange).

Durch die früheren Nutzungen „Turnhalle, Gaststätte und Parkplatz“ bestanden erhebliche Beeinträchtigungen für die benachbarten Grundstücke. Der Änderung vom 09.10.1984 im Bereich der Stichstraße des Sommerackerweges Hs. Nr. 14 c und d wurde nur unter Auflagen der Unteren Immissionsschutzbehörde zugestimmt. Nach der Stellungnahme des Immissionsschutzes liegt die damalige Änderungsfläche in einer Zone mit einem Außenlärmpegel von bis zu 70 dB(A), die einzuhaltenden Immissionsrichtwerte für ein WA-Gebiet betragen tags 55 dB(A) und nachts 40 dB(A). Aufgrund der wesentlichen Überschreitungen sind passive Schallschutzmaßnahmen (Einhaltung der Mindestwerte der Luftschalldämmung von Außenbauteilen des Lärmpegelbereiches IV der DIN 4109, Schallschutzfenster, Lüftungseinrichtungen in schallgedämmter Ausführung, schallabgewandte Anordnung der Ruheräume) erforderlich. Auch für weitere an das TV-Gelände angrenzende Grundstücke bestehen Immissionsduldungsrechte (70 dB(A)). Bei einer Wohnbebauung mit neun Wohneinheiten ist gegenüber der ehem. Nutzungssituation keine wesentliche Änderung des Verkehrsaufkommens und der Lärmbelastung zu erwarten.

Ansonsten wird auf die Zusammenfassung der Beurteilungen verwiesen.

14. Hans Peter Baumann, Sommerackerweg 16 b, 63808 Haibach, 11.10.18

Mit der geplanten 4. Änderung des Bebauungsplanes Sommerackerweg besteht kein Einverständnis. Aus den nachfolgenden Gründen werden Änderungen beantragt bzw. Einspruch eingelegt:

Enge der Straße

Leider ist die Stichstraße nur von einem Auto zu befahren, kommt ein Auto entgegen, muss man zurückfahren und evtl. auf fremde Grundstücke ausweichen. Das will von uns niemand.

Es ist in der Stichstraße auch kein Gehweg vorhanden.

Die Straße ist an manchen Stellen nur 2,80 m, oben an der Einfahrt nur 2,90 m breit.

An den engen Stellen kommen nicht mal Fußgänger und Auto aneinander vorbei.

Durch die massive Bebauung mit 9 bis maximal 12 Wohnungen droht ein Verkehrschaos.

Schon jetzt wird in der Stichstraße mehr rangiert als gefahren!

Aus diesem Grund wird beantragt.

a) die maximale Anzahl der Wohnungen deutlich zu verkleinern, WA statt WB und

b) höchstens 2 Wohnungen an die Stichstraße anzubringen- dies auch dauerhaft durchzusetzen!

Der Rest soll Richtung Westen durch das Eigentum der Verkehrsverursacher ausfahren.

Brandschutz

Da man mit normalem PKW gerade so um die Kurve kommt, fürchte ich, dass kein Feuerwehrauto in die Straße kommt. Da die Einfahrt nur 2,95 m hat.

Bebauungsplan

Warum ist die Flurnummer 4862 kein Bauland aber die Flurnummer 4872 von Herrn Eugen und Frau Gudrun Rückert?

Beantragt wird, auch auf seinem Grundstück 4862 eine Wohnbebauung zu ermöglichen.

Ansicht

In ganz Haibach sind nur an Randgebieten wie z.B. Haibacher Schweiz Flachdächer erlaubt. Jetzt soll dies mitten im Ort genehmigt werden.

Hier wird das gewachsene Ortsbild verschandelt, wohl nur um den Gewinn des Investors zu steigern.

Woanders werden beantragte Flachdächer rigoros abgelehnt!

Hier aber sollen Häuser auf Minigrundstücken ohne Keller, Garagen und Abstellmöglichkeiten zu Lasten der Nachbarn gebaut oder besser hineingequetscht werden.

Wertverlust des eigenen Grundstücks

Das Grundstück ist WA und die gesamte Nachbarschaft auch. Nun soll das TV-Gelände WB werden, da ist auch Gewerbebebauung erlaubt!

Befürchtung, dass das Grundstück deshalb an Wert verliert!

Beurteilung:

Bebauung Fl.Nr. 4862

Beabsichtigt ist der Neubau eines Einfamilienhauses auf den Fl.Nrn. 4872 und 4869, Grundstücksbreite ca. 12 m. Die Breite des Grundstücks Fl.Nr. 4862 beträgt nur ca. 10 m, bei Mindestabständen von 3 m beidseits und Berücksichtigung des erforderlichen Abstandes zu Hs.Nr. 14a genügt die Fläche nicht den Abmessungen an ein Baugrundstück.

Beschluss:

Aufgrund der geringen Grundstücksgröße soll auf dem Grundstück Fl.Nr. 4862 kein Baufenster ausgewiesen werden.

Ansonsten wird auf die Zusammenfassung der Beurteilungen verwiesen.

Abstimmungsergebnis: ja: 15 nein: 3

GR Jürgen Goldhammer bemerkt zu seiner Gegenstimme, dass er sich für das Zurückziehen der Baugrenze ausgesprochen hat, demnach kann er zu diesem Antrag keine Zustimmung erteilen.

Bgm. Andreas Zenglein fühlt sich gem. Art. 48 GO in einem Gewissenskonflikt und nimmt weder an den Beratungen noch an den Abstimmungen zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

15. Michelle Baumann, Sommerackerweg 16 a, 63808 Haibach, 11.10.18

Es besteht kein Einverständnis mit der 4. Änderung des Bebauungsplanes „Sommerackerweg“. Aus folgenden Gründen werden Änderungen beantragt bzw. Einspruch eingelegt:

Enge der Straße

Der Sommerackerweg und besonders die Stichstraße kann nicht noch mehr Verkehr aufnehmen. Jetzt kommen noch weitere Autos dazu. Da bin ich dagegen! Eine Ausfahrt auf die Stichstraße soll nicht zugelassen werden. Die fahren irgendwann mal alle da raus, einfach weil es praktischer ist.

Das Thema Verkehrserschließung(Nr.6.1) wird in der Begründung eigentlich nur wenig behandelt.

Auf die Probleme wird überhaupt nicht eingegangen.

Die angegebenen Fahrbahnbreiten in der Stichstraße stimmen so nicht! Stichstraße unterer Bereich (geplante Einfahrt TV-Gelände) etwa 2,80 m Einmündungsbereich ca. 2,95 m.

Brandschutz

Die Fahrbahnbreite der Stichstraße ist für die Fahrzeuge der Feuerwehr zu schmal, keine drei Meter.

Auch bei der geplanten Bebauung mit 9 Häuser scheint es für die Feuerwehr innerhalb des TV-Gelände zu eng zu sein.

Es ist eine genaue Überprüfung der Örtlichkeit vorzunehmen.

Die ganzen Probleme entstehen nur durch die übermäßige Enge der Bebauung mit maximal 12 Wohnungen. Wenn 12 Wohnungen zulässig sind, werden sie wohl auch gebaut!

Mit „nur“ neun Häuser sollen wir wohl beruhigt werden bis der Plan durch ist.

Die dermaßen enge Bebauung soll nicht zugelassen werden und das Grundstück Nr. 4836 als allgemeines Wohngebiet mit geringer Bebauungsdichte ausgewiesen werden.

Wegen der oben aufgeführten Punkte wird beantragt, im Gebiet des Bebauungsplanes Sommerackerweg keine unverhältnismäßig dichte Bebauung zuzulassen.

Hier sollte man sich an die vorhandenen Gegebenheiten im gesamten Bebauungsgebiet Sommerackerweg anpassen. Insbesondere die Pläne für das Grundstück der ehemaligen Turnhalle werden abgelehnt. Dies ist alles zu eng und zu dicht.

Beurteilung:

Die aufgeführten Einwendungen werden in der Zusammenfassung der Beurteilungen beachtet.

16. Sandra Baumann, Sommerackerweg 16 a, 63808 Haibach, 11.10.18

Es besteht kein Einverständnis mit der 4. Änderung des Bebauungsplanes „Sommerackerweg“. Aus folgenden Gründen werden Änderungen beantragt bzw. Einspruch eingelegt:

Enge der Straße

Der Sommerackerweg und besonders die Stichstraße kann nicht noch mehr Verkehr aufnehmen. Jetzt kommen noch weitere Autos dazu. Da bin ich dagegen! Eine Ausfahrt auf die Stichstraße soll nicht zugelassen werden. Die fahren irgendwann mal alle da raus, einfach weil es praktischer ist.

Das Thema Verkehrserschließung(Nr.6.1) wird in der Begründung eigentlich nur wenig behandelt.

Auf die Probleme wird überhaupt nicht eingegangen.

Die angegebenen Fahrbahnbreiten in der Stichstraße stimmen so nicht! Stichstraße unterer Bereich (geplante Einfahrt TV-Gelände) etwa 2,80 m Einmündungsbereich ca. 2,95 m.

Brandschutz

Die Fahrbahnbreite der Stichstraße ist für die Fahrzeuge der Feuerwehr zu schmal, keine drei Meter.

Auch bei der geplanten Bebauung mit 9 Häuser scheint es für die Feuerwehr innerhalb des TV-Gelände zu eng zu sein.

Es ist eine genaue Überprüfung der Örtlichkeit vorzunehmen. Die ganzen Probleme entstehen nur durch die übermäßige Enge der Bebauung mit maximal 12 Wohnungen. Wenn 12 Wohnungen zulässig sind, werden sie wohl auch gebaut!

Mit „nur“ neun Häuser sollen wir wohl beruhigt werden bis der Plan durch ist.

Die dermaßen enge Bebauung soll nicht zugelassen werden und das Grundstück Nr. 4836 als allgemeines Wohngebiet mit geringer Bebauungsdichte ausgewiesen werden.

Beurteilung:

Die aufgeführten Einwendungen werden in der Zusammenfassung der Beurteilungen beachtet.

17. Ursula Baumann, Sommerackerweg 16 b, 63808 Haibach, 11.10.18

Es besteht kein Einverständnis mit der 4. Änderung des Bebauungsplanes „Sommerackerweg“. Aus folgenden Gründen werden Änderungen beantragt bzw. Einspruch eingelegt:

Enge der Straße

Durch die vielen neuen Häuser auf dem TV-Gelände wird mehr Verkehr befürchtet. Neben Lärm, Dreck und Abgasen ist auch die Sicherheit gefährdet. Es ist jetzt schon gefährlich, da in der Stichstraße kein Gehweg und auf dem Sommerackerweg nur ein recht schmaler Gehweg ist.

Die Stichstraße wird viel von älteren Leuten, Kindern, Frauen mit Kinderwagen etc. benutzt. Wir Anwohner fahren deshalb nur Schrittgeschwindigkeit.

Wenn jetzt noch alle aus dem TV-Gelände durch die Stichstraße fahren, ist das unmöglich. sicher wird es so kommen, denn auf dem schmalen weg im TV-Gelände muss immer rangiert werden. Hier bietet sich dann die Durchfahrt zur Stichstraße an. Das ist zwar nicht geplant, nach einem halben Jahr wird es aber so sein. Wer fährt schon gerne in einem engen Schlauch 30 m rückwärts?

Zur Stichstraße soll keine Ausfahrt genehmigt werden. Für die Feuerwehr kann ein Notzugang mit Pfosten eingerichtet werden.

Ansicht

Es sind hier zu viele Häuser geplant. Es ist dann kein dörflicher Charakter mehr, sondern eher die Ansicht der Rhönstraße. Die Nachbarn wollen keine

enge Billigbebauung, wollen die Gemeinderäte sowas in ihrer Nachbarschaft?

Haibach kann stolz auf sein jetziges Aussehen sein, deshalb werden auch Wohnungen gesucht.

Deshalb keine Billighäuser auf Minigrundstücken! Die Bebauungsdichte muss reduziert werden.

Umwelteinflüsse

Wegen der dichten Bebauung und der nur minimalen Grünflächen befürchte ich negative Umwelteinflüsse wie mehr Lärm oder weniger Luftaustausch.

Diese Einflüsse sollten meiner Meinung nach zumindest untersucht werden.

Die Ausführungen in der Begründung sind hier doch sehr allgemein. Die jetzige Situation scheint in Ordnung zu sein, aber wie wird das mit dieser massiven Bebauung von bis zu 12 Wohneinheiten?

Beurteilung:

Siehe Zusammenfassung der Beurteilungen der Einwendungen.

18. Wolfgang Baumann, Sommerackerweg 16 a, 63808 Haibach, 11.10.18

Es besteht kein Einverständnis mit der 4. Änderung des Bebauungsplanes „Sommerackerweg“. Aus folgenden Gründen werden Änderungen beantragt bzw. Einspruch eingelegt:

Enge der Straße

Der Sommerackerweg und besonders die Stichstraße kann nicht noch mehr Verkehr aufnehmen. Jetzt kommen noch weitere Autos dazu. Da bin ich dagegen! Ich beantrage keine Ausfahrt auf die Stichstraße zuzulassen! Die fahren irgendwann mal alle da raus, einfach weil es praktischer ist.

Das Thema Verkehrserschließung(Nr.6.1) wird in der Begründung eigentlich nur wenig behandelt.

Auf die Probleme wird überhaupt nicht eingegangen.

Die angegebenen Fahrbahnbreiten in der Stichstraße stimmen so nicht! Stichstraße unterer Bereich (geplante Einfahrt TV-Gelände) etwa 2,80 m Einmündungsbereich ca. 2,95 m.

Brandschutz und Rettungswagen

Die Fahrbahnbreite der Stichstraße ist für die Fahrzeuge der Feuerwehr zu schmal, keine drei Meter.

Auch bei der geplanten Bebauung mit 9 Häuser scheint es für die Feuerwehr innerhalb des TV-Gelände zu eng zu sein. Ich beantrage hier eine genaue Überprüfung der Örtlichkeit.

Ansicht

Es sind hier zu viele Häuser geplant. Es ist dann kein dörflicher Charakter mehr, sondern eher die Ansicht der Rhönstraße. Die Nachbarn wollen keine enge Billigbebauung, wollen die Gemeinderäte sowas in ihrer Nachbarschaft?

Haibach kann stolz auf sein jetziges Aussehen sein, deshalb werden auch Wohnungen gesucht.

Deshalb keine Billighäuser auf Minigrundstücken! die Bebauungsdichte muss reduziert werden.

Umwelteinflüsse

Wegen der dichten Bebauung und der nur minimalen Grünflächen befürchte ich negative Umwelteinflüsse wie mehr Lärm oder weniger Luftaustausch.

Diese Einflüsse sollten meiner Meinung nach zumindest untersucht werden.

Die Ausführungen in der Begründung sind hier doch sehr allgemein. Die jetzige Situation scheint in Ordnung zu sein, aber wie wird das mit dieser massiven Bebauung von bis zu 12 Wohneinheiten?

Beurteilung:

Die aufgeführten Einwendungen werden in der Zusammenfassung der Beurteilungen beachtet.

19. Maria Schrott, Jahnstraße 13, 63808 Haibach, 11.10.18

Einwand gegen den Bebauungsplanentwurf Sommerackerweg

Der Verkehr ist zu groß. Die Autos benutzen den Gehsteig mit.

Die Parksituation ist sehr schwierig. Bei noch mehr Wohnbebauung wird die Parksituation noch schwieriger.

Beurteilung: Es wird auf die Zusammenfassung der Beurteilungen verwiesen.

20. Walter Wenzel, Großmannstraße 4, 63808 Haibach, 11.10.18

Eigentümer des Grundstücks Großmannstraße 4 (Fl.Nr. 4810).

Vor dem bestehenden Haus befindet sich eine große Hoffläche. Im zur Zeit ausliegenden Bebauungsänderungsplan ist auf dieser Fläche keine Baugrenze eingezeichnet.

Somit könnte dort künftig keine Bebauung mehr erfolgen.

Entlang der gesamten Großmannstraße verläuft die Baugrenze unmittelbar bzw. mit geringem Abstand zur Gehsteighinterkante. Das Grundstück weist als einziges dort keine Baugrenze aus. Beantragt wird deshalb, auch für die o. g. Hoffläche eine Baugrenze entlang der Großmannstraße festzusetzen, so dass auf dieser Hoffläche noch eine Baumöglichkeit für ein Wohnhaus entsteht.

Die Erschließung des Hauses Großmannstraße 4 könnte über eine separate Zufahrt auf dem Grundstück Fl.Nr. 4810 jederzeit erfolgen.

Beurteilung:

Für das Grundstück Fl.Nr. 4810 kann eine weitere überbaubare Fläche an der Großmannstraße festgesetzt werden.

Beschluss:

Für das Grundstück Fl.Nr. 4810 wird eine weitere überbaubare Fläche an der Großmannstraße festgesetzt.

Abstimmungsergebnis: ja:18 nein: 0

Bgm. Andreas Zenglein fühlt sich gem. Art. 48 GO in einem Gewissenskonflikt und nimmt weder an den Beratungen noch an den Abstimmungen zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

21. Gerdi Eckert, Jahnstraße 5-7, 63808 Haibach,**12.10.18**

Eigentümerin des Hotel-Restaurants „Spessartstuben“.

Einspruch gegen die Änderung des Bebauungsplanes „Sommerackerweg“ vom 18.07.2018.

Diese massive Bebauung (besser gesagt: „Zupflasterung“) des Turnhallengeländes wird als sehr problematisch gesehen.

Die 9 m hohe Häuserfront in nur 3 m Abstand von dem Zaun beeinträchtigt ganz enorm die Lichtverhältnisse auf der Südseite des Hotels.

Große Umsatzeinbußen (Existenzgefährdung) für das Hotel werden nicht ausbleiben, da die Südseite für die Hotelgäste nicht mehr attraktiv ist (Hohe Hausmauern direkt vor der Nase der Hotelgäste).

Die Abstandsflächen sind nicht eingehalten!

Der Lärmpegel durch die Autos der neuen Eigentümer (18 Parkplätze), wird sich deutlich erhöhen. Das betrifft nicht nur die Hotelgäste sondern auch die gesamte Nachbarschaft.

Der Verkehr in der Jahnstr. und die Parksituation, auch rund um den Sommerackerweg stößt schon jetzt an seine Grenzen.

Eine große Rolle spielt der Brandschutz, insbesondere bei der Personenrettung. Die sehr engen Zufahrten zu den Reihen- und Doppelhäusern werden die Feuerwehr im Notfall vor große Probleme stellen. Die Häuser können nur erschwert erreicht werden. Im Notfall zählt jede Minute.

Beurteilung:

Es wird auf die Zusammenfassung der Stellungnahmen sowie die Beurteilung unter Ziffer 1 verwiesen.

22. Karl-Heinz Eckert, Jahnstraße 5-7, 63808 Haibach,**12.10.18/15.10.18**

Eigentümer des Hotel-Restaurants „Spessartstuben“

Einspruch gegen die Änderung des Bebauungsplanes „Sommerackerweg“ vom 18.07.2018 von WA in WB.

Durch diese geplante, massive Verdichtung mit 9 Häusern und den geforderten 18 Parkplätzen wird sich eine Verkehrssituation ergeben die absolut nicht hinnehmbar ist.

Es betrifft die Stellplätze im hinteren Bereich, gekennzeichnet mit CP.

Aus der Sicht von Herrn Eckert stellt dies einen ganz klaren planerischen Verstoß dar, insbesondere ein Verstoß gegen die Abwägungsgrundsätze und somit ein Abwägungsdefizit. Um diese Stellplätze im hinteren Bereich zu erreichen, muss man zwischen der gesamten neu vorgesehenen Bebauung (WB) und der Bestandsbebauung vorne an der Jahnstr. hindurchfahren, dann anschließend einen Kreuzungsbereich überwinden, was bei Gegenverkehr ein erhebliches Problem ist, (eine Fahrspur) um dann die hinteren Stellplätze zu erreichen, die insgesamt 12 Stellplätze umfassen. Dies stellt eine erhebliche Verkehrsbelastung dar und ist im hinteren Bereich aus meiner Sicht grob planungsfehlerhaft.

Der Lärmpegel wird sich nicht nur für die komplette Nachbarschaft, sondern auch für unsere Hotelgäste deutlich erhöhen.

Außerdem ist die gesamte Verkehrssituation in der Jahnstraße und die Parksituation auch rund um den Sommerackerweg schon jetzt grenzwertig!

Hinzu kommt, dass die Abstandsflächen nicht eingehalten werden.

Nachtrag vom 15.10.2018:

Durch diese Planungsänderung wurde in keiner Weise auf die Interessen und Beweggründe unseres Anliegens eingegangen. Bei der Aufstellung des Bebauungsplans von WA zu WB wurde keine gerechte Abwägung der öffentlichen und der privaten Belange gegen und untereinander erwogen.

Die Planbetroffenen besitzen jedoch regelmäßig ein schutzwürdiges Vertrauen darauf, dass die Festsetzung des Plans nicht ohne Berücksichtigung Ihrer Belange geändert werden. Bei der Entscheidung über die Planänderung hat die Gemeinde besonders zu prüfen, ob und in welchem Umfang sich die Planunterworfenen (oder auch Nachbarn des Plangebiets bzw. Planänderungsbereich) auf die Fortgeltung der Planfestsetzung eingerichtet haben und welches Gewicht diesem Vertrauen in die Fortgeltung der bisherigen Festsetzung zukommt. Hinsichtlich des Ob und auch hinsichtlich der Tragweite zulässiger Planänderungen kommt es auf das Gewicht der konkurrierenden Interessen an, welche in diesem Fall für eine Planänderung streiten.

Es gibt sicherlich genügend Punkte die zeigen, dass die geplante Bebauung eine massive Auswirkung auf das zukünftige Geschäft, vor allem das Hotel hat.

Die Qualität der Hotelzimmer zum Turnhallengelände verschlechtert sich dramatisch: Lärm durch Anwohnerverkehr, Lichtverhältnisse und Aussicht durch diese hohe und dichte Bebauung (Zupflasterung des Geländes).

Existenzgefährdung des seit fast 70 Jahren ansässigen Familienbetriebes und Arbeitgeber für 10 Mitarbeiter.

Mit der Perspektive einer solchen Planänderung, des seit „ewigen Zeiten“ bestehenden Turnhallengeländes, hätte man den Um/Ausbau in den 70 Jahren und erheblichen Investitionen der letzten Jahre wohl nicht vorgenommen

Die Frage ist, hat man das bei der Planänderung alles berücksichtigt und entsprechend abgewogen? Wenn der 1. Bürgermeister in der Gemeinderatssitzung laut Main-Echo die Planänderung engagiert vertritt, und sogar laut Main-Echo (Artikel vom 9.8.2018) die Anwohner verhöhnt (Häufchen von 20 gegen 8500 Einwohner) kann man von einer entsprechenden Abwägung der Interessen nicht unbedingt ausgehen.

Ein Ende der „Spessartstuben“ hätte auch auf die Infrastruktur der Gemeinde negative Auswirkungen (Gaststättensterben der letzten Jahre, Familienbetriebe werden zerstört).

Ein Hotel und Restaurantbetrieb ist sehr wichtig und attraktiv, für in der Gemeinde und Region ansässigen Firmen (z. B. Adler, auch Unterstützer der Spessartstuben, Wego, Linde, SAF Holland, etc.) und Institutionen (z.B. Klinikum).

Ist das Interesse eines Bauträges von größerer Bedeutung, als das Anliegen der gesamten „Interessengemeinschaft Sommerackerweg“?

Eine weitere Frage stellt sich mir, warum wird das Turnhallengebiet anders behandelt als der Rest des Bebauungsgebiet Sommerackerweg? Auch das ist abwägungsrelevant!

Alle Gemeinderäte sollten das TV Gelände zu begehen, um eine bessere Einschätzung, der Nähe der geplanten und dichten Bebauung und die Situation zu verstehen.

Beurteilung:

Es wird auf die Zusammenfassung der Stellungnahmen sowie die Beurteilung unter Ziffer 1 verwiesen.

23. Margarete und Klaus Heyn, Sommerackerweg 9, 63808 Haibach, 12.10.18

Als Anwohner des Sommerackerwegs wird zur geplanten Neubebauung des ehemaligen TV-Geländes Stellung genommen.

So eine dichte Bebauung passt nicht in das Wohnviertel.

Mit der dadurch zunehmenden Verkehrsdichte treten erhebliche Schwierigkeiten auf.

Die bis jetzt vorhandenen Parkmöglichkeiten sind mehr als beschränkt. Es ist zu befürchten, dass durch die Neubebauung und die damit zunehmende Verkehrsdichte die Parkmöglichkeiten im Sommerackerweg nicht ausreichen. Schon jetzt ist es für Feuerwehr, Müllabfuhr und Krankenwagen (eigene Erfahrung) schwierig, durch die enge Straße durch zu kommen. Auf Grund der dann vorhandenen Bebauungsdichte leidet das ganze Viertel an Attraktivität und damit verbunden ist mit

einem Wertverlust unseres Grundstücks zu rechnen.

Gegen eine ortsübliche Bebauung in kleinerem Umfang bestehen keine Einwände.

Das Grundstück des TV Haibach soll als allgemeines Wohngebiet klassifiziert und die Anzahl der möglichen Wohngebäude deutlich reduziert werden.

Beurteilung:

Siehe zusammenfassende Beurteilung.

24. SPD-Fraktion

12.10.18

i.A. Herr Kempf-Blatt

Die SPD-Fraktion beantragt, das ehemalige Areal des TV Haibach, nunmehr im Besitz der Firma Neska, als Allgemeines Wohngebiet (WA) auszuweisen und die geplante Sondergebietszone auf den Bereich der bestehenden Gewerbegebiete zu beschränken. Der Bestandsschutz der bestehenden Betriebe muss gewährleistet bleiben und soll in Absprache mit der Ortsplanerin detailliert geregelt werden.

Eine Deklaration des Ex-TV-Geländes kommt einer Kernforderung der Anlieger entgegen und wäre so in großem Maße geeignet, den mit großen Emotionen beladenen Konflikt zur Bebauungsplanänderung zu befrieden.

Beurteilung:

Zu dem Punkt „Gebietsart“ wird in der Zusammenfassung der Beurteilung Stellung genommen.

25. Bastian Stenger, Sommerackerweg 14 a, 63808 Haibach, 12.10.18

Einspruch

Parksituation Bebauungsplan

Da lt. Plan die „zukünftigen neuen Hausbesitzer“ des TV-Geländes auch über die enge Stichstraße Sommerackerweg (1-spurig) herausfahren müssen führt dies zwangsläufig zu erhöhter Lärmbelästigung. Die Anwohner der Stichstraße und Sommerackerweg haben jetzt schon Schwierigkeiten ihre Autos zu parken, da teilweise keine, oder nicht genügend Stellplätze am Haus vorhanden sind, geschweige denn es kommt mal Besuch! Auch Müllabfuhr oder sonstige Rettungsfahrzeuge oder LKW's können nicht in die Stichstraße hereinfahren, da die beiden Eckhäuser (in die Einfahrt Stichstraße) von einer erhöhten Mauer umgeben sind. Dies erschwert/behindert die Einfahrt zusätzlich. Daher wird eine Ausfahrt der zukünftigen Bewohner des TV-Geländes in die Stichstraße abgelehnt.

Wohnraumverdichtung - Einengung Freiräume - keine Belebung des Ortskerns.

Dieses Konzept der Wohnraumverdichtung gehört abgeschafft. Es stellt auf Einengung der Freiräume und auf bedrängtes Wohnen ab und geht an den Bedürfnissen vorbei. Das dient meiner Meinung nach nur der Geschäftemacherei aber nicht den Menschen, die dort leben.

Qualifiziertes Wohnen braucht Platz. Es ist bereits eng genug hier im Ortskern von Haibach. 9 Häuser und 18 Stellplätze sind eindeutig zu viel auf dem TV-Gelände. Gefordert wird eine Reduzierung der Bebauung.

Die TV-Halle war ein Treffpunkt für Jung und Alt für Sport und Veranstaltungen und belebte dadurch den Ortskern. Schade, dass hier keine andere Lösung für die TV-Halle gefunden werden konnte.

Bebauungsplanänderung

Das Nachbar-Flurstück 4872 und Fl.Nr. 4869 ist als Baugrundstück ausgewiesen (zurzeit Garten Gudrun Rückert). Eine Zufahrt ist nur über das Flurstück 4871 (8 m²) möglich und würde eine geregelte Zufahrt für Rettungsfahrzeuge verhindern. Ein möglicher Hausbau I+S+D / SD, vPD müsste zurückversetzt von der eh schon engen Stichstraße erfolgen und würde sich nicht harmonisch in das dörfliche Umfeld der Nachbarbebauung einfügen.

Auch die enge Stichstraße würde dadurch von mind. 2 weiter parkenden Autos in der Straße belastet werden. Daher wird eine weitere Bebauung in der Stichstraße Sommerackerweg abgelehnt.

Ich hoffe in der der Gemeinderatssitzung vom 07.11.18 wird für alle, Gemeinde, Öffentlichkeit und betroffene Bürger eine Lösung gefunden werden.

Beurteilung:

Im Vorfeld wurden der Gebäudebestand geprüft und Kosten für die Ertüchtigung der Substanz und Erfüllung der Vorgaben an Brandschutz, Hygiene etc. ermittelt. Die Entscheidungen, die im Ergebnis zum Verkauf des Grundstücks mit vereinseigener Turnhalle in der Jahnstraße führten, wurden von den Mitgliedern des TV Haibach e.V. nach Abwägung sämtlicher Argumente einstimmig bzw. mehrheitlich (75:1) getroffen. Der Sport wird in Zukunft in den gemeindlichen Hallen stattfinden.

Es besteht eine Bauvoranfrage für den Neubau eines Einfamilienhauses auf der Fl.Nr. 4872 und 4869. Das Grundstück Fl.Nr. 4872 ist über die Verkehrsfläche Fl.Nr. 4871 erschlossen. Die Stellplätze sollen in der bestehenden Garage und einem Carport angeordnet werden.

Abstimmungsergebnis: Siehe Anlage zum Protokoll Seite 52

26. Claudia Stenger, Sommerackerweg 14 a, 63808 Haibach, 12.10.18

Nach dem Aufstellungsbeschluss des Gemeinderates zu o.g. Bebauungsplan wäre es normalerweise üblich, die betroffenen Bürger über die Tragweite des beabsichtigten Bauvorhabens zu informieren und ihnen möglichst früh die Gelegenheit zu geben, Einfluss auf die Ausgestaltung zu geben. Dies ist leider nicht geschehen.

Die Öffentlichkeit hatte vom 17.08. bis 18.09.2018 (größtenteils Bay. Sommerferien - ungünstig oder beabsichtigt) sowie nach Einspruch Anwohner Sommerackerweg vom 14.09. - 15.10.2018 erst jetzt die Möglichkeit, Ihre Stellungnahme/Einwände zu o.g. Planentwurf abzugeben.

Stellplätze auf dem zukünftigen Gelände der Sporthalle sowie Ausfahrt vom Gelände

Hier müssen für die 5 Reihenhäuser und 2 Doppelhaushäuser 18 Stellplätze geschaffen werden. Mindestens 5 Besitzer der Stellplätze (die der DH-Hälften) müssen lt. Plan über die enge Stichstraße aus dem Gelände fahren. Diese ist hier stellenweise nur 2,80 breit und hat keinen Gehweg für Fußgänger. Die Stichstraße Sommerackerweg kann nur jeweils von einem Auto befahren werden, ein Ausweichen ist kaum möglich.

Die Anwohnerin muss ihre Mülltonnen an die Einmündung in die Stichstraße stellen damit die Müllabfuhr diese überhaupt mitnehmen kann. Frau Pfeifer, Besitzerin Eckhaus an der Einmündung zur Stichstraße hat selbst keine Parkfläche an Ihrem Haus und muss auf der Straße Sommerackerweg parken (sowie auch noch andere Anwohner und beengen dadurch zwangsweise auch diese Straße). Besucher müssen weit weg parken, da hier schon alles sehr beengt gebaut ist (früher konnten man, wenn nicht besetzt, wenigstens auf dem Turnhallenplatz parken). Das zu erwartende Mehraufkommen des Verkehrs, das Ausweichen

Beschluss:

Für das Grundstück Fl.Nr. 4872 und 4869 wird eine überbaubare Fläche festgesetzt. Das Bau-fenster wird beibehalten.

Ansonsten wird auf die Zusammenfassung der Beurteilungen verwiesen.

Abstimmungsergebnis: ja: 12 nein: 6

Bgm. Andreas Zenglein fühlt sich gem. Art. 48 GO in einem Gewissenskonflikt und nimmt weder an den Beratungen noch an den Abstimmungen zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

der Autos auf die private Stellfläche führt zu erheblicher Belästigung und Einschränkung. Eine Ausfahrt in die Stichstraße wird abgelehnt.

Brandschutznachweis/
Brandschutzkonzept

Aus o.g. Gründen sind die Zugänge und Zufahrten auf das Grundstück für die Feuerwehr nicht gegeben. Wo sind die im Lageplan eingezeichneten Flächen für die Feuerwehr, Zu- und Durchgänge, Zu- und Durchfahrten, Bewegungsflächen und Aufstellflächen für Hubrettungsfahrzeuge?

Bebauungsplanänderung

Das Flurstück 4872 ist als Baugrundstück ausgewiesen (zur Zeit Garten Gudrun Rückert). Eine Zufahrt ist nur über das Flurstück 4871 (8 m²) möglich und würde eine geregelte Zufahrt für Rettungsfahrzeuge verhindern. Ein möglicher Hausbau I+S+D / SO, vPD müsste zurückversetzt von der eh schon engen Stichstraße erfolgen und würde sich nicht harmonisch in das dörfliche Umfeld der Nachbarbebauung einfügen. Wie soll hier überhaupt eine Baustelle eingerichtet werden können? Dies würde auch eine Wertminderung meines Hauses bedeuten, da mein anliegender Garten mit Sicherheit durch die Höhe des Hauses beschattet werden würde. Auch die enge Stichstraße würde dadurch von mind. 2 weiter parkenden Autos in der Straße belastet werden. Ich bin daher gegen eine Bebauung/Verdichtung in der Stichstraße Sommerackerweg.

Nach Ablauf der Einspruchsfrist am 15.10.18 werde ich als betroffene Bürgerin von Haibach natürlich auch an der am 07.11.18 (oder evtl. 14.11.) stattfindenden, öffentlichen Gemeinderatssitzung teilnehmen um die Widersprüche aller Anwohner zu hören und hoffe der Gemeinderat wird auf dieser Grundlage die Interessen der Gemeinde, der

Öffentlichkeit und der betroffenen Bürger gegeneinander abwägen.

Beurteilung:

Der Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplans wurde bereits am 24.05.2018 im Amtsblatt veröffentlicht.

Es besteht eine Bauvoranfrage für den Neubau eines Einfamilienhauses auf der Fl.Nr. 4872 und 4869. Das Grundstück Fl.Nr. 4872 ist über die Verkehrsfläche Fl.Nr. 4871 erschlossen. Die

Stellplätze sollen in der bestehenden Garage und einem Carport angeordnet werden. Siehe Beschlussfassung Ziffer 25 Bastian Stenger

Ein Brandschutzkonzept bzw. ein Brandschutznachweis erfolgt nicht im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes, sondern anhand des konkreten Bauvorhabens im Zuge der Genehmigungsplanung.

Die weiteren Punkte werden in der Zusammenfassung der Beurteilung der eingegangenen Schreiben behandelt.

27. Josef Auer, Sommerackerweg 16 c, 63808 Haibach, 13.10.18

1. Beschleunigtes Verfahren nach § 13a BauGB

Laut Begründung zum Bebauungsplan (S. 4) kann nach bisheriger rechtlicher Einschätzung das Bauleitplanverfahren im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB durchgeführt werden. Dieser Einschätzung widerspreche ich. Es gibt keinen triftigen Grund, vom normalen Aufstellungsverfahren abzuweichen.

Durch das beschleunigte Verfahren werden die Belange des Umweltschutzes nicht ausreichend in die Abwägung einbezogen. So wird die künftige Verkehrsbelastung in der Jahnstraße, Hauptstraße und im Sommerackerweg nicht ausreichend untersucht. Auf Seite 15 der Begründung wird hinsichtlich der Wohnbebauung auf dem TV-Gelände lapidar festgestellt, dass keine höhere Verkehrsbelastung für die Anwohner zu erwarten ist.

2. Einstufung des TV-Geländes als WB-Gebiet

Die Einstufung des TV-Geländes als WB-Gebiet dient in erster Linie der höheren baulichen Ausnutzung. Im WB-Gebiet beträgt die Grundflächenzahl 0,6 statt 0,4 im WA-Gebiet; das ist eine um 50 % höhere Ausnutzung für den Investor Neska Bauträger GmbH.

Im gesamten B-Plan, besonders im Umfeld der TV-Turnhalle, gibt es bisher keine so hohe Grundstücksausnutzung.

Zusätzlich werden keine weiteren sachlichen Gründe gesehen, das TV-Gelände als WB-Gebiet auszuweisen. Es findet hier eine ausschließliche Wohnnutzung statt.

Der Beherbergungsbetrieb Spessartstuben sowie der 1-Mann-Dachdeckerbetrieb Rückert sind in einem WA-Gebiet zulässig und genießen insoweit Bestandsschutz.

Weitere drei Grundstücke werden für Handwerk und Handel genutzt. Es sind dies Elektro Roth, Kfz.-Maier und Brennstoffhandel Hein. Diese Betriebe befinden sich auf reinen WA-Grundstück.

Es wird deshalb die Meinung vertreten, dass hier auch ein Verstoß gegen den allgemeinen Gleichheitsgrundsatz vorliegt. Es können nicht Wohngrundstücke das Privileg der dichteren Bebauung WB genießen, tatsächliche Gewerbegrundstücke jedoch nicht.

Beantragt wird daher, den Bereich des TV-Geländes als WA-Gebiet mit einer GRZ 0,4 und einer GFZ 1,2 festzusetzen, wie es die BauNVO vorsieht und wie es der vorhandenen Bebauung entspricht. Nachdem nun festgestellt ist, dass der Investor und der TV keinerlei Rechtsansprüche aus der Bebauungsdichte ableiten können, sind die Gemeinderäte jetzt ja frei in ihrer Entscheidung.

3. Maß der baulichen Nutzung im Bereich des TV-Geländes

Es ist eine zweigeschossige Bebauung zuzüglich Staffelgeschoss mit Flachdach vorgesehen. Begründet wird diese Bauweise als Antwort auf die Nachfrage nach Wohnbauten mit modernen Architekturelementen (B-Plan-Begründung S. 10). Wie wurde diese Nachfrage ermittelt? Es dürfte sich einzig und allein um den Wunsch des Investors handeln, dort eine solche Bauform zuzulassen. Im gesamten Ortskern von Haibach gibt es keine dreigeschossigen Bauten mit Staffelgeschoss und Flachdach.

Nach § 1 Abs. 5 und 6 BauGB haben Bebauungspläne eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung und eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodennutzung zu gewährleisten. Die Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse und die Sicherheit der Bevölkerung sind zu berücksichtigen.

Durch die massive Ausnutzung des TV-Grundstücks mit 5 Reihenhäusern und 2 Doppelhäusern (4 Doppelhaushälften) sowie dem damit entstehenden Autoverkehr werden diese Ziele nicht erreicht. Eine solche rücksichtslose Vorgehensweise nutzt einzig und allein dem Investor.

Die Anzahl der Häuser ist demnach zu reduzieren.

4. Ortsbild

Ein wesentlicher Punkt der Bauleitplanung ist die Gestaltung des Ortsbildes (§ 1 Abs. 5 und 6 BauGB). Im gesamten Bebauungsplangebiet ist die Bebauung geprägt von Ein- bzw. Zweifamilienhäusern mit Satteldach. So stellt sich der gesamte Ortskern von Haibach dar.

Dieses Ortsbild wurde über Jahrzehnte von den Bürgern, verantwortungsvollen Bürgermeistern und Gemeinderäten geschaffen und erhalten. Dieser noch dörfliche Charakter ist nicht zuletzt ein Grund, dass Haibach als Wohnort so beliebt ist.

Mit dem geplanten dreigeschossigen „modernen“ Bau mit Staffelgeschoss wird das Ortsbild erheblich gestört. Die Nachbarbebauung wird völlig ignoriert und das Ortsbild der Gemeinde nachhaltig negativ beeinträchtigt.

Laut B-Plan-Begründung (S. 3) bildet die Lage des TV-Grundstücks die Grundlage für kinder- und familienfreundliches Wohnen. Das Gegenteil ist der Fall. Freiflächen für Kinder und Familien sind durch die extreme Grundstücksausnutzung nicht mehr vorhanden. Das Grundstück wird mit dominierenden 3-geschossigen Bauten, befestigten Zufahrten und 18 Stellplätzen zugepflastert.

Die außergewöhnlich hohe Grundstücksausnutzung sollte deshalb zurückgenommen werden zu Gunsten einer wirklich kinder- und familienfreundlichen Bebauung mit Wohnhäusern, wie sie bereits im Umfeld vorhanden sind.

5. Verkehrliche Erschließung der Bebauung auf dem TV-Gelände

Nach der Begründung zum B-Plan (S. 12) wird festgestellt, dass die innere Erschließungsstraße „Sommerackerweg“ überwiegend ohne Gehwege ausgebaut ist und befahrbare Breiten zwischen 5,20 m und 3,00 m (Stichstraße) aufweist. Das ist lediglich eine Beschreibung des Istzustandes. Wie der hinzukommende Verkehr der übermäßigen Bebauung auf dem TV-Gelände bewältigt werden soll - dazu fehlt jede Aussage.

Hinzu kommt die Parksituation im Sommerackerweg. Bereits heute kann die Straße die parkenden Autos nicht mehr aufnehmen. Die Anordnung der meisten Stellplätze für die Neska-Bebauung im hintersten Bereich der geplanten 5 Reihenhäuser wird dazu führen, dass diese Stellplätze nicht oder nur schwer angenommen werden (Stellplätze 3-11). Folglich werden noch mehr Fahrzeuge im Sommerackerweg parken. Ein Verkehrschaos wird die Folge sein.

Völlig unzureichend ist die Stichstraße, die vom Sommerackerweg abgeht und die 3 von 4 der neuen Doppelhaushälften erschließen soll.

Dort ist der Weg an der schmalsten Stelle nur 2,80 m breit, im Einmündungsbereich 2,95 m. Über

diesen Weg müssten künftig 6 weitere Stellplätze angefahren werden.

Eine Ausweichstelle für evtl. Gegenverkehr, Kinderwagen, Radfahrer oder Rollatoren ist auf diesem Weg nicht vorhanden. Selbst für Fußgänger ist ein gefahrloses Passieren fahrender Kraftfahrzeuge nicht möglich, sie müssen auf die Privatgrundstücke ausweichen.

Hinzu kommen Besucher, Paketdienste, Handwerker und sonstiger Anlieferverkehr. Heute schon werden die Anwesen von den Müllfahrzeugen nicht angefahren. Ein massives Problem entsteht im Falle eines Brandes für die Feuerwehrfahrzeuge.

Bewegungs- und Aufstellflächen sind praktisch nicht vorhanden. Deshalb ist dort die Bebauung mit 4 Doppelhaushälften nicht zu verantworten.

6. Abstandsflächen-Verkleinerung

Der Turnverein hat im Bereich der Anwesen Jahnstraße 3 und 5 die erforderlichen Abstandsflächen dieser Gebäude auf seinem Grundstück rechtsverbindlich übernommen. Auf diesen Flächen ist keine Überdeckung mit neuen Abstandsflächen möglich. Die Einhaltung solcher Abstandsflächen ist zwingendes Recht. Sie dienen der ausreichenden Belichtung, Belüftung, Besonnung und vor allem dem Brandschutz zwischen den Gebäuden. Ein neuer Bau kann deshalb nur kleiner ausgeführt werden, um die Abstandsflächen einzuhalten.

Die vorliegende Bebauungsplanänderung hebt diese zwingenden Abstandsflächenregelungen auf und setzt eine geringere Abstandsfläche fest. Die Begründung hierfür ist haarsträubend. Es werden geringere Abstandsflächen festgesetzt und damit der Brandschutz etc. aufgegeben, weil sonst die bauliche Nutzung des Investors sehr eingeschränkt wäre (vgl. S.11 der B-Plan-Begründung).

Weiterhin wird die Abstandsflächen-Verkleinerung damit begründet, dass eine angemessene Verdichtung notwendig ist, um das Gebiet für junge Familien attraktiv zu machen und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen (S. 11 B-Plan-Begründung). Die Firma Neska wird durch den Bebauungsplan keinesfalls verpflichtet, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Deshalb ist diese Begründung für eine Verkleinerung der Abstandsflächen völlig sachfremd.

Wer übernimmt die Verantwortung, wenn es in diesem Bereich brennt? Gerade da, wo über die Stichstraße nicht einmal ein Müllfahrzeug einfahren kann.

Hier wird dem Profit des Investors der Vorrang gegeben vor dem Brandschutz etc.

7. Allgemeine Feststellungen

Diese Planung erweckt den Eindruck einer reinen Gefälligkeitsplanung zu Gunsten des Investors.

Dies ergibt sich u.a. auch aus der zeitlichen Abfolge:

Der fünfte Entwurf des Architekten Franz datiert bereits vom 7.3.2018.

Der Aufstellungsbeschluss wurde erst am 16.5.18 durch den Gemeinderat gefasst, also mehr als 2 Monate später.

Der Billigungsbeschluss stammt vom 18.7.2018.

Es wird gebeten, dass der Gemeinderat die Stellungnahme gemäß dem BauGB in seine Beratungen einfließen lässt und die vorliegende Bebauungsplan-Änderung nicht als Satzung beschließt. Sonst bleibt nur noch die Normenkontrollklage gegen den Bebauungsplan.

Ergänzung vom 15.10.2018 zu dem Punkt 2 „Einstufung des TV-Geländes als WB-Gebiet“

Als weiteres Argument gegen die Einstufung des TV-Geländes als WB-Gebiet sei angeführt, dass im derzeitigen Bebauungsplan, Änderung 1985, das gesamte Bebauungsgebiet als Allgemeines Wohngebiet klassifiziert ist. Und das, obwohl damals die Metzgerei Rachor noch in Betrieb war, das Hotel ebenfalls schon bestand und auch das Gebäude des jetzigen Dachdeckerbetriebes gewerblich genutzt wurde.

28. Sandra Krieger, Industriestr.-Ost 28, 63808 Haibach, 14.10.18

Einspruch

Aus folgenden Gründen wird erwartet, dass der Gemeinderat und der Bürgermeister zusammen mit den Anwohnern erneut beraten und der Änderung des Bebauungsplans nicht zustimmen, sodass Neska-Immobilien nicht in der beabsichtigten Dichte bauen kann.

- Schon jetzt kommt es vor allem zu den Hauptverkehrszeiten zu Behinderungen in der Jahnstraße aufgrund der parkenden PKW und des zunehmenden Verkehrs. Da man heute mit mindestens 2 PKW pro Familie rechnen muss, würde dies sicher zunehmen.

- Es besteht keine Notwendigkeit einer so massiven Verdichtung des Wohnraums auf Kosten der seit Jahrzehnten dort lebenden Anwohner. In Haibach stehen zahlreiche bestehende Häuser zum Verkauf, diese Bausubstanz sollte zuerst genutzt werden, bevor neuer und noch dazu teurer! Wohnraum geschaffen wird. Ein Defizit besteht bei bezahlbaren Mietwohnungen und sozialem Wohnungsbau, dieser sollte im Focus der Gemeindepolitik stehen!

- Aus umweltpolitischen Gründen (Klimawandel, Insektensterben) sollte auch in Haibach darauf geachtet werden, so wenig wie möglich Flächen zu versiegeln und zuzubauen. Sie sollten versuchen, Natur- und Erholungsflächen für

Die Möglichkeit eines Besonderen Wohngebietes (§ 4a) wurde 1977 in die Baunutzungsverordnung (BauNVO 1977 BGBl. 1 S.1763) eingeführt.

Offensichtlich bestand 1985 keine Notwendigkeit einer Änderung zu WB.

Diese erschließt sich auch heute noch nicht, außer einer Erhöhung der GRZ im Interesse des Investors.

Beurteilung:

Zu 7. das Plangebiet der Bebauungsplanänderung umfasst 46.600 m², es handelt sich nicht um eine Planung, die sich lediglich auf ein Grundstück bezieht, weder um einen Vorhabenbezogenen Bebauungsplan, noch um eine Gefälligkeitsplanung. Bei einigen Einwänden wurden bereits Beschlussvorschläge formuliert, die eine Änderung des Planentwurfs vorsehen. Insofern ist es rechtlich gar nicht möglich zum jetzigen Zeitpunkt den Satzungsbeschluss zu fassen.

Die genannte Änderung betraf nur einen sehr kleinen Bereich an der Stichstraße, Sommerackerweg Nr. 14 c und 14 d (2 Wohngebäude).

Die weiteren aufgeführten Punkte werden in der Zusammenfassung der Beurteilung der eingegangenen Schreiben behandelt.

Mensch und Tier zu schaffen. Ich als Imkerin nehme mit großer Sorge wahr, wenn heutzutage die Chancen für Begrünung und in diesem Fall Renaturierung nicht wahrgenommen werden!

- Durch die Umwandlung des Gebiets in ein Mischgebiet und somit der Ermöglichung der engeren Bebauung nimmt zwangsläufig die Lärmbelastung für die dort lebenden Menschen zu.

- Die Bedenken wegen zu enger Zufahrtswege und daraus resultierender Probleme bei der Müllentsorgung oder im Falle eines Brandes sehe auch ich.

Der Gemeinderat und der Bürgermeister werden von allen Bürgerinnen und Bürgern in Haibach gewählt. Auch kleine Gruppen wie die Anwohner um die Jahnturnhalle haben ein Recht darauf, dass ihre Interessen und Sorgen ernst genommen werden und nicht über deren Köpfe Entscheidungen getroffen werden, die ihre Lebenssituation negativ verändern. Ich möchte, dass neue Verhandlungen mit dem Ziel geführt werden, dass deutlich weniger Häuser auf dem Gelände gebaut werden und eine Grünfläche/ Baumbepflanzung eingeplant wird. Eine Orientierung an maximalem Profit als Entscheidungsgrundlage wird meiner Meinung nach der Gemeinde auf Dauer schaden.

Beurteilung:

Hinweis auf die Zusammenfassung der Beurteilung.

Zusammenfassung der Beurteilung der eingegangenen Einwendungen und Anregungen:**1. Aufstellung im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB**

Die Wahl des Aufstellungsverfahrens der Änderungsplanung wurde im Einvernehmen mit dem Landratsamt getroffen. Die Anwendungsvoraussetzungen und Randbedingungen nach § 13a BauGB sind eingehalten.

Das beschleunigte Verfahren ist ausgeschlossen, wenn:

durch den Bebauungsplan die Zulässigkeit von Vorhaben begründet wird,

die einer Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeit, dem Gesetz

über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) oder nach Ländergesetz

unterliegen.

Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung der Erhaltungsziele oder Schutzziele oder Schutzzwecke von FFH-Gebieten oder Vogelschutzgebieten bestehen oder

Anhaltspunkte bestehen, dass bei der Planung Pflichten zur Vermeidung oder Begrenzung der Auswirkungen von schweren Unfällen nach § 50 Satz 1 BImSchG zu beachten sind.

Der Geltungsbereich liegt innerhalb des Siedlungsbereichs und die beabsichtigte städtebauliche Zielsetzung dient der Innenentwicklung i.S.d. § 1a Abs. 2 BauGB (sparsamer und schonender Umgang mit Grund und Boden, Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung).

Der Aufstellungsbeschluss wurde am 16.05.2018 gefasst und am 24.05.2018 bekannt gemacht.

Es ergeht kein Beschlussvorschlag, da es rechtlich nicht möglich ist, über die Regularien des Baugesetzbuches (Bundesgesetz) abzustimmen.

2. Festsetzung eines Besonderen Wohngebietes (WB) nach § 4a BauNVO

Als Anwendungsvoraussetzung für die Festsetzung eines besonderen Wohngebietes (WB) stellt § 4a Abs. 1 BauNVO klar, dass es sich um überwiegend bebaute Bestandsgebiete handeln muss. Darüber hinaus muss das Gebiet durch eine Wohnnutzung in Mischung mit wohnnutzungsverträglichen gewerblichen und anderen Nutzungen geprägt sein. Die Mischung aus vorherrschendem Wohnen und eingestreutem Gewerbe muss bei der Planaufstellung bereits vorhanden sein.

Bei dem in der vorliegenden Planung festgesetzten Geltungsbereich des WB-Gebietes handelt es sich

um einen älteren innerörtlichen Bereich mit einer höheren Bebauungsdichte auf den Grundstücken Jahnstraße 1-7 und Hauptstraße 30-40.

Ziel der Planung ist es, die vorhandene Wohnnutzung zu erhalten und fortzuentwickeln. Das Gebiet soll sich nicht zu einem Mischgebiet (MI) entwickeln.

Die Sicherung der besonderen Eigenart dieses Wohngebietes erfordert auch die Sicherung der vorhandenen sonstigen Nutzungen, sofern sie wohnnutzungs-kompatibel sind.

Das besondere Wohngebiet (WB) liegt hinsichtlich des Gebietscharakters und Störungsgrades zwischen dem allgemeinen Wohngebiet (WA) und dem Mischgebiet (MI). Dies bedeutet, dass die Bewohner davon ausgehen können, dass sich die bestehende Immissionssituation nicht negativ verändert und dass bestehende Gewerbebetriebe Bestandsschutz genießen. Da Planungsziel die Fortentwicklung des Wohnens ist, sind Ausdehnungen und Neuansiedlungen von Gewerbebetrieben nur im Rahmen einer konkreten Einzelfallprüfung möglich.

Die im WB-Gebiet allgemein zulässigen Nutzungen nach § 4a BauNVO wie Betriebe des Beherbergungsgewerbes und sonstige Gewerbebetriebe, die im WA-Gebiet nur zu den ausnahmsweise zulassungsfähigen Nutzungen gehören, spiegeln sich auch an den schallschutztechnischen Orientierungswerten nach Beiblatt 1 zur DIN 18005 Teil 1 wider. Die den verschiedenen schutzbedürftigen Nutzungen (Baugebiete) zugeordneten Orientierungswerte sind einzuhalten, um die mit der Eigenart des betreffenden Baugebiets verbundene Erwartung auf angemessenen Schutz vor Lärmbelastungen zu erfüllen:

- *Allgemeine Wohngebiet (WA)*

tags 55 dB (6.00 bis 22.00 Uhr)

nachts 45 bzw. 40 dB (22.00 bis 6.00 Uhr)

- *Besondere Wohngebiete (WB)*

tags 60 dB

nachts 45 bzw. 40 dB

Bei zwei angegebenen Nachtwerten soll der niedrigere für Industrie-, Gewerbe- und Freizeitlärm sowie für Geräusche von vergleichbaren öffentlichen Betrieben, der höhere für Verkehrslärm gelten.

An dem höheren Wert in den Tagzeiträumen ist zu erkennen, dass der Grad der Schutzwürdigkeit in dem WB-Gebiet niedriger ist als in dem WA-Gebiet. Somit kann der Störungsgrad durch Geräusch-

immissionen, die auf das WB-Gebiet einwirken, höher sein.

Die bereits bestehenden Betriebe sind auch in einem WA-Gebiet ausnahmsweise zulässig. Die Beibehaltung der Festsetzung WA-Gebiet bedeutet, dass insbesondere Gewerbebetriebe etc. bei Veränderungen nachweisen müssen, dass für die angrenzenden Wohnflächen die Orientierungswerte nach DIN 18005 bzw. die Immissionsrichtwerte der TA Lärm für ein allgemeines Wohngebiet zur Gewährleistung der Wohnruhe und größeren Störungsfreiheit eingehalten werden. Die Emissionen der anderen Nutzungen (Gewerbe, Beherbergungsbetrieb) sind bei Neuplanungen und Veränderungen so zu begrenzen, dass sie noch schalltechnisch verträglich mit der jeweils unmittelbaren Nachbarschaft sind.

Die Einbeziehung des TV-Grundstückes ist nicht erfolgt, um eine höhere Dichte zu ermöglichen. Obergrenzen für die Bestimmung des Maßes der baulichen Nutzung:

- In WA-Gebieten GRZ 0,4
- In WB-Gebieten GRZ 0,6

Nach dem bisher vorliegenden Bebauungskonzept ergibt sich eine Grundflächenzahl (GRZ I) für den Anteil des Baugrundstückes, der von baulichen Anlagen überdeckt wird, von 0,30.

Die Hinzurechnung der Grundflächen von Garagen (Carports) und Stellplätzen mit ihren Zufahrten und Nebenanlagen ergibt eine GRZ II von 0,67.

Nach § 19 BauNVO darf die zulässige Grundfläche durch die zuvor genannten Grundflächen zu 50 % überschritten werden, höchstens jedoch bis zu einer Grundflächenzahl von 0,80. Die Obergrenze von einer GRZ = 0,80 („Kappungsgrenze“) ist eingehalten.

Die Grundstücke Hauptstraße 30-40 und Jahnstraße 1-7 weisen teilweise eine höhere Bebauungsdichte und ein höheres Maß an versiegelter Fläche auf. Im derzeitigen Zustand ist das TV-Grundstück fast zu 100 % versiegelt. Bei der geplanten Neubebauung verbleiben über 30 % Frei- und Grünflächen (unversiegelt).

GR Toni Stahl bemerkt, dass noch nie so viele Einwendungen zu einer Aufstellung eines Bebauungsplanes erfolgten. Es wurde ein Grundstück mit 2.100 m² verkauft. Hier sollen Wohnungen errichtet und eine Innenverdichtung erfolgen. Es werden sicher noch mehr Käufe durch Bauträger in Zukunft kommen. Durch die Schaffung eines besonderen Wohngebietes soll eine Maximalbebauung ermöglicht werden.

Die CSU-Fraktion fordert hierzu jedoch, dass das allgemeine Wohngebiet (WA) wie im restlichen Ortsgebiet, belassen wird. Die Zulassung von Staffelgeschossen soll nicht erfolgen. Des Weiteren

sollen die Abstandsflächen nach der BayBO eingehalten werden. Haibach soll so erhalten bleiben, wie es ist.

GR Jürgen Goldhammer stellt fest, dass sich die FWG-Fraktion ebenfalls für die Fläche WA ausspricht. Die Festlegungen sollten im gesamten Ortsgebiet gleich sein.

GR Dietmar Kempf-Blatt schließt sich den Vorrednern an. Die SPD möchte ebenfalls ein allgemeines Wohngebiet festgelegt haben.

Beschluss:

Die Gebietsfestsetzung WB wird gestrichen und durch WA – Allgemeines Wohngebiet im gesamten Bebauungsplangebiet ersetzt.

Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 0

Bgm. Andreas Zenglein fühlt sich gem. Art. 48 GO in einem Gewissenskonflikt und nimmt weder an den Beratungen noch an den Abstimmungen zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

3. Ortsbild – Grundstücksnutzung

Für junge Familien und auch die wachsende Generation 50+ wird das „urbane“ Wohnen zunehmend attraktiv als Gegenmodell zum freistehenden Einfamilienhaus. Der Bedarf an Wohnraum innerhalb der Orte und Städte übersteigt jedoch erheblich das Angebot an bedarfsgerechtem und bezahlbarem Wohnraum. Lösungsansätze bestehen in der Nutzung der Potenziale innerörtlicher Ressourcen.

Die Veränderungen in der Bevölkerungsentwicklung und –wanderung sprechen dafür, sich mit den innerörtlichen Reserven zum Wohnen auseinanderzusetzen. Auch aus ökologischen Gründen ist eine Innenverdichtung der Städte und Gemeinden erforderlich, um dem zunehmenden Flächenverbrauch entgegenzuwirken.

Nach Aufgabe der Nutzungen auf dem TV-Grundstück kann diese Brachfläche zur Neubebauung genutzt werden.

Die geplanten Flachdachgebäude mit Staffelgeschossen stellen ein städtebaulich interessantes Ensemble dar.

Ein zweigeschossiges Wohngebäude mit Satteldach ergibt kein geringeres Bauvolumen, die Firsthöhe eines geneigten Daches überragt mit ca. 11 m die Wandhöhe = Gebäudehöhe von 9 m des Wohnhauses mit zurückgesetztem Staffelgeschoss.

GR Dietmar Kempf-Blatt bemerkt, dass in der SPD Fraktion hierzu keine einheitliche Meinung besteht. In Haibach gibt es mittlerweile auch Häuser mit

Flachdächern, die sich gut ins Ortsbild fügen. Durch die geringere Höhe ergibt dies auch weniger Beschattung.

GR Jürgen Goldhammer ist der Ansicht, dass die B-Pläne des Ortsgebietes alle gleich sein sollten, bzw. man sollte den vorliegenden gestalten, wie den für den Bessenbacher Weg. Wenn die Errichtung eines Flachdaches beantragt wird, sollte man gesondert hierüber entscheiden. Es sollten ebenso keine Winkelhöhen für Satteldächer festgelegt werden, sondern den Bauherren hierzu die Entscheidung überlassen.

Frau Richter informiert, dass sich der B-Plan Bessenbacher Weg dahingehend von diesem vorliegenden Entwurf unterscheidet, dass es sich hier um den Altort handelt und hier sind unterschiedliche Architekturepochen zu berücksichtigen.

2 Bgm. Horst Hock führt aus, dass eine Vielzahl der Einwände sich gegen die Errichtung der Staffelgeschosse gerichtet hat. Er schlägt nun die Beschlussfassung zu diesem Punkt vor.

Beschluss:

Für das Plangebiet soll die Nutzungsschablone, 2 Vollgeschosse und 1 als Vollgeschoss anzurechnendes Staffelgeschoss, Flachdach erhalten bleiben.

Abstimmungsergebnis: ja: 6 nein: 12

Bgm. Andreas Zenglein fühlt sich gem. Art. 48 GO in einem Gewissenskonflikt und nimmt weder an den Beratungen noch an den Abstimmungen zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

4. Verkehrliche Erschließung der Bebauung auf dem TV-Gelände

Der Sommerackerweg weist im Bereich der geplanten Neubebauung eine Fahrbahnbreite von 5,20 m Breite mit beidseitigen Gehwegen auf.

Aufgrund der Einwendungen und Befürchtungen werden die Erschließung und Ordnung des ruhenden Verkehrs im weiteren Planungsprozess geprüft und überarbeitet. Ziel ist es, die Stichstraße bis zur Wendeplatte nur für ein Wohngebäude als Zufahrt zu nutzen. Eine Zufahrt (Ein- und /oder Ausfahrt) zu weiteren Wohnhäusern oder eine Durchfahrtmöglichkeit sind auf der Ebene des Bebauungsplanes durch Planzeichen und bei Realisierung des Vorhabens durch entsprechende bauliche Maßnahmen und Beschilderung auszuschließen.

Durch eine Verbreiterung der Zufahrt soll auch der Müllsammelplatz im Einfahrtsbereich angeordnet werden.

Zu der befürchteten Lärmbelästigung ist Folgendes anzuführen:

Aus der Sicht des Immissionsschutzes geht man in der Regel davon aus, dass bei einem Vorhaben, das grundsätzlich in dieser Größenordnung in dem Baugebiet zulässig ist auch die hierzu erforderlichen Stellplätze mit dem Gebiet verträglich sind.

GR Jürgen Goldhammer fragt, welche Bedeutung die „schraffierten Flächen“ haben.

Hierzu antwortet **Frau Richter**, dass es sich hier um gemeinschaftliche Erschließungsflächen handelt.

GR Jürgen Goldhammer schlägt zur Erschließung vor, dass die Zufahrtsbreite 6 m betragen sollte, so kann auch entsprechend Begegnungsverkehr erfolgen.

Frau Richter erwidert, dass nach ihrer Meinung eine Breite von 4,5 m ausreichend ist, diese kann bis zu Carportflächen geführt werden. Dies ist durchaus möglich.

GR Toni Stahl sieht hier jedoch schon wieder die Möglichkeit, dass auf dieser Zufahrt Fahrzeuge abgestellt werden könnten.

GR Dietmar Kempf-Blatt spricht sich für den Vorschlag von Frau Richter aus.

Beschluss:

Es soll lediglich die Zufahrt für eine Wohneinheit über die Wendeplatte zugelassen werden. Eine Zufahrt (Ein- und /oder Ausfahrt) zu weiteren Wohnhäusern auf FlNr. 4836 oder eine Durchfahrtmöglichkeit sind auf der Ebene des Bebauungsplanes durch Planzeichen und bei Realisierung des Vorhabens durch entsprechende bauliche Maßnahmen und Beschilderung auszuschließen. Die Breite der Zufahrt zu den Carportflächen soll eine Mindestbreite von 4,50 m haben.

Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 0

Bgm. Andreas Zenglein fühlt sich gem. Art. 48 GO in einem Gewissenskonflikt und nimmt weder an den Beratungen noch an den Abstimmungen zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

5. Brandschutz

Die Entfernungen der Grundstücke bzw. Schutzobjekte zu den öffentlichen Verkehrsflächen betragen jeweils weniger als 50 m und die erforderlichen Bewegungsflächen können im öffentlichen Verkehrsraum zur Verfügung gestellt werden.

Zu beachten sind die Anforderungen an den 2. Rettungsweg für Gebäude der Gebäudeklassen 1, 2 und 3 mittels tragbarer Steckleitern (Brüstungshöhe

der Anleiterstellen nicht höher als 8 m, Zugänge zu den Aufstellflächen für die Leitern) sowie der Nachweis der erforderlichen Zufahrten zu den Aufstellflächen für die Drehleiter bei Gebäuden der Gebäudeklassen 4 und 5 (OK Fußboden = $h < 13 \text{ m} + \text{Nutzungseinheit}$, $NE < 400 \text{ m}^2$ und $h > 13 \text{ m}$ bzw. $h > 7 \text{ m} + NE > 400 \text{ m}^2$).

Im Zuge der Realisierung der Ersatzbauten für die ehemalige Turnhalle und der Erschließungsanlage sind die Vorgaben an die Zufahrten zu den Schutzobjekten einzuhalten sowie evtl. erforderliche Bewegungs- und Aufstellflächen festzulegen.

Beschluss:

In dem Bebauungsplan wird ein Hinweis zu der Sicherstellung des zweiten Rettungsweges ergänzt:

Sicherstellung des zweiten Rettungsweges für Gebäude, bei denen die Brüstung von zum Anleitern bestimmten Fenstern oder Stellen mehr als 8 m über der Geländeoberfläche liegt, über die erforderlichen Rettungsgeräte der Feuerwehr wie Hubrettungsfahrzeuge, Drehleiter oder - falls keine Zufahrten zu den Aufstellflächen für diese Geräte vorhanden sind - baulich über weitere Treppen.

Zudem sind - im Zuge der Realisierung der Ersatzbauten für die ehemalige Turnhalle und der Erschließungsanlage - die Vorgaben an die Zufahrten zu den Schutzobjekten einzuhalten sowie evtl. erforderliche Bewegungs- und Aufstellflächen festzulegen.

Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 0

Bgm. Andreas Zenglein fühlt sich gem. Art. 48 GO in einem Gewissenskonflikt und nimmt weder an den Beratungen noch an den Abstimmungen zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

6. Abweichende Tiefen der Abstandsflächen

Häufig stehen bei Planungen in älteren Quartieren die bauordnungsrechtlichen Abstandsflächen im Widerspruch zu den städtebaulichen Erhaltungs- und Entwicklungszielen. Der § 9 Abs. 1 Nr. 2a BauGB gibt den Gemeinden die Möglichkeit, in einem Bebauungsplan aus städtebaulichen Gründen vom Bauordnungsrecht abweichende Maße der Abstandsflächentiefe festzusetzen.

Mit der Reduzierung der Abstandsflächentiefe wird eine städtebaulich angemessene Anordnung des Baukörpers auf dem Grundstück im Bereich der Abstandsflächenübernahme von Jahnstraße Hs.Nr. 3 ½ und 5 ermöglicht.

Die bauordnungsrechtlich relevanten Aspekte der Abstandsflächen wie die Sicherung einer ausreichenden Belichtung und die Berücksichtigung von Brandschutzanforderungen wurden bei dem Maß von 6,00 m beachtet.

GR Toni Stahl bemerkt, dass hierzu keine Zustimmung erfolgen wird. Für ihn ist hier die BayBO zwecks Einhaltung der Abstandsflächen maßgebend.

GR Dietmar Kempf-Blatt ist der Meinung, dass der Planer nicht so eingeschränkt werden sollte. Für ihn ist der Abstand von 6 m in Ordnung.

Beschluss:

Abweichende Tiefen der Abstandsflächen sollen, wie im Planentwurf vorgesehen, zugelassen werden.

Abstimmungsergebnis: ja: 8 nein: 10

Bgm. Andreas Zenglein fühlt sich gem. Art. 48 GO in einem Gewissenskonflikt und nimmt weder an den Beratungen noch an den Abstimmungen zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

GR Jürgen Goldhammer schlägt für den B-Plan eine Zurücksetzung der Baugrenzen um 3 m entlang des Außenbereichs vor.

Frau Richter sieht hier wesentliche Probleme bei einzelnen Gebäuden.

GR Jürgen Goldhammer erklärt seinen Vorschlag. Die jetzt gepunktete Linie sollte als Bebauungsgrenze angenommen werden, damit bei einem evtl. Abriss eines jetzt bestehenden Gebäudes keine Bebauung bis an die Straßenkante erfolgen kann. Somit besteht die Möglichkeit, einen Gehsteig im Laufe der Jahre anzulegen. Dies wurde auch durch die Behörde schon einmal vorgeschlagen. Jetzt könnte dies festgeschrieben werden.

Beschluss:

Für den Bereich ab dem Fußweg Sommerackerweg, ab Jahnstraße 1 bis zur Einmündung Großmannstraße wird die Baulinie von der Grundstücksgrenze straßenseitig 3 Meter zurück gesetzt..

Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 1

Bgm. Andreas Zenglein fühlt sich gem. Art. 48 GO in einem Gewissenskonflikt und nimmt weder an den Beratungen noch an den Abstimmungen zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

4. Allgemeines**4.1. Tagespflege Schollstraße – Parkplatz**

Hierzu teilt **Bgm. Andreas Zenglein** mit, dass dies mit Eröffnung der Einrichtung erfolgen wird.

GR Jürgen Großmann fragt, wann die vom Ausschuss beschlossenen Parkplätze für die Tagespflege in der Schollstraße angelegt werden.

4.2. Informationen zu anstehenden Terminen durch Bgm. Andreas Zenglein:

Ehrenabend der Gemeinde Haibach	Freitag, 16.11.2018, 19:30 Uhr, Kultur- u. Sporthalle
Volkstrauertag : 18.11.2018:	Haibach, 15:00 Uhr Waldfriedhof
	Grünmorsbach, 10:30 Uhr Kriegerdenkmal
	Dörmorsbach nach 9:00 Uhr Gottesdienst, Kriegerdenkmal

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde
am **12.12.2018** genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Silvia Reiling
Verw.ang.

SITZUNG des GEMEINDERATES

Sitzungstag: Mittwoch, 12. Dezember 2018
Sitzungsdauer: 19:00 Uhr bis 22:00 Uhr

Haibach, Rathaus

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
--------------------	----------	--

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Horst Hock	2. Bürgermeister	
Michael Albert	Gemeinderat	
Peter Amrhein	Gemeinderat	
Josef Farrenkopf	Gemeinderat	
Andreas Först	Gemeinderat	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	anwesend ab 19:50 Uhr
Anja Goymann	Gemeinderätin	
Andreas Hein	Gemeinderat	anwesend ab 19:40 Uhr
Richard Hein	Gemeinderat	
Dietmar Kempf-Blatt	Gemeinderat	
Beate Konrad	Gemeinderätin	
Torsten Redeker	Gemeinderat	
Claus Rückert	Gemeinderat	
Eva Rückert	Gemeinderätin	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	
Andrea Stürmer	Gemeinderätin	

Abwesend:

Jürgen Großmann	Gemeinderat	
Tobias Rückert	Gemeinderat	

Schriftführer

Monika Heuberger		
------------------	--	--

Verwaltung

Michael Müller		
Martin Volk		
Thomas Wenzel		

Tagesordnung

Gemeinderat

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	Bürgerfragestunde
3.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift
4.	Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung
5.	Sachstandsbericht der Verwaltung
6.	Erstellung eines Landschaftspflegekonzepts innerhalb der Kommunalen Allianz WEStSPeessart
7.	Jahresrechnung 2017; Feststellung und Entlastung nach örtlicher Prüfung
8.	Satzungsänderung BGS WAS - Festsetzung der Wassergebühren für das Jahr 2019
9.	Satzungsänderung BGS EWS - Festsetzung der Kanalgebühren für das Jahr 2019
10.	Antrag der SPD Fraktion zum Thema CO 2 Reduktion
11.	Antrag der SPD Fraktion auf Geschwindigkeitsreduzierung auf der OV Dörrmorsbach
12.	Änderung der Satzung über die öffentliche Bestattungseinrichtung der Gemeinde Haibach
13.	Neuerlass der Gebührensatzung zur Friedhof- und Bestattungssatzung
14.	Frühlingsball 2019 - Beratung und Beschlussfassung-
15.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:**1. Eröffnung und Begrüßung**

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 20 geladenen Gemeinderäten 17 erschienen sind, der Gemeinde-

rat beschlussfähig ist und zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

2. Bürgerfragestunde**Sachverhalt:**

Bgm. Andreas Zenglein begrüßt hierzu die anwesenden Teilnehmer/Bürger an der Bürgerfragestunde und bittet um Fragestellung.

Herr Bonn aus dem Ortsteil Dörmorsbach fragt an, weshalb an der Ortsverbindungsstraße Haibach-/Dörmorsbach die Geschwindigkeitsbegrenzung mit 60 km/h nach dem Ausbau entfernt wurde und jetzt 100 km/h auf dieser Straße möglich sind. Ihm ist bekannt, dass bei der Planung der Straße mit dem Ingenieurbüro immer 60 km/h für diese Straße vorgesehen waren.

Bgm. Andreas Zenglein teilt mit, dass es lt. heutigem Stand tatsächlich erlaubt ist, 100 km/h auf dieser Strecke zu fahren. Dies ist auch mit der Polizei bei der Abnahme so festgelegt worden.

Bauamtsleiter Martin Volk informiert darüber, dass bei der Planung eine Entwurfsgeschwindigkeit von 70 km/h eingehalten werden musste, um auch die Zuschüsse des staatlichen Bauamtes nicht zu gefährden. Die 60 km/h wurden vor ca. 15 Jahren wg. des schlechten Zustandes der Straße festgelegt. Nach Prüfung durch die Polizei hat man aufgrund der Gegebenheiten der Straße, wie Kurvenradien und vorhandene Sichtfelder usw., von einer Geschwindigkeitsbegrenzung lt. StVO

absehen können. Eine erneute Prüfung wird erst vorgesehen, wenn sich hier Unfälle bzw. Verkehrsdelikte häufen.

Herr Stürmer aus Dörmorsbach fragt, warum der Kreuzungsbereich Ortverbindungsstraße/Abzweig Gailbach noch nicht fertig gestellt wurde?

Bürgermeister Andreas Zenglein erklärt hierzu, es handelt sich um den Bereich der alten Kreisstraße, in welchen auch die Stadt Aschaffenburg involviert ist. Dieser Bereich wird im Frühjahr 2019 gemeinsam mit der Stadt Aschaffenburg und dem Landkreis begonnen. Das Verfahren läuft durch die Beteiligung von Aschaffenburg über das Landratsamt und ist dort 2019 in der Planung vorgesehen.

Herr Adams fragt an, ob es inzwischen schon Neuigkeiten wg. der Straßenausbaubeiträge Großmannstraße gibt. Er habe gehört, dass die Staatsregierung hier Fonds bilden möchte und möchte wissen, ob da schon etwas darüber gesagt werden kann.

Bgm. Andreas Zenglein teilt mit, dass es noch keine neuen Informationen hierzu gäbe. Es stünde bisher nur fest, dass sich für bereits durchgeführte, abgeschlossene Maßnahmen keine Änderungen ergäben.

3. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift

Das Protokoll der Sitzung des Gemeinderates vom 14.11.2018 wird ohne Anmerkungen genehmigt.

4. Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung**Sachverhalt:**

Aus der GR Sitzung vom 07.11.2018 - Photovoltaik Feuerwehrhaus

Die Fa. MS Elektrotechnik, Elsenfeld, erhält den Auftrag zur Errichtung einer Photovoltaikanlage auf dem Neubau FFW/ Bauhof.

5. Sachstandsbericht der Verwaltung

Sachverhalt:

Projekt	Zuständige it	Sachstand	Erledigung bis
Ortskerngestaltung	GL/GR	Pläne an Fraktionen weitergeleitet, nächste Beratung voraussichtlich Frühjahr 2019	Offen
Gemeindeverbindungs- straße 2.BA	Bauamt	Vorbereitende Rodungsarbeiten sind in der heutigen Sitzung zu beauftragen. Zuwendungsantrag wird derzeit von der Regierung v. Ufr. geprüft.	Offen
Radweg GV-Straße 1.BA	Bauamt	Derzeit Bauausführung	April 2019
Knotenpunkt St 2312/ Großmannstraße:	Bauamt	Derzeit Bauausführung	April 2019
Erdumschlagsplatz Wendelberg	Bauamt	Gutachten ergab keinen Sanierungsbedarf. Ergebnis liegt dem LRA vor. Abschließendes Behördengespräch wegen Renaturierung und Nutzung einer Teilfläche als Erdzwischenlager für gemeindliche Maßnahmen steht aus.	Offen
Aschaffener Straße	Bauamt	Derzeit zurückgestellt wegen offener Finanzierungsfrage der Anliegerbeiträge. Ausschreibung vorauss. Frühjahr 2019	Offen
Sanierung HB Buch	Bauamt	Derzeit Bauausführung	Dez. 2019
WSG Br. 71/ Spatgrube	Bauamt	Wasserrechtl. Antrag liegt bei WWA/LRA Abschlussbericht Tracerversuch durch IB Jung bis Jan. 2019	Offen
Knotenpunkt St 2312/ Sponackerweg (Adler)	Bauamt	Vorbereitung der Ausschreibung Tiefbau vorauss. Beginn April 2019	Offen
Brunnen Kirchenelsengrund	Bauamt	Historische Erkundung durch PeTerra abgeschlossen. Rammkernsondier-Bohrungen in Verdachtsfläche 1 abgeschlossen. Untersuchung Verdachtsflächen 2 u. 3 in Vorbereitung.	Offen
Außensportanlage Schule	Bauamt	Grundlagenermittlung abgeschlossen, Förderantrag ist zu erstellen.	Offen
Wasserrechtsverfahren RÜB 80/90/91	Bauamt	Abstimmung mit Behörden	Offen
Kinderhort	Bauamt	Submission der ersten 4 Hauptgewerke erfolgt. Gewerk Rohbauarbeiten wurde aufgehoben, Ausschreibungsverfahren wiederholt, Submission: 18.12.2018 Die Beauftragung der weiteren Gewerke zunächst zurückgestellt.	Offen
PV Anlage Feuerwehrhaus	Bauamt	Auftrag erteilt.	Feb. 2019
B- Planänderung Sommeracker Weg	GL	Abwägung der eingegangenen Einwände erfolgte am 14.11.2018 – derzeit Einarbeitung der Änderungen in die Planung, danach erneute Auslegung und Beteiligung d. Öffentlichkeit und TöB	Offen
Seniorenwohnheim Wendelberg	GL/GR	Bauvoranfrage zur Prüfung im LRA. Keine Verbescheidung durch das LRA – ausstehende Behandlung der Frage, ob die Bauleitplanung vorangetrieben werden soll oder ob Standortalternativen aufgegriffen werden	Offen

		sollen.	
Friedhofsatzung	Kämmerei/Standesamt	Vorberatung in letzter HFA Sitzung – Satzungsbeschluss in heutiger Sitzung geplant	Offen
Homepage	Hauptamt	Derzeit Erarbeitung der neuen Seite – Start voraussichtlich Jahresbeginn 2019	Offen

Radweg GV-Straße 1.BA:

Bgm. Andreas Zenglein erklärt hierzu, dass die Bauabschnitte 1 und 3 noch vor Weihnachten asphaltiert werden sollen. Das Zwischenstück (Bauabschnitt 2) wird vorerst ausgespart, da dort Erdaushub abgetragen werden und dies erst geklärt sein muss.

Sanierung HB Buch:

Bauamtsleiter Martin Volk informiert, dass die Sanierungsarbeiten laufen und im Februar / März die Bodenfliesen gelegt werden sollen. Danach wird das erste Becken wieder in Betrieb genommen und mit der Sanierung des zweiten Beckens begonnen.

Brunnen Kirchenelsengrund:

Bauamtsleiter Martin Volk teilt mit, dass die Bohrungen in der Verdachtsfläche 1 nicht ganz gelungen sind. Deshalb werden nochmals zusätzliche Bohrungen nötig. Diese sind für Anfang Januar angedacht.

Außensportanlage Schule:

Bauamtsleiter Martin Volk erklärt, dass eine Kostenermittlung anhand von angeforderten Angeboten durch das Bauamt durchgeführt wird. Die Kosten für die Erneuerung der Laufbahn und der Sprunggrube belaufen sich demnach auf ca. 100.000 €. Derzeit wird der Zuschussantrag für die Regierung vorbereitet. Nachdem der Bau der Außensportanlage bereits mehr als 25 Jahre zurückliegt, wird die volle Bezuschussung erwartet.

Wasserrechtsverfahren RÜB 80/90/91:

Bgm. Andreas Zenglein teilt mit, dass dieses Verfahren derzeit „hängt“ und die kommenden Behördengespräche abgewartet werden müssen.

Kinderhort:

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass es noch keine neuen Gesichtspunkte zu diesem Punkt gibt. Die Ausschreibung für das Gewerk „Rohbau“ läuft noch bis zum 18.12.2018. Erst im Anschluss daran kann neu über das Projekt Kinderhort diskutiert werden. Die Behandlung ist für die erste Gemeinderatssitzung im Jahr 2019 vorgesehen.

Seniorenwohnheim Wendelberg:

Bgm. Andreas Zenglein teilt hierzu mit, dass die Firma Immo-Tec aufgrund der negativ beschiedenen Bauvoranfrage derzeit über die evtl. Möglichkeit eines Zielabweichungsverfahrens nachdenkt. Dieses Verfahren müsste aber von der Gemeinde verfolgt werden. Bei einem Gespräch im Landratsamt wurde deutlich signalisiert, dass keine Möglichkeit für ein erfolgreiches Verfahren gesehen wird. Mit der Regierung ist in dieser Angelegenheit voraussichtlich für Januar 2019 ein Gespräch geplant. Möglicherweise kann in der Gemeinderatssitzung am 16.01.2019 mehr gesagt werden.

Nach dem Sachstandsbericht:

GR Toni Stahl bittet darum, die Punkte „Gestaltung Schollstraße“ und „Flüssigasphalt-Sanierung“ mit in den nächsten Sachstandsbericht aufzunehmen.

Bgm. Andreas Zenglein merkt an, dass eigentlich für den Januar 2019 vom Gremium eine interfraktionelle Sitzung gewünscht war. Nachdem hierzu seitens des Gemeinderates keine Termine vorgeschlagen wurden, werden Anfang des Jahres 2019 durch die Verwaltung zwei Termine vorgeschlagen.

6. Erstellung eines Landschaftspflegekonzepts innerhalb der Kommunalen Allianz WEstSPEssart
--

Sachverhalt:

Das Entwicklungsziel der Landschaftspflege in der Kommunalen Allianz WEstSPEssart ist die Erhaltung der historisch gewachsenen Kulturlandschaft. Dabei steht die Sicherung und Entwicklung einer nachhaltigen Landbewirtschaftung unter Berücksichtigung von Naturschutzbelangen im Vordergrund. Die Gemeinden im Allianzgebiet haben aufgrund ihrer erhaltenswerten Kultur- und Erholungslandschaft und der Vielfalt an heimischen Tier- und Pflanzenarten eine hohe Verantwortung für die Erhaltung der Artenvielfalt.

Doch mit dem Rückgang der landwirtschaftlichen Nutzung und Pflege sowohl öffentlicher als auch privater Flächen in den Gemeinden der Allianz sehen sich diese einer zunehmenden Verbrachung und Verbuschung ausgesetzt. Im Rahmen eines interkommunalen Landschaftspflegekonzepts soll daher geprüft werden, welche Maßnahmen im Bereich der Landschaftspflege / Landnutzung in welchem Zeitraum realistisch umzusetzen sind, um diesem Trend entgegenzuwirken.

Als strategisches Planungsinstrument soll das Landschaftspflegekonzept den Gemeinden Möglichkeiten aufzeigen, wie sich ökologisch und ökonomisch sinnvolle Maßnahmen zum Erhalt der Kulturlandschaft schnellstmöglich realisieren lassen. Es bildet damit die Basis, um Landschaftspflege, Landnutzung und Naturschutz aufeinander abzustimmen.

Das Landschaftspflegekonzept soll auf der Ebene der ortsgenauen Betrachtung aller 12 Ortsteile erfolgen. Auf eine angemessene Bürgerbeteiligung in allen fünf Gemeinden wird Wert gelegt. Zudem sollen Vorschläge zu interkommunalen Synergien und gemeindeübergreifenden Potenzialen herausgearbeitet werden, die sich durch die großräumlichere Betrachtung ergeben.

Detaillierte Informationen zum Inhalt und Aufbau des interkommunalen Landschaftspflegekonzepts erhielten die Gemeinderäte bereits bei der gemeinsamen Gemeinderatssitzung der WESPE-Gemeinden am 22.11.2018 in Laufach. Die Inhalte der Präsentation sowie der anschließenden Diskussion können dem Sitzungsprotokoll entnommen werden.

GR Dietmar Kempf-Blatt bittet, darauf zu achten, dass z.B. nicht jede Mitgliedsgemeinde ihr eigenes Biotop anstrebt. Bei der Planung sollte darauf geachtet werden, dass sich dieses Biotop dann wie ein grünes Band durch alle Mitgliedsgemeinden zieht und auch nicht vor Gemeindegrenzen Halt macht.

Beschluss

Die Gemeinde Haibach befürwortet die Erstellung eines interkommunalen Landschaftspflegekonzepts innerhalb der Kommunalen Allianz WEstSPeessart und beauftragt das Allianzmanagement der Kommunalen Allianz WEstSPeessart mit der öffentlichen Ausschreibung der genannten Leistung.

Nach Prüfung der eingehenden Angebote wird die Steuerungsgruppensitzung der Kommunalen Allianz WEstSPeessart ermächtigt, den Auftrag für die Erstellung des interkommunalen Landschaftspflegekonzepts an den wirtschaftlichsten Bieter zu vergeben.

Abstimmungsergebnis: ja: 16 nein: 2

7. Jahresrechnung 2017; Feststellung und Entlastung nach örtlicher Prüfung

Sachverhalt:

Mit der Feststellung wird die Rechnungslegung nach der örtlichen Prüfung abgeschlossen und der von der Verwaltung erstellte Entwurf des Jahresabschlusses offiziell zum Jahresabschluss der Gemeinde. Der Gemeinderat kann in der gleichen Sitzung den Jahresabschluss feststellen und über die Entlastung beschließen. Die jeweiligen Beschlüsse müssen aber formal getrennt sein.

Bei der Beschlussfassung über die Entlastung ist der Bürgermeister persönlich beteiligt (Art. 49 GO) und darf deshalb nicht mit abstimmen.

Weiterhin ist noch ein Beschluss über die Verwendung des Jahresergebnisses zu fassen. Der Jahresabschluss 2017 wurde vom Rechnungsprüfungsausschuss örtlich geprüft.

Besondere Prüfungsfeststellungen haben sich nicht ergeben.

Der Jahresabschluss 2017 wird deshalb nach Art. 102 Abs. 3 GO festgestellt.

Die Ergebnisrechnung weist folgende Zahlen aus:

Ordentliche Erträge	16.554.835,63 €
Ordentliche Aufwendungen	15.516.064,73 €
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	1.038.770,90 €
Finanzergebnis	-60.178,93 €
Ordentliches Jahresergebnis	978.591,97 €
Außerordentliches Ergebnis	56.288,38 €
Jahresergebnis	1.034.880,35 €

In der Finanzrechnung ergeben sich folgende Zahlen:

Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	16.409.787,97 €
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	13.752.806,93 €
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	2.656.981,04 €
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	1.458.836,22 €
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	4.857.928,09 €
Saldo aus Investitionstätigkeit	-3.399.091,87 €
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-177.214,36 €
Änderungen des Bestandes an Finanzmitteln	-919.325,19 €

Die Bilanzsumme zum 31.12.2017 beträgt 66.472.596,32 € und ist somit 3.496.956,97 € höher als die Summe der Schlussbilanz zum 31.12.2016.

Das Anlagevermögen erhöhte sich um 3.011.061,33 €, das Umlaufvermögen um 493.421,90 € und die Position Aktive Rechnungsabgrenzung verringerte sich um 7.526,26 €.

Die Veränderungen auf der Passivseite sehen wie folgt aus:

Eigenkapital	+1.034.880,35 €
Sonderposten	+323.749,87 €
Rückstellungen	+679.796,23 €
Verbindlichkeiten	+1.481.320,92 €
Passive Rechnungsabgrenzung	-22.790,40 €
Summe	+3.496.956,97 €

Die Änderungen bei den Rückstellungen und den Verbindlichkeiten beruhen im Wesentlichen auf der Tatsache, dass die Kreisumlage 2017 von der Position Rückstellungen auf die Position Verbindlichkeiten umgebucht worden ist und der Aufnahme eines Kassenkredites in Höhe von 1.500.000 €.

Beschluss

Gemäß Art. 102 Abs. 3 GO wird der Jahresabschluss 2017 in der vorgelegten Form festgestellt.

Abstimmungsergebnis: ja: 19 nein: 0

Beschluss

Der Gemeinderat stimmt der Entlastung des Jahresabschlusses 2017 gem. Art. 102 Abs. 3 GO zu.

Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 0

Bgm. Andreas Zenglein ist gem. Art. 49 GO persönlich beteiligt.

Beschluss

Der Jahresüberschuss 2017 in Höhe von 1.034.880,35 € wird der Ergebnismittelverwendung zugeführt.

Abstimmungsergebnis: ja: 19 nein: 0

8. Satzungsänderung BGS WAS - Festsetzung der Wassergebühren für das Jahr 2019

Sachverhalt:

1. Nachkalkulation der Wassergebühren 2017

Der Nachkalkulation der Wassergebühren 2017 wurden die tatsächlichen IST-Aufwendungen des Jahresabschlusses 2017 zugrunde gelegt.

Insgesamt ergaben sich Erträge in Höhe von 878.792,93€, während sich die Aufwendungen auf 872.427,45€ beliefen. Daraus errechnet sich eine

Überdeckung von 6.365,48€, welche in das Jahr 2019 vorgetragen wird.

Insgesamt wurden 444.153m³ (Vorjahr: 433.396m³) Frischwasser bezogen bzw. gefördert.

Verkauft wurden jedoch nur 373.585m³ (Vorjahr: 373.462m³).

Daraus errechnet sich ein Wasserverlust in Höhe von 70.568 m³ (Vorjahr: 59.934 m³) oder 15,89% (Vorjahr: 13,83%).

Die Verluste in Dörmorsbach betrugen 4.054m³ (Vorjahr: 2.729m³) bzw. 19,14% (Vorjahr: 13,46%), während in Haibach und Grünmorsbach eine Fehlmenge von 66.514m³ (Vorjahr: 57.205m³) bzw. 15,73% (Vorjahr: 13,85%) zu verzeichnen ist.

2. Kalkulation Wasserpreis 2019

Aufgrund der bisher vorliegenden Zahlen und der darauf basierenden Kalkulation ist für das Jahr 2019 mit Aufwendungen in Höhe von ca. 947.800€ zu rechnen. Nach Abzug der zu erwartenden Einnahmen aus den Grundgebühren, dem Wasserverkauf an Winzenhohl, den Entgelten für die Erneuerung von Hausanschlüssen und den vermischten Einnahmen verbleibt ein durch Gebühren zu deckender Betrag in Höhe von ca. 818.700€.

Bei einer kalkulierten verkauften Wassermenge von 370.000m³ errechnet sich ein Wasserpreis von 2,21€/m³ bezogenem Frischwasser.

Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung des Wasserpreises um 0,03€/m³ (netto).

GR Dietmar Kempf-Blatt fragt an, wie es ausgerechnet in Dörmorsbach zu diesen hohen Verlusten kommt?

Kämmerer Thomas Wenzel erklärt, dass die hohen Verluste zum Großteil auf zwei versteckte Rohrbrüche zurückzuführen sind, die sehr schwer zu orten waren. Wären diese Rohrbrüche nicht aufgetreten, wären die Verluste in der Norm.

Beschluss

Aufgrund der Art. 5, 8 und 9 des Kommunalabgabengesetzes erlässt die Gemeinde Haibach folgende

Satzung

**zur Änderung der Beitrags- und
Gebührensatzung zur Wasserabgabesatzung
der Gemeinde Haibach (BGS - WAS) vom
03.12.2009
zuletzt geändert mit Satzung vom 07.12.2017**

§ 1 Änderungen

- § 10 Abs. 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Die Gebühr beträgt 2,21 € pro Kubikmeter entnommenen Wassers.“

- § 10 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„Wird ein Bauwasserzähler oder ein sonstiger beweglicher Wasserzähler verwendet, so beträgt die Gebühr 2,21 € pro Kubikmeter entnommenen Wassers.“

§ 2 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2019 in Kraft.

Haibach,



Andreas
Zenglein
Erster

Abstimmungsergebnis: ja: 19 nein: 0

9. Satzungsänderung BGS EWS - Festsetzung der Kanalgebühren für das Jahr 2019

Sachverhalt:

Die Gebühreneinnahmen des Jahres 2017 belaufen sich auf 790.152,86 € und die Aufwendungen auf 765.269,44 €.

Somit errechnet sich für das Jahr 2017 eine Gebührenüberdeckung in Höhe von 24.883,42 €, welche als Vortrag in die Kalkulation für das Jahr 2019 übernommen wird.

Die Überdeckung kam im Wesentlichen dadurch zustande, dass die Betriebskostenumlage des Zweckverbandes Aschafftalgemeinden um ca. 42.200 € niedriger ausgefallen ist als ursprünglich geplant. Außerdem war eine um ca. 8.000 m³ höhere Abwassermenge zu verzeichnen. Dies führte zu Mehreinnahmen von ca. 17.400 €.

Für das Jahr 2019 errechnet sich ein durch Gebühren zu deckender Aufwand in Höhe von ca. 829.800 €. Bei einer geschätzten gebührenpflichtigen Abwassermenge von 353.000 m³ errechnet sich so ein Preis von 2,35 €/m³ Abwasser.

Gegenüber dem Jahr 2018 bedeutet dies eine Erhöhung der Gebühr um 0,24 €.

Beschluss

Aufgrund der Art. 5, 8 und 9 des Kommunalabgabengesetzes erlässt die Gemeinde Haibach folgende

Satzung

zur Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung

der Gemeinde Haibach (BGS - EWS) vom
03.12.2009,

zuletzt geändert durch Satzung vom 07.12.2017

§ 1

Änderungen

- § 10 Abs.1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Die Gebühr beträgt 2,35 € pro Kubikmeter Abwasser.“

§ 2

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2019 in Kraft.



Haibach, den

Abstimmungsergebnis: ja: 19 nein: 0

10. Antrag der SPD Fraktion zum Thema CO 2 Reduktion

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 25.08.2018, bei der Gemeinde Haibach am 09.10.2018 eingegangen, stellt die SPD-Fraktion einen Antrag – (dieser wird verlesen) auf Reduktion des CO 2 Ausstoßes in unserer Gemeinde.

Anmerkung der Verwaltung zum Antrag:

Im Rahmen des Energieeffizienznetzwerkes wurden bereits die Verbrauchsdaten der gemeindlichen Liegenschaften erfasst.

Wie hoch der CO2 Ausstoß ist, wird jedoch hier nicht errechnet. Grundsätzlich werden solche Werte ausschließlich von Fachbüros errechnet.

Auch ein jährlicher Reduktionsplan müsste von einem Fachbüro erarbeitet werden. Hierfür müssten Kosten im Haushalt 2019 veranschlagt sein. Um letztendlich den CO2 Ausstoß reduzieren zu können, müsste aus dem Reduktionsplan ein Maßnahmenkatalog erarbeitet werden, der aufzeigt, welche Ziele realistisch umsetzbar wären. Jedoch wären dann voraussichtlich weitere Investitionen erforderlich, um zum Beispiel moderne Heizanlagen einbauen zu können.

GR Dietmar Kempf-Blatt erklärt hierzu nochmals, es sei ihm ein Bedürfnis für Haibach verbindliche Klimaziele – gerade in der heutigen Zeit der

Klimaerwärmung – zu setzen. In der von der Verwaltung vorgelegten Aufstellung zu den gemeindlichen Gebäuden ist ersichtlich, dass besonders im Rathaus ein hoher Energieverbrauch vorliegt und sich auch im Bürgerhaus Dörmorsbach der Heizölverbrauch verdoppelt hat. Inzwischen wäre hier wieder der Stand aus 2014 erreicht.

GR Toni Stahl erklärt, dass er grundsätzlich für Energieeinsparung ist. In dem Antrag fehlen jedoch konkrete Zahlen und Projekte bzw. wie und wo man welche Einsparungen erreichen kann. Auch wurde bereits bei der Sanierung der Kultur- und Sporthalle oder im neuen Feuerwehrhaus / Bauhof darauf geachtet, Energieeinsparungen zu erreichen. Die Umstellung der Gemeinde Haibach auf Ökostrom ist ebenfalls erfolgt. Eine Reduzierung des CO²-Ausstoßes um 50 % über einen Zeitraum von 10 Jahren hält er daher für absolut unrealistisch. Durch die SPD-Fraktion soll genau dargelegt werden, durch welche Maßnahmen diese Ziele erreicht werden könnten.

GR Jürgen Goldhammer erklärt, dass es für das Bürgerhaus Dörmorsbach leider keine Möglichkeit gibt, auf Gas umzustellen. Den Antrag selbst findet er sehr gut, jedoch seien die geforderten 50 % utopisch. Außerdem möchte er wissen, was passieren würde, wenn diese Ziele nicht erreicht

werden und vor allem wie die Ziele in konkreten Maßnahmen umgesetzt werden sollen.

GR Peter Amrhein schlägt vor, dass hierüber im neuen Jahr in der geplanten interfraktionellen Sitzung gesprochen werden sollte. Grundsätzlich sollte man sich aber ein Objekt vornehmen, das man energetisch sanieren möchte. Auch die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED geprüft werden.

GR Dietmar Kempf-Blatt sieht bei diesem Thema einen dringenden Handlungsbedarf für die Gemeinde. Dem Vorschlag, dies zum Thema bei einer interfraktionellen Sitzung zu machen, kann er folgen.

GR Ilse Spielmann macht deutlich, dass dieser Antrag keine Wahlkampf-Werbung für die SPD

darstellen soll und spricht sich ebenfalls für den Vorschlag auf Behandlung in der interfraktionellen Sitzung aus.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt hiernach die Aussetzung des Antrages und teilt mit, dass dieser Punkt auf die Tagesordnung der interfraktionellen Sitzung mit aufgenommen wird.

Beschluss

Der Tagesordnungspunkt wird abgesetzt. Die Reduzierung des CO²-Ausstoßes wird ein gesonderter Tagesordnungspunkt bei der nächsten interfraktionellen Sitzung.

Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 1

11. Antrag der SPD Fraktion auf Geschwindigkeitsreduzierung auf der OV Dörmorsbach

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 16.06.2018, bei der Gemeinde Haibach am 09.10.2018 eingegangen, stellt die SPD-Fraktion einen Antrag auf Einführung einer Geschwindigkeitsbeschränkung von höchstens 70 km/h auf der Gemeindeverbindungsstraße zwischen Haibach und Dörmorsbach.

Begründung des Antrags:

Der wichtigste Grund für diesen Antrag ist die Wahrung der Sicherheit, insbesondere von Fahrradfahrern, darunter natürlich auch von Kindern, welche die Ortsverbindungsstraße mit dem Fahrrad nutzen. Die Fahrräder sind dort mit Tempo 10-20 km/h unterwegs und treffen jetzt auf Autofahrer, die die erlaubten 100 km/h fahren.

Diese deutlichen Geschwindigkeitsunterschiede erzeugen auf dem unübersichtlichen Streckenprofil der Straße große Gefahrenmomente, vor allem bei Überholvorgängen, denn auf dieser Straße muss bereits beim Überholen eines Fahrrades durch einen PKW die Gegenfahrbahn benutzt werden. Das war bereits bislang bei einer Geschwindigkeitsbegrenzung von 60 km/h zu erleben. Mit der Aufhebung dieser Geschwindigkeitsbeschränkung wächst diese Gefahr beträchtlich. Der Bremsweg wird durch die Aufhebung der Geschwindigkeitsbegrenzung nahezu verdreifacht. (Bremsweg 60 km/h = 36 Meter Bremsweg 100 km/h = 100 Meter) oder umgekehrt die Reaktionszeit auf ein Drittel reduziert.

Darüber hinaus ist die Freigabe der Geschwindigkeit auch aus ökologischen Gründen nicht sehr sinnvoll, mündet doch die Straße in Richtung Haibach nach 1,4 km in eine Geschwindigkeitsbegrenzung 40 km/h und in Richtung Dörmorsbach in eine Geschwindigkeitsbegrenzung 30 km/h Ortsdurchfahrt Dörmorsbach bzw. 60 km/h in Richtung Gailbach.

Wenn durch diese Begrenzung ein Nachteil entsteht, dann liegt der in einem möglichen Zeitverlust. Dieser Zeitverlust beträgt auf der Strecke von 1,4 km theoretisch ca. 20 Sekunden, praktisch wahrscheinlich weniger, als 10 Sekunden, also eine vernachlässigbare Größe.

Beschluss

Auf dem neu ausgebauten Teil der Gemeindeverbindungsstraße Haibach – Dörmorsbach wird eine Geschwindigkeitsbeschränkung von höchstens 70 km/h eingeführt. Diese Beschränkung gilt solange, bis der gesamte Straßenbau beendet, insbesondere aber solange bis ein separater Fahrradweg geschaffen worden ist. Dann befindet der Gemeinderat erneut über die Geschwindigkeitsregelung auf dieser Straße.

Abstimmungsergebnis: ja: 19 nein: 0

12. Änderung der Satzung über die öffentliche Bestattungseinrichtung der Gemeinde Haibach

Sachverhalt:

Durch die Neuanlage von Baumgräbern wurden Änderungen und Ergänzungen der Satzung über die öffentliche Bestattungseinrichtung der Gemeinde Haibach erforderlich. Dies wurde zum Anlass genommen, die Satzung aus dem Jahre 2009 grundlegend zu überarbeiten.

Beschluss

Der Gemeinderat beschließt die als Anlage beigefügte „Satzung über die öffentliche Bestattungseinrichtung der Gemeinde Haibach (Friedhofs- und Bestattungssatzung)“.

Abstimmungsergebnis: ja: 19 nein: 0

13. Neuerlass der Gebührensatzung zur Friedhof- und Bestattungssatzung
--

Sachverhalt:

Aufgrund der Errichtung der Baumgräber wird auch eine Änderung der Gebührensatzung zur Friedhofs- und Bestattungssatzung erforderlich.

Wir haben dies zum Anlass genommen die Satzung zu überarbeiten und den neuesten rechtlichen Vorgaben anzupassen.

GR Horst Hock erklärt zu seiner Gegenstimme, dass er den Unterschiedsbetrag von 13 € zwischen einem Familiengrab und einem Wahlgrab nicht

gerechtfertigt findet. Deshalb kann er dem Antrag nicht zustimmen.

Beschluss

Dem Gemeinderat wird der Neuerlass der Gebührensatzung über die öffentliche Bestattungseinrichtung der Gemeinde Haibach empfohlen.

Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 1

14. Frühlingsball 2019 - Beratung und Beschlussfassung-

Sachverhalt:

Nachdem im Oktober 2017 GR Jürgen Goldhammer den Antrag gestellt hatte, dass über die weitere Durchführung des Frühlingsballs ein Beschluss des GR herbeigeführt werden soll, wurde in der Sitzung vom Januar 2018 folgender Beschluss gefasst:

„Der Frühlingsball soll im Jahr 2018 durch die Gemeinde Haibach durchgeführt werden. Das Konzept soll durch den gegründeten Arbeitskreis überarbeitet werden.“

Zwischenzeitlich wurde der Frühlingsball 2018 durchgeführt. Eine nennenswerte Verringerung des Defizites konnte nicht erreicht werden. Zu entscheiden wäre nun, ob der Frühlingsball 2019 durchgeführt werden soll.

Bgm. Andreas Zenglein führt aus, dass es natürlich bekannt ist, dass es sich hierbei um eine defizitäre Veranstaltung handelt. Aber der Frühlingsball ist auch ein Aushängeschild der Gemeinde Haibach über die Ortsgrenzen hinaus. Er bittet zuerst die Mitglieder des eigens für den Frühlingsball gegründeten Arbeitskreises um Wortbeiträge, damit nach anschließender Diskussion darüber abgestimmt werden kann, ob 2019 wieder ein Frühlingsball stattfinden soll oder nicht.

GR Andrea Stürmer teilte im Namen des Arbeitskreises mit, dass der Frühlingsball 2018 für den kurzen Planungs- und Organisationszeitraum sehr gut verlaufen ist. Dass die Veranstaltung gut angenommen wird, belegt der gute Kartenverkauf. Für den vergangenen Frühlingsball wurden trotz der kurzen Vorlaufzeit in neue Technik- und Deko-Elemente investiert, die für 2019 aber noch erweitert werden müssen. Eigentlich ist der Vorlauf schon jetzt wieder zu wenig, um weitere, einschneidende Veränderungen für 2019 herbeiführen zu können, da man bereits jetzt mit der Werbung beginnen muss. Um das Defizit weiter zu verringern, wäre die Erhöhung der Eintrittspreise eine Überlegung, da dieser im Vergleich zu anderen Tanzveranstaltungen mit 25,00 € relativ gering ist.

GR Toni Stahl fragt, weshalb sich die innere Verrechnung Rathaus / Bauhof innerhalb der letzten sechs Jahre verdoppelt hat.

Kämmerer Thomas Wenzel erklärt, dass es sich hierbei um die Umbuchung der geleisteten Arbeitsstunden des Bauhofes handelt, hierbei sind auch die Lohnkostensteigerungen berücksichtigt und je umfangreicher die Dekoration wird, desto mehr Arbeitsstunden fallen an.

GR Jürgen Goldhammer macht nochmals deutlich, dass der Frühlingsball eine defizitäre Veranstaltung

ist und gibt zu bedenken, dass von den 500 Gästen nur etwa 50 % aus Haibach kommen. Auch hält er die ca. 300 Arbeitsstunden, die durch die Bauhofmitarbeiter erbracht werden, für viel zu viel. Während das Personal mit dem Frühlingsball beschäftigt ist, bleibt wichtige Arbeit liegen. Er ist grundsätzlich auch der Meinung, dass bei den Haibacher Vereinen um mehr Mithilfe gebeten werden sollte. Ein weiterer Kritikpunkt und für ihn nicht nachvollziehbar, sind die zwei Kapellen, die beim Frühlingsball spielen. Aus Kostengründen sollte der Frühlingsball 2019 nicht durchgeführt werden. Bis zum Frühlingsball 2020 hat man dann genug Zeit, ein ordentliches Konzept auf die Beine zu stellen. Außerdem hält er es sowieso für fraglich, ob die Veranstaltung, die ein Aushängeschild für Haibach sein soll, ein Ball sein muss. Seines Erachtens könnte diese Außenwirkung auch mit z.B. einer Musikgroßveranstaltung erreicht werden.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, wenn diese Veranstaltung einmal ausgefallen ist, wird diese sicher nicht mehr aufleben. Des Weiteren hält er es für blauäugig, wenn man glaubt, dass man hierzu die Vereine zur Mithilfe motivieren könne. Die Durchführung des Dorffestes 2017 war hier schon problematisch genug.

GR Andrea Stürmer stellt klar, dass der Frühlingsball mit nur einer Kapelle nicht funktioniert. Ein Teil des Publikums kommt wegen „Barney Jackson“ und der andere Teil wegen der „German Big Band“. Wenn eine Kapelle wegfällt, verliert man entsprechendes Publikum.

GR Peter Amrhein regt an, dass diese Probleme ebenfalls in der geplanten interfraktionellen Sitzung geklärt bzw. diskutiert werden könnten. Man kann die Organisation auch nicht auf die Vereinsgemeinschaft bzw. die Vereine abwälzen, da diese schon überproportional belastet sind.

GR Toni Stahl bittet den Arbeitskreis weiterhin bestehen zu lassen. Dieser soll für die Zukunft neue Ideen zur Einsparung erarbeiten.

Bgm. Andreas Zenglein stellt noch einmal klar, dass heute ein Beschluss gefasst werden sollte, auch um die beiden Musikkapellen zu informieren, da diese zeitnah gebucht werden müssen.

Aus der Diskussion heraus wird die Frage aufgeworfen, welchen Kosten durch die beiden Musikkapellen verursacht werden. Da es sich hierbei um nichtöffentliche Vertragsinhalte handelt, können diese in öffentlicher Sitzung nicht genannt werden.

Beschluss

Um einen Überblick über die Kosten der beiden Musikkapellen geben zu können, wird der Tagesordnungspunkt in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung verlegt.

Abstimmungsergebnis: ja: 19 nein: 0

15. Allgemeines

Sachverhalt:

Bgm. Andreas Zenglein bittet das Gremium bezüglich der Teilnahme an der Abschlusssitzung des Gemeinderates am 19.12.2018 um Rückmeldung. Bislang haben sich noch nicht alle Gemeinderätinnen / Gemeinderäte an- bzw. abgemeldet. Wegen der Vorbestellung des Essens muss die Teilnehmerzahl an den Wirt weitergemeldet werden.

Außerdem bittet er um Unterstützung aus dem Gemeinderat bei den letzten Weihnachtsbesuchen.

Es müssen immer noch 12 Personen besucht werden. Wenn möglich, sollten sich aus dem Gemeinderat Personen finden, die diese Besuche übernehmen. Die Namen der zu besuchenden Personen können über das Vorzimmer des Bürgermeisters erfragt werden.

GR Dietmar Kempf-Blatt lädt alle Gemeinderätinnen / Gemeinderäte zum Besuch des diesjährigen Adventzaubers auf der Antonsruh am 15./16.12. ein.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **16.01.2019** genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Monika Heuberger
Verw.ang.

Anlage zum Protokoll der Sitzung des GR v. 14.11.2018

Im genehmigten Protokoll der Sitzung vom 14.11.2018 fehlt zu TOP 3

„4. Änderung des Bebauungsplanes „Sommerackerweg“ – Anregungen und Bedenken aus der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit gem. § 1 Abs. 7 BauGB

– Punkt 25 – Bastian Stenger, Sommerackerweg 14 a, 63808 Haibach

das Abstimmungsergebnis.

Dieses wird somit nachgetragen, veröffentlicht und genehmigt.

25. Bastian Stenger, Sommerackerweg 14 a, 63808 Haibach, 12.10.18

Einspruch

Parksituation Bebauungsplan

Da lt. Plan die „zukünftigen neuen Hausbesitzer“ des TV-Geländes auch über die enge Stichstraße Sommerackerweg (1-spurig) herausfahren müssen führt dies zwangsläufig zu erhöhter Lärm-belästigung. Die Anwohner der Stichstraße und Sommerackerweg haben jetzt schon Schwierig-keiten ihre Autos zu parken, da teilweise keine, oder nicht genügend Stellplätze am Haus vorhanden sind, geschweige denn es kommt mal Besuch! Auch Müllabfuhr oder sonstige Rettungsfahrzeuge oder LKW"s können nicht in die Stichstraße hereinfahren, da die beiden Eck-häuser (in die Einfahrt Stichstraße) von einer erhöhten Mauer umgeben sind. Dies erschwert/behindert die Einfahrt zusätzlich. Daher wird eine Ausfahrt der zukünftigen Bewohner des TV-Geländes in die Stichstraße abgelehnt.

Wohnraumverdichtung - Einengung Freiräume - keine Belebung des Ortskerns.

Dieses Konzept der Wohnraumverdichtung gehört abgeschafft. Es stellt auf Einengung der Freiräume und auf bedrängtes Wohnen ab und geht an den Bedürfnissen vorbei. Das dient meiner Meinung nach nur der Geschäftemacherei aber nicht den Menschen, die dort leben.

Qualifiziertes Wohnen braucht Platz. Es ist bereits eng genug hier im Ortskern von Haibach. 9 Häuser und 18 Stellplätze sind eindeutig zu viel auf dem TV-Gelände. Gefordert wird eine Reduzierung der Bebauung.

Die TV-Halle war ein Treffpunkt für Jung und Alt für Sport und Veranstaltungen und belebte dadurch den Ortskern. Schade, dass hier keine andere Lösung für die TV-Halle gefunden werden konnte.

Bebauungsplanänderung

Das Nachbar-Flurstück 4872 und Fl.Nr. 4869 ist als Baugrundstück ausgewiesen (zurzeit Garten Gudrun Rückert). Eine Zufahrt ist nur über das Flurstück 4871 (8 m²) möglich und würde eine geregelte Zufahrt für Rettungsfahrzeuge verhindern. Ein möglicher Hausbau I+S+D / SD, vPD müsste zurückversetzt von der eh schon engen Stichstraße erfolgen und würde sich nicht harmonisch in das dörfliche Umfeld der Nachbarbebauung einfügen.

Auch die enge Stichstraße würde dadurch von mind. 2 weiter parkenden Autos in der Straße belastet werden. Daher wird eine weitere Bebauung in der Stichstraße Sommerackerweg abgelehnt.

Ich hoffe in der der Gemeinderatssitzung vom 07.11.18 wird für alle, Gemeinde, Öffentlichkeit und betroffene Bürger eine Lösung gefunden werden.

Beurteilung:

Im Vorfeld wurden der Gebäudebestand geprüft und Kosten für die Ertüchtigung der Substanz und Erfüllung der Vorgaben an Brandschutz, Hygiene etc. ermittelt. Die Entscheidungen, die im Ergebnis zum Verkauf des Grundstücks mit vereinseigener Turnhalle in der Jahnstraße führten, wurden von den Mitgliedern des TV Haibach e.V. nach Abwägung sämtlicher Argumente einstimmig bzw. mehrheitlich (75:1) getroffen. Der Sport wird in Zukunft in den gemeindlichen Hallen stattfinden.

Es besteht eine Bauvoranfrage für den Neubau eines Einfamilienhauses auf der Fl.Nr. 4872 und 4869. Das Grundstück Fl.Nr. 4872 ist über die Verkehrsfläche Fl.Nr. 4871 erschlossen. Die Stellplätze sollen in der bestehenden Garage und einem Carport angeordnet werden.

Beschluss:

Für das Grundstück Fl.Nr. 4872 und 4869 wird eine überbaubare Fläche festgesetzt. Das Baufenster wird beibehalten.

Ansonsten wird auf die Zusammenfassung der Beurteilungen verwiesen.

Abstimmungsergebnis: ja: 12 nein: 6

Bgm. Andreas Zenglein fühlt sich gem. Art. 48 GO in einem Gewissenskonflikt und nimmt weder an den Beratungen noch an den Abstimmungen zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

Die Genehmigung dieser Ergänzung erfolgt in der Sitzung des Gemeinderates am 13.03.2019.

Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 0

Andreas Zenglein
Bürgermeister

Silvia Reiling
Schriftführerin